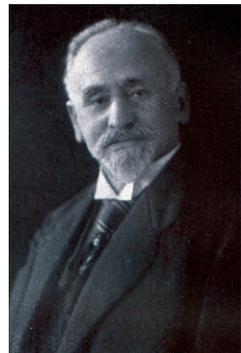
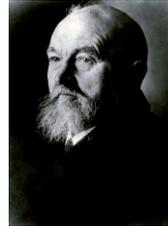




Genossenschaftsgründer und Genossenschaftsgründerinnen und ihre Ideen

Beiträge zur 2. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
(2007)



Genossenschaftsgründer und Genossenschaftsgründerinnen und ihre Ideen

**Beiträge zur 2. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 2. und 3. November 2007 im Warburg-Haus in Hamburg**

Herausgegeben von der Heinrich-Kaufmann-Stiftung
des Zentralverbandes deutscher Konsumentgenossenschaften e.V.,
Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg, Telefon 040 – 235 19 79 0
www.kaufmann-stiftung.de

Bildnachweis:

Die Bilder auf dem Titel wurden dem Bildarchiv
der Heinrich-Kaufmann-Stiftung entnommen.

Satz und Layout:

Silke Wolf, Hamburg

Herstellung und Verlag:

Books on Demand GmbH,

Norderstedt 2011

ISBN: 978-3-8423-2579-1

Inhalt

2007 Hamburg: Genossenschaftsgründer und Genossenschaftsgründerinnen und ihre Ideen

Vorwort	S. 5
GÜNTHER RINGLE: Muhammad Yunus und die Idee der Armutsbekämpfung durch Mikrokredite	S. 7
PETER GLEBER: Was sind uns unsere Gründerväter wert?	S. 26
INGRID SCHMALE: Victor Aimé Huber: Ein christlicher, konservativer, romantisch geprägter Monarchist und Genossenschaftspionier	S. 33
BURCHARD BÖSCHE: Heinrich Kaufmann (1864–1928): Gründer und Vaterfigur des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK)	S. 45
ULRICH BAUCHE: Von der Wirtschafts- und Sozialstatistik zur Genossenschaftsgründung: Raphael Ernst May (1858–1933).....	S. 55
DETLEF GRUMBACH: Die Edeka und die „nationale Revolution“ – eine Genossenschaft im Kampf um die eigenständige Wirtschaftsform	S. 64
ARMIN PETER: Gustav Dahrendorf und Cornel J. Bock als Initiatoren der deutschen Verbraucherpolitik	S. 78
ROSWITHA STROMMER: Lady Byron: Eine Förderin früher Genossenschaften	S. 85
MATTHIAS SCHRIMMACHER: Was wissen wir über den Consum-Verein im Amte Ritzebüttel?	S. 98

HELGE BURKHARDT: Heinrich Grosz und die Schiffszimmerer	S. 110
CLAUS BERNET: Bürgerlich-intellektuelle Netzwerkstrukturen innerhalb von Baugenossenschaften: Berliner Gründer Franz Oppenheimer, Julius Post und Heinrich Albrecht	S. 117
HOLGER MARTENS: Rudolf Schmidt und die Baugenossenschaft der Buchdrucker	S. 135
Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren	S. 143

Vorwort

Der Erfolg der ersten Tagung zur Genossenschaftsgeschichte im Vorjahr beflügelte die Organisatoren 2007, nochmals zu einer solchen Veranstaltung einzuladen.

Auch diesmal stand das schöne Warburg-Haus in Hamburg-Eppendorf mit seinem einladenden Ambiente dafür zur Verfügung.

Den Eröffnungsvortrag hielt Prof. Dr. Günther Ringle, der über die Ideen von Muhammad Yunus zur Armutsbekämpfung durch Mikrokredite in Bangladesh sprach. Auf einer Stadtrundfahrt konnten sich die Teilnehmer im Stadtteil Dulsberg die Besonderheiten des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Hamburg veranschaulichen. Anschließend führte Dr. Jürgen Bönig durch das Museum der Arbeit in Hamburg-Barmbek. Dort schloss sich ein Vortrag von Reinhard Dörr über die Hansa Baugenossenschaft eG an.

Den zweiten Tag eröffnete Dr. Peter Gleber von der Stiftung Genossenschaftshistorisches Informationszentrum (GIZ) in Berlin, der die rhetorische Frage stellte: „Was sind uns unsere Gründerväter wert“? In seiner Antwort plädierte Dr. Gleber für die Vernetzung der Erinnerungskultur und der Geschichtsarbeit im deutschen Genossenschaftswesen, wozu die Tagungen zur Genossenschaftsgeschichte ihren Beitrag leisten.

Weitere Vorträge von Dr. Ingrid Schmale über Victor Aimé Huber, von Dr. Burchard Bösche über Heinrich Kaufmann und von Prof. Dr. Ulrich Bauche über Raphael Ernst May riefen diese verdienten Persönlichkeiten der deutschen Genossenschaftsgeschichte in Erinnerung.

Beiträge von Detlef Grumbach, Armin Peter, Dr. Roswitha Strommer, Matthias Schirmacher, Helge Burkhardt, Dr. Dr. Claus Bernet und Dr. Holger Martens schlossen sich an und gaben den Teilnehmern interessante Einblicke in die genossenschaftliche Organisation von Kaufleuten, Buchdruckern und Schiffszimmerern bis hin zu Lady Byron, deren fördernde Tätigkeit für die englische Genossenschaftsbewegung sicher vielen Teilnehmern bis dahin unbekannt war.

Mit der Vorlage dieses Bandes möchten die Herausgeber das Interesse an der Genossenschaftsgeschichte wecken und zugleich Teilnehmer und Referenten für weitere spannende Tagungen gewinnen.

Wir danken der DZ BANK-Stiftung, der Heinrich-Kaufmann-Stiftung und dem Adolph-von-Elm-Institut für Genossenschaftsgeschichte e.V. für die finanzielle Unterstützung.

Die Herausgeber
Hamburg im September 2011

Muhammad Yunus und die Idee der Armutsbekämpfung durch Mikrokredite

*Eine Welt ohne Armut wäre keine perfekte Welt,
aber sie käme dem Ideal ziemlich nahe.
Und es wäre eine Welt, in der zu leben sich lohnte.“*
Muhammad Yunus

- I. Yunus und seine Bankgründung in Bangladesch**
- II. Eine Bank für die Armen**
 1. Die Vorgeschichte
 2. „Grameen. Eine Bank für die Armen der Welt“
- III. Kritik am Grameen-Konzept**
- IV. Mikrokreditierung und Genossenschaften**
 1. Eine friedensnobelpreiswürdige Idee?
 2. Grameen: Eine Bank mit genossenschaftsähnlichen Zügen
 3. Raiffeisen und seine Darlehenskassen-Vereine als Vorbild
- V. Auswirkungen der Wiederbelebung einer alten Idee**
- VI. Ausbreitung des Konzeptes in andere Länder**
- VII. Beurteilung der Mikrokreditidee**
- VIII. Die Genossenschaft als Organisationsform
für Mikrofinanzinstitute**

I. Yunus und seine Bankgründung in Bangladesch

Einige wichtige Stationen in der Vita von Muhammad Yunus vorweg:¹ Er wurde 1940 in der Hafenstadt Chittagong, der zweitgrößten Stadt Bangladeschs, geboren und wuchs als drittes von 14 Kindern einer wohlhabenden Familie auf. Sein Vater war Juwelier und Goldschmied. Nach Besuch des Colleges in Chittagong studierte er von 1957 bis 1961 an der Dhaka Universität Volkswirtschaftslehre. Anschließend unterrichtete er mehrere Jahre als Wirtschaftsdozent an der Chittagong-Universität. Ab 1965 studierte Yunus mit einem Fulbright-Stipendium an der Vanderbilt-Universität in Nashville, Tennessee/USA. Dort promovierte er 1969. Danach war er von 1970 bis 1972 Assistenzprofessor an der Middle Tennessee State University.

Den Befreiungskrieg 1971 hatte er von den Vereinigten Staaten aus unterstützt.² Nachdem Bangladesch die Unabhängigkeit von Pakistan erlangt hatte, kehrte Yunus 1972 in sein Heimatland zurück. Er wurde Professor an die Universität Chittagong. Ab 1976 war er Projektmanager und 1983 wurde er Managing Director der durch ein eigens verabschiedetes Gründungsgesetz offiziell als Finanzinstitut zugelassenen Privatbank Grameen mit Sitz in der Hauptstadt Dhaka. Dort lebt er heute in relativ bescheidenen Verhältnissen – er besitzt weder ein Auto, noch hat er je seine Kreditkarte belastet.³

Yunus gilt als der Erfinder des aktuellen Systems der Vergabe von Kleinstkrediten ohne Sicherheit an Arme. Bedingung ist, dass die Kreditnehmer in einem weit verstandenen Sinne ein Unternehmen betreiben oder gründen.⁴ 2006 wurden er und die 1976 im Dorf Jobra von ihm als Projekt begonnene, heute legendäre Grameen Bank mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Für die Pionierarbeit auf dem Gebiet der Hilfe zur Selbsthilfe ging damit erstmals in der 105-jährigen Nobelpreisgeschichte der Friedenspreis an einen Ökonomen und Bankier.⁵

1 *Mubammad Yunus (mit Alan Jolis): Für eine Welt ohne Armut, Bergisch Gladbach 2006, S. 62 ff., 70 ff. und 85 ff. – Peter Spiegel: Mubammad Yunus – Banker der Armen. Der Friedensnobelpreisträger (Sein Leben. Seine Vision. Seine Wirkung), Freiburg i. Br.-Basel-Wien 2006, S. 19 ff. – Ernst August Ginten: Der Nobelpreisträger. In: DIE WELT vom 7. Juni 2007 – Sophie Mühlmann: Auszeichnung für den „Bankier der Armen“. In: DIE WELT vom 13. Oktober 2006 – o. Verf.: Mubammad Yunus, Artikel in Wikipedia, die freie Enzyklopädie – http://de.wikipedia.org/wiki/Mubammad_Yunus, Zugriff 04.09.2010.*

2 Yunus (wie Anm. 1), S. 72 ff.

3 Mühlmann (wie Anm. 1).

4 *Dominique Haijtema; Peter Schelling: Der Arme-Leute Banker. In: DIE WELT vom 13. Oktober 2006. Ein vielzitiertes Paradebeispiel sind die „Telephone-Ladies“, die Kredit für den Kauf eines solargespeisten Mobiltelefons aufnehmen, um es anderen gegen Gebühr für ein Gespräch zu überlassen. Da die Anschaffung eines Telefons für die meisten Bewohner in Bangladesch unerschwinglich ist, gab es vorher in vielen Dörfern des Landes kein Telefon. Frauen lieben daher das Geld bei der Bank und wurden zu Unternehmerinnen. Das ganze Dorf hat nun Anschluss an die Außenwelt. Weitere für Bangladesch typische Beispiele für die Gründung eine eigenen kleinen Unternehmens sind das Betreiben einer Nudelküche, der Verkauf von Blumen und Lebensmitteln, der Aufbau einer Hühnerzucht oder das Aufziehen einer Kuh, eine Näberei, das Schälen von Reis, die Anschaffung von Rikschas, die Herstellung von Töpferwaren oder die Ausführung von Maschinenreparaturen.*

5 *Wolfgang Werner: Posthumer Nobelpreis für Raiffeisen. In: Raiffeisenzeitung, hrsg. vom Österreichischen Raiffeisenverband, Wien, Nr. 42/19. Oktober 2006. S. 2.*

II. Eine Bank für die Armen

1. Die Vorgeschichte

Im Jahre 1974 war Bangladesch von einer fürchterlichen Hungersnot heimgesucht worden, der 1,5 Mio. Menschen zum Opfer fielen. Das veranlasste Yunus dazu, den Einwohnern des direkt neben dem Campus gelegenen Dorfes Jobra zu helfen, mehr Nahrungsmittel zu produzieren.⁶ Er widmete sich einem Bewässerungsprogramm, um eine zusätzliche Ernte im Winter zu ermöglichen.

Mit seiner Unterstützung der Bauern hatte Yunus jedoch nicht die Ärmsten der Bevölkerung erreicht. Denn buchstäblich vor der Tür der Chittagong-Universität, an der er lehrte, verhungerten Menschen, während er seinen Studenten jene volkswirtschaftlichen Theorien erklärte, die in der westlichen Welt und in der Oberschicht seines Landes als Erfolgsrezepte für Fortschritt und Wohlstand galten. Diese Theorien boten allerdings für die in Bangladesch real existierenden Probleme keine Lösung.⁷

Auf der Suche nach einem adäquaten Mittel zur Bekämpfung der Armut bewegte den Wirtschaftswissenschaftler damals die Frage, warum so viele Menschen rastlos damit beschäftigt waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, es ihnen aber dennoch nicht gelang, aus ihrer misslichen Lage auszubrechen. Er ging mit einem Kollegen und einigen Studenten zur Feldforschung in das Dorf Jobra, um herauszufinden, wie man den Familien konkret helfen könnte.

Als gravierendes Hindernis neben dem Kapitalmangel stellte sich heraus, dass die Banken nicht bereit waren, den Armen und insbesondere Frauen einen Kredit zu gewähren, so dass diesen nur der Weg in die Schuldknechtschaft bei lokalen Geldverleihern offen stand. Diese verlangten oft derart hohe Zinsen, dass den Armen kein angemessener Gewinn aus ihrer Arbeit blieb.

Sufia Begum, eine 21 Jahre alte Frau, die ihre Familie mit dem Flechten von Bambusstühlen am Leben erhielt, stand als Beispiel für die Situation einer Vielzahl anderer Menschen:⁸ Sie hatte kein eigenes Geld, um das Bambusrohr zu kaufen, das sie brauchte, um einen Hocker zu fertigen. Dazu benötigte sie nur fünf Taka, damals etwa 22 US-Cent, aber die hatte sie eben nicht. Daher musste sie sich bei einem Händler, der ihre Produkte abnahm und verkaufte, das Geld leihen. Dadurch war sie von ihm abhängig und hatte jeden Preis zu akzeptieren. Sie befand sich praktisch in der Rolle einer Sklavenarbeiterin dieses Zwischenhändlers. Die ihr verbleibenden 50 Paise, etwa zwei US-Cent, reichten gerade für das Überlebensnotwendige.

6 Yunus (wie Anm. 1), S. 92 ff.

7 Yunus (wie Anm. 1), S. 17 – Spiegel (wie Anm. 1), S. 20 ff.

8 Yunus (wie Anm. 1), S. 19 ff. und 102 f. – Mühlmann (wie Anm. 1) – Haijtema; Schelling (wie Anm. 4).

Yunus beauftragte eine Studentin, sich in Jobra umzusehen und alle Dorfbewohner aufzulisten, die sich in der gleichen Situation wie die Bambusrohrflechterin befanden. Es galt herauszufinden, welche Kreditmittel diese Menschen bräuchten, um sich aus den Zwängen der skrupellosen Kredithaie und Zwischenhändler zu befreien und das für ihre Arbeit benötigte Material selbst zu kaufen. Meist wurden Beträge angegeben, die unter einem Dollar lagen. Die erstellte Namensliste umfasste 42 Personen, die zum „Freikauf“ zusammen 856 Taka, d.h. 27 US-Dollar, benötigten.⁹ Yunus lieh ihnen diesen Betrag aus der eigenen Tasche, ohne Sicherheiten und ohne Prüfung der Kreditwürdigkeit. Die Frauen konnten nun die Rohstoffe selbst einkaufen, den Verkaufspreis ihrer Ware bestimmen und einen angemessenen Gewinn erzielen.¹⁰

Diese Erfahrungen brachten Yunus dazu, mittellosen Menschen weiteres eigenes Geld gegen faire Zinsen zu borgen, um ihre Lage zu verbessern.¹¹ Das Experiment gelang. Zu seiner großen Überraschung wurden die Kredite pünktlich an ihn zurückgezahlt. Er war nun davon überzeugt, dass kleine Kredite bei vielen armen Menschen wahre Wunder bewirken können. Die Idee der Vergabe von Kleinkrediten an Menschen, die keinerlei Sicherheit zu bieten hatten, war geboren.

Um das Konzept nach und nach auf weitere Regionen Bangladeschs zu übertragen, wurden dringend Finanzmittel aus dem Bankensektor benötigt. Yunus suchte Kreditinstitute auf, um von seinen positiven Erfahrungen zu berichten und zu versuchen, sie für seine Idee der Gewährung von Mikrokrediten an Arme zu interessieren. Da diese traditionellen Geldgeber es ablehnten, Besitzlosen und Kleinverdienern Darlehen zu gewähren, beschaffte Yunus bei der Janata-Bank in Chittagong Kredite für „bankgeschäftlich Unberührbare“¹² im Gesamtwert von 250 Dollar, wobei er selbst für jeden einzelnen Kredit bürgen musste.

Schließlich startete er 1977 das Grameen-Experiment in einer neu errichteten Filiale der Landwirtschaftsbank als „Versuchszweigstelle Grameen“¹³ im Dorf Jobra. Nachdem das Projekt erfolgreich verlaufen war, erklärte sich die Zentralbank bereit, Yunus über ihre Regionalbanken bei der Ausweitung seines Programms auf andere Bezirke zu unterstützen, indem dort Zweigstellen eröffnet wurden.¹⁴

9 Yunus (wie Anm. 1), S. 25 – Spiegel (wie Anm. 1), S. 25 f. – Eberhard F. Schrader; Margit Enke: „Wir sahen uns konventionelle Banken an und taten dann genau das Gegenteil“, Leadership-Interview mit Muhammad Yunus. In: *absatzwirtschaft. Zeitschrift für Marketing*, Nr. 9/2007, S. 9.

10 Haijtema; Schelling (wie Anm. 4).

11 Werner (wie Anm. 5).

12 Spiegel (wie Anm. 1), S. 26.

13 Yunus (wie Anm. 1), S. 162 f. Grameen bedeutet „ländlich“ oder „aus dem Dorf“, Grameen Bank demnach soviel wie ländliche Bank, Dorfbank oder „Bank auf dem Lande“.

14 Yunus (wie Anm. 1), S. 174 ff.

2. Grameen. Eine Bank für die Armen der Welt

So lautet der Titel des Buches von Yunus, in dem er seine Vision, den Ärmsten in den Entwicklungsländern mit Kleinstkrediten zur Existenzgründung zu verhelfen, beschreibt.¹⁵ Er schildert die Konzeption und Erfolgsgeschichte der Grameen-Bank. Nach Yunus sind nicht die Menschen kreditunwürdig, sondern die Banken menschenunwürdig.¹⁶ Er hielt es für richtig, genau das Gegenteil von dem zu praktizieren, was die konventionellen Bankinstitute taten, bei denen die Vergabe von Kleinstkrediten auf erhebliche organisatorische, finanzielle und personelle Schwierigkeiten stieß. Das auf die Bewältigung dieser Probleme gerichtete Engagement führte dazu, dass sich das eigentlich nur als Experiment gedachte Grameen-Programm allmählich zu einer eigenständigen Bank entwickelte.

Zur Grameen-Bank seien einige wichtige Daten genannt:¹⁷ Im Oktober 2007 hatte die Bank 7,34 Millionen Kreditnehmer, davon 97 Prozent Frauen. Seit der Gründung der ersten Mikrofinanzbank in Bangladesch wurde ein Kreditvolumen von insgesamt 6,55 Milliarden US-Dollar erreicht. 98,35 Prozent der vergebenen Kredite werden wieder zurückgezahlt. Die Bank unterhielt zur oben angegebenen Zeit 2 464 Zweigstellen mit 24 703 Mitarbeitern, die 80 257 Dörfer (das sind über 70 Prozent aller Dörfer Bangladeschs) betreuen. Mit dem Ziel, die Armut gerade in den ärmsten Gebieten der Welt zu bekämpfen, werden die Mikrokredite vorrangig an Frauen vergeben, um diesen eine eigene wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen. Der Zinssatz für einjährige einkommensfördernde Darlehen liegt mit 20 Prozent (für Baudarlehen acht Prozent, für Kredite an Studenten fünf Prozent und an Bettler 0 Prozent) etwas niedriger als jener staatlicher Mikrokredit-Programme.

Auf den Umstand, dass 97 Prozent der Kunden weiblich sind, wird die im Vergleich zu Normalbanken und zur Kreditvergabe an Männer wesentliche höhere Rückzahlungsquote bei Grameen zurückgeführt. Es heißt, „Frauen verfügten in Geldfragen offenbar über besonderes Geschick und hätten auch besonderes Ehrgefühl bei Geschäften. Weil Frauen in Bangladesch aber aus Gründen der Tradition nicht mit Geld zu tun haben wollen, kostet es die Mitarbeiter der Grameen-Bank oft noch immer viel Zeit und Mühe, sie davon zu überzeugen, das Geld anzunehmen.“¹⁸

15 Mubammad Yunus: *Grameen. Eine Bank für die Armen der Welt*, Bergisch Gladbach 2001.

16 Hajjtema; Schelling (wie Anm. 4).

17 Zu näheren Informationen über die Bank vgl. *Grameen Bank* (aus Wikipedia): http://de.wikipedia.org/wiki/Grameen_Bank, Zugriff 04.09.2010 – *Mubammad Yunus: Grameen Bank At a Glance*, Internet: <http://www.grameen-info.org/bank/GBGlance.htm>, erstellt: August 2007, Zugriff 27.09.2007 – *Grameen Bank – Bank for the poor*: <http://www.grameen-info.org/bank/index.html>, Zugriff 25.07.2007. – Ende der 1990er Jahre geriet die Bank wegen überfälliger Rückzahlungen für Kredite in Schwierigkeiten. Die Probleme verstärkten sich noch, als Bangladesch 1998 von einer großen Flut heimgesucht wurde. Als Antwort auf die entstandenen Probleme entwickelte das Management das Programm *Grameen II.*, das 2001/2002 in allen Filialen eingeführt wurde. Die Leistungsangebote waren nun besser an die Kundenbedürfnisse angepasst, so dass eine stärkere Bindung bzw. Rückbindung an die Bank gelang.

18 Hajjtema; Schelling (wie Anm. 4).

Von seinen Mitarbeitern erwartet Yunus, dass sie sich möglichst wenig an ihrem Arbeitsplatz in der Bank aufhalten. Sie sollen sich vor allem auf den Dörfern nach geeigneten Kreditnehmerinnen und nach förderungswürdigen Projekten umsehen. Anders als sonst in der Branche üblich kommen also die Angestellten der Grameen-Bank zu ihren Kunden – zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem Bus –, um sie in ihrem eigenen Betätigungsumfeld kennen zu lernen.

Da die Zielgruppe von Grameen keine sonst üblichen Kreditsicherheiten bieten konnte, konzipierte Yunus ein System der „sozialen Sicherheiten“: Kredite werden zwar an Einzelne vergeben, diese müssen jedoch Mitglied eines Kredit-Teams von mindestens fünf potentiellen Kreditnehmern sein, die sich selbst zusammenfinden, jedoch kein gemeinsames Projekt durchführen müssen. Zunächst erhalten nur zwei Mitglieder einer solchen Gruppe ein Darlehen. „Falls diese in den sechs folgenden Wochen ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachkommen, können zwei weitere Mitglieder einen Kredit beantragen. Die Gruppenverantwortliche erhält als letzte einen Kredit.“²⁰ Der Zusammenhalt in der Gruppe soll dafür sorgen, dass entstehende Rückzahlungsprobleme möglichst früh erkannt und die Kredittilgungen zuverlässiger werden. Die notwendige Befürwortung eines jeden Kreditantrages durch die Gruppe und daraus resultierende moralische Mitverantwortung für die anderen Teammitglieder, regelmäßige Versammlungen in den „Zentren“²¹, die teaminterne Kontrolle und gegenseitige Unterstützung suggerieren das Gefühl von Sicherheit und treten an die Stelle dinglicher Sicherheiten.²² Darin liegt zu einem guten Teil das Geheimnis des Erfolges.

Dahinter steht ein Katalog von 16 Regeln. Sie sollen dem Leben der Grameen-Mitglieder einen Sinn geben und Grameen zu einem festen Bestandteil ihres Daseins machen. Mit diesen freiwilligen Selbstverpflichtungen erklären die Mitglieder ihren Willen:²³

Wir folgen den vier Grundsätzen der Grameen Bank – Disziplin, Einheit, Mut und harte Arbeit – auf allen Wegen unseres Lebens und vervollkommen diese.

1. *Wir bringen unseren Familien Reichtum.*
2. *Wir wohnen nicht in abbruchreifen Häusern. Wir reparieren unsere Häuser*

19 Yunus (wie Anm. 1), S. 151 f. – Spiegel (wie Anm. 1), S. 55 f. – Haijtema; Schelling (wie Anm. 4).

20 Yunus (wie Anm. 1), S. 140.

21 Auf einer zweiten Ebene werden bis zu acht Teams zu einem „Zentrum“ zusammengefasst, deren Mitglieder sich zu einem festen Termin mit Grameen-Bankangestellten treffen, um Zahlungsvorgänge abzuwickeln, über neue Kreditanträge sowie wichtige gemeinsame Angelegenheiten zu diskutieren. Vgl. dazu Spiegel (wie Anm. 1), S. 39.

22 Yunus (wie Anm. 1), S. 136 f. – Spiegel (wie Anm. 1), S. 36 ff. Falls eines der Gruppenmitglieder seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht nachkommt, können andere Mitglieder keinen Kredit erhalten, was dann dazu führt, dass alle gemeinsam nach einer Lösung suchen.

23 Hilfe zur Selbsthilfe. In: *economag.de*, Wirtschaftsmagazin für Betriebs- und Volkswirtschaftslehre Nr. 9/2010; Zugriff 04.09.2010 – Yunus (wie Anm. 1), S. 146 f. – Spiegel (wie Anm. 1), S. 48 ff.

- und arbeiten, um uns so früh wie möglich ein neues Haus zu bauen können.*
3. *Wir bauen das ganze Jahr Gemüse an. Wir essen reichlich davon und verkaufen den Überschuss.*
 4. *Während der Pflanzsaison bauen wir so viele Setzlinge wie möglich an.*
 5. *Wir praktizieren Familienplanung, um unsere Familien klein zu halten. Wir minimieren unsere Ausgaben. Wir kümmern uns um unsere Gesundheit.*
 6. *Wir bilden unsere Kinder und stellen sicher, dass diese Geld verdienen können, um ihre Ausbildung bezahlen zu können.*
 7. *Wir halten unsere Kinder und die Umgebung sauber.*
 8. *Wir bauen und verwenden Latrinen.*
 9. *Wir trinken Wasser aus der Wasserleitung. Wenn dies nicht verfügbar ist, kochen wir das Wasser ab oder benutzen Alaun.*
 10. *Wir nehmen kein Brautgeschenk zur Hochzeit unseres Sohnes, noch geben wir eine Mitgift zur Hochzeit unserer Tochter. Wir halten unsere Zentren frei von der Tradition der Brautgeschenke. Wir erlauben keine Kinderhehen.*
 11. *Wir fügen niemandem Unrecht zu, noch erlauben wir jemandem so etwas zu tun.*
 12. *Wir tätigen gemeinsam größere Investitionen, um höhere Einkommen zu erzielen.*
 13. *Wir sind jederzeit bereit, uns gegenseitig zu helfen. Wenn jemand in Schwierigkeiten ist, helfen wir alle.*
 14. *Wenn wir von einem Bruch der Disziplin in irgendeinem Zentrum erfahren, gehen wir alle dort hin und helfen, die Disziplin wieder herzustellen.*
 15. *Wir nehmen an allen sozialen Aktivitäten gemeinsam teil.*

Durch Einhaltung dieser Prinzipien will Yunus zur Eigeninitiative, Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft erziehen. Die Menschen sollen immer mehr ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können²⁴ und an Selbstvertrauen gewinnen.

III. Kritik am Grameen-Konzept

Die auf Frauen fokussierte Vergabe von Kleinstkrediten, wie sie von der Grameen-Bank praktiziert wird, war und ist besonders in Bangladesch nicht unumstritten. Wie jede Innovation ist auch dieses Konzept der Kritik ausgesetzt. Auf Widerstand stieß die Vorgehensweise vor allem in ländlichen

²⁴ Inga Michler; Ernst August Ginten: „Arme brauchen Chancen, ihr Leben zu ändern“, Interview vom 6. Juni 2007: http://www.welt.de/politik/ausland/article925791/Arme_brauchen_Chancen_ibr_Leben_zu_aendern, Zugriff 03.07.2007.

Regionen: bei den Wucherern, die in Existenzängste verfielen, bei den Männern, die um ihre Vormachtstellung in der Familie bangten, bei den konservativen geistlichen Autoritäten, die sich feindselig verhielten, weil sie von Angst um die allgemeine Moral gepackt wurden, und bei politischen Führern, die ablehnend reagierten, wenn sie ihre Stellung bedroht sahen.²⁵ Widerstand kam auch aus sozialanthropologischen, entwicklungspolitischen und ökofeministischen Kreisen, wobei die Argumente bis in die Gegenwart vielfältiger Natur sind:²⁶

- Die Kreditbeträge seien zu gering, um ein Geschäft aufzubauen;
- die Armen verwendeten die Kredite nicht investiv, sondern konsumtiv, weil ihr Konsumbedürfnis so dringend sei;
- die Rückzahlung erfordere dann die Verschuldung bei Geldverleihern;
- eine Ausweitung der Kreditvergabe an Frauen und ihre wirtschaftliche Betätigung wirke sich auf ihre traditionelle Rolle innerhalb der Familie negativ aus;
- Frauen würden von den Männern unter Druck gesetzt, Kredite aufzunehmen, die Kredite aber fast ausschließlich von den Männern genutzt;
- die ärmsten Familien würden mit der Kreditvergabe nicht erreicht;
- die Versuche, durch Handel Geld zu verdienen, führten zur Vernachlässigung der Subsistenzwirtschaft.²⁷

Im Kern steht hinter diesen Einwänden die Auffassung, eine Kreditvergabe an Frauen, die in Bangladesch traditionell in völliger Abhängigkeit von ihren männlichen Verwandten leben, sei nicht zur Armutsbekämpfung geeignet. Vielmehr bewirke sie eine Verfestigung bestehender Abhängigkeitsverhältnissen und vermehre die Gewalt gegen Frauen.

Kritik ist nicht zuletzt an dem von der Grameen-Bank verlangten, für die Region als vergleichsweise hoch erachteten Zinssatz geübt worden. Die Bank hielt dem entgegen, es müssten Gewinne erzielt werden, um die Finanzierung der angestrebten Expansion aus dem eigenen System heraus zu ermöglichen. Zudem verursachten kleine Kredite aufgrund der notwendigen intensiven Beratung relativ hohe Verwaltungskosten.

²⁵ Spiegel (wie Anm. 1), S. 16.

²⁶ Zu 85 Prozent besteht die Bevölkerung der Volksrepublik Bangladesch aus Muslimen. Die Mullahs verunsichern die leichtgläubigen Dorfbewohner, indem sie ihnen Strafen aller Art für den Fall eines Beitritts zu Grameen androhten. Hierzu und zu den über Grameen am häufigsten verbreiteten Gerüchten vgl. Yunus (wie Anm. 1), S. 186 ff.

²⁷ Yunus (wie Anm. 15), S. 118 ff., 178 und 188 ff. – Yunus (wie Anm. 1), S. 107 f. – Spiegel (wie Anm. 1), S. 68.

²⁷ Dieser Begriff bedeutet: Bäuerliche Produktion nur für den eigenen Bedarf.

IV. Mikrokreditierung und Genossenschaften

1. Eine friedensnobelpreiswürdige Idee?

Die Grameen-Bank entstand aus der Erkenntnis, dass in vielen Fällen eine Verbesserung der Lebensumstände schon mit geringen finanziellen Mitteln möglich ist. Nötig wären danach relativ niedrige Kapitalbeträge, die aus der Abhängigkeit von „Kredithaien“ befreien und in die Lage versetzen, durch gezielte Investitionen wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen. Hierfür haben sich nach Angaben des Grameen-Bank-Gründers Kleinstkredite als hilfreicher erwiesen als nicht rückzahlbare Almosen oder Subventionen. Mit der Rückzahlungsverpflichtung ist zum einen eine Gewöhnung der Kreditnehmer an Disziplin und Verantwortung verbunden, zum anderen kann der zurückgezahlte Betrag einschließlich Zinsen erneut verliehen werden.

Mit seiner Idee der Mikrokredite zwingt der Visionär Yunus dazu, das klassische Konzept der Entwicklungshilfe zu überdenken. Dort unterstützt die Regierung eines Geberlandes die Regierung eines anderen Landes, wobei viel Geld in dunklen Kanälen versickert,²⁸ oder es wird in gigantische Infrastrukturprojekte investiert, die das Los der Armen nicht wesentlich verbessern.²⁹

Yunus erbrachte den Beweis dafür, dass Hilfe, die Arme zu autonomen Wirtschaftssubjekten macht, die eigenverantwortlich für ihr ökonomisches Überleben sorgen können,³⁰ schon mit Kleinstkrediten geleistet werden kann. Für einen Kredit qualifiziert sich bei ihm, wer am wenigsten besitzt. Dabei ist Grameen keine Wohlfahrtsinstitution. Die jährlichen Zinsen werden streng eingefordert. Zuerst erfolgt die Rückzahlung täglich in winzigen Raten, dann wöchentlich.³¹

Das Nobelpreis-Komitee in Oslo setzte 2006 ein Signal dafür, dass die Armutsbekämpfung zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit zählt. Mit der Preisverleihung wurden die erfolgreichen Bemühungen um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von unten gewürdigt.³² Die Auszeichnung wurde wie folgt begründet: „Über Kulturen und Zivilisationen hinweg haben Yunus und die Grameen-Bank gezeigt, dass selbst die Ärmsten der Armen etwas tun können, um voranzukommen. Echter Frieden kann nicht erreicht werden, ohne dass große Teile einer Bevölkerung Wege aus der Ar-

²⁸ Michler; Ginten (wie Anm. 24).

²⁹ Gian Trepp: Die Quadratur des Kreises. In: *moneta* Nr. 2 vom 20. Juni 2005, S. 3.

³⁰ Trepp (wie Anm. 29).

³¹ Mühlmann (wie Anm. 1).

³² Margaret Heckel: Neues Leben für 30 Dollar. In: *DIE WELT* vom 15. Oktober 2006: „Die ... Mikrokredite haben jeden zehnten Bangladeschi und Millionen Besitzlose weltweit aus der bitteren Armut geholt. Und zwar nicht durch Almosen, sondern indem er ihnen mit Kleinstkrediten von oft weniger als 30 Dollar ermöglichte, selbständig zu werden.“

mut finden.³³ Muhammad Yunus ist tief davon überzeugt, dass Friede nur dort möglich ist, wo es gelingt, bittere Armut auszumerzen.

So ehren- und aner kennenswert die Leistung von Yunus auch ist, darf darüber nachgedacht werden, ob ihm der „richtige“ Nobelpreis verliehen wurde. Der so Geehrte ist weder Friedensaktivist noch Berufspolitiker. Als Wissenschaftler und Banker passt er nicht so recht zum Kreis seiner Vorgänger. Man kann durchaus der Meinung sein, dass er für seine primär unternehmerische Initiative zur „Mikrofinanzierung“³⁴ eher den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verdient hätte, denn Friede ist in diesem Fall nur eine mögliche, aber eben keine zwingende Folge.

2. Grameen: Eine Bank mit genossenschaftsähnlichen Zügen

Von genossenschaftlicher Warte aus interessiert die Frage, ob es sich bei der Grameen-Bank um eine Genossenschaftsbank handelt. Die Antwort: Nein! Wesentliche genossenschaftstypische Merkmale wie etwa die demokratische Selbstverwaltung durch ihre Mitglieder³⁵ und die kollektive Selbsthilfe fehlen. Jedoch weist sie bedeutende genossenschaftsähnliche Züge auf. Sie ist ein Institut der Hilfe zur Selbsthilfe. Die ausgeliehenen Gelder stammen nicht allein aus dem Mitgliederkreis. „Obwohl die Grameen Bank neben den Kreditgeschäften auch das Sammeln von Ersparnissen verfolgt, kommen die kürzlich verliehenen Geldmittel immer mehr aus den Handlungsbeziehungen der Zentralbank, anderen Finanzinstituten, dem Geldmarkt und von bi- und multilateralen Organisationen.“³⁶ Die Bank gehört mit 94 Prozent ihrer Anteile den dörflichen Kreditnehmern, die gleichzeitig ihre Mitglieder sind, und mit den restlichen 6% ist die bengalische Regierung beteiligt.³⁷

Die Grameen-Bank gilt heute als die bekannteste Mikrokredit-Initiative. Jedoch ist das Phänomen der Kleinstkredite viel älter. Die von Grameen praktizierte Verbindung von Mildtätigkeit und Wirtschaftlichkeit erinnert in vieler Hinsicht an Projekte und Einrichtungen, wie sie durch den deutschen Genossenschaftspionier und Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) vor 150 Jahren zur Verbesserung der Situation der verarmten ländlichen Bevölkerung ins Leben gerufen wurden. Richtig ist: Yunus hat die alte Raiffeisen-Idee neu gedacht. Wie sehr sich die Dinge gleichen, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

33 Anja Struve; Viktoria Unterreiner: *gewinnt den Friedensnobelpreis*. In: DIE WELT vom 15. Oktober 2006.

34 *Unter diesem Begriff wird die Bereitstellung von Kleinstkrediten und andere Finanzdienstleistungen, wie Spardienstleistungen oder Versicherungen, an Menschen, die armutsbedingt keinen Zugang zu traditionellen Banken haben, verstanden.*

35 *Die potenziellen Kreditnehmer treten nach Besuch eines Kurses, in dem ihnen das Funktionieren der Bank erklärt wird, der Grameen-Bank als Mitinhaber bei. Vgl. dazu Yunus (wie Anm. 1), S. 137 ff.*

36 *Muhammad Yunus: Ein Banker für den Frieden. In: stern Heft 43/2006 (Interviewer Jens Schröder): <http://www.stern.de/politik/ausland/:Muhammad-Yunus-Ein-Banker-Frieden/578225.html>, Zugriff 25.07.2007.*

37 *Yunus (wie Anm. 17).*

3. Raiffeisen und seine Darlehnskassen-Vereine als Vorbild

Auf schlechte Witterungsbedingungen zurückgehende Missernten führten im Winter 1846/47 in weiten Teilen Europas zu Nahrungsmittelverknappung und damit zu Hungersnöten. Strukturschwache, landwirtschaftlich geprägte Regionen wie der Westerwald waren besonders betroffen. Für die breite mittlere Bevölkerungsschicht bestand keine Möglichkeit, den dringenden Geldbedarf zu einem tragbaren Zinssatz zu decken.³⁸ Sie gerieten bald in die Abhängigkeit von privaten Geldverleihern, die Wucherzinsen verlangten, so dass sie sich immer mehr verschuldeten. Fast immer endete dieser Weg früher oder später mit dem Verlust von Hab und Gut.³⁹

Vor diesem düsteren Hintergrund ist die Entstehung der Genossenschaftsidee um die Mitte des 19. Jahrhundert zu sehen. Während sich andere Zeitgenossen mit den Problemen der Industrialisierung auseinander setzten, spürte Raiffeisen den Veränderungen in der Welt der kleinen Dörfer nach, deren Bevölkerung nicht selten materiell und seelisch zu verküppeln drohte.⁴⁰ Als Bürgermeister des 22 Gemeinden umfassenden Amtsbezirks Weyerbusch im Westerwald legte er mit der Gründung eines Konsumvereins („Verein für Selbstbeschaffung von Brod und Früchten“), der eine eigene Bäckerei betrieb, im Hungerwinter 1846/47 den Grundstein für das nachfolgende genossenschaftliche Wirken.⁴¹

Zunächst gründete er 1849 im rein ländlichen Bezirk Flammersfeld im Westerwald den sog. „Flammersfelder Hülfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirthe“ und 1854 – nachdem er als Bürgermeister nach Heddesdorf bei Neuwied versetzt war – den „Heddesdorfer Wohlthätigkeits-Verein“, der neben der Kreditvergabe den Zweck hatte, „für die Erziehung verwahrloster Kinder zu sorgen, arbeitslosen Einwohnern, besonders entlassenen Sträflingen, Beschäftigung zu geben, eine Volksbibliothek zu errichten, namentlich aber für die Beschaffung des nöthigen Viehs zu sorgen“.⁴² Für diese Vereine war jeweils die Beteiligung wohlhabender Einwohner aus dem betreffenden

38 Vgl. dazu Michael Klein: *Prediger der Solidarität: In: DIE ZEIT* Nr. 48 vom 19. November 1998, S. 46 – Werner (wie Anm. 5).

39 Ein drastisches Beispiel hierfür schildert Friedrich Wilhelm Raiffeisen in seinem grundlegenden Werk *„Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter“*, 1. Aufl., Neuwied 1866, S. 2 f. – Werner (wie Anm. 5).

40 Zu den folgenden Daten vgl. Reinhold Henzler: *Genossenschaftliche Zeittafel*, 5. Aufl., Hamburg 1970.

41 Helmut Faust: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*, Frankfurt a. M. 1965, S. 274, und Klein (wie Anm. 38), S. 46: Auf Raiffeisens Antrag war dem Bezirk Weyerbusch aus den königlich-preussischen Magazinen eine Ladung Getreidemehl überlassen worden, aber mit der Maßgabe, dieses nur gegen Barzahlung an die Bevölkerung abzugeben. Weil den Hungerleidenden das Geld fehlte, setzte sich Raiffeisen über die Anweisung hinweg und verteilte das Mehl bzw. davon im Vereinsbackhaus bereitgestelltes Brot an die armen, nicht zahlungsfähigen Leute um die Hälfte billiger als üblich „auf Vorschuss“. Nur so konnte die Not gelindert werden. Den Kredit zahlten die Minderbemittelten erst nach Ende der Hungersnot zurück. Dennoch konnte Raiffeisen die Mehllieferung aus den Spenden, die er bei den reicheren Bürgern seiner Gemeinde sammelte, bar bezahlen.

42 Raiffeisen (wie Anm. 39), S. 11.

Gebiet erforderlich, die mit ihren Einlagen und indem sie mit ihrem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten des Vereins bürgten, dessen Aktivitäten bis hin zur Vergabe von Krediten zu einem mäßigen Zinssatz ermöglichen.⁴³

Das „Hilfsvereinskonzept“ dieser vorgegenossenschaftlichen Zusammenschlüsse auf karitativer Grundlage entwickelte Raiffeisen zu modernen Genossenschaften weiter. Mit der Gründung des „Spar- und Darlehnskassen-Vereins für das Kirchspiel Anhausen“ 1862 war die Idee der späteren Raiffeisen-Banken geboren. Dieser Verein und die weiteren durch Raiffeisen selbst oder unter seiner Mitwirkung errichteten genossenschaftlichen Darlehnskassen unterschieden sich von den früheren Hilfsorganisationen dadurch, dass das Prinzip der Wohltätigkeit weitgehend durch den „Grundsatz der unbedingtesten Selbsthilfe“ abgelöst wurde,⁴⁴ so dass sich die begüterten Förderer nach und nach zurückziehen konnten. Die Darlehnskassen beschränkten sich auf die Gewährung von Krediten an wirtschaftlich Schwache (z.B. zum Kauf von Vieh, Futter, Saatfrucht, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Geräten) der Dorfgemeinschaft (Kirchspiel). Kreditnehmer, bei denen es sich zunächst ausschließlich um Kleinbauern handelte, mussten Mitglied bei der Genossenschaft werden,⁴⁵ woraus deren Selbstverwaltung durch ihre Mitglieder folgte.

Die Satzung der 1862 in Anhausen erfolgten ersten Gründung der heute weltumspannenden Raiffeisenbewegung war noch nicht von den Bestimmungen des erst 1867 erlassenen Preußischen Genossenschaftsgesetzes beeinflusst. So konnte Raiffeisen kooperative Vereinigungen ohne Geschäftsanteile, basierend auf Selbsthilfe durch Bürgschaft und solidarischer Haftung, gründen.⁴⁶ Der Zinssatz betrug fünf Prozent, und ein eventueller Gewinn floss einem Stiftungsfonds für wohltätige Zwecke zu. Wenngleich in den Darlehnskassen-Vereinen die ökonomischen Prinzipien stärker zur Geltung kamen, blieb in ihnen doch weiterhin der Gedanke der christlichen Nächstenliebe verwurzelt. Seinen Ausdruck fand er besonders in der Solidarhaftung aller Mitglieder („Einer für alle – alle für einen“), welche die Kreditwürdigkeit der Mitglieder erhöhte. Nach diesem Prinzip arbeiten heute auch viele Mikrofinanzinstitute in den Entwicklungsländern.⁴⁷

43 Faust (wie Anm. 41), S. 279 f. – Klein (wie Anm. 38), S. 46.

44 Raiffeisen (wie Anm. 39), Vorwort und S. 14.

45 Faust (wie Anm. 41), S. 281 f.

Die bewusste Beschränkung auf ein kleines, überschaubares Arbeitsgebiet sollte das Gemeinschaftsgefühl lebendig werden lassen. Die Dorfgemeinschaft, in der sich alle Einwohner kannten und die Vermögensverhältnisse transparent waren, bot die günstigsten Voraussetzungen für ein geringes Risiko bei der Kreditgewährung. Ebd., S. 288.

46 Werner (wie Anm. 5).

47 Edda Schröder: Mikrofinanz – ein soziales Instrument, das bewegt! Internet: http://www.fundresearch.de/index.asp?intPageID=5&pkBerichtNr=138896&pkRubrikNr=492&bln_vom_12.12.2006_Zugriff_03.07.2007.

Für seine Ideen, die sich damals rasch über Europa hinaus ausbreiteten und heute noch weltweit tragen, konnte Raiffeisen nicht mit dem Nobelpreis geehrt werden. Den gab es erst im Jahre 1901. Doch er konnte auf sein Lebenswerk stolz sein. In seinem Todesjahr 1888 existierten im Deutschen Reich über 400 Genossenschaften seiner Prägung. „Ohne die Raiffeisengenossenschaften wäre die Entwicklung des Bauern- und des Gewerbestandes in der schwierigen Umbruchphase der Wirtschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts vermutlich anders verlaufen. Das Bauern- und Gewerbestorben wäre noch dramatischer gewesen, mit vermutlich noch viel schwerwiegenderen Folgen für die Gesellschaft und damit für den Staat.“⁴⁸

V. Auswirkungen der Wiederbelebung einer alten Idee

Die Grameen-Bank hat es geschafft, die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen in Bangladesch zu verbessern. Nach einem Muster, das Yunus in einem Interview folgendermaßen skizzierte:⁴⁹ „Konventionelle Banken geben den Reichen – je mehr du hast, desto mehr kannst du bei uns bekommen. Wir geben den Armen – je weniger du hast, desto schneller wirst du bei uns angenommen. Die normalen Banken geben Männern, wir konzentrieren uns auf Frauen; sie wollen, dass du in ihre Büros kommst, wir gehen in die Dörfer; sie wollen erfahrene Geschäftsleute, wir beraten gerade die, die nichts über Wirtschaft wissen. Und das Wichtigste: Normalerweise musst du sehr reich sein, um eine Bank zu besitzen! Grameen gehört den Armen.“

Verschiedenen Studien zufolge entkommt rund die Hälfte derjenigen, die einen Mikrokredit aufnehmen, der Armut. Nicht jeder Initiator hätte dies erreichen können. Zur Zeit der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit waren die Bedingungen ideal – und hinzu kam die Persönlichkeit Yunus. Das Konzept zeigt, dass Kredite eine Chance eröffnen, jede Frau (97 Prozent der Kreditnehmer sind weiblich) und jeden Mann aus persönlicher Armut zu befreien und damit insgesamt mehr Freiheit zur Entfaltung zu bringen. Vielleicht ist gerade deshalb der Mikrokredit eines der wichtigsten Instrumente seit langer Zeit. Yunus Ziel ist nichts Geringeres als die Abschaffung der Armut – wenn auch nicht von heute auf morgen.

Durch Mikrokredite wird die wirtschaftliche Tätigkeit der ärmeren Bevölkerungsschicht erhöht und damit mittelbar auch der Lebensstandard, ablesbar am Marktzugang, an organisierter Arbeit, Ansehen und Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz. Das zeigt sich nicht zuletzt an einer generationenübergreifenden Fortschrittslinie: Fast alle Kredit aufnehmenden

⁴⁸ Werner (wie Anm. 5).

⁴⁹ Yunus (wie Anm. 36).

Frauen sind Analphabetinnen. Aber deren Kinder besuchen zu 100 Prozent die Schule, und nicht wenige davon wollen danach zur Universität gehen. Grameen finanziert bereits über zehntausend Studentenkredite.⁵⁰

In den 1990er Jahren ist eine ganze Reihe von Tochtergesellschaften und Initiativen⁵¹ entstanden, durch die Wirtschaftskreisläufe in einem vorher ungeahnten Umfang in Gang kamen. Das bisher spektakulärste Unternehmen ist GrameenPhone – der weltweit preisgünstigste Mobilfunkanbieter. In Verbindung mit einem Kredit gab Grameen Mobiltelefone an etwa 250.000 Landfrauen aus; mit der Überlassung von Telefonminuten gegen eine Gebühr an Dorfbewohner können sie eine Existenz aufbauen. Dadurch wird breitflächig sowohl private als auch geschäftliche Kommunikation ermöglicht.⁵² Ein weiteres Beispiel ist Grameen Shakti (Kraft, Energie), ein Unternehmen, das in nicht elektrifizierten Dörfern Solar Home-Systems verkauft⁵³ – zu den gleichen Bedingungen wie die Grameen-Kleinkredite. Ferner hat Grameen ein Baudarlehenprogramm für seine Kreditnehmer aufgelegt sowie eigenfinanzierte genossenschaftlich organisierte Unternehmen gegründet, so z.B. für Ausbildung, Gesundheitsfürsorge und Altersversorgung sowie eine Stiftung für Fischerei und Viehzucht, um möglichst viele Funktionen abzudecken, die der Gesellschaft zugute kommen sollen.⁵⁴

VI. Ausbreitung des Konzeptes in andere Länder

Die Idee der Vergabe von Kleinstkrediten an Menschen, die wirtschaftlich aktiv sein wollen, hat sich als ideales Instrument der Hilfe zur Selbsthilfe erwiesen. Teile des Grameen-Systems wurden von Hilfsorganisationen, ja sogar von Banken kopiert.⁵⁵ Viele sehen darin die moderne und effiziente Art der Entwicklungshilfe. Arme Kleingewerbetreibende haben in der Regel keinen Zugang zu traditionellen Geschäftsbanken, da sie keine Sicherheiten stellen können und in ländlichen Gegenden wohnen, in denen keine Bank tätig wird.⁵⁶ Sie wären auf Wucherer angewiesen, die unerschwingliche Zinsen verlangen.

⁵⁰ Yunus (wie Anm. 36).

⁵¹ Einen vollständigen Überblick bietet Grameen family of organisations: *Grameen_family_of_organisations*, Zugriff 04.09.2010, ferner Grameen Bank – Grameen Family of Enterprises: www.grameen-info.org/gfamily.html, Zugriff 25.07.2007. – Schrader/Enke (wie Anm. 9), S. 10.

⁵² Spiegel (wie Anm. 1), S. 138 f. Im Jahre 1995 kaufte die Grameenbank ein ganzes Mobilfunknetz. Daraus entstand das neue Unternehmen Grameen Phone, heute der größte Mobilfunkanbieter Bangladeschs. Vgl. ebd.

⁵³ Sabine Kebir: Die Barfußler-Banker. Kredite für die Armen. In: Freitag 45 vom 01.11.2002. Internet: <http://www.freitag.de/2002/45/02450601.php>, Zugriff 24.07.2007. – Schrader/Enke (wie Anm. 9), S. 10.

⁵⁴ Yunus (wie Anm. 1), S. 288 ff.

⁵⁵ Schrader/Enke (wie Anm. 9), S. 10..

⁵⁶ Schröder (wie Anm. 47).

Für die Eignung des Grameen-Bank-Konzeptes zur Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung sprechen dessen Akzeptanz und Ausbreitung. Das Modell hat längst Schule gemacht und Nachahmer gefunden – und nicht nur in etwa 60 Entwicklungsländern. Inzwischen werden überall auf der ganzen Welt Kreditprogramme nach dem Prinzip der Bank in Bangladesch realisiert: in Afrika, in Asien bis hin zu den abgelegensten Bergdörfern in Nepal, in Papua-Neuguinea, in Kanada, in den Ghettos von Chicago ebenso wie in Indianer-Reservaten Nordamerikas, ebenso in Lateinamerika.⁵⁷

Die Ich-AG funktioniert offenbar in armen Ländern besser als in hochentwickelten Volkswirtschaften. Denkbar wäre aber durchaus, das Konzept der Mikrokredite auch in sozialen Brennpunkten der Großstädte von Industrieländern umzusetzen. Dort besteht die Möglichkeit, mit Hilfe von Kleinkrediten die Arbeitslosigkeit zu verringern. Das erklärt, weshalb auch in mehreren europäischen Ländern (z.B. Albanien, Frankreich, Niederlande, in der Polargegend Norwegens und im Norden Finnlands) Projekte durchgeführt werden, die nach dem Grameen-Prinzip arbeiten.⁵⁸

In Deutschland ist die GLS Bank vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt worden, das Mikrokreditangebot landesweit auszubauen. Es wurde ein Mikrokreditfonds mit einem Volumen von 100 Millionen Euro aufgelegt, um Kredite an Klein- und Kleinstunternehmen sowie für Betriebsgründungen abzusichern und den Betreibern den Zugang zu Kapital zu ermöglichen.. Die Mittel des Fonds stammen im Wesentlichen aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Haushalt des Ministeriums.⁵⁹ „Nach dem Start Anfang 2010 werden derzeit monatlich 100 Kredite vergeben und von 20 Mikrofinanzinstituten (MFI) betreut. Bis Ende 2010 ist ein Ausbau auf 35 MFI und eine entsprechende Ausweitung der Kreditvergabe geplant.“⁶⁰

Weltweit gibt es zirka 12 000 Mikrofinanzinstitute. Die größten darunter arbeiten äußerst erfolgreich. Rund 60 Millionen Menschen sind in den Genuss von Kleinstkrediten gekommen.⁶¹ Darin und in der hohen Rückzahlungsquote hat sich gezeigt, dass Besitzlose durchaus mit Geld umgehen können. Und wenn die meisten erfolgreichen Hilfsprogramme sich heute auf Frauen beziehen, so geht dies auch auf Grameen zurück. Deren Kreditnehmer sind nahezu ausschließlich weiblich. Sie kämpfen um die Zukunft ihrer Familien, pla-

57 Yunus (wie Anm. 1), S. 28 und 223 ff.

58 Yunus (wie Anm. 1), S. 28 und 229 ff.

59 Internet: <http://www.gls.de/die-gls-bank/aktuelles/detail>, Zugriff 05.09.2010

60 Internet: <http://mikrokreditfonds.gls.de/>, Zugriff 05.09.2010.

Unternehmensberatungen mit einer Spezialisierung auf Gründungen aus der Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe. Diese Institute sind von der Antragstellung bis zur Rückzahlung für die Kreditbetreuung verantwortlich. <http://www.ibk-startup.de/>, Zugriff 05.09.2010.

61 Struve; Unterreiner (wie Anm. 33).

nen besonnener und sind weit zuverlässigere Schuldner als Männer.⁶² Mit betrügerischen Kreditnehmern hat Yunus kaum zu tun.

Längst haben auch internationale Organisationen wie die Weltbank die Mikrokredite als Ergänzung der klassischen Formen von Entwicklungshilfe für strukturschwache Gebiete und als soziales Investment zur Armutsbekämpfung in der Welt anerkannt.⁶³ Die Vereinten Nationen sehen in der Mikrofinanzierung ein wichtiges Instrument zur Reduktion von Armut; sie hatten 2005 zum „Internationalen Jahr des Mikrokredits“ ausgerufen. „Durch die ‚wirtschaftliche Hilfe von unten‘ kommen die Gelder direkt und in voller Höhe an die Bedürftigen. Mikrofinanzinstitute verleihen nicht nur Geld, sondern auch Würde. Kredite statt Almosen lautet das Motto.“⁶⁴

VII. Beurteilung der Mikrokreditidee

Muhammad Yunus hat die Vision einer Welt ohne Armut, in der jeder Mensch die Möglichkeit erhält, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen, und niemand verhungern oder an Unterernährung leiden muss.⁶⁵ Seit Jahrzehnten trägt er mit seinem Einsatz dazu bei, diese Vision Realität werden zu lassen. Vor allem für sein Heimatland brachte er die Entwicklung der Sektoren Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen voran.

Yunus kommt auch das Verdienst einer Änderung der patriarchalischen Gesellschaftsstruktur in Bangladesch und damit einer Aufwertung der Rolle der Frau zu. Durch den Umgang mit Geld haben die Frauen an Selbstbewusstsein, an Selbstwertgefühl und Hoffnung gewonnen, wodurch kreative Kräfte freigesetzt wurden.⁶⁶ Mit der Vergabe von Krediten an Frauen wurde deren Potenzial, mit den aufgenommenen Finanzmitteln sinnvoll zu wirtschaften, anerkannt, was einer sozialen Revolution gleichkam.

Allerdings gilt es zu bedenken, dass Mikrokredite kein Wundermittel sind und allein das Armutsproblem nicht zu lösen vermögen. Sie bieten in Entwicklungsländern eine Chance, der Armut zu entkommen,⁶⁷ setzen aber einen gewissen Grad an Selbständigkeit und unternehmerischen Fähigkeiten voraus, die bei den ganz Armen kaum ausgebildet sind, allenfalls bei denen, die schon etwas darüber stehen. Sich als Kleinstunternehmer/in selbständig

62 Heckel (wie Anm. 32).

63 Haijtema; Schelling (wie Anm. 4).

64 Schröder (wie Anm. 47).

65 Yunus (wie Anm. 1), S. 328.

Dazu wird weiter ausgeführt (S. 328 f.): „Alle staatlichen Wohlfahrtsorganisationen würden nicht mehr gebraucht und könnten abgeschafft werden, und auch die staatliche Sozialhilfe wäre überflüssig. Almosen, Suppenküchen, Lebensmittelmarken [...] sowie Straßennettler hätten sich überlebt.“

66 Spiegel (wie Anm. 1), S. 16 f.

67 Yunus (wie Anm. 1), S. 13.

zu machen verlangt ein Umfeld, das es erlaubt, nach Begleichung der Zinsen einen ausreichenden Profit zu erzielen. Dazu sind lokale Märkte, Verkehrswege und eine Umgebung erforderlich, in der genug Geld zirkuliert. Erfolgreiche Mikrofinanzprojekte setzen also ein gewisses Mindest-Entwicklungs-niveau voraus. Bei extremer Armut und für die Entwicklung einer Region oder gar eines ganzen Landes können Kleinstkredite allein freilich nicht viel ausrichten.⁶⁸

In solchen Fällen sind Infrastrukturmaßnahmen wie etwa Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Straßennetze und Energieversorgung erforderlich, zentrale Bereiche also, in denen Mikrokredite keine Rolle spielen. Es wäre daher verfehlt, erfolgreiche Mikrokreditprojekte als Beweis für die These gelten zu lassen, dass sie bessere Wirkungen als staatliche Entwicklungshilfen erzielen.⁶⁹ Zudem ist die Gründung neuer Mikrofinanzinstitutionen fast immer von Entwicklungshilfe, Subventionen des Staates und Spenden abhängig.

Yunus kennt die Probleme, die noch zu lösen sind. So hält er es für wichtig, Geld anzusparen und darüber zu verfügen. Dieser Erkenntnis folgend führte er Ende der 1990er Jahre das Einlagengeschäft ein, das der Refinanzierung der herausgelegten Kredite dient. Die Grameen-Bank berichtet im Jahre 2007, die ausstehenden Kredite zu 100 Prozent aus den Spareinlagen zu finanzieren, wobei über 58 Prozent der Einlagen von den eigenen Kunden stammen.⁷⁰ Darüber hinaus werden zur besseren Lebensgestaltung weitere Dienstleistungen, wie Baudarlehen und Lebensversicherungen, angeboten.⁷¹

VIII. Die Genossenschaft als Organisationsform für Mikrofinanzkredite

Es wurde gezeigt, dass die Mikrofinanzierung keine neue Erfindung ist. Sie geht auf das Raiffeisen-Modell zurück, das ab Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst in Deutschland, dann in weiteren europäischen Ländern und in Nordamerika angewandt wurde, als die wirtschaftlichen Bedingungen dort ähnlich schwierig wie heute in vielen Entwicklungsregionen waren.⁷²

Wie zu Zeiten von Raiffeisen nutzen gegenwärtig Genossenschaftsbanken in aller Welt die Vorteile lokaler Verwurzelung mit regionaler und nationaler

68 Andreas Missbach: *Keine Eier legende Wollmilchsau*. In: *moneta Zeitschrift für Geld und Geist*, Nr. 2/20. Juni 2005, S. 2.

69 Missbach (wie Anm. 67).

70 Yunus (wie Anm. 17).

71 Spiegel (wie Anm. 1), S. 144 ff. – Yunus (wie Anm. 17).

72 Schröder (wie Anm. 47).

Vernetzung. Dadurch fördern sie nicht nur ihre Mitglieder, sondern zugleich die Wirtschaft vor Ort und in der Region, unter anderem, indem sie Existenzgründungen unterstützen.

Im Rahmen der Entwicklungspolitik wurden die Kreditgenossenschaften im Mikrofinanzbereich als leistungsfähige Finanzintermediäre wiederentdeckt, nachdem sie in der Vergangenheit die in sie gesetzten Erwartungen häufig nicht erfüllten.⁷³ Die Genossenschaft eignet sich als Organisationsform für Mikrofinanzinstitute, da die genossenschaftlichen Prinzipien der Mitgliederförderung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und das Identitätsprinzip mit den Zielsetzungen der Mikrofinanzinstitute übereinstimmen.

Die erfolgreiche Gründung von Kreditgenossenschaften in Entwicklungsländern macht eine Anpassung an die kulturellen, sozialen und politischen Gegebenheiten in den Zielländern erforderlich. In der Aufbauphase erscheint es daher sinnvoll, bestehende örtliche Selbsthilfegruppen einzubinden, die bereits auf die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung eingestellt sind. 7000 LeserInnen eine Zeitung abonniert, die es noch gar nicht gab. Die etablierten Zeitungsverlage gaben dem unterkapitalisierten und selbstverwalteten Betrieb kein Jahr. Dass die taz seit dem 17. April 1979 täglich, pünktlich und bundesweit erscheint, macht sie zur ersten erfolgreichen Gründung einer überregionalen Tageszeitung in Deutschland seit „Bild“ – und wäre ohne das solidarische Handeln ihrer LeserInnen niemals möglich gewesen.

Insgesamt hat die taz seit 1992 abseits des Zeitungsverkaufs mehr als elf Millionen Euro von ihren LeserInnen erhalten. Geld, das zumeist in die Qualitätsverbesserung der Zeitung gesteckt wurde: Ein neues Redaktionssystem, ein neues Layout, ein neues Wochenendmagazin, ein neuer Regionalteil und ein neuer Webauftritt wurden schon aus Mitteln der Genossenschaft und der Entwicklungs KG finanziert. Wer sein Geld in den taz-Beteiligungsmodellen investiert, tut dies nicht aus finanziellen Renditeerwägungen, sondern um der taz die Möglichkeit zu geben beziehungsweise zu erhalten, nicht mit letzter Konsequenz gewinnorientiert handeln zu müssen. Eine junge Genossin, die auf der jährlichen Mitgliederversammlung eine Rede hielt, sprach von der „politischen Rendite“, die ihr wichtiger sei als die in der Satzung formal in Aussicht gestellte Dividende. Und mit dieser „politischen Rendite“, die inzwischen zum Schlagwort der Eigenwerbung geworden ist, war nicht allein

⁷³ *Das Modell der Kreditgenossenschaften war das erste Konzept, mit dem die Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern eingeführt wurde. Die Ursachen für ihren mangelnden Erfolg waren nicht in der Organisationsform, sondern u. a. in einem falschen Verständnis von Genossenschaften sowie in den politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen (z. B. vorgeschriebene Gemeinwirtschaftlichkeit oder indirekter Beitrittszwang bei Kreditanspruchnahme) und weiteren Staatseinfluss auf die Genossenschaften in den Zielländern („Offizialisierung“) zu sehen. Der genossenschaftliche Förderauftrag wurde dabei vernachlässigt, nicht zuletzt auch, weil die Genossenschaften zur Durchleitung von Entwicklungshilfegeldern genutzt wurden.*

die tägliche Zeitung gemeint, die alle GenossInnen mit ihren Einlagen gegenüber den unkalkulierbaren Gefahren des freien Marktes – von Papierpreisentwicklung bis Weltwirtschaftskrise – mehr oder weniger stabil absichern.

Was sind uns unsere Gründerväter wert?¹

Ein Plädoyer für die Vernetzung der Erinnerungskultur und der Geschichtsarbeit im genossenschaftlichen Finanzverbund.

„Lehrbuch und Geschichte sind gleich lächerlich dem Handelnden.“² An diesen Satz fühlt man sich erinnert, wenn im genossenschaftlichen Finanzverbund ein Jubiläum vor der Tür steht. Als ihn Goethe vor mehr als 230 Jahren in sein Tagebuch notierte, gab es noch keine Genossenschaftsbanken. Dennoch beschreibt er treffend die häufige Realität in den Kommunikationsabteilungen der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Es werden Events und Aktionen geplant, Festschriften, Ausstellungen und Präsentationen vorbereitet. Schön wäre es, wenn auf aufbereitetes Material zurückgegriffen werden könnte. Im turbulenten Alltag spielt der Blick zurück jedoch eine untergeordnete Rolle. Dabei bieten sich gerade auf dem Gebiet der historischen Kommunikation für die Volksbanken und Raiffeisenbanken bislang ungenutzte Chancen.

Die regionale Tradition ist ein Differenzierungsmerkmal der Genossenschaftsbanken, mit dem sie langfristig im Wettbewerb punkten können. Die Werbung um neue Mitglieder kann nur effektiv erfolgen, wenn die historische Komponente berücksichtigt wird. Warum soll ein Kunde Mitglied bei Volksbanken und Raiffeisenbanken werden, wenn ihm die regionale Identität, die Verwurzelung, die Herkunft und die daraus resultierenden Vorteile für den Kunden unbekannt sind? Für den Kunden sind moderne Kreditinstitute kaum noch unterscheidbar.

Die Tradition der genossenschaftlichen Bankengruppe muss anschaulich und

¹ Dieser Text beruht auf einem auf der 2. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte im Herbst 2007 gehaltenen Vortrag. Er wurde 2008 unter dem Titel *Was uns unsere Gründerväter wert sein sollten. Ein Plädoyer für die strategische Positionierung historischer Kommunikation im genossenschaftlichen Finanzverbund*, *Bankinformation* 5 (2008), S. 18 ff. veröffentlicht und für diese Veröffentlichung nochmals erweitert. Viele Projekte, die damals angedacht wurden, sind mittlerweile umgesetzt. Mittlerweile unterstützt ein Förderverein aller Genossenschaften die Arbeit des Genossenschaftshistorischen Informationszentrums (GIZ), im Gegenzug stellt das GIZ seine Dienstleistungen auch den anderen Genossenschaften zur Verfügung.

² Johann Wolfgang von Goethe, *Tagebuch vom 13. Januar 1779*. In: *Goethes Werke*. Hrsg. im Auftrag der Großherzogin Sophie von Sachsen. III. Abteilung: *Goethes Tagebücher. Weimar 1887–1919*, S. 58.

greifbar werden. Geschichte wird für viele Menschen häufig erst dann verständlich, wenn sie erlebbar wird. Versteckt hinter Gemäuern wird die Öffentlichkeit nicht auf die wertvollen Errungenschaften und Erzeugnisse aus der Vergangenheit aufmerksam. Bringt sie jemand ans Licht, wird Geschichte greifbar, und dieses Verhältnis kehrt sich schnell in das Gegenteil um. Nicht ohne Grund gibt es überall in Deutschland so viele Museen und Ausstellungen, in denen die großen, manchmal auch die versteckten Linien der Geschichte nachgezeichnet werden. In den letzten 20 Jahren haben mit dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim (1992)³ und dem Auswandererhaus in Bremerhaven (2007) zwei innovative sozialgeschichtliche Ausstellungshäuser den Preis als bestes Museum Europas bekommen. Das 1994 eröffnete Haus der Geschichte in Bonn gehört mit jährlich 850 000 Besuchern zu den am meisten besuchten Museen Deutschlands.⁴ Diese Beispiele zeigen, dass Sozialgeschichte einem breiten Publikum modern, spannend und anschaulich präsentiert werden kann.

Genossenschaftsbanken sind aus einer bedeutenden sozialen Bewegung heraus entstanden. Daher sollten sie Chroniken, Ausstellungen und Internetpräsentationen ihrer Geschichte zum Teil einer umfassenden Kommunikationsstrategie machen. Dafür eignen sich vor allem Gründungsjubiläen von Kreditgenossenschaften und Verbänden sowie Jahrestage wichtiger Innovationen, Ereignisse und Personen. Im Jahr 2008 feierten wieder zahlreiche Kreditgenossenschaften ihr Jubiläum: Die Deutsche Zentralgenossenschaftsbank AG (DZ BANK) beging ihr 125-jähriges Bestehen und bezog sich dabei auf eine ihrer regionalen Zentralbanken – der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank AG in Darmstadt.⁵ Das wichtigste Datum in diesem Jahr war jedoch der 29. August. Vor 200 Jahren – am 29. August 1808 – wurde Hermann Schulze-Delitzsch in Delitzsch geboren. Sein Jubiläum ist ein willkommener Anlass zu einer Bestandsaufnahme der Geschichtsarbeit im genossenschaftlichen FinanzVerbund.⁶

3 Vgl. *Ausstellungskatalog*. Hrsg. v. Landesmuseum für Technik und Arbeit, Mannheim 2001.

4 Vgl. *Erlebnis Geschichte. Das Buch zur Ausstellung*. Hrsg. von Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarbeitete Aufl., Bonn 2000.

5 Vgl. *Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele. Eine Zeitreise durch das Morgen, Heute und Gestern*. Hrsg. von DZ BANK AG – Deutsche Zentralgenossenschaftsbank, Frankfurt a. M. o. J. [2008]. – Michael Stappel: *125 Jahre DZ BANK. Geschichte der Verbundidee*, http://www.gv-bayern.de/Artikel/Profil/Dateien/125JahreDZBANK_GeschichteDerVerbundidee.pdf.

Eine vom Institut für Bankhistorische Forschung geplante vollumfängliche Chronik ist in Vorbereitung.

6 Publikationen hierzu: Christopher Pleister; Peter Gleber: *Die gewerblichen Genossenschaftsbanken. Von der regionalen Idee zum deutschen Erfolgsmodell*. In: Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch (Hrsg.): *Hermann Schulze-Delitzsch. Weg – Werk – Wirkung*, Delitzsch, Wiesbaden 2008, S. 136 ff. – Zitate. Hermann Schulze-Delitzsch. Hrsg. von Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Berlin 2008. – Hermann Schulze-Delitzsch. *Ausgewählte Schriften und Reden des Gründervaters der deutschen Genossenschaften*. Hrsg. vom Marvin Brendel, Berlin 2008. – Rita Aldenboff-Hübinger: *Prägend in Deutschland und Europa. Hermann Schulze-Delitzsch: Leben und historische Bedeutung*. In: *Bankinformation* 5 (2008), S. 8 ff. – Ulrike Laufer: *BVR sponsert im „Schulze-Delitzsch-Jahr“ Ausstellung im Deutschen Historischen Museum*. In: *ebd.*, S. 22 ff. – Marc Weegen, *Von 0 auf 16 Millionen in 165 Jahren. BI im Gespräch: Der Erfolgsgarant Mitgliedschaft im Laufe der Zeit*. In: *ebd.*, S. 14 ff.

In den Regionen bestehen bereits heute eine ganze Reihe von Einrichtungen und Projekten, die sich mit der Geschichte der Genossenschaften befassen. Sechs Volksbanken in der Lüneburger Heide bündeln ihre Geschichtsarbeit im GenoArchiv in Hanstedt.⁷ Die Volksbank Reutlingen⁸ beschäftigt eine Mitarbeiterin, die sich mit Historischer Kommunikation beschäftigt und ist damit ein weiteres vorbildliches Beispiel auf der Primärebene. Auch in einzelnen Verbundunternehmen, beispielweise bei der R+V Versicherung, ist Geschichtsarbeit Teil der Unternehmenskommunikation. Einige Verbände haben Vereine gegründet: der Historische Verein bayerischer Genossenschaften oder der Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch. Auch der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) bewahrt Bankgeschichte. Weil dort bis 1971 die Raiffeisenbanken organisiert waren, lagern dort Bestände zu deren Geschichte – insbesondere das wertvolle Erbe von Friedrich Wilhelm Raiffeisen.

Stiftung Genossenschaftshistorisches Informationszentrum (GIZ): langfristige Zielsetzung

Der BVR und die DZ Bank verfolgen mit dem Genossenschaftshistorischen Informationszentrum langfristige Ziele. Von Beginn an pflegt das GIZ die Archive der Zentralbank und des BVR. Es ist auch die zentrale historische Anlaufsstelle im Verbund und hält ein Datennetzwerk für die genossenschaftliche Bankengruppe bereit.⁹ Im Februar 2009 wurde ein Förderverein zur Stiftung GIZ gegründet. Seitdem ist das GIZ auch für die im DGRV organisierten ländlichen und gewerblichen Warengenossenschaften wie auch für Konsumgenossenschaften zuständig.¹⁰

Der Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) hat mit zwei regionalen Wirtschaftsarchiven eine Bestandsaufnahme der Primärbankarchive vorgenommen.¹¹ Ein ähnliches Projekt starteten die Genossenschaftsverbände Norddeutschland (GVN)¹² und Weser-Ems. Sie arbeiten mit der Geschichtswerk eG zusammen, einer Hamburger Genossenschaft, die

7 Seit über zehn Jahren berichten die halbjährig erscheinenden „Nachrichten der Stiftung Genossenschaftliches Archiv“ über die Genossenschaftsgeschichte der Region und über überregionale Vernetzungen.

8 Vgl. A. Anstädt: Zurück zu den Wurzeln. Volksbank Reutlingen spiegelt Stabilität und Prosperität des Landes wider. In: *Bankinformation* 5 (2009), S. 46 ff.

9 Vgl. Peter Gieber; Regine Kreitz: Der Anfang ist gemacht. Stiftung GIZ – Genossenschaftshistorisches Informationszentrum gegründet. In: *Bankinformation* 2 (2005), S. 6–7.

10 Mit dem Umzug des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) von Bonn nach Berlin im Jahre 2012 werden dem GIZ auch Materialien zu den ländlichen Banken und Warengenossenschaften zugeführt.

11 Die Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln und die Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv in Dortmund haben im Rahmen des Projektes „Handbuch zur Geschichte der rheinischen und westfälischen Kreditgenossenschaften“ eine vorläufige Aufstufung aller Bestände der Volksbanken und Raiffeisenbanken vorgenommen. Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen.

12 Der GVN ist zum Januar 2009 mit dem Genossenschaftsverband Frankfurt zum Genossenschaftsverband (Nord-Mitte-Südwest) verschmolzen.

sich mit der Aufarbeitung von Unternehmensgeschichte beschäftigt.¹³

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, wenn Genossenschaftsgeschichte ausschließlich aus Akten gelesen werden würde. Interessant sind auch gegenständliche Quellen. In den Kellern der Volksbanken und Raiffeisenbanken schlummern viele interessante Objekte aus vergangenen Zeiten – etwa historische Alltagsgegenstände oder alte Give-aways. Das GIZ baut eine interessante Sammlung an Werbe- und Erinnerungsobjekten auf. Auch Gebäude spielen eine wichtige Rolle: das Raiffeisenhaus in Hamm/Sieg und das Schulze-Delitzsch-Haus in Delitzsch sind Teil der Erinnerungskultur. Eine Fülle von Denkmälern, Grabstätten und Straßennamen erinnern an die genossenschaftlichen Gründerväter.

Bislang war es meist sehr schwierig, die vielfältigen Fragen zur Geschichte des Genossenschaftssektors zu beantworten. Das typische Hauptmerkmal der Bankengruppe – die historisch gewachsene Dezentralität – ist zugleich eine große Herausforderung für Institute, die ihre Geschichte recherchieren. Mitarbeiter in der Kommunikation von Primärbanken fragen sich häufig, wer hier für was zuständig ist oder an wen sie sich wenden können.

Aufgabe des GIZ ist es, die heterogene Gesichtsarbeit im Genossenschaftlichen Finanzverbund zu vernetzen, entsprechenden Strategien zu entwickeln und die Primärinstitute zu beraten. Dabei lohnt sich Blick auf andere Branchen. Die Robert Bosch GmbH¹⁴ oder die Volkswagen AG setzen beispielsweise gezielt auf die Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Eigenständige Abteilungen für die historische Kommunikation integrieren Archiv-, Sammlungs- und Publikationstätigkeit. Sie sind als Teil der Unternehmenskommunikation in die Abläufe der Firmen integriert und bieten zugleich Dienstleistungen für die geschichtswissenschaftliche Forschung an. Historische Kommunikation ist hierbei ein innovativer und serviceorientierter Begriff, der den Dialog mit der Vergangenheit des eigenen Unternehmens umschreibt. Die Form der Geschichtsarbeit reicht vom Wunsch nach schlichter Bewahrung des kulturellen Gedächtnisses bis hin zur kritischen Distanz und zur problemorientierten Aufarbeitung der „Corporate History“.¹⁵

¹³ Vgl. *Geschichtswerk e.G. Historiker gründen Genossenschaft für historische Dienstleistungen*. In: *Dialog* 3 (2007), S. 44–45.

¹⁴ Vgl. dazu u. a. die *Unternehmensgeschichte von: Hans K. Herdt: Bosch 1886–1986. Porträt eines Unternehmens, Stuttgart 1986*. – *Volkswagen Chronik*. Hrsg. von Manfred Grieger, Ulrike Gutzmann, Dirk Schlinkert, 2. Aufl., Wolfsburg 2005. – *Hans Mommsen; Manfred Grieger: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996*.

¹⁵ *Michael Brückner: Das Firmenjubiläum als Marketinginstrument, Eschborn 2005*. – *Philip Janssen; Marian Krawietz, Marian: Geschichte als Kapital*. In: *Pressesprecher* 05 (2004) S. 26–28. – *Siegfried Quandt: Fachinformationssystem Geschichte. Historische Wissenschaft und öffentliche Kommunikation, Hitzeroth 1992*. – *Stefan Heinemann, Stefan: Grands récits nouveaux. Reflexionen zur Geschichte von Unternehmen und Marken an der Grenze von Philosophie und Ökonomie*. In: *Nicolai Oliver Herbrand; Stefan Röhrig (Hrsg.): Die Bedeutung der Tradition für die Markenkommunikation – Konzepte und Instrumente zur ganzheitlichen Ausschöpfung des Erfolgspotenzials Markenhistorie, Stuttgart 2006, S. 77–104*.

Externe Anbieter wie Wirtschaftsarchive und Geschichtsagenturen, lokale Museen und Geschichtsvereine können helfen, „Hinterlassenschaften“ aufzuarbeiten. Sie können allerdings nicht die strategische Positionierung der Geschichtsarbeit im Genossenschaftswesen und im Finanzverbund leisten. Kreditgenossenschaftliche Unternehmensgeschichte braucht Öffentlichkeit – damit sind nicht nur Kunden und Mitglieder gemeint. Erreicht werden müssen auch die Vorstände der Institute selbst. Externe kennen die Bedürfnisse von Genossenschaften nicht oder sind häufig nur Experten für einzelne Informationsquellen. Manchmal fehlt die Sichtweise für die Gesamtzusammenhänge. So blenden klassische Archivare die Sammlung von Werbeobjekten und genossenschaftlicher Fachliteratur häufig aus. Klassischen Historikern und Archivaren fehlt zugleich das strategische Wissen der Kommunikation im Finanzverbund. Nur wir selbst können uns die Frage beantworten: Warum archivieren, bewahren und sammeln wir eigentlich?

GenoFinder: das „Langzeitgedächtnis“

Mit GenoFinder hat die Stiftung GIZ zunächst ein „Langzeitgedächtnis“ für die genossenschaftliche Bankengruppe geschaffen. Das GIZ entwickelt zur Zeit eine Datenbank, die zugleich Internetplattform ist, in die die Primärbankarchive, die Gedenkstätten, die Raiffeisenbibliothek, der Infocenter der DZ BANK AG, die Verbundeinrichtungen mit dem BVR- und DZ-Bank-Archiv vernetzt werden können. Die Bestände all dieser Einrichtungen sollen in einer gemeinsamen digitalen Datenbank recherchiert werden können. Dabei darf es keine Rolle spielen, um welche Informationsgruppe es sich handelt. Ob Geschäftsschriften, Bücher, Zeitschriften, Exponate, Medien – alles ist in einer Internetdatenbank integriert und kann „google-like“ recherchiert werden. Das spart Zeit! Spätestens bei der Vorbereitung der nächsten Chronik, der kommenden Ausstellung oder gar einer Medienpräsentation – die jeweils dafür verantwortlichen Mitarbeiter werden dankbar sein für diese Hilfe.

Dennoch: Was lange Jahre versäumt wurde, lässt sich nicht in wenigen Jahren aufholen. Vieles wird gesichtet und dokumentiert werden müssen, bevor es in GenoFinder recherchierbar sein wird. Allein im GIZ lagern heute mehr als 1000 Meter Materialien, die nur zum Teil erfasst sind. Bei den Primärbankbeständen ist das GIZ auf die Mithilfe der Banken vor Ort angewiesen. Sie müssen selbst einen Teil der Arbeit übernehmen und dafür Fachkräfte gewinnen. Hierbei gilt der kluge Satz von Hermann Schulze-Delitzsch: „Mehrere kleine Kräfte vereint bilden eine große, und was man nicht allein durchsetzen kann, dazu soll man sich mit andern verbinden“.

Neben der Gedenkstätte für das Deutsche Genossenschaftswesen in Delitzsch gibt es verschiedene heimatkundliche Häuser in Flammersfeld, Weyerbusch und das Geburtshaus von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen in Hamm/Sieg. Die Konsumgenossenschaften verfügen über das Kleine Konsummuseum in Hamburg-Sasel. Letzteres in das modernste Haus, es beschreibt mittels alltagsgeschichtliche Objekte und einer ansprechenden inhaltlichen und kreativen Gestaltung die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Das Raiffeisenhaus in Hamm an der Sieg verfügt über eine bedeutende personengeschichtliche Sammlung über Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Durch die Fülle der Exponate fehlt eine klare Aussage. Dies soll durch den Einsatz mehrsprachiger Audioguides behoben werden.

Am wenigsten hat das Delitzscher Haus mit Genossenschaftsgeschichte zu tun.¹⁶ Die Rekonstruktion des Hauses Anfang der Neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts beruht auf der Zeit um 1900 und sollte eine „heimelige“ Stimmung schaffen.¹⁷ Biedermeier-Möbel und Werkzeuge unterschiedlicher Gewerke dominieren die Räume. Einige Artefakte und Hinweise auf Hermann Schulze-Delitzsch und auf das Genossenschaftswesen sind vorhanden. In der heimatkundlichen Schau werden aber keine Bezüge hergestellt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, der genossenschaftlichen Erinnerungskultur mehr Aufmerksamkeit zu sichern. Zum einen besteht die Möglichkeit einer strategischen Neupositionierung durch Vernetzung und Neugestaltung bestehender Gedenkstätten. Dazu wäre ein aufeinander abgestimmtes Konzept nötig. Man könnte an den einzelnen Standorten unterschiedliche Genossenschaftsschwerpunkte legen. Eine gemeinsame Internetplattform, gemeinsame Werbung und gemeinsame Merchandising-Aktivitäten könnten die Außenwirkung verbessern. Ein in die Plattform integriertes Gedenkportal könnte auch Denkmäler, Grabstätten und Straßennamen beschreiben und historisch aufarbeiten. Der BVR pflegt regelmäßig das Grab Schulze-Delitzschs in Potsdam. Er hat 2008 die Restaurierung des schadhaften Grabdenkmals übernommen. Das GIZ hat ein Konzept für eine Informationstafel erarbeitet, die im Jubiläumsjahr neben der Grabstätte aufgestellt wurde. Damit wäre der erste Grundstein für eine umfassende Aufarbeitung der genossenschaftlichen Denkmäler gelegt.

Neben dieser dezentralen Lösung besteht auch die Möglichkeit ein Deutsches Genossenschaftsmuseum an zentraler Stelle zu gründen. Seit Jahren planen zum Beispiel die Sparkassen in Berlin ein Deutsches Sparkassenmuseum. In

¹⁶ Die vom GIZ festgestellten Potentiale sollen bis Ende 2010 beseitigt werden. Es ist zu hoffen, dass eine neue Präsentation die sozialgeschichtlichen Wurzeln der Ideen Schulze-Delitzschs besser beleuchtet.

¹⁷ Vgl. Christel Moltrecht: Ein Jahrhundert Traditionspflege für Hermann Schulze-Delitzsch. Die Gedenkstätte Kreuzgasse 10, (Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des Deutschen Genossenschaftswesens, Heft 7), Delitzsch 2002.

einem zentralen genossenschaftlichen Pendant könnten alle Sparten der Selbsthilfeorganisationen zentral dargestellt werden. Dem Besucher könnte so das gesamte Spektrum der sozialgeschichtlichen Bedeutung nahegebracht werden. Eine moderne Konzeption könnte so Schulklassen wie Wirtschaftsführer und Politiker gleichermaßen vom Sinn der Genossenschaften überzeugen.

Geschichte nutzbar machen

Ziel aller dargestellten Konzeptionen, Ideen und Aktivitäten muss die strategische Positionierung der Geschichte als Kommunikationsinstrument sein. Im Unterschied zu anderen genossenschaftlichen Unternehmen verfügen die Banken über eine gemeinsame Marke. Der Begriff „Volksbank“ wurde 1855 von Schulze-Delitzsch geprägt.¹⁸ 1941 führte ihn der Deutsche Genossenschaftsverband als einheitlichen Markenbegriff ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich im ländlichen Bereich der Begriff Raiffeisenkassen bzw. -banken durch – das Raiffeisenlogo besteht seit 1939. Ein gemeinsames Verbundzeichen und die Marke „Volksbanken Raiffeisenbanken“ besteht seit 1972. Es lohnt sich also, die Geschichte der Gründerväter und die Geschichte der Kreditgenossenschaften strategisch zu bündeln. Weder Schulze-Delitzsch noch Raiffeisen hätten es gutgeheißen, Geschichte nostalgisch zu verklären.

Die zunächst vorgenommene strategische Fokussierung auf Volksbanken und Raiffeisenbanken sollte Genossenschaften anderen Typs nicht ausschließen. Das wäre nicht im Sinne Schulze-Delitzschs und Raiffeisens. Deshalb wurde 2009 ein Förderverein gegründet, in dem neben den Banken und dem BVR auch die Regionalverbände, die genossenschaftliche Fachverbände, die genossenschaftlichen Verbundunternehmen und die ländlichen und gewerblichen Warengenossenschaften vertreten sind. Den hier skizzierten strategischen Zielen – GenoFinder, Genossenschaftsmuseum und Gedenkstättenportal – können sich beispielsweise Konsumgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften und ländliche Genossenschaften anschließen. Das Ziel ist klar: Die einzigartige Geschichte als Kapital für alle Genossenschaften nutzbar machen. Das sind wir unseren Gründervätern schuldig.

¹⁸ Vgl. dazu: Hermann Schulze-Delitzsch: *Vorschuß-Vereine als Volksbanken. Praktische Anweisung zu deren Gründung und Einrichtung*, Leipzig 1855.

Victor Aimé Huber: Ein christlicher, konservativer, romantisch geprägter Monarchist und Genossenschaftspionier

1. Einleitung

Unzweifelhaft gehört Victor Aimé Huber zu den ersten bedeutenden Genossenschaftspionieren und -organisatoren. Doch werden heute häufig ausschließlich Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) und Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) genannt, wenn es um Pioniere im Genossenschaftswesen im 19. Jahrhundert in Deutschland geht. Gerade aber an dem Beispiel von Victor Aimé Huber lässt sich zeigen, dass die Ideen der geistigen Wegbereiter¹ – wie vor allem Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827) und Robert Owen (1751–1858) – ebenso wie die Beispiele anderer Organisatoren – wie insbesondere die 28 „redlichen Pioniere von Rochdale“ – in seinem Denken und Handeln auf fruchtbarem Boden gefallen sind und durch ihn weiter getragen wurden.

Seit dem 19. Jahrhundert wurden zu Victor Aimé Huber einige Biographien geschrieben, die einige seiner vielschichtigen Begabungen und vielseitigen Eigenschaften vertiefend darstellen und herausarbeiten. Sehr früh hat sein Adlatus Rudolf Elvers, der ihm in Wernigerode zur Seite stand, wohin sich Huber alle Ämter hinter sich lassend Anfang der 1850er Jahre zurückzog, mit

¹ Im Anschluss an Georg Drabeim unterscheidet Engelhardt zwischen geistigen Wegbereitern („Idealisten bzw. Utopisten“) und befähigten Initiatoren („Pionieren, „Organisatoren“) des Genossenschaftswesens. Vgl. Werner Wilhelm Engelhardt: *Allgemeine Ideengeschichte des Genossenschaftswesens. Einführung in die Genossenschafts- und Kooperationslehre auf geschichtlicher Basis*, Darmstadt 1985, S. 147. – Georg Drabeim: *Die Genossenschaft als Unternehmungstyp*, Göttingen 1953, S. 31.

einer „beeindruckenden Detailfülle“² eine erste Biographie geschrieben.³ Erwähnung soll auch Ingwer Paulsen finden, der in seiner Dissertation 1931 Victor Aimé Huber als Sozialpolitiker behandelt.⁴ Helmut Faust beschäftigte sich 1952 mit dem „Bahnbrecher der Genossenschaftsidee“.⁵ Während Sabine Hindelang⁶ insbesondere den Konservatismus Hubers und dessen Einsatz für die Lösung der sozialen Frage thematisiert, interessiert sich Renate Haas⁷ besonders für dessen Beiträge zur romanischen Literaturwissenschaft und zur Konstituierung der Anglistik. Anlässlich seines 200. Geburtstages konnte der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (GdW) Michael A. Kanther und Dietmar Petzina gewinnen, eine sehr sorgfältig angelegte Biographie über Victor Aimé Huber, welche die Zeitumstände, die Person, das Leben, sein Werk und dessen Wirkung bis zur Gegenwart analysiert und zusammenbringt, vorzulegen.⁸ Die Kombination seiner sich im Lebensverlauf entwickelnden Religiosität mit der starken Betonung der Nächstenliebe und seinem Einsatz für ein Tatchristentum, sein Engagement für die konservative Partei, sein Eintreten für die romantischen Ideale, mit denen er nachhaltig für die Monarchie als vollkommenste Staatsform wirbt und seine Vorstellung, dass durch eine organische Restrukturierung⁹ der Gesellschaft mit Hilfe der Genossenschaften den Besitz- und Bildungslosen wie allen Bevölkerungsteilen „Geborgenheit bei Einordnung, Freiheit in Gemeinschaft geboten wird“,¹⁰ erscheint zunächst möglicherweise widersprüchlich, zumindest aber eine unter den Genossenschaftspionieren sehr seltene Verbindung.

2 Michael A. Kanther; Dietmar Petzina: *Victor Aimé Huber (1800–1869). Sozialreformer und Wegbereiter der sozialen Wohnungswirtschaft, Schriften zum Genossenschaftswesen*, Bd. 36, Berlin 2000, S. 17.

3 Rudolf Elvers: *Victor Aimé Huber. Sein Leben und Wirken, Erster und Zweiter Teil, Bremen 1872 und 1874. Diese Biographie und einige andere zeitgenössische Veröffentlichungen zur Person V. A. Hubers sind Grundlage des Lebens- und Charakterbildes, das der Herausgeber der „in freier Bearbeitung“ ausgewählten Schriften von Victor Aimé Huber, K. Mundig, den von ihm gesammelten und redigierten Schriften Victor Aimé Hubers voranstellt. Vgl. K. Mundig: V. A. Hubers ausgewählte Schriften über Socialreform und Genossenschaftswesen, Berlin 1894. Siehe auch: Rudolf Elvers. In: Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 13 (1881), S. 249–258, im Internet abrufbar unter http://www.deutsche-biographie.de/artikelADB_013-249-01.html*

4 Vgl. Ingwer Paulsen: *Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker*, 2. Aufl., Berlin 1956.

5 Helmut Faust: *Viktor Aimé Huber. Ein Bahnbrecher der Genossenschaftsidee*, Hamburg 1952.

6 Vgl. Sabine Hindelang: *Konservatismus und soziale Frage: Viktor Aimé Hubers Beitrag zum sozialkonservativen Denken im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1983.

7 Vgl. Renate Haas: *V. A. Huber, S. Imanuel und die Formationsphase der deutschen Anglistik*, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1990.

8 Kanther/Petzina (wie Anm. 2).

9 Vgl. Faust, *Victor Aimé Huber – Ein Bahnbrecher der Genossenschaftsidee*, Hamburg 1952, S. 46. – Beate Finis: *Wirtschaftliche und außerwirtschaftliche Beweggründe mittelständischer Genossenschaftspioniere des landwirtschaftlichen Bereichs am Beispiel von F. W. Raiffeisen und W. Haas. Zur Integration der Beweggründe in eine empirische Genossenschaftstheorie und in Theorien der Sozial- und Wirtschaftspolitik, Schriften zum Genossenschaftswesen und zur öffentlichen Wirtschaft*, Bd. 3, Berlin 1980, S. 40.

10 Arnulf Weuster: *Theorie der Konsumgenossenschaftsentwicklung, die deutschen Konsumgenossenschaften bis zum Ende der Weimarer Zeit, Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft*, Bd. 2, hrsg. von Werner Wilhelm Engelhardt und Theo Thieme, Berlin 1980, S. 47.

Victor Aimé Huber hat selber unzählige Briefe, Artikel, Reisebeschreibungen, Handbücher über englische und französische Poesie, ein englisches Lesebuch für den Schul- und universitären Unterricht, Monographien über den Pauperismus und die Lösung der sozialen Frage sowie über das Genossenschaftswesens und sonstige Publikationen verfasst. Vieles ist nicht mehr erhalten. So begründet Karl Mundig seine Zusammenführung der wissenschaftlichen Werke, teilweise vergriffenen Broschüren, der schwer zugänglichen Zeitungsartikel und Flugblätter und seine zu diesem Zwecke „freie Bearbeitungsmethode“ letztendlich mit dem Stil Hubers, denn die Schriften sind „fast alle von dem einen Leitmotiv des genossenschaftlichen Ideals durchdrungen und durchsättigt [...], die aber andererseits wiederum so viele nebensächliche Dinge und Wiederholungen enthalten, dass es dem Leser schwer fallen würde, mit Geduld und Ausdauer den Erörterungen des Verfassers zu folgen und sich die Quintessenz des allgemeinen Gedankenganges anzueignen.“¹¹ Auch Paulsen meint: „An Huber ist nicht leicht heranzukommen. Sein Stil hat schon seinen Zeitgenossen den Zugang zu ihm erschwert. Seine Originalschriften sind in zahlreichen Broschüren und Zeitschriftenartikeln verzettelt und vielfach kaum erreichbar. Die seit langem vergriffene Auswahl von Karl Mundig (1894) ist ein Notbehelf“.¹²

Einigkeit besteht bei allen über Victor Aimé Huber Schreibenden, dass dieser ein außergewöhnlich gebildeter Mensch war. Nicht nur interessierte er sich für viele Bereiche – Medizin, Geschichte, Literatur, moderne Sprachen, Religion, Gesellschaft, Volkswirtschaft,¹³ Soziologie und Politik – er führte auch entsprechende Studien durch, arbeitete an praktischen Vorschlägen und veröffentlichte seine Analysen und Ergebnisse: „Victor Aimé H[uber], zuerst bekannt geworden durch litterarische Arbeiten über Zustände, Litteratur und Geschichte in Spanien, Portugal, Frankreich und England, – dann als journalistischer Vorkämpfer der conservativen Partei Preußens und endlich als unermüdlicher Arbeiter auf dem Gediect (sic!) der innern Mission und der auf Abhülfe der Noth der untern Klassen gerichteten socialen Bestrebungen“¹⁴ – so wird er von seinem ersten Biographen Rudolf Elvers einleitend gekennzeichnet. Er kannte wichtige Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts persönlich, mit denen er sich auch in Wort und Schrift auseinandersetzte. Zu nennen sind u. a. Alexander von Humboldt, Friedrich Schlegel, Dorothea Veit und andere deutsche Künstler und Gelehrte, Marie Joseph Lafayette und

¹¹ Karl Mundig (Hrsg.): *V. A. Hubers Ausgewählte Schriften über Socialreform und Genossenschaftswesen*. in freier Bearbeitung, Berlin 1894, S. VIII.

¹² Paulsen (wie Anm. 4), S. 13.

¹³ Arnulf Weuster berichtet in einer Fußnote, dass V. A. Huber John Stuart Mills genossenschaftliche Vorstellungen beeinflusst habe, da Mill Huber in seinem Werk erwähne: *John Stuart Mill: Principles of Political Economy with Some of Their Applikants to Social Philosophy. Collected Works, Vol. III, Toronto, London 1965, S. 782*. Vgl. Weuster (wie Anm. 10), S. 55.

¹⁴ Elvers, 1881 (wie Anm. 3), S. 1 (bzw. S. 249).

Henri Grégoire, der Verleger Cotta, Johann Hinrich Wichern, Hermann Schulze-Delitzsch, Ferdinand Lassalle, Robert Owen.¹⁵ Huber zeichnete besonders aus, dass er nicht mit Personen brach, die nicht seiner Meinung waren. An der Sache orientiert setzte er sich über religiöse und politische Differenzen hinweg.¹⁶

2. Victor Aimé Huber und die Geburtsstunde moderner Genossenschaften im 19. Jahrhundert

Die Geburtsstunde der modernen Genossenschaften, das 19. Jahrhundert, war eine sehr bewegte Zeit. Kaum eine Phase der Geschichte ist so eng mit „unserem Leben, unserer Politik und den Einrichtungen unserer Gesellschaft verknüpft [...] wie das 19. Jahrhundert.“¹⁷ Beginnend mit der Französischen Revolution wird es bis zum Beginn des ersten Weltkrieges angesetzt. Wichtige Stichworte, die zu der Herausbildung der Moderne gehören sind die Durchsetzung der Ideen der Aufklärung, die Verfassungsentwicklung, die Bildung organisierter Parteien, die Entwicklung der Industrialisierung, die Entstehung der Arbeiterbewegung, das Aufkommen des Nationalismus, die weitere Herausbildung von Nationalstaaten und die Erweiterung politischer Dimensionen zur Weltpolitik.¹⁸ Das 19. Jahrhundert „war eine Zeit der Erneuerung, des Durchbruchs neuer Ideen und Entwicklungen – ein revolutionäres Zeitalter in vielerlei Hinsicht, allen antirevolutionären Kräften und Beharrungsversuchen zum Trotz.“¹⁹

Dieses widerstreitende Bild des 19. Jahrhunderts spiegelt sich gewissermaßen in der Person Victor Aimé Hubers: Geboren 1800 erfuhr er als junger Mensch von dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems und erlebte die Zeit der politischen Restauration und Restabilisierung Europas. Victor Aimé Huber wurde am 10. März 1800 in Stuttgart geboren. Er war Sohn des Schriftstellerehepaars Ludwig Ferdinand (einem zeitweiligen Wohnungsgenossen von Friedrich Schiller) und Therese Huber, geb. Heyne, verwitwete Forster.²⁰ Seine Familie gehörte zum gebildeten Bürgertum. Schon

15 Vgl. Jürgen Steinert: *Vorwort*. In: *Kantber/Petzina* (wie Anm. 2), S. 5. Siehe auch Haas (wie Anm. 7), S. 63–76, insbesondere S. 71.

16 „Er [Huber] ist für die englischen Genossenschaften eingetreten, auch als sie sich von ihrer ursprünglich christlichen Grundlage gelöst hatten; er hat Schulze-Delitzsch nicht deshalb bekämpft, weil seine Genossenschaften nicht „christlich“ waren, sondern weil er sie für gesellschaftlich unzulänglich hielt. Er hat die Spannung zwischen der „kooperativen“ und der „nicht-cooperativen“ Welt bejagt, zwischen Sozialismus und Kapitalismus würden wir es etwa nennen.“ Paulsen (wie Anm. 4), S. 12.

17 Manfred Görtemaker: *Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien*, Opladen 1989, S. 5.

18 Vgl. *ebd.*

19 *Ebd.*

20 Sie heiratete mit 19 Jahren den dreißigjährigen Naturwissenschaftler Johann Georg Forster, dessen Teilnahme an der Weltumsegelung von James Cook ihn weithin bekannt machte. Nach seinem Tod 1794 heirateten Ludwig Ferdinand Huber und Therese Forster.

seine Großväter, väterlicherseits Michael Huber ein Übersetzer in Paris und Sammler von Kupferstichen sowie später Professor in Leipzig, mütterlicherseits Christian Gottlob Heyne, Professor der Poesie und Beredsamkeit und Direktor des Philologischen Seminars an der kurfürstlichen hannoverschen Universität Göttingen, waren Anhänger des Neuhumanismus, welcher den freien und selbstbestimmten Menschen sowohl gegen „theologisch-kirchlichen Dogmatismus als auch gegen Verzweckung und Entwürdigung durch den Staat“²¹ verteidigte. Seine Eltern „hatten sich in der Literatur ausgezeichnet und zur Ehre des Namens bedeutende Beiträge geleistet“²² und waren „Richtmarken für den eigenen Lebensweg“,²³ denen er nachzueifern sich stets bemühte. Umgangssprache war in der Familie Französisch, das Victor Aimé früher als Deutsch beherrschte.

Nach dem frühen Tod seines Vaters wurde Victor Aimé mit sechs Jahren zu Freunden seiner Eltern, zur Familie Fellenberg nach Hofwyl im Schweizer Kanton Bern geschickt. Der Pestalozzi-Schüler Philipp Emanuel von Fellenberg (1771–1844) errichtete gerade auf seinem Gut Hofwyl ein Internat für Jungen höherer Stände ein. Bald besuchten ca. 50 Schüler, darunter Prinzen aus den Häusern Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Hildburghausen und Thurn und Taxis das Internat, in dem Standesunterschiede keine Rolle spielten.²⁴ Neben der Vermittlung einer hochstehenden Schulbildung, die die Auseinandersetzung mit den Klassikern der Antike und den Hauptwerken der deutschen, französischen und englischen Literatur umfasste, waren auch Landbau, handwerkliche Arbeiten und Betätigung in der Armenpflege Bestandteil der Erziehung und Ausbildung, um den praktischen und sozialen Sinn der Jungen zu entwickeln und zu stärken. „Das religiöse Moment spielte, wie in Hubers Elternhaus, auch in Hofwyl keine große Rolle.“²⁵ Diese besondere schulische Ausbildung stützte sich auf das pädagogische Ziel Johann Heinrich Pestalozzis. Er strebte die ganzheitliche Volksbildung zur Stärkung der Menschen für das selbstständige und kooperative Wirken in einem demokratischen Gemeinwesen an, so dass der Mensch befähigt wird, sich selbst zu helfen. Insofern wird Pestalozzi als geistiger Wegbereiter des Genossenschaftswesens gewürdigt.²⁶

Es wird berichtet, dass ein zweiter geistiger Wegbereiter der Genossenschaftsbewegung, nämlich der Textilunternehmer und als Frühsozialist apostro-

21 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 45.

22 Faust, Helmut: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum*, 3. überarb. u. stark erw. Auflage 1977, S. 168.

23 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 43.

24 Vgl. dazu Kanther/Petzina, (wie Anm. 2), S. 49.

25 Ebd.

26 Vgl. etwa Engelhardt (wie Anm. 1), S. 147.

phierte Sozialreformer Robert Owen, das Internat Hofwyl besuchte und seinen Sohn dort unterbrachte als Victor Aimé Huber dort Schüler war.²⁷ Ob und ggf. wie es damals zu Begegnungen kam, kann den vorliegenden Quellen nicht entnommen werden. Huber selber hat die frühe Begegnung mit Robert Owen als schicksalhaft bezeichnet.²⁸ Nach eigener Aussage beschäftigte sich Huber erst relativ spät, nämlich 1852 eingehender mit den Schriften Robert Owens.²⁹ Dies ging einher mit den Berichten über die 1844 gegründete Konsumgenossenschaft der Rochdaler Pioniere, über die Huber aus eigener Anschauung berichtete und publizierte.

1820 promovierte Huber zum Dr. med. und unternahm anschließend mehrere Reisen (1821–1824, 1826–1828) nach Paris,³⁰ Spanien, Portugal und Schottland, später auch nach England. Von allen Reisen sandte er Reiseberichte, Skizzen über das Leben „des kleinen Mannes“ und kritische Berichte über die sozialen Verhältnisse nach Deutschland, die von Johann Friedrich Freiherr von Cotta, dem Verleger des „Morgenblattes“, zeitweilig veröffentlicht wurden. Nebenbei versuchte er, Weichen für seine berufliche Laufbahn zu setzen. Das medizinische Staatsexamen schloss er nicht ab, sondern wandte sich den geschichtlichen Studien und den neueren Sprachen zu, um zunächst Lehrer, später dann auch Hochschullehrer zu werden.

In jungen Jahren zeigte Huber sich zunächst aufgeschlossen gegenüber liberalen Ideen und er genoss in Madrid „das freie politische Leben, das damals in Spanien möglich war – die vollständige Pressefreiheit, die öffentliche Diskussion politischer Tagesfragen – begeisterte ihn.“³¹ Schon vor seiner Promotion 1820 wollte Huber nach Spanien reisen, um unter General Rafael del Riego gegen den Absolutismus und für die Freiheit zu fechten.³² Nach eigenem Bekunden wandelt er sich um das dreißigste Lebensjahr „vom Aufklärer, Republikaner, theoretischen Terroristen usw. zum sehr konservativen Monarchisten und zum Christen.“³³ Auch als sehr konservativer Monarchist war er immer zugleich auch Befürworter der beginnenden Industrialisierung in Deutschland und brachte die Idee der Genossenschaftsbewegung nach vorne. Denn in der Herausbildung der Genossenschaften sah er eine Lösung der von ihm gesehenen sozialen Frage seiner Zeit. Obwohl vor allem in späteren Lebensjahren sehr stark religiös³⁴ ge-

27 Vgl. Faust (wie Anm. 22), S. 170, siehe auch Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 31.

28 Vgl. Faust (wie Anm. 22), S. 170, siehe auch Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 50.

29 Vgl. Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 32.

30 Dort lernte er u. a. Alexander von Humboldt und Friedrich Schlegel kennen.

31 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 52.

32 Vgl. Faust (wie Anm. 22), S. 171.

33 Weuster (wie Anm. 10), S. 42. Siehe auch die dort herangezogene Literatur.

34 Seit Mitte der 1820er Jahre hatte sich Huber mit der Bibel auseinandergesetzt und religiösen Fragen zugewandt. In Bremen lernte er 1828 seine zukünftige Frau kennen, die Tochter Caroline, Amalie Auguste des Senators Dr. Hieronymus Klugkist. Mit den Hochzeitsplänen einher ging auch die Klärung seiner Religionszugehörigkeit: er konvertierte zur in Bremen vorherrschenden reformierten Kirche, obwohl er im Herzen Lutheraner geworden war. Vgl. Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 57.

prägt, nahm Huber die von dem religiöse Unabhängigkeit³⁵ propagierenden Robert Owen gegründeten Siedlungsgenossenschaften als positives Vorbild.

Nach den beruflichen Stationen in Bremen (1828–1833), Rostock (1833–1836), Marburg (1836–1843) wurde Huber nach Berlin an die Universität berufen. Die Berliner Jahre (1843–1852) waren in vielerlei Hinsicht sehr produktive Jahre, in anderer Hinsicht aber auch desillusionierende Jahre für Huber. Gegen den Willen der Kollegen und des Rektors durch königliche Kabinettsorder an die Philosophische Fakultät berufen, wurde Huber – neben seiner Lehrtätigkeit – als konservativer politischer Journalist mit der Herausgabe des „Janus – Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung und That“ beauftragt. Diese politische Zeitschrift, die nur von 1845 bis 1848 erschien und vor allem staatlich finanziert wurde, war vor allem auf den Erhalt der absoluten Monarchie ausgerichtet. Es ging Huber wohl letztlich weniger um die absolutistische Monarchie als vielmehr um ein soziales Königtum entsprechend der Auffassung der Romantik, die den organischen Staat und die organisch geprägte Gesellschaft „als eine von christlicher Liebe durchdrungene, gegenüber früher sanierte und reformierte Erneuerung [... auffasste]. Die Herrschaft des Monarchen ist ein Lehren der ‚göttlichen Regierung‘. Diese theokratische Herrschaftslegitimierung verpflichtet den theonomen Monarchen zu einem sozialen Königtum, er ist insofern nicht absoluter Herrscher.“³⁶

Schon bald wurde die Zeitschrift „Janus“ eingestellt und auch als Hochschullehrer blieb sowohl bei Studenten als auch bei seinen Kollegen der Erfolg aus. „Obwohl ein Protegé des Königs, verkehrte er nicht bei Hofe.“³⁷ Überhaupt beschränkte sich der gesellschaftliche Verkehr des Ehepaar Hubers in Berlin auf wenige befreundete Ehepaare.

Im Gegensatz dazu traf Huber auf Reisen durch England bedeutende Persönlichkeiten des Geisteslebens und die Elite des Landes und nahm aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Daneben besuchte er in Eng-

35 „Man wird mir nun hoffentlich nicht zumuten, auch nur ein Wort zu verlieren zum Beweise, dass das sogenannte Owensche System ein so vollkommen antichristliches und demokratisch-sozialistisches ist, wie nur irgend eins seit einem halben Jahrhundert ausgebeutet worden ist. [...] Und zunächst kann ich nicht umhin, zu gestehen, dass mir dies Owensche sogenannte System noch viel widriger ist, als andre, die in ihrem antichristlichen Geist und Resultat eben so weit gehen.“ Victor Aimé Huber: *Die Anfänge der englischen Genossenschaftsbewegung*, wiederabgedruckt in: Mundig (wie Anm. 1), S. 95f.

Eine starke Übereinstimmung sieht Huber aber in der Ansicht, dass der Mensch erst durch Erziehung und positive äußere Einflüsse sich entwickeln kann. So schreibt einige Seiten später Huber über die „Thatsache, dass Owen [...] eine der ehrwürdigen Persönlichkeiten ist, die ich kenne. Man kann nicht zweifeln an seinem sittlich reinen, einfachen Lebenswandel, an seiner aufrichtigen, aufopfernden, allgemeinen und besonderen Menschenliebe, an seinem wahrhaft fanatischen Philanthropismus, an seiner seltenen sowohl sittlichen und intellektuellen, als körperlichen, praktischen, geschäftlichen Tüchtigkeit, wozu denn zumal eine unermüdete Beharrlichkeit, eine unerschöpfliche Arbeitskraft und eine gänzliche Furchtlosigkeit, eine seltene Behendigkeit und Schärfe des Geistes, besonders in allen arithmetischen und mathematischen Verhältnissen, und eine Fülle von gesundem Menschenverstand und mannigfaltigster Erfahrung des Lebens, der Geschäfte, der Menschen gehört.“ Ebd., S. 96f.

36 Weuster (wie Anm. 10), S. 47.

37 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 67.

land Fabriken, Arbeitersiedlungen, Armenschulen, Armenhäuser, Gefängnisse, militärische Einrichtungen und lernte so die Folgen der Industrialisierung, nämlich die wirtschaftliche, geistige und sittliche Verarmung großer Teile der englischen Bevölkerung, kennen. Er war der festen Überzeugung, dass mit der Ausbreitung der Industrialisierung in Deutschland auch diese Folgen erwartbar seien, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen würden. „Seine sehr eindrucksvolle Schilderung des englischen Industrieproletariats im Janus (1845) war ein Gegenstück zu Friedrich Engels’ kurz zuvor erschienenem Buch Die Lage der arbeitenden Klasse in England, das Huber rezensiert hatte. Huber war in England nicht zum prinzipiellen Gegner des Kapitalismus geworden und wurde es auch später nicht. Er urteilte in erster Linie vom Christentum her und sah weder in einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch in einem umfassenden staatlichen Fürsorgesystem, sondern schlicht zunächst in der Nächstenliebe und im ‚guten Willen und verständigen Sinn’ die Grundbedingung für die Lösung der sozialen Frage.“³⁸ Bereits früh, schon als junger Journalist in Paris interessierte sich Huber für die sozialen Zustände. Auch auf seinem weiteren Lebensweg beschäftigte er sich stets mit den sozialen Zuständen der Armen, dem Pauperismus.

3. Der Sozialpolitiker und Genossenschaftler Huber

Früh engagierte sich Huber auch karitativ, sowohl ideell als auch finanziell. Hatte er zunächst den „Pauperismus in seiner ganzen Bandbreite im Blick“³⁹ so fokussierte er aufgrund der Eindrücke auf seiner Englandreise von 1844 „seine Aufmerksamkeit auf das Fabrikproletariat, ohne dass ihm die außerhalb des Industriesystems existierende Armut im Ganzen oder im Einzelfall, der ihm begegnete, gleichgültig geworden wäre.“⁴⁰ Huber gilt als der erste Hochschullehrer, der in seinen universitären Veranstaltungen über die soziale Frage seiner Zeit las.

1846 schrieb er „über die innere Colonisation“ in der Zeitschrift „Janus“. Er appellierte an das Gewissen insbesondere der Adligen und Fabrikanten, und forderte sie auf, aus Nächstenliebe zur sozialen Tat zu schreiten. Deutlich skizzierte Huber die große Gefahr, die von einer hoffnungslosen Verarmung der Arbeiter ausgehe und die die gesamte Kultur bedrohe. Er betonte die Bedeutung der Familie, die dem Menschen als erstes ein Gemeinschaftserlebnis erlaube, sowie den Stellenwert eines christlichen Familienlebens. Erste Gedanken zu Siedlungsgenossenschaften wurden formuliert, die an die englischen Gartenstädte erinnern. Bei der Finanzierung der Arbeiterhäuser in-

³⁸ *Ebd.*, S. 69.

³⁹ *Ebd.*, S. 32

⁴⁰ *Ebd.*

mitten schöner Gärten sollten die Fabrikanten und Aristokraten Unterstützung geben. Sind erst die Kolonien errichtet, sollen Konsumvereinigungen errichtet werden.⁴¹ 1848 fasste er diese Gedanken noch einmal in der Broschüre „Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“ zusammen und entwickelte weitere Details zur Verwirklichung. Er trat damit an die Öffentlichkeit und überreichte auch eine Schrift dem König – ohne dass von konservativer Seite her ein Echo kam. Als politischer Romantiker überschätzte er die Bereitschaft des Adels, an der Behebung der sozialen Frage, die ja vor allem eine Arbeiterfrage war, mitzuwirken.

Huber unterschied drei Genossenschaftstypen: die ökonomische, die industrielle und die latente Assoziation. In diesen latenten Genossenschaften, die von Angehörigen der Oberschichten gegründet und/ oder geleitet wurden, war das „genossenschaftliche Element ‚latent‘ vorhanden [...], etwa in Formen des Miteigentums, der betrieblichen Mitverantwortung, der Gewinnbeteiligung und des betrieblichen Wohnungsbaus.“⁴² Die latente Genossenschaft war nach Huber so lange angemessen, „wie die Arbeiter noch nicht in der Lage waren, Genossenschaften auf der Basis solidarischer Selbsthilfe zu errichten und selbständig zu verwalten. In dieser Genossenschaftsform oblag die Führung den besitzenden Klassen, die auch das Betriebskapital aufbrachten: Der ‚aristokratische Führungsstil‘ dominierte. In dem Maße, in dem die Arbeiter in der ‚latenten Assoziation‘ das lernten, was ihnen bisher zur völligen Selbstverwaltung und Selbständigkeit fehlte, ging diese mit der Erfüllung ihrer pädagogischen Aufgaben entweder in eine ‚ökonomische‘ oder in eine ‚industrielle Assoziation‘ über.“⁴³ Die industrielle oder auch produktive Genossenschaft (Produktivgenossenschaft) steht der ökonomischen oder auch distributiven, konsumtiven Genossenschaft (Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaft) zur Seite.

Besser verständlich wird der latente Genossenschaftstyp, wenn man bedenkt, dass die von Huber bevorzugten Baugenossenschaften und inneren Kolonien in Form von Siedlungsgenossenschaften vor großen Finanzierungsproblemen standen.⁴⁴ Auch dachte er an das Wirken einzelner Unternehmer – wie z.B. Robert Owen –oder anderer Personen, die ihr soziales Wirken ganz in den Dienst der unteren Schichten stellten.⁴⁵ Huber musste aber auch erkennen,

41 Vgl. Faust (wie Anm. 22), S. 179 ff.

42 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 154. Sie schreiben weiter: „Diese Vorstellung widersprach zumindest auf den ersten Blick dem Selbsthilfegedanken, weshalb auch Schulze-Deltitzsch schrieb, das Assoziationsprinzip erscheine ihm in der latenten Association so versteckt, dass er es gar nicht entdecken könne.“ Ebd.

43 Finis (wie Anm. 9), S. 40 f.

44 So kamen Wohnungsbaugenossenschaften erst zu einer gewissen Blüte, nachdem das Genossenschaftsgesetz 1889 die Möglichkeit der beschränkten Haftpflicht der Mitglieder einräumte und zudem aus den finanziellen Rücklagen der ebenfalls 1889 gegründeten Alters- und Invaliditätsversicherung zinsgünstige Kredite dem gemeinnützigen Wohnungsbau gewährt wurden. Vgl. etwa Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 175.

45 Vgl. Weuster (wie Anm. 10), S. 59.

dass die besitzenden Klassen diese Aufgabe nicht übernehmen wollten und wandte sich nun an den Staat, der latente Assoziationen gründen sollte zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter sowie zur Stabilisierung des politischen Systems durch Integration des vierten Standes.

Unterstützung für seine Ideen erhielt Huber von liberalen und für die Demokratie eintretenden Kräften: Die in Berlin gegründete Gemeinnützige Baugesellschaft bat Huber, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. Die Mitglieder waren Fabrikanten, Bankiers, Gewerbetreibende und Beamte sowie G. S. Liedke (1803–1852), dem Gründer der nach ihm benannten Sparkassenvereine, den Vorläufern moderner Genossenschaften.⁴⁶ Huber unterstützte die Baugesellschaft ideell – er beriet den Vorstand und berichtete darüber journalistisch – und materiell – er beteiligte sich mit 7.000 Talern (5.000 aus dem vorgezogenen Erbe seiner Frau und 2.000 Taler aus seinen Ersparnissen). Neben seinen Aktivitäten, die dem inzwischen von Huber verfeinerten genossenschaftlichen Selbsthilfekonzzept entsprachen, war er auch ehrenamtlich in der Armenfürsorge tätig.

Die geringe Resonanz auf seine Lehrveranstaltungen in der Universität, der Pragmatismus seiner konservativen Kreise, die sich in den Revolutionsjahren in Berlin mit dem konstitutionellen System abgefunden hatten und sich als Partei neben anderen im Berliner Abgeordnetenhaus betätigten, der mangelnde Erfolg bei seinen journalistischen politischen Tätigkeiten: Alles dies führte Huber dazu, die Entlassung aus dem Staatsdienst zu beantragen. Die ihm verbliebene Zeit von 1852 bis 1869 verbrachte er in einem kleinen Ort bei Wernigerode im Harz. Auch von dort aus führten ihn Reisen ins europäische Ausland, auf denen er Wohltätigkeitsanstalten und Genossenschaften besuchte. Insbesondere nahm er an großen internationalen Wohltätigkeitskongressen sowie an inländischen Foren des sozialen Diskurses, Volkswirtkongressen, Handwerkertage teil, um auf sein Anliegen genossenschaftlicher Selbsthilfe insbesondere bei der Lösung der Wohnungsfrage hinzuweisen. Auch wertete er sie publizistisch aus. „In Wernigerode rief er selbst eine Reihe von Unternehmungen wie Vorschußverein, Lehrlingsschule, Herberge zur Heimath, Arbeitsschulen u. s. w. mit großen persönlichen Opfern ins Leben, welche dem Handwerkerstande dienen und im Sinne der Innern Mission wirken sollten, und hat mit großer Treue und Hingabe bis an sein Lebensende daran gearbeitet. Seine Hauptaufgabe sah er aber darin, in der Presse und durch persönliche Einwirkung von außen hin für die Gedanken der Association und innern Mission einzutreten und zur thatsächlichen Durchführung derselben anzuregen.“⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Faust (wie Anm. 22), S. 182.

⁴⁷ Elvers, 1881 (wie Anm. 3), S. 5 (bzw. S. 256 f.).

Selbstverständlich machte er auch Bekanntschaft mit dem zweiten großen Genossenschaftspionier: Hermann Schulze-Delitzsch. Mit ihm diskutierte er die Unterschiede in den genossenschaftlichen Konzeptionen, die Huber vor allem in der Frage der Fremdhilfe sah, in der Zielgruppe (Handwerker und/ oder Arbeiter), in der christlichen Fundierung des genossenschaftlichen Konzepts, in der Frage nach der genossenschaftlichen Bildungsarbeit, die durch Überschüsse aus den genossenschaftlichen Geschäftsbetrieben finanziert werden sollte sowie in dem Desinteresse Schulzes gegenüber Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften.

Huber untersuchte die Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisationen der Industriearbeiter und konzentrierte sich auf zwei Modelle: Auf die erweiterte Konsumgenossenschaft in Anlehnung an die Konsumgenossenschaft in Rochdale, die vom gemeinsamen Einkauf zur eigenen Produktion der Güter kommen und zudem Wohnungen erstellen wollte, und auf die Baugenossenschaft, deren Tätigkeit ebenfalls nicht auf den Wohnungsbau beschränkt bleiben sollte.⁴⁸ Leider kam es aber zum Bruch zwischen diesen wichtigen, aber auch in der politischen Einstellung sehr gegensätzlichen Protagonisten der Genossenschaftsbewegung: Ferdinand Lassalle (1825–1864) veröffentlichte gegen den Willen von Huber dessen Privatbrief an den Herausgeber der deutschen Gemeinde-Zeitung, einem der konservativen Gegner Schulzes, in dem er sich „nicht nur recht abschätzig über Schulzes Reden vor den Berliner Arbeitern geäußert, sondern ihn auch politischer Beeinflussung durch das große Fabrikkapital verdächtig.“⁴⁹

4. Schlussbemerkung

Kanther und Petzina kennzeichnen Victor Aimé Huber als klassenlos- ‚freischwebenden‘ Intellektuellen und betonen seine unzweifelhafte Nichtzugehörigkeit zur Bourgeoisie.⁵⁰ Damit heben sie die prinzipielle Unabhängigkeit seines Denkens und Schreibens hervor. Sie meinen, in „Huber eine tragische Figur zu sehen, ist insofern berechtigt, als die deutschen Führungsschichten der 1850er und 1860er Jahre seine an sie gerichteten sozialen Forderungen nicht erfüllten, zu seinen Lebzeiten keine genossenschaftlichen Unternehmen nach seinem Modell gegründet wurden und seine posthume Rezeption aus verschiedenen Gründen stark defizitär blieb.“⁵¹

International galt Victor Aimé Huber bis zu seinem Tod als „anerkannte

⁴⁸ Vgl. Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 145.

⁴⁹ Faust (wie Anm. 22), S. 257.

⁵⁰ Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 20.

⁵¹ Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 21.

Führerpersönlichkeit des deutschen Genossenschaftswesens.⁵² Huber war einer der wichtigen geistigen Wegbereiter der Genossenschaftsbewegung in Deutschland. Er studierte die genossenschaftlichen Aktivitäten in anderen Ländern vor Ort. Seine Erfahrungen und Einsichten bei der Untersuchung des Pauperismus in Spanien, Frankreich, England und Deutschland wurden von ihm in unzähligen Zeitungsartikeln und sonstigen Publikationen verbreitet. Er trug so maßgeblich zur Verbreitung des genossenschaftlichen Ideengutes bei. Insbesondere seine Beschreibungen der englischen Konsumgenossenschaft, die die Rochdaler Pioniere 1844 gründeten, wurde in vielen Ländern Europas bekannt. Auf eine Umfrage, die Robert Schloesser⁵³ im März 1925 für den Reichsverband deutscher Konsumvereine an Konsumgenossenschaftsorganisationen der meisten Länder Europas richtete, werden immer wieder die Publikationen von Victor Aimé Huber genannt, welche diese Genossenschaft international bekannt machte und Delegationen aus den jeweiligen Ländern zu eigenen Besuchen animierte.

Sabine Hindelang bezeichnet die Genossenschaftskonzeption von Victor Aimé Huber als ein umfassendes sozialreformerisches Programm. Gescheitert ist Huber nach Hindelang daran, „daß er keine soziale und politische Basis zur Realisierung seiner Anschauungen finden konnte. Er stand vielmehr zwischen allen politischen Fronten“.⁵⁴

Und trotzdem hat Huber auch für uns heute wichtige Botschaften. Nach wie vor aktuell ist seine Ansicht, dass Wohnen über die individuelle Bedeutung der Wohnung hinaus auch soziale und kulturelle Dimensionen beinhaltet. „Wie vor 150 Jahren, gilt auch heute noch, dass eine qualitativ hochwertige Wohnung in einem gepflegten Haus, das wiederum von einem gepflegten ‚Wohnumfeld‘ umgeben ist, positives Sozialverhalten, d. h. überhaupt soziales Verhalten, begünstigen kann.“⁵⁵ Denn als Hauptursache für den zunehmenden Pauperismus macht Huber einerseits die schlechten Wohnverhältnisse aus.⁵⁶ Der heute noch relevante Gedanke gilt hier der kollektiven Selbsthilfe im Wohnungsbau. Darüber hinaus und damit wieder ganz aktuell erscheint Huber, wenn er 1868 in einem Aufsatz in der Augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt: „Die sociale Frage ist vor Allem eine Bildungsfrage für alle dabei beteiligten sociellen Elemente.“⁵⁷

52 Ebd., S. 89.

53 Vgl. Robert Schloesser: *Holyoakes Geschichte der Rochdaler Pioniere. Deutsch in neuer Bearbeitung*, Köln 1928. Bereits 1888 wurde durch Hermann Häntschke das Buch von Georg Jacob Holyoake, einem Oweniten, der auf einer seiner Vortragsreisen den Pionieren von Rochdale den Anstoß zur Gründung der Konsumgenossenschaft gab, ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

54 Hindelang (wie Anm. 6), S. 319.

55 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 181.

56 Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 181.

57 Vgl. Kanther/Petzina (wie Anm. 2), S. 146.

Heinrich Kaufmann (1864 – 1928), Gründer und Vaterfigur des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK)

Die Heinrich-Kaufmann-Stiftung wurde 1928 von den Konsumgenossenschaften der damals so genannten Hamburger Richtung geschaffen, um dem Gründer und Vordenker des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. ein bleibendes Andenken zu sichern. Die Nazis haben die Stiftung bald nach ihrer Gründung aufgelöst und ihr Vermögen an das Gemeinschaftswerk der deutschen Arbeitsfront überwiesen, um eben dieses Gedenken zu verhindern. Aber schon in den 1950er Jahren wurde die Stiftung neu errichtet und verfügt heute über ein Stiftungsvermögen, das das bei der Gründung übertrifft.

Aufgewachsen in Südschleswig

Heinrich Kaufmann wurde am 23. November 1864 in Bredegatt im südschleswigschen Angeln geboren.¹ 1864 war das Jahr des deutsch-dänischen Krieges, infolge dessen das dänische Herzogtum Schleswig in preußische Hände überging. 1873 siedelte die Familie Kaufmann nach dem nahe gelegenen Schorrehy über, wo sie eine Gastwirtschaft mit Tanzsaal, Kegelbahn, Krämerladen und angeschlossener Landwirtschaft erworben hatte. In dieser rein ländlichen Umgebung gab ihm der elterliche Betrieb die Gelegenheit zum Einblick in die Abläufe von Handel und Gewerbe. Die Familie lebte in wirtschaftlich guten Verhältnissen, so dass auf eine gute Erziehung der Kinder Bedacht genommen werden konnte.

¹ August Kasch: *Heinrich Kaufmann, Hamburg* [1930]; Erwin Hasselmann, *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Frankfurt am Main* [1971]

Ausbildung zum Lehrer

Die oft erbärmliche Stellung der Volksschullehrer zu Beginn des 19. Jahrhunderts war inzwischen deutlich aufgewertet worden, so dass die Möglichkeit, Lehrer zu werden, für Kinder vom Lande zunehmend attraktiv wurde. Kaufmann besuchte die dreiklassige Schule in Bojum und hatte das Glück, dass er sechs Jahre von einem Lehrer Behrends unterrichtet wurde, der seine besondere Begabung erkannte, ihn förderte und ihm Privatstunden in Mathematik gab. So ergab sich zwanglos der Entschluss, selbst Lehrer zu werden.

Von 1881 bis 1883 besuchte er das Präparandum in Apenrade und anschließend bis 1887 das Lehrerseminar in Hadersleben. Seine erste Lehrerstelle fand er in Kiel, wo er von 1887 bis 1891 an einer Knabenschule unterrichtete. Zum Einstieg bekam er eine siebente (zweite) Klasse mit 80 Schülern. Der politische Druck, der von der preußischen Schulaufsicht ausging, veranlasste ihn, im liberaleren Hamburg eine Stelle zu suchen, wodurch er an die private Paßmannsche Schule kam, eine damals hoch geachtete Schule aus alter kirchlicher Tradition. Hier arbeitete er bis 1894. In dieser Zeit bekam er Kontakt zur Hamburger Arbeiterbewegung.

Abendschule und Freie Volksbühne

Viele aktive Arbeiter suchten ihr Wissen zu vervollständigen und besuchten in ihrer knappen Freizeit Abendschulen, um etwas zu lernen in Rechnen, Schreiben, in Deutschen, in Geografie und in Nationalökonomie. Kaufmann unterrichtete im Barmbek-Uhlenhorster Bildungsverein, der seine Räume damals in einem vorsintflutlichen Kellerlokal hatte. Unter seinen Schülern waren Menschen, die später wichtige Funktionen bei den Konsumgenossenschaften und ihren Verbänden übernehmen sollten, z.B. Henry Everling, Ferdinand Vieth, Friedrich Himpel und August Müller.

Kaufmann beteiligte sich in der Zeit auch an der Gründung der Freien Volksbühne, wo er zusammen tätig war mit Helma Steinbach und Adolph von Elm. Vorgeführt wurden Stücke verfemter Autoren, wie Hauptmanns „*Vor Sonnenaufgang*“ oder „*Die Weber*“. August Kasch schreibt dazu, dass die Aufführungen unter Verhältnissen erfolgten, die stark an Darbietungen von Schmierentheatern erinnerten und doch gewaltigen Erfolg hatten.²

² Kasch, *Heinrich Kaufmann*, S. 9.

Redakteur und Geschäftsführer des Harburger SPD-Blattes

Im Herbst 1894 tat Kaufmann den entscheidenden Schritt in seiner politischen Biografie und wurde Geschäftsführer und Redakteur des sozialdemokratischen Volksblattes für Harburg und Wilhelmsburg. Er tat diesen Schritt, obwohl die Stelle nicht sicher und mit erheblicher Gehaltseinbuße verbunden war. Zu seiner neuen Tätigkeit bemerkte Kaufmann: „Da ich bereits von meinem Vater, der in einem Engros-Geschäft gelernt hatte, in die einfache Buchführung eingeführt war und mich auch später mit Buchführung beschäftigt hatte, da ich ferner einige Jahre die recht komplizierte Kassenführung der *Freien Volksbühne* geleitet hatte, so traute ich mir auch die geschäftliche Leitung einer Zeitung zu, von der redaktionellen Tätigkeit ganz zu schweigen.“³ Der Tageszeitung der Harburger Arbeiter wurden keine guten Überlebenschancen prognostiziert, da sie gegen den Willen des Parteivorstandes und damit ohne dessen finanzielle Unterstützung gegründet worden war. Aber Kaufmann rechnete genau und richtig und zeigte sich als überlegender und wagemutiger Geschäftsmann. Die Zeitung prosperierte, konnte sich nach einiger Zeit gar ein Kopfblatt für Lüneburg zulegen.

Kontakt zu den Konsumgenossenschaften

Bereits während seiner Tätigkeit als Lehrer im Barmbek-Uhlenhorster Bildungsverein zeigte Kaufmann eine starke Neigung zum Genossenschaftswesen, für das er eifrig Propaganda machte. Dabei schlug ihm viel Unverständnis entgegen, denn nicht zuletzt im Hamburger Städtegebiet hatte die „Produktivgenossenschafts-Seuche“, wie man damals formulierte, schmerzliche Opfer gefordert.⁴ Immer wieder warnten die Vertreter der SPD vor dem genossenschaftlichen „Irrweg“. Und sie machten dabei keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Formen und Zweigen des Genossenschaftswesens. Kaufmann ließ sich davon nicht beeindrucken, sondern trat insbesondere für die Konsumgenossenschaftsbewegung ein.

Für Harburg und Umgebung bestand schon seit den 1860er Jahren ein Konsumverein, der von Handwerkern und Beamten ins Leben gerufen worden war. Er fristete aber nur eine sehr bescheidene Existenz, da insbesondere die Arbeiter sich entsprechend den Beschlüssen ihrer Partei kaum beteiligten. Kaufmann jedoch wurde unverzüglich Mitglied dieses Konsumvereins, nachdem er seine Stelle bei der Harburger Zeitung aufgenommen hatte. Der Har-

³ Ebd.

⁴ Vgl. die Beschreibung der Schwierigkeiten der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft bei Hasselmann, *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, 1971*, S. 327f.; in Hamburg war eine Produktivgenossenschaft der Bäcker in Konkurs gegangen

burger Konsumverein war 1894 beteiligt gewesen bei der Gründung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine, der GEG. Der Geschäftsführer des Harburger Konsumvereins war Aufsichtsratsmitglied der GEG und durch ihn kam Kaufmann nun mit leitenden Konsumgenossenschaftlern in Verbindung. Im Harburger Konsumverein wurde Kaufmann nach kurzer Zeit Mitglied des Aufsichtsrats.

Angekettet und in Sträflingsuniform

Seine Tätigkeit für die Zeitung, die Partei und den Konsumverein machte Kaufmann in Harburg bald zu einer prominenten und bei den Gegnern der Arbeiterbewegung durchaus verhassten Persönlichkeit. Wie es damals üblich war, stand er unter Beobachtung der preußischen Regierungsorgane und wurde immer wieder wegen Pressevergehen unter Anklage gestellt und auch mehrfach verurteilt. Als schließlich die Summe der Strafen vier Monate Gefängnis betrug, musste Kaufmann sie in Hameln verbüßen. Besondere Erregung löste dieser Gefängnisaufenthalt dadurch aus, dass entgegen der üblichen Praxis bei den Haftbedingungen Kaufmanns Status als politischer Redakteur nicht respektiert wurde, sondern er wie ein Krimineller behandelt wurde. Man steckte ihn in Sträflingsuniform, ließ ihn Rohrstühle flechten und schnitt ihm wie „einem Zuchthäusler, Haupt- und Barthaar ab“.⁵ Als er während seiner Haftzeit in Stade in einem Beleidigungsprozess als Zeuge aussagen musste, wurde er, an andere Sträflinge angekettet, mit einem Sammeltransport zum Gericht gebracht.⁶

Als er schließlich wieder an seine Harburger Wirkungsstätte zurückkehren konnte, wurde er von den Arbeitern begeistert begrüßt und seine Zeitung widmete ihm ein Willkommensgedicht, indem es u. a. hieß:

*„Aus dem kerkerbleichen Antlitz
Blitzt uns entgegen des alten Adam
Ungebeugter, ungebesserter Geist,
Und die freiheitsfrohen Mienen künden
Alte Streitlust, neuen Kampfesmut...
Tausend ehrliche Brüder,
Kampfgefährten,
Mitfühlende, froherregte Herzen,
Jubeln dir entgegen...
Willkommen!“⁷*

⁵ Kasch, Heinrich Kaufmann, S. 11

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

Wechsel zur *Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG)*

Wurde sein Eintreten für die Konsumgenossenschaften zunächst von der Harburger Sozialdemokratie toleriert, so nahm dies jedoch ein Ende, als er im Jahre 1900 die regelmäßige Mitarbeit am Wochenbericht der *GEG* übernahm. Man versuchte, ihm die Mitarbeit am Blatt der *GEG* zu untersagen, und als er dies nicht akzeptierte, wurde er vor die Wahl gestellt, entweder auf die Mitarbeit am Wochenbericht zu verzichten oder seine Stellung am Parteiblatt aufzugeben. Für Kaufmann gab es dabei nur eine Entscheidung: Den Verzicht auf die Tätigkeit bei der Harburger Parteizeitung. Ab Januar 1901 trat Kaufmann völlig in den Dienst der *GEG*, wo er den *Wochenbericht* in eine konsumgenossenschaftliche Fachzeitschrift verwandelte, später umbenannt in *Konsumgenossenschaftliche Rundschau*.

Kaufmann kam zu einem Zeitpunkt zur *GEG*, als das deutsche Konsumgenossenschaftswesen zunehmend in Bewegung geriet. Adolph von Elm war es mit der von ihm vorangetriebenen Gründung der Hamburger „*Produktion*“ maßgeblich zu verdanken, dass die Gewerkschaften eine positive Haltung zur Gründung von Konsumgenossenschaften einnahmen und dass auch die Position der SPD sich von strikter Ablehnung über Neutralität bis hin zur wohlwollenden Unterstützung wandelte. Allein im Jahre 1899 sind zahlreiche Konsumgenossenschaften gegründet worden, die später zum Teil beträchtliche Größe erreichen sollten, so neben der Hamburger die Berliner Genossenschaft, die Kieler, die Hannoveraner und die Frankfurter.

Gründung des *Zentralverbandes deutscher Consumvereine e.V. (ZdK)*

Das rasche Wachstum bescherte den Konsumgenossenschaften innerhalb des *Allgemeinen Genossenschaftsverbandes*, insbesondere aus dem Kreise der Kreditgenossenschaften, zunehmenden Widerstand. Im Hintergrund stand dabei der Konflikt zwischen Kleinhändlern und Kleingewerbetreibenden einerseits und den Konsumgenossenschaften andererseits, aber auch der Vorwurf der sozialdemokratischen Beeinflussung bei den Konsumgenossenschaften „*Hamburger Richtung*“. Auf konsumgenossenschaftlicher Seite wurde dieser Streit maßgeblich durch Heinrich Kaufmann über den von ihm redigierten *Wochenbericht* geführt. Der Streit eskalierte 1902 auf dem Kreuznacher Genossenschaftstag des *Allgemeinen Verbandes*.⁸ Nachdem die Verbandsleitung die Aufnahme der Mannheimer Konsumgenossenschaft mit dem Argument

8 s. Hasselmann, *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften*, S. 283 ff.

abgelehnt hatte, dass diese in ihre Satzung die Verpflichtung aufgenommen habe, ihren Beschäftigten tarifliche Arbeitsbedingungen zu gewähren, wurden in Kreuznach von der Verbandsmehrheit handstreichartig die *GEG*, der *Verband sächsischer Consumvereine* und 98 Konsumgenossenschaften ausgeschlossen. Es war Kaufmann, der die organisatorische Arbeit übernahm, für die ausgeschlossenen Genossenschaften und für die im Allgemeinen Verband verbliebenen Konsumgenossenschaften, die mit ihnen sympathisierten, im Jahre 1903 in Dresden den *Zentralverband deutscher Consumvereine e.V.* zu gründen. 302 Mitgliedsgenossenschaften zählte der Verband auf seinem Gründungskongress, am Ende des Gründungsjahres waren es bereits 627 Genossenschaften mit über einer halben Million Mitgliedern.

Die Gründung der eigenen konsumgenossenschaftlichen Organisation war nicht Kaufmanns Ziel gewesen. Er trat vielmehr im Sinne von Schulze-Deletzsch für einen einheitlichen genossenschaftlichen Verband aller Genossenschaftsrichtungen ein. Aber nachdem die Spaltung aufgezwungen war, ergriff er die Chance, die konsumgenossenschaftliche Bewegung mit einem eigenen Verband voranzubringen, befreit von allen Rücksichtnahmen auf die übrigen Genossenschaftsrichtungen. Die *GEG* unterstützte die Gründung des Zentralverbandes, jedoch mit der Bedingung, dass die Zentrale in Hamburg sein müsse. Kaufmann schied daraufhin bei der *GEG* aus und nahm die Abteilung „Schriftleitung“ mit, insbesondere den Verlag und die Redaktion des *Wochenberichts*. Kaufmann wurde Sekretär des *ZdK* und ging daran, ihn zu einer schlagkräftigen Organisation zu formen.

Politische Neutralität der Konsumgenossenschaften⁹

Kaufmann betonte immer wieder, wie auch sein engster Mitstreiter Adolph von Elm, die parteipolitische Neutralität der Konsumgenossenschaften. Zweifellos bestand bei den Konsumgenossenschaften Hamburger Richtung eine Nähe zur Sozialdemokratie. Für die Programmatik war es jedoch wichtig, dass es ihnen um die Organisation aller Konsumenten ging, nicht nur um die einer politischen Richtung oder einer gesellschaftlichen Klasse, weshalb das Prinzip der Neutralität immer wieder deutlich herausgestrichen wurde. Dies geschah durchaus zum Missvergnügen vieler deutscher Sozialdemokraten, aber auch auf internationaler Ebene war diese Position keineswegs unumstritten. Insbesondere die belgischen Konsumgenossenschaften bestanden darauf, Teil der sozialistischen Bewegung zu sein und mit ihren materiellen Mitteln diese auch zu finanzieren oder anders zu unterstützen. Für Kaufmann wie für von Elm war die Neutralitätsposition dabei keineswegs

⁹ *Die politische und religiöse Neutralität der Konsumgenossenschaften findet sich schon in der Rochdaler Grundsätzen: Hasselmann, Geschichte der Konsumgenossenschaften, S. 22, 391*

nur Reaktion auf die Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes, die den Genossenschaften jede politische Betätigung unmöglich machten und sie auf ihre wirtschaftliche Zielsetzung beschränkten, die eventuell politisch handelnden Vorstände gar mit Strafen bedrohten. Gerade bei von Elm, der die Neutralitätsdebatte nicht nur bei den Konsumgenossenschaften sondern auch bei den Gewerkschaften führte, wird deutlich, dass es dabei um ein grundlegendes politisches Konzept der möglichst vollständigen Organisation der Konsumenten ging.

Wegbereiter des Flächentarifvertrages

Selbstverständlich wurde Kaufmann dadurch den Vorwurf der Nähe zur Sozialdemokratie nicht los. Dies umso weniger, als er sich von Anfang an dafür einsetzte, für die Beschäftigten der Konsumgenossenschaften akzeptable Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Es fing mit den Bäckern an. Parallel zum Gründungskongress des *ZdK* tagte in Dresden der Kongress des *Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands*.¹⁰ Bei dieser Gelegenheit wurde eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen im Backgewerbe präsentiert, die belegte, dass neben den drückenden Arbeitsbedingungen, insbesondere in den – noch absolut vorherrschenden – handwerklichen Betrieben, es praktisch nur die konsumgenossenschaftlichen Großbäckereien waren, die akzeptable Arbeitsbedingungen boten.¹¹ Der Bäckerverband wurde so innerhalb der Gewerkschaften zu einem Propagandisten für die konsumgenossenschaftliche Organisation. Für den Bäckerverband waren die Konsumgenossenschaften mit ihren Bäckereien eine entscheidende Organisationsbasis, herrschten hier doch annähernd industrielle Arbeitsbedingungen und hatten die Betriebe vielfach eine Größe, die die gewerkschaftliche Organisation ohne Probleme ermöglichte. Die Nähe der Bäckerorganisation zu den Konsumgenossenschaften hat sich trotz mancher Konflikte über viele Jahrzehnte gehalten und wurde nach 1945 von der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten fortgeführt, obwohl nun die meisten Gewerkschaftsmitglieder bei den Konsumgenossenschaften in der neu gegründeten Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen organisiert waren.

Heinrich Kaufmann setzte sich dafür ein, tarifliche Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Genossenschaftsbäckereien in ganz Deutschland zu schaffen.¹² Und so begannen bereits kurz nach der Gründung des *ZdK* die Tarifverhandlungen mit dem Bäckerverband, die sich jedoch

¹⁰ *Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, Protokoll der 9. ordentlichen Generalversammlung, Hamburg [1903]*

¹¹ *Die genossenschaftliche Brot-Produktion, Zusammengestellt nach Umfragen unter den Arbeitern der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien, Hamburg [1903];*

¹² *Kasch, Heinrich Kaufmann, S. 15*

angesichts der sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschland als ausgesprochen schwierig darstellten. Gleichwohl konnte im Jahr 1904 bereits der erste Tarifvertrag für das ganze Reich abgeschlossen werden. Während damals die Gewerkschaften, wenn ihnen überhaupt der Abschluss von Tarifverträgen gelang, meist Firmen- oder bestenfalls örtliche Tarifverträge abschlossen, war dies nach dem Druckertarif der zweite wichtige Wirtschaftsbereich mit einem nationalen Tarifvertrag. Die Konsumgenossenschaften unter der Führung Kaufmanns – sekundiert durch Adolph von Elm – haben mit ihrer Entwicklung des Flächentarifvertrages Tarifgeschichte geschrieben. Dies war allerdings begleitet durch heftige Konflikte mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Beschäftigten der Konsumgenossenschaften. Vieles an den vorbildlichen Arbeitsbedingungen beim Konsum wurde bald als selbstverständlich genommen und nicht selten wurde die Ablehnung teurer Neuregelungen durch die Spitze des ZdK als Ausdruck eines „Herr-im-Hause-Standpunktes“ geißelt. Die ursprünglich durchaus große Nähe Kaufmanns zu den Gewerkschaften ist dabei prinzipiell wohl erhalten geblieben, aber in manchem Einzelfall hat es Verletzungen gegeben, die nur mühsam vernarben.

Wie mit dem Bäckerverband, so wurden auch mit den gewerkschaftlichen Organisationen weiterer Kategorien der Konsumbeschäftigten reichsweit Flächentarifverträge abgeschlossen. Es ist sicher keine Übertreibung, dass der ZdK mit dem Flächentarifvertrag – neben den Buchdruckern – die Bahn gebrochen hat. Und wenn man die Diskussion auf den Genossenschafts- und Gewerkschaftstagen vor dem ersten Weltkrieg über die Tarife des ZdK nach verfolgt, dann findet man manche Fragestellung, die in der heutigen Diskussion über die Flächentarifverträge brandaktuell ist. Nachlesen kann man all dies in einer Dissertation, die der 1945 in Tokio hingerichtete Richard Sorge im Jahre 1919 bei der Universität Hamburg eingereicht hat.

Avantgarde der betrieblichen Altersversorgung

Zur Avantgarde wurde der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* unter Kaufmanns Führung auch im Bereich der betrieblichen Altersversorgung.¹³ Bereits auf dem Gründungskongress des ZdK in Dresden war beschlossen worden, eine Versorgungseinrichtung für die Beschäftigten der Konsumgenossenschaften zu schaffen. Nach nur zwei Jahren Vorbereitungszeit konnte im Jahre 1905 die *Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* gegründet werden. Diese Kasse hat übrigens alle Stürme der Zeit überdauert und ist heute unter der Bezeichnung *Hamburger Pensionskasse von 1905* einer

¹³ 1905 – 1955, *50 Jahre Pensionskasse der deutschen Konsumgenossenschaften, Hamburg [1955]*

der größten deutschen Versicherer für betriebliche Altersversorgung. Kaufmanns Biograph August Kasch schreibt dazu: „*In der Pensionskasse aber hat er sich ein dauerndes Denkmal gesetzt. Solange ein gesichertes Alter, geschützte Witwen und Waisen mit Dank den ihnen gewährten Schutz erkennen, wird ein großer Teil dieses Dankes Heinrich Kaufmann zu gelten haben.*“

Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

Aus der bei Gründung des *ZdK* von Kaufmann mitgebrachten „Schriftleitung“ der *GEG* wurde ein großes Verlags- und Papierverarbeitungsunternehmen, die *Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mbH*. Hier erschienen die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau*, das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt*, zahllose Broschüren und Bücher und nicht zuletzt das *Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*, das Jahr für Jahr in zwei oder gar drei Bänden herausgegeben wurde und uns noch heute einen geradezu enzyklopädischen Überblick über die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung gibt. Darüber hinaus versorgte die Verlagsgesellschaft die Konsumvereine mit Papierwaren aller Art, nicht zuletzt mit Tüten für die losen Waren. Und es war der Stolz des *ZdK*, aufgrund der hochmodernen Einrichtung die von regulär tariflich bezahlten Arbeitern hergestellten Tüten billiger liefern zu können, als die Tüten aus der Zuchthausproduktion.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war Kaufmann das Revisions- und Kontrollwesen. Er sorgte dafür, dass bald alle konsumgenossenschaftlichen Regionalverbände eigene hauptamtliche Revisoren beschäftigten, von denen berichtet wird, dass ihre Tätigkeit zur Festigung der gesamten Bewegung außerordentlich beigetragen habe.

Gründung der Volksfürsorge

Die Erfahrungen mit der Gründung der Pensionskasse kamen Kaufmann zugute bei den Vorbereitungen für die Gründung der *Volksfürsorge gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft*.¹⁴ Diese Gründung war eine Reaktion auf die Erfahrung, dass die privaten Lebensversicherungsgesellschaften bei Kleinlebensversicherungen, wie sie vorrangig Arbeiter abschlossen, diesen außerordentlich ungünstige Bedingungen anboten, während die Versicherungsgesellschaften geradezu astronomische Profite kassierten. Die Gründung der *Volksfürsorge* fand unter schwerem Störfaktor der interessierten Kreise der Versicherungswirtschaft statt, an deren Spitze übrigens der spätere Putschist Wolfgang Kapp stand. Der wichtigste Vorwurf

¹⁴ Kasch, Heinrich Kaufmann, S. 18; *Ein halbes Jahrhundert Volksfürsorge. Werden und Wirken eines Volksversicherungsunternehmens*, Hamburg 1962

lautete dabei, dass die *Volksfürsorge* nur dazu dienen solle, für die Sozialdemokratie Gelder zu sammeln, um damit den Umsturz der Gesellschaft zu finanzieren.¹⁵ Kaufmann gehörte dem Vorstand der *Volksfürsorge* bis zu seinem Tode an. War schon die Gründung angesichts des massiven politischen Widerstandes nicht einfach, so kam die neue Versicherungsgesellschaft bereits nach kurzer Zeit in heftige Turbulenzen, als zwei Jahre nach der Gründung der erste Weltkrieg ausbrach und die Frage Lebensversicherung auf einmal eine ganz andere Bedeutung bekam. Insbesondere aber war der große nebenamtliche Funktionsapparat aufgrund der Einberufung vieler seiner Mitglieder an die Front in seiner Funktionsfähigkeit bedroht. Aber es gelang, die Krise zu überwinden und so besteht die *Volksfürsorge* als eine der Schöpfungen Heinrich Kaufmanns bis heute.

Tod in den Sielen

Kaufmanns Identifikation mit den Konsumgenossenschaften gestattete ihm keine Schonung, obwohl sich schon Mitte der 1920er Jahre die Zerrüttung seiner Gesundheit zeigte. Sein Biograph Kasch schreibt: „Kaufmann glaubte jedoch, durch rücksichtsloses Trotz bieten der Gefahr am besten entgegen zu können. Nur nicht nachgeben, nur nicht schwach zeigen! Der Verfasser war vor und nach dem Stockholmer internationalen Kongress Kaufmanns Reisebegleiter. Die Erinnerungen an diese Tage gehören zu den erschüttertesten seines Lebens, weil sie ihm die Gewissheit gaben, dass die Tage des alten Kampfgefährten vieler Jahre gezählt seien. Dieser aber bot Wind und Wetter die Stirn, als sei er ein glücklicher Dreißiger, während ihm auf kleinster Wanderung bereits die Kräfte verließen.“¹⁶ Am 2. Juli 1928 starb Heinrich Kaufmann im Alter von 64 Jahren.

¹⁵ *Ein halbes Jahrhundert Volksfürsorge. Werden und Wirken eines Volksversicherungsunternehmens, Hamburg 1962, S. 53*

¹⁶ *Kasch, Heinrich Kaufmann, S. 19*

Von der Wirtschafts- und Sozialstatistik zur Genossenschaftsgründung: Raphael Ernst May (1858–1933)

Im Dezember 1895 erschien in Hamburg ein Buch mit dem Titel: Die wirthschaftliche Entwicklung. Jahres Bericht der Firma Alexander Jahn & Co, Hamburg, herausgegeben vom Inhaber R. E. May und mit faksimilierter Widmung an den Hamburger Senator Dr. Johannes Versmann.¹

Ein lokaler Firmenbericht, wie es scheint? Nein, ganz und gar nicht! Sondern hinter dem unscheinbaren Titel breitet sich eine große Analyse der deutschen Wirtschaft aus, gewonnen aus statistischen Erhebungen und Trendvergleichen und mit Ausblicken auf die Weltwirtschaft. Als Haupttendenz wurde dabei in vielen Bereichen Zentralisierung wahrgenommen. In 18 Kapiteln wurden Themen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung sehr breit gefächert behandelt. Unter Kapitel sechs heißt es: Die Zunahmen der Sparkasseneinlagen und wem sie gehören. Das Kapitel elf ist überschrieben: Konsumvereine, Genossenschaftswesen, Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften, Zentralisation beider, Produktion der Arbeiter mit dem Kapital der Arbeiter. Einleitend in dieses Kapitel heißt es: „Die Consumvereine haben gerade in letzter Zeit einen ausserordentlichen Aufschwung genommen. Wenn die Colonialwaaren-Zeitungen auch durch Aufzählen aller Misserfolge der Consumvereine von ihnen abzuhalten versuchen, überwiegen doch bei weitem die Erfolge. Natürlich giebt es auch schlecht geleitete Consumvereine und solche mit ungenügendem Capital. Gehen aber nicht auch Kaufleu-

¹ R. E. May: *Die wirthschaftliche Entwicklung. Jahres Bericht der Firma Alexander Jahn & Co, Hamburg, gedruckt bei H. O. Persiehl Hamburg, 1895, 263 S.* „Vorwort: Diese Arbeit gehört keinem Princip und keiner Partei. Sie greift hinein in's volle Menschenleben und zeigt an der Hand der Thatsachen, wie unabhängig von grauen Theorien und ebenso grauen Befürchtungen die Dinge sich gestalten. Eine genaue Rubricirung liess sich nicht inne halten. „Weil Alles sich zum Ganzen webt – Eins in dem andern wirkt und lebt“. Wo wir citiren, beginnen wir damit oft schon vor demjenigen Punkte der augenblicklich interessirt und hören auch nicht immer mit demselben auf. Wir citiren soweit, wie auch das Vorhergehende oder Nachfolgende für die von uns, sei es dahin oder später, behandelten Fragen von Interesse ist.

te hieran zu Grunde! Es scheint heute ausser Frage, dass den Consumvereinen die Zukunft gehört.“²

Es folgen Zahlen, die der Autor May vom Friedrich Schenck, dem Anwalt des Allgemeinen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, übermittelt bekommen hatte.³

May resümiert dann: „Die Zunahme des Interesses der Arbeiter an den Tagesfragen und damit die Zunahme der Aufklärung durch die Tagesliteratur ist ein viel zu deutlich zu beobachtender Vorgang, als dass es nöthig wäre ihn mit Zahlen zu belegen. Wie lange kann es da noch dauern, muss man sich fragen, bis der Arbeiter über seine Interessen ebenso gut unterrichtet ist als der Kaufmann, der Capitalist, der Landwirth über die seinigen.

Nun gut, könnte man sagen, die Erkenntnis des ihm zum Cooperativarbeiter noch Fehlenden wird er bald haben, tüchtige kaufmännische Leiter, tüchtige technische Betriebsleiter kann er anwerben so gut wie irgend eine Actien Gesellschaft – wenn er das nöthige Capital hat, welches diesen Bürgschaft genug ist für die pünktliche Auszahlung ihres Salärs, und wenn er das nöthige Capital hat, das der Betrieb erfordert. – Wenn? Ist denn dieses Capital nicht vorhanden? Ihr habt keine Capitalkraft? Fünf Milliarden Capital allein in den deutschen Sparkassen. Das ist keine Capitalkraft? Das Capital habt Ihr aufgespeichert für den Fall, dass Ihr krank werdet, dass Ihr alt werdet, dass Eure Witwen es brauchen [...] es sterben doch nicht alle Versicherten in einem Jahre. So gerade ebenso sollt Ihr es machen. Versichert Eure Cooperativgenossenschaften gegenseitig, und wenn ein Unternehmen dauernd schlecht geht [...] macht Ihr die eine Bude zu. Wenn schon cooperativ und wenn schon genossenschaftlich, warum denn nicht gleich gründlich cooperativ und gründlich genossenschaftlich? Was die Trust's können mit dem Capital der Capitalisten, das können auch die Arbeiter mit dem Capital der Arbeiter.“⁴

Wer war dieser Raphael Ernst May, der hier so suggestiv die Arbeiter ansprach? Die angesprochenen Arbeiter, das waren damals, fünf Jahre nach dem Ende des Sozialistengesetzes die Mitglieder und Führer der im steilen Aufstieg befindlichen Organisationen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Sie galten im Wilhelminischen Staat und bei der be-

² *Ebd.*, S. 142.

³ *Dem Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Sitz Berlin, gegründet 1859 von Hermann Schulze-Delitzsch, gehörten noch 1895 die meisten Consumvereine an. May zitiert den damaligen Verbandsanwalt Friedrich Schenck aus dessen Jahresbericht 1894: „Zur Errichtung und zum Gedeihen einer Arbeiter-Produktiv-Genossenschaft ist nicht nur allein ein für die erste Errichtung und für den Betrieb bis zum vorausichtlichen Absatz der ersten Erzeugnisse ausreichendes Capital erforderlich, sondern auch Geschäftskennntnisse und genossenschaftlicher Geist unter den Mitgliedern, sowie eine gewisse kaufmännische Bildung und unbedingte Zuverlässigkeit des Charakters der Leiter ist notwendige Voraussetzung für den Bestand und die Entwicklung.“*

⁴ *May, 1895 (wie Anm. 1), S. 150 ff.*

sitzbürgerlichen Klasse als Aufrührer, Umstürzler, als Klassenfeinde. Der Kontakt zu ihnen oder gar eine Unterstützung ihrer Organisationen wurden allen, die zum damaligen Establishment gehören wollten, generell bei Strafe der Ächtung unterbunden.⁵ Wohlhabende jüdische Kaufleute zählten aber nur bedingt zu dem, was man damals als „die gute Gesellschaft“, heute als Establishment nennt. In Hamburg war die Ausgrenzung der Juden aus dem gesellschaftlichen Umgang der Großbürger christlicher Konfession sehr ausgeprägt.

Raphael Ernst May wurde 1858 als jüngster seiner Geschwister in London geboren.⁶

Der Vater, Simon May, besaß als wohlhabender Textilgroßhändler in Hamburg das Bürgerrecht und war seit 1862 Vorstandsmitglied in der Jüdischen Gemeinde gewesen. Er starb aber, als der Sohn erst acht Jahre alt war. Dadurch kam dieser zu Verwandten nach Frankfurt am Main, wo er die jüdische Oberrealschule mit Mittlerer Reife beendete und dann eine Kaufmannslehre abschloss. Nach verschiedenen in- und ausländischen Stationen als Kaufmann, heiratete er in London und ließ sich kurz danach, 1889 in Hamburg nieder. Als Kompagnon und später Alleininhaber in Firma Alexander Jahn & Co. betrieb er hauptsächlich Zuckerimport. Seine Erfolge im risikoreichen Termin-Warengeschäft erreichte er vornehmlich durch ein weit gespanntes Netz von Informationsmöglichkeiten.

Über den Anstoß, seine Kenntnisse in Zeitungen zu veröffentlichen, berichtete er in einer autobiografischen Schrift: „Einer meiner Angestellten wohnte in meiner Nähe. Es war daher nicht auffällig, dass er mich häufig vom Büro nach Hause begleitete. Eines Tages fiel mir auf, dass die „Hamburger Börsen-

⁵ Ein deutliches Beispiel für diese Haltung bot die Zeitung „Hamburger Nachrichten“ vom 26. Januar 1897 gegen den Aufruf bürgerlicher Persönlichkeiten anlässlich des Hafendarbeiterstreiks: „Wir finden es unverantwortlich, daß Universitätsprofessoren und Geistliche ihre Zugehörigkeit zur bürgerlichen Gesellschaft und ihre Verpflichtung gegen dieselbe derart verleugnen können, um die sozialdemokratische Arbeiterpartei in dem revolutionären Kampf zu unterstützen, den sie ohne jede äußere Not, ganz aus frivolem Machtkitzel, als „Kraftprobe“ den Arbeitgebern aufgedrängt hat. Man sollte Männer, welche die Stellung, die sie als Vertreter der Wissenschaft im Staate einnehmen, auf solche Weise kompromittieren, aus derselben ausschließen, schon um den Verdacht zu entkräften, daß man mit ihnen sympathisiere. Wir halten es überhaupt für unerlässlich, dass die bürgerliche Gesellschaft jede Begünstigung ihrer Todfeindin, der Sozialdemokratie, in dieser Form abndet. Es muß den Vertretern des „Sozialismus der gebildeten Stände“ zum Bewusstsein gebracht werden, daß die Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen für Jeden unerlaubt ist, der der bürgerlichen Gesellschaft angehört. Wer unter Aufrechterhaltung seiner Stellung als Mitglied derselben die Sozialdemokratie unterstützt, verdient keine andere Behandlung wie Derjenige, der in einer belagerten Festung mit dem Feinde konspiriert. Obwohl die soziale Frage keine rechts-, sondern wie der Hamburger Streik neu beweist, eine Macht- und Kriegsfrage ist, sind die Kriegsgesetze auf derartige Handlungen leider nicht anwendbar. Aber die gelindeste Strafe, welche, solange ein Sozialistengesetz nicht besteht, von der bürgerlichen Gesellschaft selbst verhängt werden muß, ist die Exkludierung.“ Zitat nach Herbert Masche: Die soziale Bedeutung des Hamburger Hafendarbeiterstreiks von 1896/97, Hamburg 1934 (staatsrechtliche Dissertation Hamburg 1929), S. 71.

⁶ Zur Person Raphael Ernst May siehe Ulrich Bauche: May, R. E. In: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.): Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006, S. 186 f. – Salomon Winitzer: Große Jüdische National-Biographie, Nendeln 1979 (Nachdruck der Ausgabe Cernaufi 1925–36), Bd. 4, S. 303 f. – Max Mendel; Josef Rieger: Die „Produktion“ in Hamburg. Geschichte einer genossenschaftlichen Verbrauchervereinigung von der Gründung bis zum fünfundzwanzigsten Geschäftsabschluss, Hamburg 1924, S. 115.

halle“, die wirtschaftliche bzw. Handels-Beilage des „Hamburgischen Correspondenten“, Artikel brachte, die Gedankengänge enthielten, die ich auf dem Heimwege meinem jungen Mann gegenüber entwickelt hatte. Dass diese Artikel von ihm waren, bestätigte mir denn gelegentlich der Redakteur des Blattes. Da sie Interesse gefunden hatten, kam ich auf die Idee, meine wirtschaftlichen Gedanken in Wochen-, Monats- und Jahresberichten meiner Firma zu äußern, die nun immer stärker von Handelskammern, in- und ausländischen Zeitungen usw. erbeten wurden [...]. Das Interesse, das meine Berichte allgemeinerwirtschaftlichen Inhalts – ich nenne sie so, um sie von den Warenberichten zu unterscheiden – in weiten Kreisen fanden – auch dass Professoren der Nationalökonomie an deutschen Universitäten mit mir zu korrespondieren suchten, veranlasste mich, mich mehr und mehr mit volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen.“⁷

Nach dem sehr umfangreichen Jahresbericht 1895 folgte unter gleichem Titel „Die wirtschaftliche Entwicklung“, die Fortsetzung 1896. Darin ging May u. a. auf die Steigerung und gleichzeitige Differenzierung gewerkschaftlicher Organisationen ein und empfahl u. a. die Schaffung einer internationalen Organisation der Hafentarbeiter.⁸ Die Veröffentlichung fiel in den Großen Hamburger Hafentarbeiterstreik, der vom November 1896 bis Februar 1897 mit erbitterter Härte und auf Seiten der Arbeiter mit großen Opfern geführt wurde. Aus der dabei diskutierten Frage der Streikunterstützung durch Dritte in Geld oder in Sachgütern entwickelte May als wichtige Aufgabe einer komplexen Arbeitergenossenschaft die Schaffung eines Notfonds, der vor allem bei Arbeitskämpfen Not leidenden Genossen helfen könnte.

May sah in der einsetzenden Diskussion um Neuorientierung in den Hamburger Gewerkschaften unmittelbar nach dem Streik die Gelegenheit, seinen Genossenschaftsplan einzubringen.⁹ Noch im Februar suchte er dafür als ersten Ansprechpartner Heinrich Bürger vom Verband der Handlungsgehilfen, einer der neun Mitglieder im Vorstand des Hamburger Gewerkschaftskartells und außerdem Mitglied eines kleinen, auf Lebensreform orientierten Konsumvereins, Sparklub „Hilfe“ genannt.¹⁰ Diesem Verein gehörte auch Ferdinand Wolff an, Bankkaufmann und Anhänger der Siedlungs-Genos-

7 R. E. May: Brief vom 16. Februar 1928 an die Preussische Staatsbibliothek, Dokumenten-Sammlung Darmstaedter, Berlin, S. 6 f., ms. Abschrift in Staatsarchiv Hamburg, Jüdische Gemeinden 754. – Die Adressen der Firma Alexander Jabn & Co., Zucker-Commission, Hamburg-Altstadt, Grimm 26, und der Wohnung R. E. May, Grindelallee 41, laut Hamburger Adressbuch 1892.

8 May, Brief Februar 1928 (wie Anm. 7), S. 8.

9 Für das Folgende ebd., S. 8–22.

10 Christian-Heinrich Bürger (1867–1910), Kaufmannsgehilfe, erfolgreicher Organisator mehrerer Gewerkschaften, seit 1894 Schriftführer des Hamburger Gewerkschaftskartells, bereitete zu der Zeit sein Buch: Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890, Hamburg 1899, vor. Vgl. Rüdiger Zimmermann: Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorläuferorganisationen, Bonn 1998 (net edition fes-library, URL: <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205b17.htm#LOCE9Ei8>, letzter Zugriff 28.07.2010)

senschaftsbewegung des bekannten Nationalökonom Franz Oppenheimer, mit dem May wiederum freundschaftlich verbunden war.¹¹

Als Bürger Aktivität vermissen ließ, wandte sich May im März 1897 an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Tabakarbeiterfunktionär Adolf von Elm, den er wirklich überzeugen konnte. Dieser brachte der den übrigen Vorstand des Gewerkschaftskartells in die Diskussion mit May.¹² Es folgten dann Versammlungen Ende Juli und Anfang August 1897 mit Vertretern der Gewerkschaftsvorstände und der Leitungen der Sozialdemokratischen Partei, insgesamt 64 Personen. Dabei bekannte sich der Chefredakteur des „Hamburger Echo“, Otto Stolten, sehr deutlich gegen den Plan und nahm an keinen weiteren Beratungen mehr teil. In der Partei bestanden massive Vorbehalte gegen die Genossenschaften als Kraftvergeudung und Ablenkung vom politischen Kampf.¹³ Am Ende dieser Versammlungen wurde eine neunköpfige Vorbereitungsgruppe gewählt und May dazu kooptiert, um die Statuten für die zu gründende Genossenschaft zu erarbeiten.¹⁴

Noch bevor ihre Beratungen einsetzten, reiste May nach England, und „studierte dort die Genossenschaftsbewegung an den alten Quellen“, beginnend mit einem Besuch bei dem Generalsekretär der Co-operative Union, J. C. Gray in Manchester.¹⁵ Die offenbar wichtigen Erkenntnisse aus dieser Reise betrafen hauptsächlich eine veränderte Idee des Notfonds, der nun als verpflichtende persönliche Rücklage aus der Gewinnausschüttung bei der Genossenschaft angelegt werden sollte. Der Besuch in Rochdale, der Wiege der Konsumgenossenschaften, brachte die Anregung, den Wohnungsbau in die Aufgaben der Genossenschaft einzubeziehen. Aus England noch berichtete May mehrmals brieflich an Adolf von Elm.

11 Ferdinand Wolff (4. Februar 1861 Hamburg – 14. Mai 1916 ebd.) Bankkaufmann, war vom 5. Mai 1899 an Vorstandsmitglied der „Produktion“, vgl. Mendel/Rieger, 1924 (wie Anm. 6), S. 116 f. – Franz Oppenheimer (1864 Berlin–1943 Los Angeles). Arzt und bedeutender Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Propagandist für Siedlungsgenossenschaften. Dieser schrieb auf Mays Veranlassung mehrere Artikel über Arbeitergenossenschaften für die Hamburger Tageszeitung „Generalsanzeiger“ im März und April 1899, siehe May, Brief Februar 1928 (wie Anm. 7), S. 32 f.

12 Adolf von Elm (1857–1916), vgl. Mendel/Rieger, 1924 (wie Anm. 6), S. 114 f. – Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Hannover 1960, S. 75 f. – Arnold Sywottek: Der einzig richtige Gradmesser für die Macht der Arbeiterklasse sind ihre Organisationen. In: Volker Plagemann (Hrsg.): Industriekultur in Hamburg. Des Deutschen Reiches Tor zur Welt. München 1984, S. 161–165.

13 Zur Haltung der Sozialdemokratischen Partei und des „Hamburger Echo“ zur Genossenschaftsfrage ausführlich May, Brief Februar 1928 (wie Anm. 7), vgl. dazu: Werner Ahrens: Das sozialistische Genossenschaftswesen in Hamburg 1890–1914. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung. Phil. Diss., Hamburg 1970.

14 Dieser so genannten May-Kommission aus Funktionären des Hamburger Gewerkschaftskartells gehörten an der Bäcker O. Allmann, Adolf von Elm, der Handlungsgehilfe Max Josephsohn, der Bildhauer und Stuckateur Gustav Lehne, der Handlungsgehilfe Gustav Segnitz, die Schneiderin Helma Steinbach, der Seemann Albert Störmer, der Schneider Heinrich Stühmer, sowie der Zigarrenarbeiter H. Thomas als Vertreter des Altonaer Gewerkschaftskartells.

15 Manchester war seit 1852 das Zentrum der britischen Arbeitergenossenschaften mit der Zeitschrift „The Co-operator“ seit 1860 und mit der 1862 gegründeten Großverkaufsgesellschaft „Co-operativ Wholesale Society“. 1872 begannen dort genossenschaftseigene Produktionsbetriebe. Vgl. W. Kulemann: Die Genossenschaftsbewegung, 1. Bd.: Geschichtlicher Teil. Darstellung der Entwicklung in allen Kulturländern sowie der internationalen Beziehungen, Berlin 1922, S. 134–140.

Mit ihm gemeinsam formulierte May dann den Statutenentwurf, der in der genannten Kommission in Abschnitten beraten und Ende März 1898 abgeschlossen wurde. Er umfasste 134 Paragraphen und war ergänzt durch einen von May formulierten Kommentar. Mit der Namensgebung Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ waren die Zwecke der zu gründenden Genossenschaft genannt. Den Titel „Produktion“ hatte May in der Absicht vorgeschlagen, die Eigenproduktion an Bedarfsgütern als Ziel zu setzen.¹⁶ In seinem Wirtschaftsbericht von 1897 formulierte er erstmalig die Eigenproduktion als notwendige Ergänzung der Konsumgenossenschaften. Die Abstimmung mit allen im Hamburger Gewerkschaftskartell vereinten mehr als 40 Organisationen, sowie mit den Kartellen von Altona und Wandsbek ergab eine überwiegende Zustimmung. Mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen 1898 verzögerte sich die Gründungsversammlung bis zum Januar 1899.

Von Elm hat die Gründung der „Produktion“ in dem „Bericht des Hamburger Gewerkschaftskartells 1898/1899“ dargestellt, sich selbst dabei als den Ideengeber erscheinen lassen, seinen wichtigen Berater zwar erwähnt, aber nicht den Namen May genannt.¹⁷ Sicher war die Gründung der „Produktion“ das Werk der Hamburger Gewerkschaften. In ihren Mitgliedschaften galt die Maxime: Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Sich auf den dominierenden Rat und Einfluss eines wohlhabenden Kaufmanns, eines Bourgeois, zu stützen, erschien in mehrfacher Hinsicht angreifbar. Die Eitelkeit von Elms kam dazu.

Als in dem Jahresbericht der „Produktion“ anlässlich des zehnjährigen Bestehens die Entstehungsgeschichte vom Vorstandsmitglied Josef Rieger dargestellt wurde, hatte von Elm ihm den Kartellbericht als Grundlage gegeben.¹⁸ Rieger fügte bei dem erwähnten wichtigen Berater den Namen May hinzu. Dennoch kam dessen Anteil auch in diesem Text zu kurz. Auch noch in der Schrift zum 25-jährigen Jubiläum der „Produktion“ 1924 wiederholte Rieger diese Diktion.¹⁹

16 May berichtete über die Firmenbenennung: „Auch von Elm hat die Idee nicht gleich ganz erfasst. In seinen Briefen nach England z. B. ist nirgend die Rede vom Aufbau der Produktion auf Basis des gesicherten Absatzes an die organisierten Konsumenten. Bei Abfassung der Statuten habe ich nirgendwo die Firma der Genossenschaft erwähnt und erst, als sie ganz fertig waren, gesagt: Ich denke, wir nennen sie Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“. Von Elm nahm das ganz gleichgültig auf. Das Anormale, einen Konsumverein „Produktion“ zu nennen, fiel ihm gar nicht auf.“ May Brief vom 6. 3. 1928 an Ernst Gerson, S. 17, Staatsarchiv Hamburg, Jüdische Gemeinden 754. – Den Begriff „Eigenproduktion“ prägte May in seiner Veröffentlichung: Wirtschafts- und handelspolitische Rundschau für das Jahr 1897, Hamburg. Die Absicht, Konsumgüter in eigener Regie einer Konsumgenossenschaft zu produzieren, stieß auf die entschiedene Ablehnung durch den neuen Anwalt des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Dr. Hans Crüger, dem May die Statuten der „Produktion“ übermittle hatte. May, Brief 16. 2. 1928 (wie Anm. 7), S. 4f.

17 Bericht über die Thätigkeit des Hamburger Gewerkschaftskartell für die Zeit von 1898–1899, Hamburg 1900, S. 87–93: Zur Gründung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“. – Von Elm informierte May, dass er ihn darin nicht mit Namen nennen wollte. In wörtlicher Rede wiedergegeben in May, Brief vom 6. 3. 1928 (wie Anm. 16), S. 22.

18 Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ e.G.m.b.H.: Geschäftsbericht für das 10. Geschäftsjahr 1908 mit einem Rückblick auf die zehnjährige Entwicklung der Genossenschaft von 1899–1909, Hamburg 1909, S. 6–14.

19 Mendel/Rieger 1924 (wie Anm. 6), S. 15.

Aus den Jahren 1927/28 gibt es drei längere Briefe an unterschiedliche Empfänger, in denen May schließlich nach 30 Jahren seinen Anteil an der Gründung der „Produktion“ nach den bei ihm vorhandenen Quellen richtig zu stellen versuchte.²⁰ Seine Zurücksetzung hatte May offenbar in all dieser Zeit nicht verschmerzt, obwohl er eindeutig überzeugt war, dass seine Anregungen damals nur von Adolf von Elm in der Hamburger Arbeiterbewegung durchgesetzt und zum Erfolg geführt werden konnten.²¹ Und Raphael Ernst May blieb der „Produktion“ und den Arbeitergenossenschaften weiterhin verbunden. Er gehörte von der Gründung der Genossenschaft vermutlich bis zu seinem Tod als Mitglied an, und er war in den Aufsichtsrat für die Periode 1904/05 gewählt worden und auch mehrmals in den Mitgliederausschuss.

Bei der Versammlung geladener Arbeiterfunktionäre im August 1897 hatte der Tischler Friedrich Lesche in der Diskussion zu bedenken gegeben, dass der Konsum der Arbeiter gering sei im Verhältnis zu dem der Wohlhabenden und Reichen, und er frage, ob sich dann eine eigene Produktion überhaupt lohne.²² Das Argument machte in diesem Kreis Eindruck, denn die These Lassalles vom „ehernen Lohngesetz“ und auch diejenige von Marx über eine relative und absolute Verelendung der Massen gehörten zur sozialdemokratischen Überzeugung. May war mit seiner damals aus dem Stegreif gegebenen Widerlegung unzufrieden und er fürchtete Verluste in der Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter. Er setzte sich mit den gängigen Thesen auseinander und verglich sie mit dem statistischen Material des Konsums europäischer Länder. Er kam zu dem rechnerischen Ergebnis, „dass in Deutschland der Verbrauch der Massen wenigstens sechsmal so groß ist, als derjenige der Wohlhabenden und Reichen und dass er selbst in Hamburg noch zweimal so groß“ sei. Dieses Resultat teilte May in dem Kommentar zu den Statuten der „Produktion“ mit.²³

Die umfangreichen Recherchen und die Widerlegung alter Auffassungen veröffentlichte May in einer der meist renommierten Zeitschriften, in „Gustav Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung“, 1899 unter dem

20 R. E. May: Brief vom 29. Dezember 1927 an Senator Mendel, Geschäftsführer der „Produktion“, anlässlich des Todes von Josef Rieger, Staatsarchiv Hamburg, Jüdische Gemeinden 754. – Brief vom 16. 2. 1928 an die Preußische Staatsbibliothek (wie Anm. 7). – Brief vom 6. 3. 1928 an Ernst Gerson als Antwort zu dessen Stellungnahme zu Mays Darstellung der Gründung der „Produktion“, (wie Anm. 16).

21 May, Brief 16.2.1928, S. 29 (wie Anm. 7): *Denn was von Elm mir mal unter vier Augen gesagt, aber nie bewiesen hat: ich bin Ihnen ja zu ewigem Dank verpflichtet, das empfinde ich auch gegen ihn. Es lebte zur Zeit der Gründung der „Produktion“, als ich mich mit der Idee derselben an ihn wandte – ausser Legien, der bald darauf mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ nach Berlin verzog, in weiten Kreisen der Arbeiterschaft des Hamburg-Altonaer Städtegebiets kein Arbeiterführer, mit dem ich die „Produktion“ so gut hätte ins Leben rufen können, wie mit Adolf von Elm, ja, nachdem ich später alles kennen gelernt habe, was in diesen Kreisen an „Köpfen“ vorhanden war, möchte ich bezweifeln, ob ich ohne von Elm sie überhaupt hätte ins Leben rufen können.“*

22 Dazu May, Brief vom 16. 2. 1928, (wie Anm. 7) S. 12. Friedrich Lesche (1863 Göttingen – 1933 Hamburg), Tischler, Funktionär des Holzarbeiterverbandes, über lange Zeit im Aufsichtsrat der „Produktion“, Kurzbiografie. In: Mendel/Rieger, 1924 (wie Anm. 6), S. 123.

23 May, Brief 16.2.1928 (wie Anm. 7), S. 13.

Titel: Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute“, der Wohlhabenden und Reichen und die marxistische Doktrin.²⁴ Dieser 44 Seiten zählende Aufsatz war auch schon ein Ergebnis der damals begonnenen Zusammenarbeit von May mit dem zunächst noch in London im Exil lebenden Berliner Sozialdemokraten Eduard Bernstein.²⁵ Dieser hatte in der theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokraten „Die Neue Zeit“ im April 1898 eine 1865 von Karl Marx formulierte These zum Konsum der Gesellschaftsgruppen als für nicht mehr gültig erklärt. Bernsteins Kritik an einzelnen Kernaussagen von Marx und an August Bebel's Zuversicht zu einem baldigen Ende des Kapitalismus explodierten just 1898 zum lange anhaltenden Revisionismus-Streit. May sah seine Veröffentlichung als eine Unterstützung Bernsteins.²⁶

Dieser kam erst 1901 nach Deutschland zurück und wurde ein Jahr später sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Breslau. Zu gleicher Zeit engagierte sich Bernstein auch in der Diskussion um Genossenschaften und ihre Unterstützung durch die Sozialdemokraten. Seine Unterschrift steht unter dem Programm des „Vereins für Soziales Genossenschaftswesen“ 1902 zusammen mit Heinrich Braun, Adolf von Elm, Raphael Ernst May, Max Steinschneider und drei weiteren.²⁷

Das Programm „Was wir wollen!“ in der Monatsschrift „Der Genossenschafts-Pionier“ erklärt: „Der Verein betreibt keine Parteipolitik, er beschränkt sein Wirken darauf, die den Massen als Produzenten und Konsumenten gemeinsamen Interessen theoretisch zu entwickeln und praktisch zu fördern und sucht die Gesetzgebung nur soweit zu beeinflussen, als durch dieselbe die Ziele der genossenschaftlichen Organisation – im weitesten Sinn des Begriffes – leichter zu erreichen sind.“

May arbeitete mehrere Jahre an der Zeitschrift als Redakteur. Seit dem Jahre 1900 hatte er seine kaufmännische Tätigkeit eingestellt und sich nur noch seiner schriftstellerischen Arbeit auf Grundlage der Statistikauswertung gewidmet. Er war außerordentlich produktiv und in manchen Bereichen Wegweisend. Als die wichtigsten Werke sind zu nennen die 1915 erschienene Untersuchung: „Die Kosten der Lebenshaltung und die Entwicklung der Ein-

²⁴ R. E. May: *Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute“, der Wohlhabenden und Reichen und die marxistische Doktrin.* In *Gustav Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung*, 23. Jg. (1899), S. 271–314.

²⁵ Zu Bernstein, vgl. *Francis Ludwig Carsten: Eduard Bernstein 1850–1932. Eine politische Biographie*, München 1993.

²⁶ Bernstein verteidigte May und dessen Berechnungen in dem sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts“. May wiederum drängte den Herausgeber Schmoller zu baldiger Veröffentlichung seines Aufsatzes, um Bernstein Schützenhilfe zu leisten. *May, Brief 16.2.1928 (wie Anm. 7)*, S. 13f.

²⁷ „Der Genossenschafts-Pionier“. *Organ für soziales Genossenschaftswesen*. Hrsg. vom Verein für soziales Genossenschaftswesen, Berlin, VI. Jg. Nr. 17, 18. September 1902.

kommensverhältnisse in Hamburg seit 1890“, und kurz darauf „Die deutsche Volksernährung“, erschienen 1916, in zweiter Auflage 1923.²⁸

Um auf den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ zu Hamburg zurückzukommen, May hatte nicht nur für das wirtschaftliche Konzept, sondern auch anfangs in der praktischen Umsetzung wesentlichen Anteil. Er schildert von Elms recht eigenmächtige Personalführung aus dessen Position des Vorsitzenden im Aufsichtsrat heraus.²⁹ Aber für den Vorstandsposten des Kassierers, genauer des Finanzkaufmanns, setzte May seinen Vorschlag mit dem ihm bekannten jüdischen Bankkaufmann Ferdinand Wolff durch.³⁰ Dieser bewährte sich in seiner Arbeit für die „Produktion“ hervorragend. May resümierte später: „Alles hängt von den Menschen ab. Auch von ihrem Charakter. Und in der Beziehung hat es die Genossenschaft schwerer mit den Angestellten und Arbeitern als die Privatwirtschaft – schon weil sie sie nicht so leicht wieder los werden kann. Aber auch so ist fraglich, ob sie in alle Ewigkeit gegenüber der Privatwirtschaft lebensfähig bleiben wird. Es war wohl eines der Motive, aus denen heraus ich die „Produktion“ ins Leben rief, dass ich das Los der Arbeiter und die volkswirtschaftlichen Verhältnisse verbessern wollte, aber nicht das alleinige und nicht die Hauptsache. Die Hauptsache war, dass die Arbeiterschaft davon abkam, auf den Umsturz durch politische Macht zu warten und die Hände in den Schoß zu legen. Und das ist auch erreicht worden dadurch, dass sie für den Aufbau „von unten auf“ gewonnen wurde – wie es Heinrich Kaufmann (in seinem Harburger sozialdemokratischen Blatt) nannte, der einzige sozialdemokratische Redakteur, den ich für unsere Sache gewinnen konnte – und dass vielleicht dadurch, dass er von Elm zu Dank verpflichtet war.“³¹ Das war 1928 geschrieben worden.

Am 7. Jul 1933 starb Raphael Ernst May. Die nationalsozialistische Herrschaft zeigte bereits ihr brutales Gesicht: Die Genossenschaften waren unter der Kontrolle ihrer Feinde „gleichgeschaltet“, die Juden aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt worden. Die Beerdigung auf den Jüdischen Friedhof in Ohlsdorf fand unter diesen Umständen mit nur einer kleinen Trauergemeinde statt, an der vermutlich die damals noch lebenden jüdischen Mitstreiter Ernst Gerson, Max Josephsohn und Max Mendel teilnahmen.³²

²⁸ R. E. May: *Die Kosten der Lebenshaltung und die Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890. In: Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten, Bd. I: Ost und Norddeutschland, Leipzig 1915, S. 260–524. – Ders.: Die deutsche Volksernährung, Berlin 1916, in 2. Auflage 1923.*

²⁹ *May Brief an Max Mendel vom 29. 12. 1927, Durchschrift im Staatsarchiv Hamburg, Jüdische Gemeinden 754.*

³⁰ *Brief an Gerson vom 6.3.1928 (wie Anm. 16). Der Börsenmakler Ernst Gerson war mit May durch den Zuckerhandel bekannt und er hatte aktiv die Gründungsvorbereitungen für die „Produktion“ unterstützt. Dabei empfahl er Ferdinand Wolff, für dessen Einstellung May eintrat.*

³¹ *Brief May vom 16.2.1928 (wie Anm. 7), S. 32.*

³² *Nathan Max Nathan: Raphael Ernst May. Ein Gedenkblatt. In: Hamburger Familienblatt für die israelitischen Gemeinden Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg, 7. Juli 1933, S. 3f.*

Die Edeka und die „nationale Revolution“ – eine Genossenschaft im Kampf um die eigenständige Wirtschaftsform

*„Es ist ein erhebendes Gefühl, sich sagen zu dürfen:
Aus eigener Kraft, mit deinen Ellenbogen und deinem Verstand
bist du etwas geworden und bist von niemandem abhängig.
Und dieser Trieb zur Selbständigkeit steckt in jedem Deutschen.“¹*

Fritz Borrman, Generaldirektor der Edeka, 1926

„Segeln auf neuem Wasser!“ – die freiwillige „Gleichschaltung“ der Edeka

„Wir kommen zurück!“² hat Fritz Beckhardt im April 1933 gesagt. Nach den Boykottaktionen am 1. April 1933 hatte Beckhardt seinen Edeka-Laden in Wiesbaden-Sonnenberg schließen müssen. Doch der sich als Deutscher empfindende Jude, Kampfflieger im Ersten Weltkrieg, Mitglied des „Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten“ (RjF), war überzeugt, dass es „auch nach 1.000 Jahren noch Juden am Rhein geben“ würde. So erzählt es die Familienüberlieferung. Deshalb hatte der Mitbegründer der Edeka in Mainz sein Geschäft auch nicht verkauft, sondern an einen Edeka-Kollegen, Mitglied der NSDAP, verpachtet. Pfeiffer hieß der neue Mann hinter seiner Ladentheke. Beckhardt übernahm zunächst den Großhandel eines zeitig ausgewanderten Kollegen, setzte sich als Mitglied der Leitung des RjF für die Rechte der Juden im Reich ein. 1937 wurde er wegen „Rassenschande“ denunziert und zu einer

¹ Fritz Borrman: Grundsätzliches über die Bedeutung des mittelständischen Einzelhandels. In: *Sie oder wir – Aufsätze, Reden und Berichte für die Erhaltung der Individualwirtschaft* von Fritz Borrman Berlin 1929, S. 25–28, hier S. 26.

² Zitiert nach telefonischer Auskunft des Sohnes, Kurt Beckhardt, im Dezember 2007 – weitere Informationen über Fritz Beckhardt auf http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Beckhardt (letzter Zugriff 12. Juli 2010).

Gefängnisstrafe verurteilt: Auf deren Verbüßung folgte „Schutzhaft“ im KZ Buchenwald, von wo er im Dezember 1940 wegen seiner Verdienste im Ersten Weltkrieg entlassen wurde. Beckhardt emigrierte noch im Dezember 1940 über Portugal nach England.

Schon am 31. März 1933, als andere politische oder gesellschaftliche Kräfte noch daran glaubten, der braune Spuk sei bald wieder beendet, heißt es in der Edeka-Handelsrundschau: „[...] der Edeka-Verband hat es für seine selbstverständliche Pflicht angesehen, den Kampf gegen Warenhäuser, Großfilialen, Einheitspreisläden und Konsumvereine tatkräftig zu organisieren und zu führen [...], weil er es nicht zulassen durfte, dass der kaufmännische Mittelstand [...] in den von jenen Wirtschaftsformen erzeugten Sumpf versank. So ist der Edeka-Verband nicht nur als Vorläufer, sondern als ein aktiver Mitarbeiter der nationalen Revolution zu bezeichnen.“³ Die Warenhäuser waren zum allergrößten Teil in jüdischem Besitz, die Konsumvereine standen SPD und KPD nahe. Für die Edeka handelte es sich um Konkurrenz, für die NSDAP um politische Feinde, denn Antisemitismus und Antikommunismus gehörten zur Grundausrüstung der „nationalen Revolution“. Wenn Gliederungen der Edeka erklärten, die „ungeheuren Aufgaben der Regierung Hitler mit allen Kräften nachdrücklich unterstützen“⁴ zu wollen, nehmen sie das in Kauf. Den pauschalen Ausschluss jüdischer Mitglieder aus der Genossenschaft hat ihr Generaldirektor, Fritz Borrmann (1869–1942), zwar abgelehnt; Fritz Beckhardt hat das wenig geholfen.

„Schon Ende März haben wir im ‚Edeka-Einkäufer‘ auf die Bedeutung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand aufmerksam gemacht und unsere Mitglieder aufgefordert, Mitglieder der örtlichen Kampfbünde zu werden.“⁵ So bestätigt die Edeka auf ihrem Verbandstag im Juni 1933 ihr frühzeitiges Engagement für die „nationale Revolution“. Diese örtlichen Kampfbünde für den gewerblichen Mittelstand haben die Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte, Kaufhäuser und Konsumgenossenschaften am 1. April organisiert. Ihrem Hass und ihrer Tatkraft musste Beckhardt weichen.

Am 18. April vollzog die Edeka freiwillig die Gleichschaltung mit der neuen Macht. Fritz Borrmann, der mächtige Generaldirektor der Edeka Zentralorganisation, blieb im Amt, mit ihm auch Paul König, Direktor des Verbands. Nur das Amt des Vorsitzenden wurde mit dem NSDAP-Mann Fritz Lösch, Edeka Augsburg, besetzt. Auf dem Verbandstag der Edeka im Juni 1933 bringt Borrmann den Antrag ein, „die Gleichschaltung [zu] legalisieren, die im Ein-

³ *Edeka-Rundschau* Nr. 13 vom 31. März 1933, zitiert nach Kuno Bludau: *Nationalsozialismus und Genossenschaften*, Hannover 1968, S. 33.

⁴ *Ebd.*

⁵ *Bericht über den 26. Edeka Verbandstag 1933 in Frankfurt/M. am 20. Juni 1933*, S. 51.

vernehmen mit dem Reichskampfbund bzw. dem Reichsstand des Deutschen Handels bereits vorgenommen ist”, also „das vom Reichsstand des Deutschen Handels eingesetzte Präsidium”⁶ anzuerkennen. Fritz Lösch erklärte in Richtung „Vater Borrmann“: „Der Steuermann des Edeka Verbandes wird nach wie vor dieser altbewährte Kämpfe für unsere Sache sein. (Stürmischer Beifall.) Ich bin berufen, ihm treu an der Seite zu stehen, werde ihn beim Segeln auf neuem Wasser unterstützen.“⁷ Lösch erklärte auch, „nie anders gedacht [zu haben] als nationalsozialistisch“ und unterstreicht das Vertrauen der neuen Machthaber in die Edeka mit den Worten, „daß ich in unserer Edeka-Bewegung gerade vom nationalsozialistischen Standpunkt aus eine Einrichtung kennenlernte, sah und vertrat, die das Grundprinzip und die Grundlagen des Nationalsozialismus in Vollendung bedeutet: (Bravo!) Gemeinnutz geht vor Eigennutz! (Stürmischer Beifall.)“⁸

Das in der Edeka-Rundschau Nr. 26 gedruckte Foto von der Tagung zeigt Lösch in NS-Uniform am Rednerpult, im Hintergrund Hakenkreuzfahnen, weitere Edekaner in Uniformen im Saal.

„Wir kommen zurück!“ – Erstmals kehrte Fritz Beckhardt 1948 nach Wiesbaden zurück. Sein Kollege Pfeiffer hatte den Nationalsozialismus, wie die gesamte Edeka, gut überstanden. Den Laden an seinen rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben wollte er nicht. Bekam Beckhardt Unterstützung „seiner“ Genossenschaft? Fehlanzeige. Bis 1950 zog sich die Auseinandersetzung hin. „Sie sind ja 16 Jahre gar nicht da gewesen“, so etwa beschied ihm die Edeka-Zentrale kaltschnäuzig, als der stolze Edekaner 1951 um eine kleine Ehrung zu seiner 25-jährigen Mitgliedschaft gebeten hatte. Eine Urkunde zum Jubiläum wurde ihm von Verbandsdirektor Paul König verweigert. Irgendjemand, wer genau, das erinnert sein Sohn Kurt Beckhardt nicht mehr, hat die Urkunde später dann doch noch unterschrieben.

Die Edeka, die Zeit des Nationalsozialismus, ihr späterer Umgang damit – die Geschichte Fritz Beckhardts wirft nur ein Schlaglicht auf ein prekäres Verhältnis. Ein anderes: Als die Edeka 1957 ihr 50-jähriges Jubiläum feierte und eine Festschrift herausgab, druckte sie das Foto aus der Edeka-Rundschau 26 von 1933 erneut – fein säuberlich retuschiert: keine Fahne, keine Uniform ist zu sehen, nur zivile Anzüge.⁹ Passend zur optischen Retusche klagte die Edeka „die Vormachtstellung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstands“ an und erklärte, es grenze „an ein Wunder, daß die Edeka-Organisa-

6 Bericht über den 26. Edeka Verbandstag 1933 in Frankfurt/M. am 20. Juni 1933, S. 51.

7 Bericht (wie Anm. 5), S. 43

8 Bericht (wie Anm. 5), S. 34.

9 Ebd.

tion im Strudel dieser politischen Kämpfe am Leben blieb“.¹⁰ Sie erklärte sich zum Opfer des NS-Systems. Als die Edeka 2007 ihr 100-jähriges Jubiläum feierte, gab sie in dem Jubiläumsband im Einzelnen sogar Verbindungen mit dem NS-System zu, erklärte diese jedoch zu rein individuellen Angelegenheiten einzelner Mitglieder. Kein Wort zu ihren Retuschen aus dem Jahr 1957, Fritz Lösch findet keinerlei Erwähnung. Wie verbreitet die nationalsozialistische Ideologie innerhalb der Edeka war, aus welchen strukturellen Problemen heraus sich Edekaner frühzeitig der NSDAP zuwandten, von ihr Hilfe bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme erwarteten, bleibt bei diesem Herangehen an die eigene Geschichte im Dunkeln. Diesen Zusammenhängen soll in dieser journalistischen Recherche nachgegangen werden. Eine eingehende wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema kann sie nicht ersetzen, bestenfalls kann sie dazu anregen. Zu den genannten Zusammenhängen gehören auch Geschichten wie die folgende aus Eutin. Dort wehte die Hakenkreuzfahne schon 1932 vor der Zentrale der Edeka-Genossenschaft,¹¹ wurden NSDAP-Wähler mit den Wagen der Edeka zu den Wahlurnen gefahren.¹² Zur Finanzierung der örtlichen Parteigruppe wurde mit dem Briefkopf der Edeka bis nach Hamburg hinein so aggressiv um Spenden für die Partei geworben, dass die Gauleitung Hamburg sich veranlasst sah, die Genossen in Eutin aufzufordern, den Spuk zu unterbinden. Hamburger Unternehmen sollten schließlich die Hamburger Parteioorganisation unterstützen.¹³

„Aus der Not geboren“ – die Einkaufsgenossenschaft von Kolonialwarenhändlern

Heute ist die Edeka-Gruppe – vor der Metro-Gruppe, Rewe, Lidl, Aldi und Tengelmann – mit 38 Milliarden Euro Umsatz Deutschlands Lebensmittelhändler Nummer 1¹⁴. Mit dem Zukauf der Discounter-Kette „Netto“ hat sie den Einstieg in dieses in Deutschland einzige noch auf Wachstum programmierte Marktsegment organisiert, mit der Übernahme der „Plus“-Kette von Tengelmann 2007 rückt sie auch in diesem Segment auf einen Spitzenplatz vor. Begonnen hat die Geschichte der Edeka am 21. Oktober 1907. An diesem Tag wurde in Leipzig der „Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften“ gegründet.

¹⁰ Vgl. Bludau (wie Anm. 3), S. 49. Bludau dokumentiert das Foto im Anhang S. 157. – Edeka 1907–1957, Hamburg, Berlin 1957, S. 77.

¹¹ Edeka 1907–1957 (wie Anm. 9), S. 76.

¹² Vgl. Lawrence D. Stokes: *Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945*, Neumünster 1984, S. 284.

¹³ Ebd. S. 286.

¹⁴ Ebd., S. 303f.

Schon zuvor hatten sich hier und da Kolonialwarenhändler zu regionalen Einkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen. Als Vorläufer der Edeka kann man die „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halle-schen Torbezirk zu Berlin“ – kurz „E. d. K.“ – bezeichnen, die 1898 entstand – als Reaktion auf eine wachsende Konkurrenz auf dem Lebensmittelmarkt. Denn mit Einführung der Gewerbefreiheit und mit der industriellen Revolution waren die Städte gewachsen, mit ihnen die Zahl der Einzelhandelsge-schäfte. Neben Vollsortimentern entstanden Spezialgeschäfte, wie für Tabak. Ab 1840 entwickelten sich aus der Arbeiterbewegung Einkaufs- und Kon-sumvereine. Aus dieser Bewegung gingen 1894 die GEG, die „Großeinkaufs-gesellschaft deutscher Consumvereine“, 1903 der „Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften“ ZdK hervor. 1910 begannen die Konsumgenos-senschaften mit der Eigenproduktion von Waren, GEG entwickelte sich zu einem Markennamen. Um die Jahrhundertwende gab es neben Einzelhandel und Konsumgenossenschaften zusätzlich bereits 109 Warenhäuser mit groß- en Lebensmittelabteilungen.

Wo andere offensiv am Markt agierten, blieben viele Kaufleute eigenbrötle- risch und sehnten sich zurück nach alten Zeiten. Schon in den 1870er Jahren entstanden Vereine wie beispielsweise der „Verein zum Schutz des Handels und Gewerbes“ in Breslau, erste, indirekte Vorläufer des späteren Kampf- bunds für den gewerblichen Mittelstand. Zentrale Absicht dieser Vereine war nicht, sich der neuen Konkurrenz zu stellen. Sie riefen nach dem Staat, ihr Ziel war: Die konkurrierenden Unternehmensformen sollen politisch be- kämpft, in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, mit Sondersteuern belegt werden.¹⁵ Erst in den 1880er Jahren begannen die Kaufleute, sich um die Ver- besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kümmern, gründeten sie hier und da regionale Einkaufsgenossenschaften wie später auch die „E. d. K.“. Aus ihnen heraus wuchs die Idee, sich auch auf dieser Ebene zusammenzuschlie- ßen, einen Dachverband der Einkaufsgenossenschaften zu gründen. Nach anfänglichen Problemen und einem Scheitern waren schließlich 13 von ihnen dabei, als im Oktober 1907 in Leipzig der „Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften“ gegründet wurde. Am 25. November 1907 wurde für das operative Geschäft die „Zentraleinkaufsgenossenschaft des Verbandes deut- scher kaufmännischer Genossenschaften“ gegründet, aus dem alten „E. d. K.“ des Berliner Vereins entstand der Name Edeka für gesamte Gruppe.

Aus dem gemeinsamen Büro von Verband und Zentrale in Berlin wurde jetzt das Einkaufsvolumen aller einzelner Genossenschaften zusammengefasst und bei Preisverhandlungen in die Waagschale geworfen. Persil, Dr. Oetkers

¹⁵ Die Angabe bezieht sich auf den Umsatz mit Lebensmitteln im Geschäftsjahr 2009. Der Gesamtumsatz der Edekas- Gruppe belief sich in 2009 auf 42,1 Milliarden Euro. Siehe: <http://www.edeka.de/EDEKA/Content/Unternehmen/ Profil/ZahlenFakten/index.jsp> (letzter Zugriff: 20. Dezember 2010)

Puddingpulver oder Maggi konnten so günstig angeboten und gemeinsam beworben werden. Die Edeka-Handelsrundschau informierte die Mitglieder über die aktuellen Angebote und Angelegenheiten, auch eigene Fabriken, wie für Nudeln, wurden später aufgebaut, Eigenmarken entwickelt. Die Konsumgenossenschaften bildeten dabei das gleichermaßen bedrohliche wie leuchtende Vorbild. Fritz Borrmann 1913 über die Aufgaben jedes einzelnen Edeka-Mitglieds: „Er muss von seinen Gegnern lernen. Außer der Reklame haben diese einen in die Augen springenden Luxus voraus. Man sehe sich die neuen Verkaufsläden der Konsumvereine an. Die verstehen die Forderungen des Zeitgeistes und tragen ihnen Rechnung. Die große Masse des Publikums kauft nun einmal nach dem Augenschein und isst mit den Augen. An die Stelle der weißgescheuerten Ladenplatte auf der Ladentafel ist die Marmorplatte, anstelle von Holz ist Glas und Nickel getreten. Nach außen zeigt der Laden nicht mehr die kleinen Augen in Form von Zimmerfenstern, sondern große mächtige Spiegelscheiben schließen die riesigen Fensterauschnitte ab. Die Auslagen in den Schaufenstern sind nicht selten Kunstaustellungen im kleinen.“¹⁶

„Sie oder wir“ – Fritz Borrmann, die treibende Kraft der Edeka

Die treibende Kraft der Edeka von Anfang an war der Berliner Kaufmann Fritz Borrmann. Geboren 1869, begann Borrmann 1883 eine Lehre und machte sich 1897 als Kolonialwarenhändler selbständig. Er war schon Mitbegründer der „Berliner Einkaufszentrale der Kolonialwarenhändler“ und baute die Edeka zusammen mit deren erstem Verbandsdirektor, Karl Biller, zielstrebig auf. 1921 wurde er Billers Nachfolger als Generaldirektor der Edeka, führte den Verband, die Zentrale und den 1908 gegründeten Edeka-Verlag in Personalunion. Borrmann blieb über das Jahr 1933 hinaus bis 1937 im Amt und starb 1942 mit 72 Jahren. Sein Nachfolger Paul König, auch schon vor 1933 mit Borrmann im Vorstand, blieb bis 1966 Chef der Edeka.

„Sie oder wir“ überschreibt Borrmann seine 1929 im Verlag der Edeka publizierten Bekenntnisse aus gut 20 Jahren. Es ging ihm demnach bei seinem Engagement nicht nur um die Konkurrenzfähigkeit der selbstständigen Einzelhändler, sondern auch um Höheres. „Mit der Erhaltung des Mittelstandes“, so schrieb er in einem Beitrag im Jahr 1913, „begehen wir eine nationale Tat.“¹⁷ Wie die Schutzvereine Ende des 19. Jahrhunderts appelliert er an berufständisches Denken, tritt in der Handelsrundschau auf gegen die wachsende Zahl von vorwiegend in jüdischem Besitz befindlichen Warenhäusern, aber auch gegen Filialbetriebe und Spezialgeschäfte, die die Gewerbefreiheit nur

¹⁶ Vgl. Sebastian Kretschmer: *Der institutionelle Wandel der Edeka-Gruppe, Aachen 2006, S. 87–89.*

¹⁷ Borrmann: *Der Kolonialwarenkleinhandel (1913). In: Sie oder wir (wie Anm. 1), S. 31–50, hier S. 43.*

„benutzen“¹⁸ und, genauso wie die Konsumgenossenschaften, zu einer immer mächtigeren Konkurrenz für den Kolonialwarenhändler heranwuchsen: „Wie der Bazillus am Körper des Menschen, so nagen sie an der Existenz des Kolonialwarenkaufmanns. Arbeiter, Angestellte und Beamte folgen in den letzten Jahren ebenfalls diesem verderblichen Beispiel und treiben gegenwärtig auch Handel“¹⁹ – gemeint sind auch die Einkaufsvereine, die sich in Betrieben und Behörden bilden. Borrmann nennt die Konkurrenz abschätzig „Kaufleute neuen Stils“ oder „Pseudo-Kaufleute“,²⁰ will die Zulassung zum Kaufmannsberuf erneut beschränken, in die Hand des eigenen Berufsstands legen.

Er engagierte sich auch in der Reichspartei des deutschen Mittelstands, kurz: Wirtschaftspartei. 1921, im Jahr, in dem er an die Spitze der Edeka trat, war er ihr Generalsekretär (1921–1922), 1924 und 1928 zog er für sie in den Reichstag ein. In der Handelsrundschau der Edeka rief Borrmann immer wieder zur Wahl der Wirtschaftspartei auf. Wie „Der Mittelstand“, eine Beilage der „Welt-Rundschau“, Tageszeitung unter anderem für „deutsches Volkstum“ berichtet, brüstete er sich damit, „dass durch seine Zugehörigkeit zur Wirtschaftspartei auch die der Edeka angeschlossenen Mitglieder sich mehr und mehr für die Ideen der Wirtschaftspartei interessierten“.²¹

Diese sich selbst als „nationalgesinnt“ bezeichnende Splitter-Gruppierung mit späterem Trend zur NSDAP machte gleichermaßen gegen Großkapital und sozialistische Bestrebungen mobil, setzte sich für „deutsches Recht und deutsche Freiheit“²² ein. Sie kämpfte gegen den Versailler Vertrag und forderte „die allmähliche Abkehr von den entarteten Formen des Parlamentarismus“, forderte „die Befreiung der noch unter Fremdherrschaft schmach tenden Gebiete“, den „Anschluß Deutsch-Österreichs“ sowie die „Wiedererwerbung deutscher Kolonien“.²³ Sie wollte „Raum schaffen, daß Menschen Persönlichkeiten werden können, willig zum Folgen, fähig zum Führen“²⁴. 1930 beteiligte sie sich in Thüringen an der ersten Landesregierung, in der auch die NSDAP vertreten war, 1932 dagegen stützte sie als Zünglein an der Waage noch die Regierung Brüning.

18 Borrmann, *Grundsätzliches*. In: *Sie oder wir* (wie Anm. 1), S. 27. (Beitrag in der Edeka Rundschau Nr. 24, 1924, S. 888.)

19 Borrmann, *Kolonialwarenkleinhandel*. In: *Sie oder wir* (wie Anm. 1), S. 32.

20 *Ebd.*, S. 33.

21 *Ebd.*

22 „Der Mittelstand“ vom 26.6.1925, zit. nach: Martin Schumacher: *Mittelstandsfrente und Republik 1919–1933*, Düsseldorf 1972, S. 66, Anmerkung 31.

23 Werner Fritsch: *Art. Richtlinien der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstands*, 1922. In *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, 4 Bde., hrsg. v. Dieter Fricke u.a., Köln 1983–1986, S. 721–738, hier S. 727.

24 *Ebd.*

Wer über diesen Teil der Geschichte etwas in der Festschrift der Edeka zu ihrem 100-jährigen Bestehen lesen will, wird enttäuscht. Die „Wahl von Verbandsdirektor Fritz Borrmanns in den Reichstag“ verbucht die Festschrift zwar als „politischen Erfolg“²⁵ der Edeka, für welche Partei und mit welchen politischen Zielen Borrmann agierte, übergeht sie mit Schweigen.

„Dankbar anerkennen, dass sich die NSDAP ...“ – der Weg der Edeka an die Seite der NSDAP

1914 machten 72 Mitgliedgenossenschaften schon einen Umsatz in Höhe von zehn Millionen Mark²⁶ – ein Volumen, für das es sich lohnte, die Edeka-Bank zu gründen – auch sie stand unter der Leitung Borrmanns. 1920 trat die Edeka dem „Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftgenossenschaften“ bei. Kuno Bludau weist darauf hin, dass den Edeka-Genossenschaften damit Zugang zu den Geldmitteln der Volksbanken und Kreditgenossenschaften des „Schulze-Delitzsch-Verbandes“ eröffnet wurde. Zugleich stellt er fest, dass sich die Genossenschaftsbewegung durch das neu aufkommende, mittelständische Genossenschaftswesen differenziert. Entstanden die Genossenschaften des Schulze-Delitzsch-Verbandes und die Konsumgenossenschaften im Sog der politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, hatten diese noch das Ziel einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung vor Augen, ging es den genossenschaftlichen Organisationen der Einzelhändler allein um die Sicherung ihrer selbstständigen, wirtschaftlichen Existenz.²⁷

1931 machten 430 Genossenschaften der Edeka mit knapp 27 000 Geschäften einen Umsatz von 268 Millionen Reichsmark, 145 Millionen wurden über die Edeka-Zentrale abgewickelt. Den Gesamtumsatz aller 28 000 Mitglieder der Edeka-Genossenschaften beziffert der Verband auf „mindestens 1,6 Milliarden“.²⁸ Insgesamt bestimmten nach wie vor kleine, selbstständige Einzelhändler das Marktgeschehen, die nicht einer Genossenschaft wie der Edeka oder auch des 1927 in Köln gegründeten „Revisionsverbands West“ (ReWe) angehören. Die meisten Einzelhändler, ob Mitglied einer Genossenschaft oder nicht, kämpften auf einem engen und von Wirtschaftskrisen geprägten Markt ums Überleben. „Wir wissen, unser Berufsstand ist übersetzt“, erklärte Borrmann auf dem außerordentlichen Verbandstag zum 25-jährigen Bestehen der Edeka im Oktober 1932 in Berlin, „aber die Übersetzung geht nicht von dem historischen Kleinhandel aus, sondern sie ist durch die großkapitali-

²⁵ Wilhelm Mommsen: *Deutsche Parteiprogramme*, München 1960, S.543.

²⁶ 100 Jahre Edeka. *Gemeinsam gewachsen*, Hamburg 2007, S. 28.

²⁷ *Ebd.*, S. 17.

²⁸ Vgl. Bludau (wie Anm. 3), S. 18.

stischen Warenhäuser, Filialbetriebe und Konsumvereine herbeigeführt. (Allgemeine Zustimmung.) Diese Unternehmen, die uns unsere Existenz rauben, wurden von der Gesetzgebung und Verwaltung bisher bevorzugt.“²⁹ So war und blieb es Ziel der Edeka und Borrmanns politischer Arbeit, die wachsende Konkurrenz der Lebensmittelabteilungen in den Kaufhäusern und der Konsumgenossenschaften politisch und wirtschaftlich einzuschränken. Diese Teile ihrer politischen Bestrebungen deckten sich mit Punkt 16 des „25-Punkte-Programm“ der NSDAP vom 24. Februar 1920 – „Schaffung eines gesunden Mittelstandes“³⁰. Obwohl wir hier keine Aussagen über jeden einzelnen Edekaner treffen können, lässt sich mit aller Vorsicht formulieren: Die NSDAP gewann für die Edeka und die Durchsetzung ihrer wirtschaftliche Ziele an Bedeutung. Die Partei setzte sich „überproportional aus den Mittelschichten zusammen“³¹, überdurchschnittlich viele kleine Händler und Selbstständige wählten am Ende die Partei. Wurde aber auch Fritz Borrmann zum überzeugten Nationalsozialisten? Der Historiker Sven Tode vom Hamburger „Institut für Firmen- und Wirtschaftsgeschichte“ verneint dies.³² Tode hatte für die Edeka das fachwissenschaftliche Lektorat der Schrift zum 100-jährigen Jubiläum übernommen. Seine These: Fritz Borrmann wohl, nicht aber die Edeka insgesamt, habe Anfang der 1930er Jahre der NSDAP noch kritisch gegenübergestanden. Als Borrmanns Wirtschaftspartei die Regierung Brüning noch stützte, sei Borrmann in der Edeka von rechter Seite unter Druck geraten. Als die Wirtschaftspartei bei den Wahlen 1932 ins Bodenlose gefallen sei, habe der Edeka-Verband unter Führung Borrmanns dann offiziell den Versuch unternommen, wie Borrmann noch vor den Wahlen in der Handelsrundschau berichtet, „durch leitende Persönlichkeiten unserer Genossenschaften, die als Funktionäre bei der NSDAP tätig sind, Berufsgenossen auf die Kandidatenliste der Reichstagswahl zu bringen.“ Im selben Bericht erhebt er aber auch seine „warnende Stimme“: „Die Unzufriedenheit unserer Berufsgenossen hat sich zu einer Verurteilung des ganzen parlamentarischen Systems gesteigert. Eine gänzliche Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ja man kann sagen, ‘alles Heil‘ wird von der kommenden Regierung oder Diktatur erwartet.“³³ Ist das Skepsis gegenüber der NSDAP oder spricht hier enttäuschte Liebe? Sven Tode betont, dass Borrmann stets Demokrat geblieben sei und nur ein Ziel verfolgt habe: die Interessen des Mittelstands zu wahren. Um dieses Ziel zu erreichen, habe Borrmann mit jeder politischen Kraft das Bündnis gesucht, sei es das Zentrum, die DNVP oder auch die NSDAP. Doch die „völkische“ Partei lehnt eine besondere Vertre-

29 Bericht über den 24. Edeka Verbandstag 1932 in Hannover, Berlin 1932, S. 24.

30 Bericht über den 25. Edeka-Verbandstag (außerordentlicher Jubiläums-Verbandstag), Berlin 1932, S. 30.

31 <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html> (letzter Zugriff 20. Dezember 2010)

32 Detlev J. K. Peukert: *Die Weimarer Republik*, Frankfurt 1987, S. 234

33 Diese und weitere Zitate von Sven Tode: *Gespräche mit dem Autor am 7. November 2007 und am 21. April 2009.*

tung von Standesinteressen ab, sagt „nein“ zum Ansinnen des Edeka-Verbands. Borrmann, der später, wie viele seiner Kollegen aus der Wirtschaftspartei, der NSDAP beitreten wird, muss aber, so weiterhin in seinem Bericht, „dankbar anerkennen, daß sich die NSDAP, die nach dem 31. Juli d. J. die größte und ausschlaggebendste Partei sein wird, die Mittelstandsforderungen zu eigen gemacht hat“.³⁴ Im Januar 1933 forderte die Edeka generell Einrichtungssperren für Konsumgenossenschaften und Kaufhäuser, progressive Sondersteuern und einen „allgemeinen Bedürfnis- und Befähigungsnachweis zur Errichtung und Führung von Einzelhandelsbetrieben“.³⁵

„Urgermanisch und heimatberechtigt“ – die Edeka während der NS-Zeit

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurden die Konsumgenossenschaften wegen ihrer Nähe zu SPD, KPD und Arbeiterbewegung tatsächlich massiv eingeschränkt, später schließlich aufgelöst und von der „Deutschen Arbeitsfront“ übernommen. Schon ab Mitte März wurden erste Lebensmittelabteilungen in Kaufhäusern geschlossen.³⁶ Zwar hegte Borrmann anfangs noch Zweifel, ob die NSDAP genügend Spielraum für seine genossenschaftliche Struktur lassen würde. Immerhin hatte die Partei der Edeka 1932 aus einer undifferenziert skeptischen Haltung gegenüber der Genossenschaftsidee die kalte Schulter gezeigt. Doch schnell wurde deutlich, dass die Partei sehr wohl unterscheiden konnte zwischen Konsumgenossenschaften, die sie bekämpfte, und mittelständischen Genossenschaften. „Die Konsumgenossenschaften sind NSDAP-Leuten häufig ein Dorn im Auge, weil sie eben aus der Arbeiterbewegung heraus gegründet wurden und viele ihrer Funktionäre Sozialdemokraten und Kommunisten waren“, so Sven Tode. Die Einkaufsgenossenschaften dagegen, so Tode, gehörten zum Mittelstand, den die Nationalsozialisten auch als Gegengewicht zu jüdischen Großunternehmen eine Zeit lang durchaus gewollt und gefördert hätten.

Die Zweifel Borrmanns erwiesen sich also schnell als unbegründet. Borrmann bezeichnete die Einkaufsgenossenschaften nunmehr als „urgermanisch und heimatberechtigt“. „Infolge ihres ethischen Charakters“, so die Edeka Handelsrundschau, „konnten die [Einkaufs-] Genossenschaften auch am leichtesten in die neue Wirtschaft des Nationalsozialismus eingegliedert werden.“³⁷

³⁴ Edeka Deutsche Handelsrundschau 22. 7. 1932, zit. nach Heinrich Uhlig: *Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln und Opladen 1956*, S. 195.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Ebd., S. 80. Später mussten diese Beschlüsse jedoch revidiert werden, weil die Bevölkerung schließlich versorgt werden musste.

³⁷ Zit. nach dem Manuskript der Festschrift zum 100-jährigen Bestehen. Die Zitate wurden in der Endfassung nicht übernommen.

Die Umsätze der Konkurrenz gingen 1933 und in den Jahren darauf deutlich zurück. Die der Edeka schossen zwar nicht in den Himmel, auch einzelne Edekaner mussten weiter um ihre Existenz fürchten. Doch die Edeka insgesamt entwickelte sich recht stabil. Ab 1934 stiegen die Umsätze der Gruppe. „Im Gleichschritt in die Hölle“ lautet die Überschrift, unter der die Jahre 1933 bis 1945 in der Edeka-Festschrift 2007 dargestellt werden. Neben der so genannten Anpassung an den Nationalsozialismus werden hier die Eingliederung der Edeka in „das Organisationsschema des Reichsnährstands“³⁸, die Vernichtung der Juden und schließlich eine Reihe von Erfolgsmeldungen behandelt. So expandierte die Edeka im Saarland und im annektierten Österreich.

Erfolge vermeldet die Edeka aber nicht nur im Zusammenhang mit der territorialen Expansion. Bemerkenswert scheint die Bilanz der 1930 gegründeten „Spar- und Arbeitsgemeinschaft der Jungkaufleute des Deutschen Kolonialwaren- und Feinkost-Einzelhandels e.V.“ (Spara). Der Verein, der der Nachwuchsförderung diente und beim Schritt in die kaufmännische Selbstständigkeit helfen sollte, datierte in seiner Festschrift zu seinem 75-jährigen Bestehen 2005 die Auszahlung des ersten Darlehns auf den 7. Januar 1933.³⁹ Dann geschah, folgt man der Chronik, fast sieben Jahre nichts, was berichtenswert gewesen wäre. Nicht die ersten 100 oder die auch ersten 500 Schritte in die Selbstständigkeit werden vermeldet. Der nächste interessante Stichtag ist erst der 31. Dezember 1938, also der Jahreswechsel nach den Novemberpogromen. Trotz des Überangebots, unter dem die Kaufleute noch immer leiden, machten sich laut Chronik bis Ende 1938 731 Jung-Edekaner mit Hilfe der Spara selbstständig.⁴⁰ Die zeitliche Nähe der Reichspogromnacht und einer Welle von darauf folgenden „Arisierungen“ springt ins Auge. Belege für einen Zusammenhang hat der Autor nicht gefunden, denn für die „Arisierung“ eines winzigen Lebensmittelgeschäfts interessiert sich die Forschung kaum. Es wäre wünschenswert, dass die historische Forschung und auch die Edeka selbst in der Aufarbeitung ihrer Geschichte der Frage nach einer möglichen Rolle der Edeka bei „Arisierungen“ von Lebensmittelgeschäften nachgehen würden.

1939 erlebte die Edeka ihre „Blütezeit“.⁴¹ Diesen Ausdruck wählt nicht die Edeka selbst, sondern die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ des ZdK. Rückblickend aus dem Jahr 1953 berichtet diese, dass die Edeka 1939 525 Genossenschaften mit etwa 37 000 Mitgliedern hatte und einen Umsatz von 347 Millionen Reichsmark machte (gegenüber 430 Genossenschaften mit 267

³⁸ 100 Jahre Edeka (wie Anm. 25), S. 35

³⁹ 75 Jahre Edeka-juniorengruppe e.V., Hamburg 2005, S. 11.

⁴⁰ Ebd., S. 12.

⁴¹ Konsumgenossenschaftliche Rundschau 1953, S. 271.

Millionen im Jahr 1931).⁴² Die Edeka selbst überbietet diese Darstellung noch und erklärt in ihrer Festschrift 2007 stolz, 1939 „mehr als 45 000 Mitglieder“⁴³ gehabt zu haben. Das bedeutet: Die Edeka hat den Höchststand ihrer Mitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus, bis zum Beginn des 2. Weltkriegs erreicht, was sicher auch mit der Expansion in den „angeschlossenen Gebieten“ zu tun hat. Doch eine solche Aussage findet der Leser der Festschrift nicht. Stattdessen vermeldet diese überraschend eine Seite weiter unter der Jahreszahl 1963: „Edeka erreicht mit 42 382 Einzelhändlern ihren höchsten Mitgliederstand.“⁴⁴

„... im Grunde das Spiegelbild der Gesellschaft“ – Verpasste Aufarbeitung der Geschichte

Entgegen der hier nur knapp skizzierten Entwicklung stellte sich die Edeka nach 1945 als Opfer des Nationalsozialismus dar. Die Geschichtsfälschung geht so weit, dass sie für ihre Festschrift 1957 das Foto vom Verbandstag 1933 retuschiert hat. Genossenschaftliche Prinzipien hätten dem Führerprinzip weichen müssen, die gesamte Organisation sei ins NS-System integriert worden. Doch gerade diese Eingliederung erwies sich als „vorteilhaft“⁴⁵ für die Edeka. Zu diesem Schluss kommt eine von der Edeka geförderte Dissertation über den Strukturwandel, denn nur so konnte sie sich innerhalb des NS-Systems ungebremst entwickeln und sich mit möglichen Konkurrenten, wie etwa der „Wirtschaftsgruppe Groß- und Einzelhandel“, auf Augenhöhe auseinandersetzen.

In ihrer Festschrift zum 100sten Geburtstag im Jahr 2007 verzichtete die Edeka darauf darzustellen, was sich einzelne Vertreter und am Ende die Mehrheit ihrer Führung von der Politik der NSDAP versprochen haben und in welcher Weise die Erwartungen erfüllt oder enttäuscht wurden. Sie nennt zwar Borrmann als NSDAP-Mitglied, erwähnt sogar die Arisierung einiger Wein-Kellereien im Badischen, nennt aber zum Ausgleich auch einen Kaufmann, der sich dem Widerstand angeschlossen hat und individualisiert so das Problem. Edeka-Sprecherin Marliese Kalthoff erklärt, die Edeka habe sich damals gleichschalten müssen, um die nackte Existenz des Genossenschaftsverbands zu retten. Im Übrigen verweist sie auf die etwa 28 000 respektive im Jahr 1939 45 000 individuell verantwortlichen Edekaner, die nicht im Rahmen einer Konzernstrategie „geführt“ werden konnten: „Die Edeka-Gruppe war

⁴² *Ebd.*

⁴³ *100 Jahre Edeka (wie Anm. 25), S. 121.*

⁴⁴ *Ebd., S. 122.*

⁴⁵ *Kretschmer (wie Anm. 15), S. 164. Der Absatz folgt neben verschiedenen Äußerungen der Edeka vor allem Kretschmer.*

im Grunde genommen das Spiegelbild dieser Gesellschaft.⁴⁶ Dass diese Aussagen lediglich einen Teil der Wahrheit treffen, dass Lösch und Borrmann immerhin gewählte Repräsentanten des Genossenschaftsverband waren, ist das eine. Das andere: Dass sich die Edeka auch im 100sten Jahr ihres Bestehens nicht offensiv und ehrlich mit der Gesamtheit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat. Anders als womöglich noch 1957 macht sich heute nicht angreifbar, wer sich seiner Geschichte stellt, Verantwortung übernimmt und seine Lehren aus ihr zieht, sondern derjenige, der auch über sechzig Jahre nach dem Sieg über den Nationalsozialismus glaubt, er könne sich um die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in dieser Zeit mit ein paar Allgemeinplätzen herummogeln. In der Festschrift 2007 findet sich immerhin Borrmanns in der Handelsrundschau publizierte Aufforderung: „Benutzt den Ladentisch als Kanzel für die Aufklärungsarbeit und helft dem Führer, das Vaterland vom Ausland unabhängig zu machen.“⁴⁷

So haben Fritz Borrmann und sein Nachfolger Paul König die Edeka stabil und gestärkt durch die NS-Zeit manövriert, während die Kaufhäuser arisiert und beschränkt, die Konsumgenossenschaften in die Deutschen Arbeitsfront einverleibt wurden und nach dem Krieg erst wieder um ihr Eigentum und die Wiederzulassung ringen, sich neu organisieren mussten. Die Edeka-Genossenschaften machten im letzten Kriegsjahr 1945 noch einen Umsatz in Höhe von 125 Mill. RM, 200 Genossenschaften verblieben der Edeka nach Kriegsende in den Westzonen.⁴⁸ „Die Edeka-Geschäfte in Ostpreußen sind für immer verloren.“⁴⁹ Der Verband steigerte seinen Umsatz aber auch ohne sie auf 628 Mill. DM im Jahre 1950⁵⁰ und auf 727 Mill. DM im Jahr darauf.⁵¹

Obwohl seine Genossenschaft ihn tief gekränkt hat, ist auch Fritz Beckhardt wieder dabei. Zunächst führte er den vom NSDAP-Mann Pfeiffer zurückeroberten Laden in Sonnenberg, 1955 eröffnete er an gleicher Stelle einen der ersten modernen Selbstbedienungsläden. In den 1960er und 1970er Jahren stellte sich der Edeka-Verband einer beispiellosen Konzentration auf dem Lebensmittelmarkt. Die Zentrale wird zur Aktiengesellschaft, die das Geschäft mit Hilfe von sieben Regionalgesellschaften abwickelte. Die Zahl der Genossenschaften wurde auf zehn reduziert, ihrer Funktion auf die des Gesellschafters bzw. Aktionärs beschränkt. Mit der Übernahme der Netto-Läden stieg die Edeka ins einst so bekämpfte Discounter-Geschäft ein, mit Übernahme der Spar wurde sie Deutschlands Lebensmittelhändler Nr. 1. Längst

⁴⁶ Gespräch mit dem Autor am 20. September 2007.

⁴⁷ 100 Jahre Edeka (wie Anm. 25), S. 34.

⁴⁸ Ebd., S. 47.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd., S. 50

⁵¹ Konsumgenossenschaftliche Rundschau (wie Anm. 38), S. 271.

bilden nicht mehr nur einzelne Geschäfte die Basis der Genossenschaften, sondern wiederum kleine Ketten. Die Zahl der Edekaner, die zwei, drei oder noch mehr Geschäfte betreiben, steigt deutlich.⁵² Sie sehen in der Edeka-Gruppe vor allem einen umfassenden Dienstleister.

⁵² Vgl. Kretschmer (wie Anm. 14), S. 197.

Gustav Dahrendorf und Cornel J. Bock als Initiatoren der deutschen Verbraucherpolitik

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das seit 1904 erscheinende Verbandsorgan des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK), erschien in der ersten Ausgabe des Jahres 1951 mit dem Titel „Der Verbraucher“. Der Herausgeber, Erwin Hasselmann, Vorstandsmitglied des ZdK und Genossenschaftshistoriker, begründete, warum der alte vertraute Titel in den Untertitel verbannt wurde: „Wir sind nun einmal, mögen unsere Gegner sagen, was sie wollen, die einzige organisierte Verbraucherbewegung. Und wenn wir im Namen der organisierten Verbraucher sprechen, vertreten und verteidigen wir dabei auch das allgemeine Verbraucherinteresse.“ Hasselmann erinnerte an die Redlichen Pioniere von Rochdale, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts den Anspruch der Verbraucher auf Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft angemeldet hätten.¹ Es soll nicht untersucht werden, ob der hier erhobene Anspruch berechtigt war. Gesellschaftliche Bewegungen haben viele Väter und Mütter. Es ist jedoch erlaubt, Gustav Dahrendorf und Cornel J. Bock als bedeutende Initiatoren der deutschen Verbraucherpolitik hervorzuheben.

Verbraucherschutz, Verbraucherinformation und Verbraucherpolitik haben heute einen hohen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion. Die Medien – Boulevardblätter, Illustrierte, die Verbraucher-Magazine der TV-Programme – sehen sich als Ratgeber und Stimme der Verbraucher, und die Sprecher der regionalen Verbraucherzentralen kommen oft ins Bild, wenn es um die Verbraucher geht. In Jahr 2007 fand der 1. Deutsche Verbrauchertag in Berlin statt, der alle zwei Jahre wichtige verbraucherpolitische Themen auf die Agenda bringen soll. „Der mündige Verbraucher fällt nicht vom Himmel“ – so charakterisierte Professor Edda Müller, bis 2007 Vorsitzende der Verbrau-

¹ E[rwin] H[asselmann]: „Der Verbraucher“ stellt sich vor. In: *Der Verbraucher. Konsumgenossenschaftliche Rundschau* vom 6. Januar 1951, Nr. 1, 5. Jg., S. 1f.

cherzentrale Bundesverband, die Aufgabe ihrer Organisation.² Der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach auf dem Verbrauchertag über neue Dimensionen der Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert, die im Zeichen der Sicherung von Umwelt- und Sozialstandards stehen müsse. Er rief den Verbrauchern zu: „Wir haben Macht, unsere Macht ist die Nachfrage.“³ Der anwesende damalige Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer ließ sich seit wenigen Jahren auch Verbraucherminister nennen. Die Europäische Gemeinschaft hat selbstverständlich eine Verbraucherkommissarin.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) ist seit dem Jahr 2000 die Dachorganisation für Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik in Deutschland. In ihr sind die Vorläuferorganisationen Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV), die Stiftung Verbraucherinstitut und der Verbraucherschutzverein aufgegangen. Unter diesem Dach arbeiten die 16 Verbraucherzentralen der Länder und 25 Verbände, darunter auch der ZdK. Dieses Verbrauchernetzwerk umfasst mehr als acht Millionen Einzelmitglieder. Die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Professionalität der Verbraucherberatung wird in Folgendem deutlich: Allein die Hamburger Verbraucherzentrale im „Haus des Verbrauchers“ an der Kirchenallee hat 100 feste und freie Mitarbeiter und ein Budget von drei Millionen Euro, das zu 65 Prozent aus staatlichen Mitteln (EU, Bund, Land) kommt. Gegründet wurde sie vor 50 Jahren als erste Verbraucherzentrale von zwölf Frauen, darunter Dr. Elsbeth Weichmann als Gründungsvorsitzende; sie hatte die moderne Konsumentenbewegung in den USA während ihres Exils mit ihrem Ehemann Professor Herbert Weichmann, dem späteren Hamburger Bürgermeister, kennen gelernt. Sie wollte den Verbraucher ins Zentrum stellen: daher Verbraucher-Zentrale.⁴

Der Verbraucherzentrale Bundesverband sieht seine Wurzeln in den Konsumgenossenschaften seit 1844 (Rochdale), den Raiffeisen-Genossenschaften seit 1854, im Katholischen Deutschen Frauenbund seit 1903, dem Hausfrauen-Bund seit 1915, der Gründung des Bauhauses in Weimar 1919. Auf seiner Website heißt es dazu: „Die aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangenen Konsumgenossenschaften kann man als die ersten Verbraucherorganisationen im engeren Sinn verstehen. Sie nehmen Verbraucherinteressen wahr, indem sie sich aktiv in das Marktgeschehen einschalten.“⁵ Der Verband erinnert auch an die amerikanischen Wurzeln, so an den Ro-

2 Interview „Der mündige Verbraucher fällt nicht vom Himmel“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Juli 2007, S. 13.

3 Artikel „Die Macht als Verbraucher nutzen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Juli 2007, S. 11.

4 *Verbraucherzentrale Hamburg: 50 Jahre Verbraucherzentrale Hamburg 1957–2007. Text u. Redaktion Detlev Brockes, Hamburg 2007.*

5 *Internet-Selbstdarstellung des vzbv: Verbraucherschutz in Deutschland – ein historischer Überblick <http://www.vzbv.de/go/wir/geschichte/index.html> (letzter Zugriff August 2010)*

man des sozialkritischen Autors Upton Sinclair „The Jungle“, der in den Fleischfabriken Chicagos spielt, wo schon mal ein unglücklicher Arbeiter im Wurstkessel mitverarbeitet wurde; von Sinclair stammt auch der Roman „Co-op. A novel of living together“ (1936). Sinclair war 1967 im Alter von 89 Jahren zugegen bei der Unterzeichnung des Wholesale Meat Act durch Präsident Johnson im Weißen Haus.

Die Verbandsorganisation der Verbraucher wird auf den u. a. von dem Kölner Sozialwissenschaftler Professor Gerhard Weisser 1949 ins Leben gerufenen „Ständigen Ausschuss für Selbsthilfe“ zurückgeführt. Dieser Ausschuss bemühte sich um die Linderung der Nachkriegsnot und wurde auch von den Genossenschaften aller Sparten getragen, darunter dem ZdK. Einer der Unterausschüsse, dessen Leitung noch nicht berufen war, widmete sich der „Gemeinnützigen Konsumentenberatung“.⁶ Das Bundesernährungsministerium hatte die Gründung einer „Verbrauchergemeinschaft e. V.“ angeregt, die jedoch wegen Bedenken der Konsumgenossenschaften, der Gewerkschaften und anderer Organisationen nicht zustande kam, weil das ernährungspolitische Leitbild nicht konsensfähig war.⁷

Der Verbraucher ist ein schwieriges, nicht widerspruchsfreies Wesen. Seine Interessen sind nicht mit eindeutigen Schwerpunkten festgelegt. Die Menschen sind Auch-Verbraucher, und als Individuen sind sie wenig organisationsfähig. Generell dominiert das Produzenteninteresse gegenüber dem Verbraucherinteresse.⁸ Nicht nur im Ständigen Ausschuss, auch in Politik, Publizistik und Presse wurde die Frage diskutiert, wer legitimiert sei, Verbraucherinteressen zu vertreten. Die Konsumgenossenschaften galten zwar als erfolgreiche Selbsthilfeeinrichtung der Verbraucher, auch ihr wirtschaftspolitisches Engagement wurde gewürdigt, doch die Fähigkeit, Verbraucherinteressen objektiv zu vertreten, wurde wegen ihrer wirtschaftlichen Eigeninteressen häufig in Frage gestellt.⁹ Die Gründung einer reinen Verbraucherorganisation wurde nicht weiter verfolgt zugunsten der Schaffung eines Verbände-Verbandes. Heute unternimmt die Organisation „Food Watch“ den Versuch, den Verbraucher direkt zu organisieren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V. (AgV) in Bonn wurde 1953 gegründet. Unter ihren zunächst sieben Mitgliederorganisationen war die Konsumgenossenschaftsbewegung „deren älteste und gewichtigste“ und

6 Ständiger Ausschuss für Selbsthilfe (Hrsg.): *Der erste deutsche Selbsthilfetag am 22. u. 23. September 1950 in Frankfurt a. M., Göttingen 1951.*

7 [Vo] Artikel „Mitarbeit der Verbraucherschaft“. *Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten des Verbraucherausschusses beim Bundesernährungsministerium.* In: *Der Verbraucher (wie Anm. 1).* S.3–5.

8 Josef Bock: *Der Verbraucher in soziologischer Sicht.* In: *Josef Bock, Karl Gustav Specht (Hrsg.): Verbraucherpolitik, Köln u. Opladen 1958,* S. 25–49.

9 Erika Becker: *Verbraucherzusammenschlüsse.* In: *Bock; Specht,* S. 70–87, hier S. 77.

zweifelloso die mächtigste und leistungsfähigste Verbraucherorganisation.“¹⁰ In der ersten Entwicklungsphase der AgV spielte sie eine wichtige Rolle. Das kam auch darin zum Ausdruck, dass Gustav Dahrendorf ihr erster Vorsitzender, Dr. Cornel J. Bock ihr erster Geschäftsführer wurde. Der spätere langjährige Geschäftsführer Johannes M. Jaschick kam aus der Konsumgenossenschaft Köln. Nicht nur der ZdK war Gründungsmitglied, sondern auch die Frauengilde der Konsumgenossenschaften, die sich in ihren zentralen und örtlichen Gliederungen intensiv für die Aufklärung und Bildung der VerbraucherInnen einsetzte. Sie wurde in ihrer praktischen Arbeit unterstützt durch die 1951 gegründete Hauswirtschaftliche Beratung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG), eine Versuchs- und Lehrküche, die den „bedarfswirtschaftlich gerichteten Konsumgenossenschaften“ und ihrer Eigenproduktion das Wort redete.¹¹

Auf dem fünften (bzw. 34.) Ordentlichen Konsumgenossenschaftstag des ZdK im Münchener Deutschen Museum hielt Gustav Dahrendorf seine wegweisende Rede „Der Verbraucher in der Wirtschaft“. Die Berichterstattung über diesen Kongress im „Verbraucher“ stand unter dem Motto: „Das Parlament der Verbraucher hat getagt“.¹² Der damalige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard diskutierte vor dem ZdK-Hauptausschuss mit Gustav Dahrendorf und Carl Schumacher über die verbraucherpolitischen Vorstellungen des ZdK. Faszinierend am Vortrag des Vorsitzenden der GEG-Geschäftsleitung war die Einbettung des Verbrauchers in den Gesamtzusammenhang der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Gustav Dahrendorf war nicht nur eine in genossenschaftlicher Hinsicht überzeugende Persönlichkeit, er war auch ein Politiker. Geboren 1901 in Hamburg, wurde er nach Volksschule, Kaufmannslehre und autodidaktischen Studien schon mit 23 Jahren Redakteur des „Hamburger Echo“; er war Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und wurde am Ende der Weimarer Republik als jüngster Abgeordneter Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion. Nach einer ersten Verhaftung 1933 machte er eine Managerkarriere in der privaten Wirtschaft, konspirierte mit den Männern des 20. Juli, wurde zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. In der sowjetischen Besatzungszone stemmte er sich vehement gegen die SED-Zwangvereinigung. Seit 1946 war er im Vorstand der Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ und als Politiker von 1947 bis 1949 als Vizepräsident des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebiets tätig. Als GEG-Vorstand seit 1948 und als GEG-

¹⁰ Becker (wie Anm. 9), S. 73. – Erwin Hasselmann: *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften*, Hamburg: Frankfurt a. M. 1971, S. 597

¹¹ Fritz Klein: *Bedarfsdeckung und Verbrauchslenkung; GEG errichtet eine hauswirtschaftliche Beratungsstelle. In: Der Verbraucher* (wie Anm. 1), S. 2f. – Oswald von Nell-Breuning: *Die Aufgabe einer Verbraucherbewegung in unser Zeit*, Hamburg 1965, S. 10.

¹² *Der Verbraucher* (wie Anm. 1), 7. Juli, H. 27, S. 313–316, 318–323.

Vorsitzender und ZdK-Vorsitzender in Personalunion war er der maßgebliche Gestalter der sich nach dem Kriege neu formierenden Konsumgenossenschaftlichen Gruppe.¹³ Über seinen frühen Tod im Jahre 1954 sagte Burchard Bösche anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr seines Todestages, viele verträten die Auffassung, dass es zum späteren Zusammenbruch des co op Konzerns nicht gekommen wäre, hätte Gustav Dahrendorf Gelegenheit gehabt, länger für die Konsumgenossenschaften zu wirken.¹⁴

In seinem Münchener Vortrag entwirft Dahrendorf das Bild eines wirtschaftlichen Kosmos mit dem Verbraucher als Sonne, der durch seine möglichst rationalen, aufgeklärten Entscheidungen alles lenkt und bewegt, aber dennoch wenig beachtet wird. Er sieht den Verbraucher nicht in einer isolierten Rolle. „Es ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sich an den Bedarfsäußerungen der Verbraucher zu orientieren und zugleich eine soziale Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung anzustreben.“¹⁵ Die Vollbeschäftigung der Arbeitnehmer sei dafür die Voraussetzung. Als Vertreter der Verbraucher hätten die Konsumgenossenschaften mit ihren mehr als zweieinhalb Millionen Mitgliederhaushalten nicht eine dogmatisch-theoretische, sondern eine realistische Politik zu verfolgen „aus den Erfahrungen des realen Lebens, die wir als aktive Träger von Wirtschaftsunternehmen der Konsumenten täglich machen.“¹⁶ Unter diesem Blickwinkel schlägt er die Brücke z. B. zur Wettbewerbspolitik, zur Agrar- und Ernährungspolitik (die damals elementar wichtig war), zur Preispolitik von Industrie und Handel, zur Binnenhandelsstruktur usw. Der Handel und die Produktion in der Selbsthilfe und Selbstverwaltung der Verbraucher in einer „gebändigten“ Marktwirtschaft seien ein Beitrag, „die Welt ökonomisch und sozial optimal“ zu verändern.¹⁷

Die verbraucherpolitische Stafettenstab wurde von Dr. Cornel J. Bock übernommen (er nannte sich in den 1950er Jahren Josef Bock), geboren 1915 als Sohn eines Konsum-Geschäftsführers in Würselen. Er leitete seit 1951 die Volkswirtschaftliche Abteilung des ZdK und trat 1957 in seinen Vorstand ein. Er wäre Nachfolger Carl Schumachers als Vorsitzender geworden, wenn nicht 1967 der Bund deutscher Konsumgenossenschaften (BdK) mit Oswald Paulig als Präsidenten gegründet worden wäre. Bock wurde Vorstandsmitglied des BdK und trat 1973 in den Ruhestand. Auch er war politisch engagiert. Nach dem Krieg leitete er im Führungskreis um Jakob Kaiser die politische und

13 Walter G. Oschilewski: *Gustav Dahrendorf – Ein Kämpferleben*, Berlin-Grunewald 1955.

14 Burchard Bösche: *Eine große genossenschaftliche Unternehmerpersönlichkeit*. In: *Gustav Dahrendorf – Hamburger Bürgermeister des 20. Juli 1944*, hrsg. von der Heinrich-Kaufmann-Stiftung des ZdK, Norderstedt o. J. [2004], S. 47–53, hier S. 52.

15 Gustav Dahrendorf: *Der Mensch das Maß aller Dinge, Reden u. Schriften zur deutschen Politik 1945–1954*, hrsg. von Ralf Dahrendorf, Hamburg 1955, S. 267.

16 Dahrendorf (wie Anm. 15), S. 270, 280.

17 Ebd., S. 268.

soziale Bildungsarbeit des Adam-Stegerwald-Hauses und war Generalsekretär der CDU/CSU-Sozialausschüsse. Er war verwurzelt in den christlichen Konsumgenossenschaften der Kölner Richtung. Der Geistes- und Sozialwissenschaftler entfaltete eine rege publizistische Tätigkeit u. a. in der theoretischen Begründung der soziologischen und ordnungspolitischen Grundlagen der Verbraucherarbeit in dem gemeinsam mit Professor Karl Gustav Specht herausgegebenen Standardwerk „Verbraucherpolitik“ und als Herausgeber der Schriften des Philosophen Aloys Müller. Er war beseelt von „praktischen pädagogischen Absichten“¹⁸ und ein Mann von großem organisatorischen Geschick. Sein Wirken für den Aufbau der Verbraucherorganisationen wurde u. a. durch die Ehrenmitgliedschaft der AgV gewürdigt.

Der ZdK war in den 1950er und 1960er Jahren auch außerhalb der AgV ein profilierter Sprecher der Verbraucher. Seine Stellungnahmen z.B. zur Wettbewerbspolitik oder zu den in der EWG entstehenden heftig umstrittenen Agrar-Marktordnungen oder seine institutionellen Forderungen, beispielsweise zum Warentest, wurden von der Presse in prominenter Nachbarschaft zum DGB oder den Industrieverbänden wiedergegeben. Die Gründung der Stiftung Warentest 1964 durch die Bundesregierung war übrigens schon von Gustav Dahrendorf mit seiner Idee eines „Konsumenten-Gütezeichens“ angeregt worden.¹⁹

Cornel J. Bock und der ZdK luden in den frühen 1960er Jahren jährlich zu „Verbraucherpolitischen Gesprächen“ ein, an denen namhafte Vertreter der Politik, Wirtschaft und Verbraucherverbänden über Verbraucherfragen diskutierten, so 1963 in Bad Godesberg mit Professor Franz Böhm von der CDU und Käte Strobel von der SPD.²⁰ Der ZdK, die Frauengilde und die Hauswirtschaftliche Beratung der GEG entwickelten ein Verbraucher-Studio, eine Art Seminar für Verbraucher, dem jedoch in der Konkurrenz mit den Verbraucherzentralen kein nachhaltiger Erfolg beschieden war.

Der Verbrauchertag war ein Patent von Cornel J. Bock und der konsumgenossenschaftlichen Gruppe. Jedes Jahr kamen an verschiedenen Orten die Delegierten aus den konsumgenossenschaftlichen Vertreterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Frauengilde zusammen, um auf der Plattform des Verbrauchertages in Arbeitsgruppen verbraucherpolitische Forderungen zu entwickeln. Diese Form einer verbraucherpolitischen Basisdemokratie wurde von der Presse und der Öffentlichkeit stark beachtet. Als der Verbrauchertag einmal forderte, beim Bundwirtschaftsminister einen Staatssekretär

18 Oswald Paulig: Dr. Cornel J. Bock scheidet aus dem aktiven Dienst. In: *Der Verbraucher* 15. Juli 1973, Nr. 14.

19 Edda Müller: Ein „praktischer Idealist“. In: Dahrendorf (wie Anm. 14), S. 38–46, hier S. 43.

20 [So.]: Artikel „Verbraucherpolitisches Gespräch 1963“. In *Der Verbraucher. Konsumgenossenschaftliche Rundschau vom 25. Mai 1963*, H. 21, 17 Jg., S. 403–406.

für Verbraucherfragen zu etablieren, wurde dies von einer führenden Wochenzeitung als „überflüssigste Forderung des Jahres“ bezeichnet.²¹ Gut Ding will Weile haben: Es bedurfte des Rinderwahnsinns, um auf Bundes- und teilweise auch Landesebene das Landwirtschaftsministerium in Verbraucherministerium umzutaufen. Beim BdK arbeitete bis in die späten 1980er Jahre der co op Verbraucherrat.

Cornel J. Bock hat wie Gustav Dahrendorf – mit einem Begriff Franz Böhms – oft vom Verbraucher als dem „vergessenen Sozialpartner“²² gesprochen. Ihn aufzuklären und sachlich zu informieren, sein Bewusstsein als Wirtschaftsbürger zu schärfen und für den umfassenden Verbraucherschutz einzutreten: Das ist die Aufgabe der Verbraucherorganisationen. Sie hat viele Facetten, die nicht dargestellt werden sollen. „Haushälterische Vernunft“ und „rationales Marktverhalten“²³ sind die Leitlinien der Verbraucherarbeit, die heute hundertmal effektiver ist als in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Sie gefördert und beflügelt zu haben, ist kein geringes Verdienst der deutschen Konsumgenossenschaften und ihrer Repräsentanten.

²¹ *Persönliche Erinnerung des Referenten*

²² J. Bock: *Preisbindung, Werbung, Verbraucher – Aufsätze zur Verbraucherpolitik*, hrsg. v. d. AgV, Bonn 1961, S. 41

²³ Dahrendorf 1955, S. 206

Lady Byron: Eine Förderin früher Genossenschaften

Fällt heute der Name Byron, denken musisch Orientierte an George Gordon Lord Byron (1788–1824), den berühmten Dichter der englischen Romantik, mathematisch Interessierte an seine Tochter, Augusta Ada Byron Lovelace (1815–1852), die zur Zeit des Biermeier bereits Vorarbeiten für unsere heutigen Computersprachen leistete.¹ Der Name von Byrons Gattin und Adas Mutter, Anne Isabella Lady Byron (geb. Milbanke 1792–1860), ist hingegen nur einem sehr kleinen Kreis geläufig.

Zu Lebzeiten Lady Byrons war dies ganz anders – bei ihren Zeitgenossen war sie überaus bekannt – und das aus Gründen, die ihr nicht immer lieb waren.

1816 verließ sie – nach gerade einem Jahr Ehe – ihren Mann zusammen mit ihrer erst 14 Tage alten Tochter mitten im strengen Winter. Die Gerüchdebörse brodelte: Man erzählt sich von den zahllosen Liebschaften des Lords – eine davon mit Lady Caroline Lamb, von seiner Vorliebe für Kinder beiderlei Geschlechts, von zwei Vergewaltigungsversuchen an seiner Frau im Wochenbett. Bis ins ferne Weimar donnerte der Skandal, den sogar Goethe kommentierte,² die Anwälte beider Parteien lieferten einander Schlachten – endlich, am Höhepunkt des Skandals, schiffte sich Lord Byron nach dem Kontinent ein (25. April 1816), um nie mehr heimzukehren.

„Lord Byron’s Wife“ – eine Scheidung im heutigen Sinn war damals ja nicht möglich – blieb zurück.

Jahre später wird sie sich zurückerinnern. „I felt appalled at the desert which seemed [...] spread before me [...]“³ Sie litt jetzt unter Schlaflosigkeit, aß kaum

¹ 1980 wird ihr zu Ehren eine Computersprache „Ada“ genannt (vgl. dazu Betty Alexandra Toole: *Ada. The Enchantress of Numbers. Prophet of the Computer Age*, Mill Valley 1998, S. xvii.)

² Vgl. Ralph Milbanke, *Earl of Lovelace: Astarte. A fragment of truth concerning George Gordon Byron, sixth Lord Byron, recorded by his grandson, new edition with many additional letters, edited by Mary Countess of Lovelace*, London 1921, S. 115. – Ansonsten zur Biographie Byrons: Benita Eisler: *Byron. Child of passion, Fool of Fame*, New York 1999.

³ *Earl of Lovelace* (wie Anm. 2), S. 55.

etwas, klagte über starkes Kopfweh. Ihrem eigenen Kind brachte sie kaum Interesse entgegen.⁴

In diesem verzweifelten Zustand lernte sie bei einem Urlaub in Lowestoft, an der Suffolk Küste, im Juni 1816 den Reverend Dr. John William Cunningham (1780–1861) kennen, der sich dort mit seiner Familie aufhielt. Dr. Cunningham, seinen Zeitgenossen als sehr erfolgreicher Verfasser religiöser Texte bekannt, war auch ein wesentliches Mitglied der Clapham-Gruppe, die sich um den Sozialreformer William Wilberforce (1759–1833), besonders bekannt durch seinen Kampf gegen die Sklaverei, scharte. In diesem Kreis wurde Lady Byron mit zahlreichen wohlhabenden und einflussreichen Persönlichkeiten bekannt, die sich als „Evangelicals“ einer stärker gemütsmäßig orientierten Religion verpflichtet sahen und sich der Durchführung zahlreicher Sozialprogramme widmeten.⁵

Es war William Cunningham, der der damals offensichtlich schwer depressiven Frau in einem seiner Briefe am 3. Juli 1816 eine Art „Arbeitsauftrag“ erteilte: „May the gracious god continue to bless you, and, now that you are withdrawn from one field of duty, make you a helpful and successful laborer in every other.“⁶

Es war dieser Ratschlag (Arbeit statt Passivität, Hinwendung zum anderen statt Selbstbeobachtung), den Lady Byron zu ihrem Lebensprinzip machen wird: Sie wollte dem Beispiel des Herrn folgen „Who went about doing good“,⁷ wollte die ihr so verhasste Popularität, die sie aus der Trennung von Byron erlangt hat, durch eine neue, graduierlich wachsende ersetzen, die ihr aus verschiedenen Sozialprojekten erwachsen soll.

Zehn Jahre später, 1826, trifft sie dann auf einen Mann, der William Cunningham in vielem gleicht. Auch er ist ein „family-man“ mit stark religiösem Hintergrund, auch er verfügt über eine solide akademische Ausbildung, und auch er interessiert sich für soziale Reformen. Es ist Dr. William King (1786–1865), Arzt in Brighton und – so wird man es von einem heutigen Standpunkt aus werten – bald schon Lady Byrons „Lebensmensch“. Auch für ihn wird sie zum maßgebenden Menschen. In seiner Autobiografie heißt es: „On January 17th, 1821, I married: and on December 22nd I went to settle at Brighton, where, in 1826, I became acquainted with Lady Anne Isabella Noel Byron.“⁸

4 Eisler (wie Anm. 2), S. 535.

5 Ebd., S. 536f.

6 Lovelace-Byron Collection, Cunningham letters, July 3rd, 1816. Reproduced by permission of Pollinger Limited and the proprietor.

7 Earl of Lovelace (wie Anm. 2), S. 55, hier das Zitat.

8 T. W. Mercer: *Co-operation's Prophet. The Life and letters of Dr. William King of Brighton with a reprint of the Co-operator, 1828–1830*, Manchester 1947, S. 43.

Freilich hatte die adelige Dame, die Dr. King 1826 begegnete, wenig gemeinsam mit der verbitterten jungen Frau von 1816. In den zehn Jahren, seit sie Cunningham und den Kreis um W. Wilberforce kennen gelernt hatte, hatte sich einiges für Lady Byron verändert. Seit dem frühen Tod Byrons im griechischen Freiheitskampf 1824 war sie nicht mehr eine Ehefrau, der ihr Mann ins Ausland abhanden gekommen ist, sondern „die Witwe Lord Byrons“ – und damit so etwas wie eine nationale kulturelle Einrichtung. Sie selbst unterstrich ihre Position im Lauf der Jahre optisch: Zum Witwenhäubchen trug sie gerne Lavendelfarbenes und empfing in ihrem recht schlampig geführten Haushalt, den sie nomadenhaft von einem Ort zum anderen zu verlegen pflegte, immer wieder Literaten und literarisch Interessierte, die sie um ihre Erinnerungen an Byron oder um ihre eigenen literarischen Ansichten befragten.⁹

Immer wieder klagte sie über schwer zu lokalisierende Beschwerden, die sie durch häufige Kuraufenthalte zu bekämpfen suchte. Aus diesem Grund wandte sie sich 1826 auch an Dr. King: er solle ihr in Brighton, in der Nähe des Chain Pier, ein Haus suchen. Nicht umsonst wählte Lady Byron damals Brighton für einen Kuraufenthalt. 1750 hatte Dr. Richard Russell seine Arbeit „on the medical uses of sea water“ veröffentlicht und war 1754 nach Brighton gezogen, um seine Theorie vor Ort zu erproben. Seit dieser Zeit erfreute sich Brighton einer steigenden Anzahl von Badegästen, obwohl Baden im heutigen Sinn noch fast unbekannt war: Fast niemand von den vornehmen Gästen konnte schwimmen, sie wurden vielmehr mittels einer hölzernen Maschine von der Küste ins Meer gebracht und durften dann, begleitet von „guides“ ins Wasser springen.¹⁰

Keineswegs alle Badegäste aber waren primär am Baden interessiert. Viele kamen wegen der zahllosen Vergnügungen, die sich hier boten. Nicht nur, dass man hier George IV seit seinen Kronprinzentagen bewundern konnte, später dann auch in Begleitung seiner Gattin zur Linken, Mrs. Fitzherbert. Zu sehen gab es auch viel besprochene Bauwerke wie den Marine Pavillon des Königs, dessen Erbauung Unsummen verschlungen und dessen Mongolenstil schon die Zeitgenossen amüsiert hatte. Der Chain Pier, in dessen Nähe Lady Byron zu wohnen wünschte, galt damals dank seiner vier „suspended bridges“ als Meisterwerk der modernen Architektur.¹¹ Daneben boten sich den Gästen Theaterbesuche, Pferderennen, Jagdvergnügen und ein eleganter Bummel auf dem flachen Land, „the Steyne“.

9 Vgl. dazu: Frederick Arnold: *Robertson of Brighton. With some notices of his times and his contemporaries*, London 1886 S. 163, 194.

10 Zum Badebetrieb in Brighton vgl. Lewis Melvill: *Brighton. Its history, its follies and its fashions*, London 1909 *passim*.

11 1896 wurde er allerdings in einem Unwetter zerstört.

Es war hier auf der „Stejne“, dass das neue, reiche Brighton mit dem alten, durch den Ansturm der Badegäste völlig verarmten Brighton in Konflikt geriet.

Auf dem Promenadeplatz der Stejne pflegten die Fischer nach alter Tradition ihre Netze aufzuspannen, was den herumspazierenden Gästen nicht gefiel: Bei ihrer Promenade verfangen sie sich in den Netzen und die „Barbaren“, denen die Netze gehören, beschimpften sie dafür, was starke Auseinandersetzungen zur Folge hatte, bei denen die reichen Badegäste gewöhnlich über die verarmten Fischer und ihre seit alters tradierten Rechte triumphierten.¹²

Immer stärker fühlten sich die Fischer von den Badegästen ins Abseits gedrängt: den Gattinnen der Fischer wurde ihr Markt verboten, die Fischer selbst konnten immer weniger verkaufen, ihr Einkommen und damit verbunden ihr Lebensstandard sanken rapide. Vielen Fischern wurde Trunksucht nachgesagt, ihre Häuser wurden von Generation zu Generation schmutziger. Viele gaben endlich ihren ererbten und erlernten Beruf auf und wurden zu ungelerten Arbeitern.

So teilte sich das Brighton der Biedermeierzeit in zwei gänzlich getrennte Bezirke: „The geography of the fine gentleman“ und die „terra incognita“, „all the inhabitants there barbarians, worse still, nobodies.“¹³ „Without making too much of it, Brighton of the 1820s was a class-ridden society. The extremes of rich and poor were paraded on the streets.“¹⁴ Zwischen diesen beiden streng von einander getrennten Welten gab es ein wesentliches Bindeglied: Dr. William King, jenen Mann, der Lady Byron bei ihrer Haussuche behilflich war: Als Arzt mit Universitätsabschluss aus Cambridge stand er den vornehmen Kurgästen bei ihrer Behandlung zur Seite. Daneben arbeitete er aber auch – und das mit großem Einsatz – als Armenarzt.

Noch 1853, als Dr. King sich schon Jahrzehnte als enger Freund bewährt hatte, erinnert sich Lady Byron in einem Brief an Crabb Robinson¹⁵ zurück. Damals, als sie ihn im Rahmen der Brightoner „District Society“ als deren ersten Sekretär kennen lernte, so betont sie, war er „the poor man’s doctor“ und empfahl sich ihr zunächst primär durch seine starke christliche Grundhaltung¹⁶. Auch Dr. King schien damals in dieser adeligen Dame, von der er nach den Vorstellungen der Zeit sozial doch so deutlich getrennt war, eine

¹² Vgl. dazu: Andy Dürr: *Co-operation in Early Nineteenth Century Brighton*. William Bryan. *Cabinet Maker of West Street*, Brighton Polytechnic History Workshop, August 1982, S. 3.

¹³ „*Young Gentleman of the Nineteenth Century*“, Brighton 1839, Dürr (wie Anm. 12), S. 8.

¹⁴ *Ebd.*, S. 10.

¹⁵ Henry Crabb Robinson (1775–1867), bekannt mit allen wesentlichen Schriftstellern seiner Zeit, besonders den Vertretern der Weimarer Klassik, berühmt durch seine 1869 veröffentlichten Tagebücher.

¹⁶ *Diary, Reminiscences, and correspondence of Henry Crabb Robinson, barrister-at-law, F.S.A., selected and edited by Thomas Sadler, Ph.D. in three volumes, vol III, 2nd ed., London 1869, S. 423–425.*

verwandte Seele erkannt zu haben: Er machte sie auf die verzweifelte Lage der Fischer und kleinen Handwerker – vor allem waren es hier (wiederum) die Weber – aufmerksam. Denn schon zeichneten sich soziale Veränderungen ab, die es nach den Vorstellungen Dr. Kings – und bald auch nach denen Lady Byrons – mitzugestalten und damit zu kontrollieren galt.

Schon begannen Handwerker Versammlungen abzuhalten, schienen sich organisieren zu wollen, was den vermögenden Ständen mehr als unlieb war und von ihnen argwöhnisch beobachtet wurde.¹⁷ Dr. King versuchte auf die Arbeiter bildend – und damit seiner eigenen Vorstellung nach auch besänftigend – einzuwirken. Prinzipiell kannte er ihre Not nicht nur von Visiten, sondern auch von seiner Arbeit in der Brightoner „District Society“, die ihre Ziele wie folgt definierte: „The encouragement of industry and frugality among the poor by visits at their own habitations – the relief from real distress, whether arising from sickness or other causes, and the prevention of mendacity and imposture.“¹⁸ Zum ersten Mal wurde in dieser „District Society“ „Selbsthilfe“ und „freiwillige Mitgliedschaft“ gefordert, was als erster Hinweis auf spätere co-operative Bemühungen gelten darf.

1825 kam es dann zur Gründung einer „Mechanics’ Institution“, später im deutschen Sprachgebiet als Arbeiterbildungsverein bekannt. Derartige „Mechanics’ Institutions“ waren eine Lieblingsvorstellung der Zeit: In Schulstunden, Vorlesungen und durch Bibliotheken wollte man damals die Arbeiter mit primär naturwissenschaftlichem Wissen ausstatten, da man davon ausging, dass ein Grundwissen in den Naturwissenschaften ihre beruflichen Fähigkeiten steigern würde.¹⁹ Ein idealisiertes Bild von derartigen Vereinen spricht auch aus einem Brief, den Dr. King, „Trustee“ und „Vice-President“ der Brightoner „Mechanics’ Institution“,²⁰ in bester Absicht an den „Brighton Herald“ schrieb: Durch Belehrung sollen die Arbeiter aus ihrer Unbildung herausgeführt, zur Wahrheitsliebe und zu Pflichtgefühl erzogen und damit zu wertvolleren Mitgliedern unserer Gesellschaft gemacht werden.²¹ Tatsächlich dürften viele von diesen Arbeitern weder richtig lesen noch gar schreiben gekonnt haben, die ihnen hier angebotenen Vorlesungen – Dr. King²² etwa hielt eine über Algebra, ein anderer Brightoner Gentleman stellte seine botanische Sammlung und die dazugehörenden Fachbücher zur Verfügung²³ –

17 Vgl. dazu die zahlreichen Briefe in der „Brighton Gazette“, von denen sich einige auch bei Mercer (wie Anm. 8) abgedruckt finden.

18 Mercer (wie Anm. 8), S. 4.

19 Vgl. dazu: Richard D. Altick: *The English Common Reader. A Social History of the Mass Reading Public 1800–1900*, Chicago 1957, S. 188f.

20 Vgl. Dürr (wie Anm. 12), S. 48.

21 Mercer (wie Anm. 8), S. 165.

22 Dr. King hat bereits 1823 eine private Schule für Kinder gegründet. – Vgl. Dürr (wie Anm. 12), S. 48.

23 Vgl. Mercer (wie Anm. 8), S. 8.

müssen demnach den meisten von ihnen unverständlich gewesen sein. Dem entsprechend schließt auch das „Mechanics' Institute“ in Brighton bereits 1828 aus Mangel an Mitgliedern²⁴

Ein gewisses Lesevermögen und eine gewisse Leselust mögen die hier gebotenen Veranstaltungen bei einzelnen – hervorragenden – Arbeiterpersönlichkeiten aber dennoch geweckt haben: Tatsächlich haben die Brightoner Handwerker ein Pamphlet für sich entdeckt das „American Bootmaker's Pamphlet“, in das John Gay's „A Lecture on Human Happiness“ einfluss.²⁵ Hier wurde scharf zwischen produktiven und nicht produktiven Gliedern der menschlichen Gesellschaft unterschieden, was, so ein Brief in der „Brighton Gazette“ vom 17. Dezember 1829 nur als Angriff auf den Adel und damit als erster Ansatz einer neuen Jakobinerverschwörung gewertet werden kann.

Schon fürchteten manche der vornehmen Leser des Magazins um ihren Besitz und um ihre Sicherheit, da die von ihnen aus sicherer Entfernung beobachteten Aktivitäten der Arbeiter jedem zivilisierten Miteinander die Basis raube.²⁶

Tatsächlich kam es in Brighton in kurzen Abständen zu verschiedenen co-operativen Gründungen, die in den Vertretern der höheren Stände den Eindruck erwecken mussten, dass die Arbeiterschaft einen neuen, bislang unbekanntem Anteil am Geschäftsleben für sich beanspruchte. Im April 1827 entstand die Brighton Co-operative Benevolent Fund Association, im Juni 1827 die Co-operative Trading Fund Association, im Dezember 1827 die Brighton Co-operative Society, im Jänner 1828 die Sussex General Co-operative Trading Association. Im August 1828 wurde eine Garden Society gegründet, im September 1828 die Marine Co-operative Society, der im Juni 1829 eine Female Co-operative Society folgte.²⁷

Dr. King gehört selbst keiner dieser co-operativen Gesellschaften an, schloss sich in dieser Haltung Lady Byron an, die sich selbst bewusst im Hintergrund hielt und peinlich darauf achtete, dass ihr Name mit keiner Institution in Verbindung gebracht wurde, deren Aktivitäten sie nicht völlig überblicken konnte.²⁸

Sie beschränkte sich prinzipiell darauf, das Co-operative Movement, wie Holyoake es ausdrückt, durch „pen and purse“ zu unterstützen.²⁹

24 J. J. Dent: *The Cooperative Ideals of Dr. William King, Manchester 1921*, S. 2.

25 Vgl. dazu: Dürr (wie Anm. 12), S. 27ff.

26 *Brighton Gazette*, Nov. 15, 1827.

27 Vgl. Dürr (wie Anm. 12), S. 35.

28 Vgl. dazu ihre Briefe an Thomas Hirst, die George Jacob Holyoake 1892 in den „Co-op. News“ vol. 23 herausgegeben hat.

29 Einleitung Holyoakes (wie Anm. 27) zu den oben genannten Briefen.

In ihren Briefen an Thomas Hirst, einen Vertreter der Huddersfield Co-operative Society, aber auch in deren Sitzungsprotokollen, die Holyoake in Auszügen 1892 herausbrachte, spiegeln sich ihr Einsatz für die damals gerade entstehenden kleinen Genossenschaften.³⁰ Lady Byron trat gerne als – möglichst anonyme – Geldspenderin auf, schon um dem christlichen Leitsatz zu genügen, dass „the left hand should not know what the right hand doeth“.³¹ Sie half aus, um mit einer derartigen Geldspende das Entstehen einer Co-operative zu ermöglichen oder um deren Mitgliedern in der ersten harten Zeit nach der Gründung über ihre Anfangsschwierigkeiten zu helfen.³² Sie genoss dafür starke Popularität, wurde – so sie sich einmal bei einer Versammlung zeigte – mit Hochrufen begrüßt.

Manchmal benützte sie ihren Einfluss auch, um für ihr persönlich bekannte ehrliche und arbeitsame Menschen einen Arbeitsplatz zu finden, so etwa für einen Buchdrucker, indem sie einen Teil der Druckkosten eines bestimmten co-operativen Journals übernahm, unter der Auflage, den Mann zu beschäftigen.³³

Immer wieder aber ging es ihr um die zentrale Idee der Neutralität der Genossenschaftsbewegung: persönlich „desirious of neutrality“³⁴ hob sie deutlich hervor: „Co-operation should stand aloof from sects and parties, both in Church and State, whilst they cordially receive into their body all, of every persuasion, who will join them in good works.“³⁵ „Co-operation has nothing to do with politics. Neither have we to do with secret unions of a political nature. We have no secrets in co-operation, and we court the fullest enquiry“, betonte auch ihr Briefpartner Thomas Hirst, als sich Lady Byron bei ihm beklagte, dass das Gerücht herumgehe, sie fördere gefährliche Geheimverbindungen.³⁶

Ein ähnliches Konzept politischer Neutralität vertrat auch Lady Byrons alter Freund Dr. King. Ihm ging es allerdings weniger darum, Vertreter der höheren Stände auf die Möglichkeiten des Genossenschaftswesens aufmerksam zu machen – das überließ er Lady Byron mit ihren weitverzweigten Beziehungen.

Dr. King selbst schrieb für die Arbeiter eine der ersten erfolgreichen genossenschaftlichen Zeitungen und gab sie auf eigene Kosten heraus: den „Brigh-

³⁰ Vgl. dazu „*The Co-operative News*“ 1892, vol. XXIII, Nr. 1–6.

³¹ *Ebd.*, Nr. 2.

³² Mit dieser Hilfestellung wich sie von den Prinzipien Dr. Kings ab, der von Geldspenden an Co-operative nichts hält. (vgl. ihren Brief vom 13. Okt. 1832, abgedruckt von Holyoake. In: „*The Co-operative News*“ vol. XXIII 1892 Nr. 2).

³³ *Ebd.*

³⁴ Holyoake in seinem Kommentar zu den obgenannten Briefen, *ebd.*, Nr. 3.

³⁵ *Ebd.*, Nr. 2

³⁶ *Empörter Brief Lady Byrons, ebd.*, Nr. 3. *Antwort Thomas Hirsts, ebd.*, Nr. 4.

ton Co-operator“.³⁷ Hierin wollte er den Handwerkern in einer möglichst einfachen – wir würden heute sagen predigthafter – Sprache die Vorteile des Genossenschaftswesens erklären und nahe bringen. Für die damalige Zeit muss der „Co-operator“ geradezu ein Sensationserfolg gewesen sein. Zwar erschien er nur relativ kurz, von 1828 bis 1830, in dieser Zeit aber war er so weit verbreitet, dass es – wie Dr. King durchlaufend stolz abdruckt – zu einer immer größer werdenden Zahl co-operativer Gründungen kam. Zum Schluss waren es 130.

Was Dr. King seinen Lesern hier unter dem Motto „Knowledge and union are power: power directed by knowledge, is happiness: happiness is the end of creation“ anbot, erscheint vom heutigen Standpunkt – wie Andy Dürr es burshikos ausdrückt als „co-operation inclusive of religion and education“.³⁸

Um 1830 aber wurde auch dieser für heutiges Urteil so harmlose und sicherlich positiv zu beurteilende journalistische Ansatz als gefährlich eingestuft.

Der Reverend W.L. Pope wettete von der Kanzel aus gegen Dr. King, den er als einen „infidel“ bezeichnet und veranlasste ihn deshalb zu einem Antwortschreiben, in dem Dr. King sein persönliches Verständnis des co-operativen Gedankenguts darstellte: Seiner Auffassung nach vertrügen sich co-operative Vorstellungen durchaus mit christlichen. Die armen Leute, so betont er, wollten nur ihre gegenwärtige Situation verbessern. Und sie täten das auf friedvolle Weise „by industry frugality and saving. They propose to be very particular about the character of members, to admit no idle, drunken profligate person. They propose to carry on all their dealings in ready money, to give no room for speculation or dishonesty. Thus they will gradually raise a capital of their own, to give their own members honest employment. Will you say this is criminal or horrid?“³⁹

Und Dr. King zeichnete mit: „A friend to co-operation. Because I am a Christian“.⁴⁰

Sei es nun durch die weitreichenden Beziehungen Lady Byrons, sei es durch Dr. Kings journalistisches Talent – jedenfalls fand der Brightoner Konsumverein bald allgemeine Anerkennung: So findet sich im „Quarterly Review“ von 1829 ein Bericht, der den Brightoner Konsumverein anderen zur Nachahmung empfahl. Ganz genau wird hier beschrieben, wie die Mitglieder als eine Schar von „partly intelligent workmen, partly little capitalists“ beginnen, wie sich die Kleinkapitalisten dann nach Auszahlung der von ihnen eingebracht-

³⁷ Vgl. dazu die Ausführungen von Mercer (wie Anm. 8), der seinem Buch auch einen Abdruck dieser Zeitung beifügt.

³⁸ Dürr (wie Anm. 12), S. 50.

³⁹ Brief gedruckt im Anschluss an William Kings „Co-operator“, S. 3.

⁴⁰ Ebd., S. 4.

ten Beträge aus dem Unternehmen zurückziehen „leaving the accumulated property to the workmen“, so dass diese bald einen Laden in Brighton eröffnen konnten, wo sie sieben ihrer eigenen Leute angestellt hätten. Sie seien dabei, einen zweiten Laden zu eröffnen. Mit steigendem Kapital planten sie weitere Gründungen. Geld, das ihnen „some philanthropic persons“ geliehen hätten, wäre pünktlich zurückgezahlt worden, bei der Auswahl der Mitglieder seien sie sehr gewissenhaft. Auch Lady Byron wird – ohne eigentliche Namensnennung erwähnt: „A lady who became acquainted at Brighton with the co-operative society of that town, and carried away a knowledge of the scheme, has formed three similar societies: one at Tunbridge (sic!) one at Hastings, the third we know not where“.41 Lobend erwähnt der Berichterstatter, wie diese kleinen Konsumvereine der Angst vor Verarmung entgegenwirkten, wie sie die Lebensfreude ihrer Mitglieder, aber auch deren Lernbegier, förderten und so zu einer „cultivation of their minds“ beitrügen.42 Deshalb, so meint er, sollte der Einfluss derartiger Vereinigungen auf die übrige Gesellschaft eigentlich positiv sein.

Da ihre Mitglieder durch eifriges Sparen und ordentliche Lebensführung so etwas wie ein kleines Vermögen anhäufen könnten, müsste die Wirkung der Genossenschaften letztendlich antirevolutionär sein, denn: „all those concerned in them have something at stake; and consequently a motive for preserving the peace and order of society.“43 Aus diesen Gründen fordert der Berichterstatter eine gesetzliche Fundierung der Genossenschaften.44

Freilich: Ganz zum Schluss dämpft er die eigene Begeisterung etwas ab. Schließlich handele es sich hier um ein „too recent establishment“ [...] „at present in its infancy – a cloud no bigger than a man’s hand.“ Wie es sich wirklich entwickeln und wie es die Gesellschaft beeinflussen werde, wisse Gott allein.45

1829 nahm auch Robert Southey (1774–1843), Poeta Laureatus und intimer Feind von Lady Byrons verstorbenem Mann, zum Thema Brightoner Konsumverein Stellung. Dass auch er von ihr auf dieses Thema aufmerksam gemacht worden ist, darf getrost angenommen werden, schreibt sie doch rückblickend selbst an Thomas Hirst: „For some time past my chief object has been to turn the attention of persons of intelligence in the different ranks of society to the principles of co-operation, and to prove that the scheme had no

41 *The Quarterly Review*, vol. XLI, July and November 1829, S. 370–372. Die dritte hier nicht genannte Co-operative Lady Byrons dürfte die im Briefwechsel mit Thomas Hirst dokumentierte von Huddersfield sein.

42 *Ebd.*, S. 372.

43 *Ebd.*, S. 373.

44 *Ebd.*, S. 375.

45 *Ebd.*

real connection with those errors [...] falsely associated with it.⁴⁶

In einem Brief an den englischen Autor Walter Savage Landor (1775–1864) vom 22. August 1829 betont Southey, dass „Some of the laboring classes have gone to work in the right way“ und er gibt – wie schon der oben genannte Berichterstatter – eine allerdings knappere Schilderung der co-operativen Einrichtungen Brightons. Prinzipiell sah er diese Bemühungen der Arbeiterschaft ebenso positiv,⁴⁷ aber nur „if we can keep this principle within its proper bounds, so as to secure the well-being of the whole lower order, without pulling down the higher orders [...]“.

So sehr Lady Byron eine derartige Diskussion co-operativer Grundsätze durch einen „Poeta Laureatus“ gefreut haben musste, ein Name, den Southey erwähnt, dürfte sie hart getroffen haben. „Owen’s political opinions have begun to germinate“⁴⁸ stellt er einleitend fest und spricht das Brightoner genossenschaftliche Experiment damit dem Einfluss jenes Mannes zu, den Lady Byron und ihre Mitstreiter hart bekämpften: Robert Owen.

Miss Mayne, die 1929 Lady Byrons Biographie mit Unterstützung der Familie Byron – Lovelace verfasst hat, zitiert einen Ausspruch, der deren Einstellung zu Owen deutlich werden lässt: „Vanity and presumption appeared to me strongly to characterize him.“⁴⁹ Sieht man davon ab, dass sich Robert Owen ganz offensichtlich den Unwillen Lady Byrons zuzog, als er über den kleinen Brightoner Konsumladen, der ihr besonders wichtig war, herzog, so war es vor allem der philosophische Ansatz Owens, den die überzeugte Christin ablehnen musste.

Für Owen, so konnte Markus Elsässer aufzeigen, „steht [...] der Einzelne außerhalb einer sittlichen Verantwortung, da den Lebensumständen bzw. den Erziehenden die Verantwortung zuzusprechen ist“.⁵⁰ Darüber hinaus wandte sich Owen von den etablierten, den Menschen bislang aufgezwungenen Religionen ab. Er selbst kam von den Freidenkern her, die in Gott die Quelle alles Guten sahen.

Nach Owen sind es die „circumstances“, die den Charakter des Einzelnen prägen, christliche Vorbilder wollte er in der von ihm gegründeten Reformschule den Kindern nicht anbieten.

46 Brief an Thomas Hirst vom 26. März 1832, zit. bei Holyoake (wie Anm. 27), hier Nr. 2.

47 *Selections from the letters of Robert Southey ed. by his son in law John Wood Warter, B.D., 4 Bde., Bd. 4, London 1856, S. 144–147.*

48 *Ebd.*

49 *Ethel Colbourn Mayne: The Life and Letters of Anne Isabella, Lady Noel Byron, London 1929, S. 329.*

50 Markus Elsässer: *Soziale Intentionen und Reformen des Robert Owen in der Frühzeit der Industrialisierung (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur öffentlichen Wirtschaft, Bd. 11), Berlin 1984, S. 152.*

Es ist dieser „heidnische“ Zug in seiner Erziehung, der seine Zeitgenossen wiederholt abstieß. In einer kleinen Skizze Bulwer Lyttons 51aus dem Jahr 1824 wird dieser Vorbehalt von christlicher Seite ganz deutlich. Bulwer schildert hier zunächst, wie positiv beeindruckt er von Owens Reformschule ist: Den ordentlich angezogenen, glücklich wirkenden Kindern wird eine überaus ansprechende Erziehung geboten: „Never at any more aristocratic school have I beheld so many intelligent faces, or witnessed the same general amount of information.“⁵² Da trifft er im Dorf auf eine Bibel lesende alte Frau. Ihr berichtet er noch ganz unter dem Eindruck der Reformschule von seinen Beobachtungen „in high praise“. Die alte Frau aber nennt Owen einen bösen Mann. Auf ihre Bibelweisend erklärt sie, dass Owen die ihm anvertrauten Kinder ohne Religion aufwachsen lässt: „They have no religion, and what is to support them, I should like to know, when they go into the world?“⁵³

Es ist diese Religionsverweigerung, die Owen Lady Byron und ihrem Kreis verdächtig machte. In einem Brief, den sie 1832 an Mr. Thomas Hirst schreibt, definiert sie ihre Vorbehalte genau: „My sentiments respecting Mr. Owen agree with yours – supposing that he adopts all that is excellent in the morality of the Christian religion, yet, rejecting, as he does the example and sanctions to which it owes its vital power, he will find that ‘circumstances’ have comparatively but little efficacy in the formation of character.“⁵⁴

Für Holyoake, der die Briefe Lady Byrons und Thomas Hirsts 1892 einem größeren Publikum vorstellte, ist der aus ihnen offen sprechende „Anti-Owenism“ sichtlich peinlich. Er betont einleitend, dass sich in den folgenden Jahren Owens Theorie durchsetzen sollte, weist aber dennoch gewissenhaft darauf hin, dass Thomas Hirst noch auf dem Sterbebett Mr. Owen einen Brief sandte, in dem er ihn dringend ersuchte, von seinen Angriffen auf die christliche Religion Abstand zu nehmen⁵⁵. Jahre später, als sich Owens Theorien durchzusetzen begannen, blickten sowohl Lady Byron als auch ihr alter Freund Dr. King auf die Frühzeit co-operativer Bestrebungen zurück⁵⁶.

1851 stellte Dr. King verbittert fest: “The Chartists of the day, the Red Republicans, got hold of it, perverted it to their purposes.“

51 Edward George Bulwer-Lytton, 1. Baron Lytton, (1803–1873), englischer Romanautor und Politiker, berühmtestes Werk: „The Last Days of Pompeii“, London 1834.

52 Edward Bulwer, Lord Lytton: A visit to Mr. Owen. In: *The Life, Letters and Literary Remains of Edward Bulwer, Lord Lytton*, ed. by his son, 2 Bde., London 1883, Bd. I, S. 301–303, hier S. 302.

53 Ebd., S. 303.

54 Zit. bei Holyoake (wie Anm. 27, hier Nr. 2). Mit der Verletzung der genossenschaftlichen Grundprinzipien dürfte Lady Byron die Kreditgewährung gemeint haben, die schließlich auch dazu geführt haben dürfte, dass William Bryan, leitender Kopf der Brightoner Co-operative, jene verließ und nach Amerika ging. Vgl. dazu Dürr (wie Anm. 12), S. 41, 42.

55 Vgl. Holyoake (wie Anm. 27), hier Nr. 6.

56 Zit. Dürr (wie Anm. 12), S. 53.

Auch Lady Byron zeigt sich rückblickend von den Früchten ihrer genossenschaftlichen Bemühungen enttäuscht. Bereits 1832 wies sie in einem Brief an Thomas Hirst darauf hin, dass die Brighton Society selbst völlig versagt habe, da ihre Mitglieder einige der fundamentalen genossenschaftlichen Prinzipien vernachlässigt hätten. Die Zeit überdauert, so betonte sie, habe nur Dr. Kings Zeitschrift, die sie gerne wieder aufgelegt sehen würde.⁵⁷

Darüber hinaus sah Lady Byron auf ihre gesamten sozialreformatoreischen Bemühungen und den Kreis ihrer Mitstreiter später mit gemischten Gefühlen zurück.

Halb belustigt stellte sie fest: Manche ihrer Bekannten seien weniger kultiviert, als ihr lieb gewesen wäre. „[...] for not only are philanthropists in general ugly but often less refined than should be desired“.⁵⁸

Darüber hinaus sieht sie im Rückblick auch ihre eigenen Wohltätigkeitsaktionen nicht ganz unkritisch: „perhaps the kindness directed to those channels was withdrawn from others which had a better right to it“.⁵⁹

Hier setzt auch die Kritik von Ralph Lovelace, jenem ihrer Enkel an, den sie nach dem frühen Tod ihrer Tochter selbst aufgezogen hatte. In seinen Augen hatte sich die Großmutter zu sehr an „Methodists, Quakers, Philanthropists, Unitarians, educationalists, reformers, co-operators and other destructives of the pleasures of this world“ angeschlossen.⁶⁰ Und noch Jahrzehnte nach ihrem Tod warf er ihr vor: “She ought to have made the effort – a painful one – to keep her place in society.”⁶¹

Der Enkel will und kann eine Großmutter nicht verstehen, die immer wieder die Beschäftigung mit Sozialprojekten der engeren Kontaktnahme zu Vertretern des eigenen Standes vorzog. Er weiß nicht, dass er ihr mit seinem abfälligen Urteil Unrecht tut. Bei all ihrem Interesse am einfachen Menschen war Lady Byron sich ihrer Position als Vertreterin des britischen Hochadels wohl bewusst.

Dr. King war durch Jahrzehnte ihr Vertrauter, sie hinterließ ihm in ihrem Testament eine stattliche Summe zur Verwirklichung jener Ideen, die ihr einst Freude und Trost gaben.⁶² Trotzdem blieb er für sie immer „Dr. King“, sie war für ihn „Your Ladyship“.

57 Holyoake (wie Anm. 27), hier Nr. 2.

58 Lovelace (wie Anm. 2), S. 56.

59 Ebd., S. 194.

60 Ebd., S. 56.

61 Ebd., S. 184.

62 Vgl. Mercer (wie Anm. 8), S. 44A.

Noch deutlicher betonte sie den Standesunterschied in einem Brief an Thomas Hirst, dort ist zu lesen: "You , as well as every one of your class with whom I have been in any way concerned [...]"⁶³ – Lady Byron zelebrierte geradezu den Abstand, der sie von den von ihr so opulent geförderten „einfachen Menschen“ trennte.

Die Hinwendung zu ihnen diente der Behandlung ihrer Scheidungsdepression, war eine Therapie, die Reverend Cunningham 1816 für sie entwickelt hatte. Lady Byron selbst war sich dieses Umstands durchaus bewusst. Rückblickend erklärt sie mit der für sie typischen kühlen Selbstbeobachtung: „The poor (were) rather indeed benefactors to me than I to them – they had a claim upon my thoughts which I could not set aside for visionary indulgences – they saved me from myself.“⁶⁴

63 *Holyoake, (wie Anm. 27), hier Nr. 3.*

64 *Earl of Lovelace (wie Anm. 2), S. 55.*

Was wissen wir über den Consum-Verein im Amte Ritzebüttel?

Die Konsumgenossenschaften als genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher bildeten bis in die 1960er Jahre neben den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie den dritten Pfeiler der deutschen Arbeiterbewegung, programmatisch ausgerichtet auf eine Reform des Kapitalismus durch die Gemeinwirtschaft. Seit den 1870er Jahren waren so unzählige Vereine entstanden, zumeist mit räumlich sehr beschränktem Wirkungskreis und in ihren Aktivitäten oft ausgerichtet auf lokale Besonderheiten und die Erfordernisse des Tagesgeschäfts. Bevor insbesondere die sozialistisch ausgerichteten Selbsthilfeorganisationen sich ab den 1890er Jahren zu eigenen Verbänden zusammenschlossen, war das Erscheinungsbild der unzähligen Konsumgenossenschaften sehr heterogen und mehr durch vereinsindividuelle Faktoren geprägt als durch die Orientierung an übergeordneten Idealen und Prinzipien.

Betrachten wir aus heutiger Sicht die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Hamburg und Norddeutschland, so wird das geschichtliche Bild wesentlich geprägt von dem Triumvirat der in Hamburg ansässigen Großorganisationen, die etwa zwischen 1900 und 1970 einen bedeutenden Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung ausmachten: die 1894 gegründete Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Consumvereine mbH (GEG), die 1899 entstandene, zeitweise größte deutsche Konsumgenossenschaft „Produktion“ (PRO) sowie der im Jahr 1902 geschaffene Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). Diese Epoche fand Anfang der 1970er Jahre ihr Ende durch die Fusion der GEG und des ZdK zur Coop und die Umwandlung der PRO in eine Aktiengesellschaft.

Die nachfolgende Darstellung führt in die Zeit zwischen 1876 bis 1894 und beschreibt die Entwicklung einer weitgehend vergessenen Konsumgenossenschaft,¹ die nur relativ kurze Zeit bestanden und im (damals zu Hamburg gehörenden) Cuxhaven und dem benachbarten Ort Ritzebüttel je eine Verkaufsstelle betrieben hat. Die bis vor einigen Jahren im Hamburger Staatsarchiv (jetzt Cuxhaven) erhaltenen Quellen des „Consum-Vereins im Amte Ritzebüttel“ ermöglichen zwar keine vollständige Einsichtnahme in die Vereinsentwicklung, geben aber hinreichend Anhaltspunkte, um vor dem Hintergrund der allmählich entstehenden Konsumgenossenschaftsbewegung, ein anschauliches Bild typischer Problemfelder und oft personenorientierter Interessenkonflikte lokaler Konsumgenossenschaften zu analysieren und anhand einiger Beispiele zu konkretisieren.

Die Betrachtung orientiert sich neben den überlieferten Vorstandsprotokollen und einzelnen Verträgen auch an einer Auswertung der überlieferten Handelsbücher,² von Quellen also, die das Vereinschicksal anhand quantifizierbarer Merkmale dokumentiert und geeignetes Material für die Untersuchung betriebswirtschaftlich relevanter Einzelaspekte bietet.

Überblick

Weihnachten 1876 genehmigte die Generalversammlung die Statuten des Consum-Vereins im Amte Ritzebüttel – eingetragenen Genossenschaft. Im April 1877 wurde offenbar gleichzeitig in je einem Laden in Ritzebüttel und Cuxhaven mit dem Verkauf von Waren begonnen. Auf die Filiale in Cuxhaven sollte während der folgenden 18 Jahre auch regelmäßig zwei Drittel der jährlichen Umsätze entfallen. Die Umsatzentwicklung ist gerade für Konsumgenossenschaften ein wichtiger Beurteilungsmaßstab ihrer Aktivitäten, weil bei ihnen nicht eine Gewinnerzielung, sondern die Bedarfsdeckung der Mitglieder angestrebt wird. Deutlich lassen sich mehrere Phasen unterscheiden:

¹ Ferdinand Vieth: *Die Geschichte der nordwestdeutschen Verbrauchergenossenschaftsbewegung von 1850 bis 1933*, Hamburg 1934, S. 11. Der Consum-Verein im Amte Ritzebüttel hatte seinen Sitz in Cuxhaven.

² Staatsarchiv Hamburg – Bestand 621-1 (Consum-Verein im Amte Ritzebüttel). Nachdem der 1876 gegründete Verein sich selbst aufgelöst hatte und 1896 aus dem Genossenschaftsregister gelöscht worden war, verwahrte der frühere Vorsitzende Schütt die Akten und Geschäftsbücher zunächst für zehn Jahre, anschließend wurden sie beim Amtsgericht deponiert und im März 1928 an das Staatsarchiv Hamburg abgeliefert. Hier wurden „unwichtige Geschäftsbücher“ kassiert und am Februar 1971 ein Bestandsverzeichnis angelegt. Heute soll sich der Bestand im Stadtarchiv Cuxhaven befinden. Ergänzend lasen sich die genehmigten Jahresabschlüsse (Abrechnung und Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) heranziehen. Vgl. Cuxhavener Tageblatt, 31. Januar 1883, 8. Februar 1885, 12. Februar 1886, 12. Februar 1888, 27. Februar 1889, 9. März 1890, 4. März 1891, 16. März 1892, 15. März 1893 und 25. März 1894. Für die Jahre 1876 bis 1881, 1883 und 1886 konnten im Staatsarchiv Hamburg keine entsprechenden Veröffentlichungen ermittelt werden.

Einnahmen der Verkaufsstellen des Consumvereins im Amte Ritzebüttel in den Jahren 1877 bis 1894 (in Mark)

Jahr	Cuxhaven	Ritzebüttel	Gesamt
1877 (ab April)	24.181	10.788	34.969
1878	22.638	12.261	34.899
1882	24.979	11.039	36.018
1883	22.346	11.424	33.770
1884	25.411	14.058	39.469
1885	28.601	12.149	40.750
1886	27.921	14.011	41.932
1887	27.326	11.957	39.283
1888	27.357	11.112	38.469
1889	23.122	8.798	31.920
1890	18.212	8.093	26.305
1891	20.770	9.634	30.404
1892	23.996	9.830	33.826
1893	21.525	8.045	29.570
1894	4.172	1.470	5.642

Quelle: Cuxhavener Tageblatt, veröffentlichte Jahresabrechnungen

Ab 1887 verfügte der Verein auch über je ein Wohnerbe in Ritzebüttel und ab 1890 in Cuxhaven, die offensichtlich nicht aus den Überschüssen des Warengeschäftes, sondern mehrheitlich über Hypotheken bzw. die Ausgabe von Schuldscheinen finanziert wurden. Während dieser Jahre ging nicht nur der Warenumsatz kontinuierlich zurück, sondern auch der jährliche Überschuß sank von rund 12.000 Mark im Jahr 1887 auf rund 4.000 Mark im Jahr 1893.³

Zur Organisation des Handelsbetriebes

Die in der 1876 gedruckten Satzung sowie die in den Vorstandsprotokollen formulierten Beschlüsse des Vereins ergeben folgendes Bild: Das für die Aufnahme des Geschäftsbetriebes nötige Kapital wurde durch die Ausgabe von Anteilscheinen zu je zehn Mark aufgebracht. Dieser Genossenschaftsanteil wurde formal nicht verzinst (dieses entsprach der verbreiteten Praxis). Da jedoch die Inhaber von Anteilscheinen von der Zahlung des jährlichen Vereinsbeitrages von zunächst 1,50 Mark befreit waren, entsprach diese Handhabung einem geldwerten Vorteil, der bei einer Nutzung der Genossenschaftsläden

³ Vgl. Cuxhavener Tageblatt (wie Anm. 2) Abrechnungen und Bilanzen für die Geschäftsjahre 1887 bis 1893.

einer Verzinsung von 15 Prozent (zumindest auf einen Anteilschein) gleichkam. Ausgegebenen Anteilscheine sollten von dem Verein baldmöglichst ausgelöst werden, was auch bis 1884 geschah.⁴ Die nachfolgend neu eintretenden Mitglieder zahlten neben dem (seit 1878 reduzierten⁵) Jahresbetrag von 50 Pfennig ein Eintrittsgeld von drei Mark.

Der mit diesem finanziellen Engagement geförderte Verein „bezweckt die gewöhnlicheren Lebensbedürfnisse, als Mehl, Brot, Graupen, Grütze, Hülsenfrüchte, Fell-, Fleisch- und Colonialwaaren etc. auf die möglichst vorteilhafte Weise anzuschaffen und an seine Mitglieder, mit einem geringen Aufschlage, wieder abzulassen. Der Verkauf leichtverderblicher Waaren, so wie geistiger Getränke bleibt ausgeschlossen.“⁶ Der angestrebte ökonomische Vorteil der Mitglieder lag somit in dem Bezug von Grundnahrungsmitteln zu Kostenpreisen. Keinesfalls war in den ersten Jahren beabsichtigt, die in Konsumgenossenschaftskreisen weitgehend propagierte Politik des Verkaufes zu Marktpreisen mit jährlich zu gewählender Rückvergütung zu verfolgen.

Hier ergibt sich nun ein aus den Quellen nicht aufzuklärender Widerspruch, da die in den Vorstandssitzungen getroffenen Preisfestsetzungen sich vornehmlich an den Wettbewerber orientierten: „Infolge einer längeren Unterhaltung der Mitglieder über die Zuckerpreise, wobei hervorgehoben wurde, daß dieselben in stetem Rückgange begriffen seien, wurde beschlossen, den Preis für [...], Raffinaden bei pfundweisem Verkauf auf 53 p zu setzen.“⁷ Ein Vierteljahr später ist zu lesen: „Infolge der eingetretenen Tabaksteuer wurde beschlossen, die aus der Zeit vor der Einführung derselben herrührenden Vorräte an Tabak von jetzt an um 20% im Preis zu erhöhen.“⁸ In derartigen Fällen folgte der Vorstand offenbar auch den Markteinschätzungen des angestellten Verkäufers:⁹ „Verkäufer Cordes brachte zu Sprache, die Preise für gebrannten Kaffe herabzusetzen, da die Krämer ihre Preise bedeutend niedriger gestellt hätten und die Einkaufspreise solches gestatteten. Er habe von allen Sorten eine Probe gebrannt und das Einbrennen, das Holz genau berechnet und schlage demnach vor folgende Preise zu stellen [...]“¹⁰

4 Ebd. Nr. 3 (Geschäftsanteile und deren Auslösung). Laut Protokoll fand die Auslösung von 150 Anteilen am 21. Oktober 1884 unter der Aufsicht des Notars Febring im Geschäftslokal Alte Reichenstraße in Cuxhaven statt. Es gab auch einige Fälle, in denen mehrere Anteile von einer Person gehalten wurden. Vgl. auch Cuxhavener Tageblatt vom 8. Februar 1885 und 12. Februar 1886. Aus den veröffentlichten Abrechnungen und Bilanzen ergibt sich, daß von den ursprünglich ausgegebenen 338 Anteilscheinen die letzten 143 im Wert von je zehn Mark im Jahr 1885 eingelöst wurden. Die verbliebenen sieben Anteile können dem Verein bei dieser Gelegenheit geschenkt worden sein, was für frühere Jahre vereinzelt in den Vorstandsprotokollen dokumentiert ist.

5 Ebd. Nr. 5 (Protokolle der Vorstandssitzungen) Vorstandssitzung vom 20. November und handschriftliche Streichungen im Statut.

6 Ebd. Nr. 1 (Statuten und Beitrittserklärungen) Statut vom 26. Dezember 1876 § 1.

7 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 11. Mai 1878.

8 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 6. August 1879.

9 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 24. Juni 1878.

10 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 17. September 1879.

Dies geschah auch bei einer inzwischen eingetretenen Steigerung des Kaffeepreises: „Der Verkäufer Cordes schlug vor, in Anbetracht der rapiden Steigerung der Caffeepreise, des höheren Zolles auf Caffee und der besonderen Güte der vorhandenen Waare, die Verkaufspreise für die verschiedenen Sorten dieses Artikels etwas zu erhöhen. Diese Sache wurde besprochen und der gemachte Vorschlag genehmigt.“¹¹

Der Verkauf der Waren dürfte sich somit tatsächlich an Tages- bzw. Marktpreisen orientiert haben, hierfür spricht auch ein Verzicht auf den Druck und Aushang von Preistafeln in den Läden.¹² Daraus ergibt sich die Frage, welcher Art der ökonomische Vorteil für die Mitglieder war. Erst die revidierte Fassung der Statuten, die am 17. Mai 1892 dem Amtsgericht eingereicht wurden, sieht einen „Rabatt“ von zwei Prozent auf die Einkäufe vor, der vierteljährlich auszuzahlen sei. Hierbei befremdet zunächst die Vermeidung der bei Konsumgenossenschaften üblichen Bezeichnungen „Rückvergütung“, „Dividende“ bzw. „Erübrigung“. Stattdessen wird ein Rabatt eingeräumt, eine Form des Preisnachlasses, den im Allgemeinen private Händler als Nachahmung der Rückvergütung gewährten. Nun ließe sich diese Ungereimtheit im Sprachgebrauch durchaus übergehen, wenn nicht die Auszahlungsmodalitäten ausdrücklich auf die abweichende Funktion des Rabattes hinwiesen.¹³

Es bleibt insgesamt unklar, ob der Anreiz zur Mitgliedschaft durch günstigere Verkaufspreise, die Rabattgewährung, eine bessere Qualität der Ware oder den Mangel an leistungsfähigen Wettbewerbern geboten wurde.

Warensortiment und Eigenproduktion

Die Sortimentsstruktur entsprach wohl der einer ländlichen Gemischwarenhandlung.¹⁴ Aus dem Warenbüchern lassen sich in lockerer alphabetischer Reihenfolge aufzählen: „Äpfel, Anchovis, Bonbons, Besen, Butter, Bohnen, Bürstenwaren, Bickbeeren, Blau in Kugeln, Briefpapier, Bindfaden, Bilder, Backmehl und Pulver, Caffeesurrogat (-masse), Cahmehl und Cahmehlblüten, Corinthen, Chocolate, Cacao, Citronen, Caffeesurrogat lose, Caffé, Cigarren, Cichories, Chlorkalk, Drogen und Chemikalien, Essig, Erbsen, Fleisch und Fleischsurrogate, Feudel, Gummisauger, Gersten-Grütze, Gries, Holzpantoffeln, Holzkohle, Heringe, Hanfsaat, Klippfische, Käse, getrocknete Kirschen, Kohlenanzünder, Lichthalter, Weihnachtsleuchter, Stearin-Lichter, Mehl, Mandeln, Maizena, Malzraffinade, Matten, Nachtlichter, Öl, Petroleum, Putzpomade und Putzleinen, Pflaumen, Pfeffer, Rosinen, Reis-

¹¹ Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 29. Oktober 1879.

¹² Vgl. ebd. Nr. 5, Vorstandssitzungen vom 27. September und 20 März 1878.

¹³ Vgl. ebd. Nr. 1, Schreiben an das Amtsgericht vom 17. Mai 1892.

¹⁴ Vgl. Ebd. Nr. 10 (Warenbuch Bde. 1 und 2).

mehl, Reis, Seife, Speck, Schwämme, Soda, Schmalz, Salz, Stärke, Senf, Sago und Sagemehl, Tabak, Tee, Tran, Talg, Wichse, Wurst, Wein, Zucker, Zeugklammern und Zündhölzer.

Die weiter oben erwähnte Kaffeerösterei ist der einzig überlieferte Hinweis zur Eigenproduktion.

Struktur der Vereinsmitgliederschaft

Aus dem erhaltenen Mitgliederverzeichnis lässt sich hinsichtlich der Berufszugehörigkeit folgende Struktur wiedergeben: 26 Prozent waren Arbeiter, 18 Prozent Seeleute und Lotsen, neun Prozent Witwen, sieben Prozent Zimmerleute und Tischler, je sechs Prozent gehörten zur Gruppe der Beamten und Angestellten, der Händler, Wirte u. ä., bzw. der Rentner. Sonstige Handwerker machten weniger als fünf Prozent aus, Bauern nur drei Prozent alle anderen Sozial- und Berufsgruppen zusammen 14 Prozent.

Ein etwas differenzierteres Bild ergibt sich bei einer genaueren Betrachtung der Vorstandsmitglieder. Von den über die Adreßbücher zweifelsfrei ermittelbaren 19 Vorstandsmitgliedern der Jahre 1880 bis 1883, 1891 und 1894 waren sieben Beamte, vier Rentner, je drei Seeleute und Handwerker und je ein Hotelier bzw. Schiffsagent. Ganz offensichtlich handelte es sich also um keinen sozialistisch ausgeprägten Verein, der das bestehende Wirtschaftssystem reformieren oder aktiv verändern wollte. Vielmehr ist anzunehmen, dass hier eine bürgerliche Allianz aus Verwaltungsbeamten und Angehörigen der Verkehrswirtschaft die Gründung des Consum-Vereins aus rein sachlichen Erwägungen betrieben hat.

Verschiedene Quellen lassen erkennen, daß die Zahl der Genossen mit rund 350 über lange Jahre relativ konstant blieb.¹⁵ Von diesen wohnten etwa 44 Prozent in Cuxhaven (fast alle Seeleute und Lotsen), 25 Prozent in Ritzebüttel, 22 Prozent in Döse (ca. die Hälfte der Arbeiter) und die restlichen 19 Prozent entfielen auf die umliegenden kleineren Siedlungen. Es gehörten (zumindest in den Jahren ab 1888) auch gelegentlich Nichtmitglieder zu den Käufern des Consum-Vereins. Für die Filiale in Cuxhaven ließen sich in der Zeit von 1887 bis 1891 fast 500 Käufer ermitteln.¹⁶ Entsprechend der höheren Zentralität Cuxhavens, verwundert es nicht, dass auch Konsumenten, deren Wohnort der Filiale Ritzebüttel räumlich näher lag (z.B. Franzenburg, Gudendorf, Süderwisch) den Laden in Cuxhaven besuchten.

¹⁵ Vgl. ebd. Nr. 2 (*Verzeichnis der Genossen*) Dieses nichtdatierte Verzeichnis gibt 340 Mitglieder an, in den im Cuxhavener Tageblatt veröffentlichten Abrechnungen werden für Januar 1885: 363, für Anfang 1892: 346 und für Ende 1893: 345 Mitglieder angegeben.

¹⁶ Vgl. ebd. Nr. 13 (*Debitorenhauptbuch 1888-1891*).

Ein Umsatzrückgang um rund ein Drittel innerhalb dieser drei Jahre lässt sich anhand der einzelnen Debitorenkonten differenzierter untersuchen.¹⁷ Zunehmend mehr Kunden machten mithin unterdurchschnittliche Umsätze (weniger als 54 Mark p. a.), d. h. dass der Anteil an Kleinumsätzen stetig zunahm, bzw. derjenigen Kunden, die ihre Umsätze kontinuierlich reduzierten. Es lassen sich in den Debitorenkonten auch vereinzelte Beispiele für einen grundsätzlichen Wandel im Geschäftsgebaren finden: Die für Konsumvereine völlig untypische Hinwendung zum sog. Borgkauf („Anschreiben lassen“).

Ladenrevisionen (Inventuren)

Da es in den 1870er Jahren wiederholt vorgekommen war, dass Konsumvereine infolge Untreue oder Unfähigkeit ihrer Mitarbeiter materiellen Schaden erlitten hatten, neigten viele Vereinsvorstände zu starkem Misstrauen gegenüber ihren Angestellten. Die Statuten aus der Frühzeit der Konsumgenossenschaftsbewegung enthielten eine Fülle von Vorsichts- und Strafmaßnahmen; auch war es durchaus üblich, dass von den Angestellten entsprechend ihrer Verantwortung eine Bürgschaft oder Kautions gefordert wurde.¹⁸ Den Genossenschaftsleitungen wurde im Allgemeinen neben regelmäßigen auch außerordentliche Inventuren empfohlen; daneben sahen viele Vereinsstatuten das Amt eines Ladenrevisors vor, entweder als Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates. Auch das Rotationsprinzip soll für diese Ämter sehr verbreitet gewesen sein.

Die Gründer des Consum-Vereins im Amte Ritzebüttel haben bei der Abfassung des Statuts derartige Erfahrungen in hohem Maße berücksichtigt.¹⁹ Der Vorstand ersann wiederholt Kontrollmechanismen, um den Verkauf an Nichtmitglieder in den eigenen Genossenschaftsläden auszuschließen, wie es auch das Genossenschaftsgesetz vorsah. Neben dem Vorzeigen der Mitgliedskarte, der Markierung der Tüten durch Abstempeln und dem Verbot des Weiterverkaufs an Nichtmitglieder beschloss der Vorstand am 13. November 1878 auch die Anschaffung von Kontobüchern für die Mitglieder, „[...] 24 Seiten stark, für 60 Pfennig per Dutzend. Diese Bücher sollen zur Kontrolle über die Verkäufer dienen, auf dem Umschlage

¹⁷ Vgl. ebd. Nr. 13. Für das Jahr 1888 sind 57 Prozent und für die Jahre 1889: 76 Prozent und 1890 58 Prozent der Umsätze erfasst. Um zu verhindern, dass nur Teile des Jahresumsatzes einzelner Debitoren/Kunden erfasst werden, wurden nur die Konten selektiert, die zumindest einen Eintrag im Vorjahr aufwiesen. Die Durchschnittsumsätze aller verzeichneten Konten weichen von den selektierten (in Klammern) unterschiedlich stark ab: für 1888: 65 M (102 M), für 1889: 56 M (56 M) und für 1890: 51 M (56).

¹⁸ Vgl. Robert Schloesser; Josef Esser: *Der Filialrevisor in der Konsumgenossenschaft*, Köln 1928, S. 5–13 (= *Verbraucher-genossenschaftliche Bücherei*, Nr. 17).

¹⁹ Vgl. *Staatsarchiv Hamburg, Bestand 621-1 (Consum-Verein im Amte Ritzebüttel) Nr. 1, § 29–31.*

soll die Mitgliederkarte und auf der inneren Seite eine Belehrung über den Zweck der Bücher angebracht werden.⁴²⁰ Demnach sollten diese nicht als Nachweis der getätigten Umsätze dienen, wie es zur Berechnung der Rückvergütung bei anderen Vereinen üblich war. Die Akzeptanz war wohl eher gering und nachdem im März 1879 zunächst beschlossen wurde, von dem Abstempeln der Kontobücher vorläufig abzusehen, zog der Vorstand im November die Konsequenzen: „In Anbetracht, daß die für das Jahr 1879 versuchsweise eingeführten Contrabücher nur von sehr wenigen Mitgliedern benutzt werden, manche derselben die Bücher als eine Controlle über sich selbst ansehen und entrüstet zurück gewiesen haben, schlug der Vorsitzende vor, von dem Gebrauch der Contrabücher für die Zukunft abzusehen und desjenigen Mitgliedern, welche ein solches haben wollen, zu überlassen, sich ein solches anzuschaffen.“⁴²¹

Die Ladenrevisoren nahmen des Öfteren außerordentliche Inventuren in den beiden Läden vor, deren Ergebnisse ausgiebig in den Vorstandssitzungen besprochen wurden: „Am Sonntage den 30. Juni hatte die Revision der Lagerbestände stattgefunden und stellte dabei heraus, daß zwischen demjenigen was Peirr (dem angestellten Verkäufer, M.S.) geliefert erhalten hatte und dem Gelde, welches er zu liefern hatte, eine Differenz von 80 M bestehe. In Anbetracht jedoch, daß kein Detailgeschäft, ohne Verlust an Maaß und Gewicht zu führen ist [...] wurde beschlossen, den Verkäufer Peirr zu entlasten und auf Ansprüche an denselben wegen seiner bisherigen Geschäftsführung zu verzichten.“⁴²² Der Vorstand zeigte sich also durchaus einsichtig, etwaige Konflikte wegen geringfügiger Differenzen zu vermeiden, „[...] um aber bei Differenzen zwischen dem Werth der denselben gelieferten Waaren und den von ihnen abgelieferten Gelde eine feste Richtschnur zu haben, wurde folgendes beschlossen und den Verkäufern zur Nachachtung eröffnet:

1. falls Differenzen erwähnter Art eintreten, wird den Verkäufern ein Manco-Geld von 2% der Bruttosumme zu Gute gerechnet.
2. wenn sich an Festtagen eine höhere Tara als die berechnete herausstellen sollte, so haben die Verkäufer solches anzuzeigen und sollen ihnen sowohl dieses als auch der Preisunterpfand der heruntergesetzten Waaren zu Gute gerechnet werden; wogegen ihnen dasjenige zur Last gebracht werden wird, wieviel die Preise der Waaren höher gestellt wurden.“⁴²³ In den Vorstandprotokollen finden sich vereinzelte Fälle, in denen die Verkäufer für Verluste haftbar gemacht wurden.

20 *Ebd.* Nr. 5, *Vorstandssitzung vom 13. November 1878.*

21 *Ebd.* Nr. 5, *Vorstandssitzung vom 26. November 1879.*

22 *Ebd.* Nr. 5, *Vorstandssitzung vom 3. Juli 1878.*

23 *Ebd.* Nr. 5, *Vorstandssitzung vom 7. April 1880.*

Aspekte zum Arbeitsalltag der Verkäufer

Die „Instruktion für den Verkäufer des Consumvereins“ war Bestandteil des Arbeitsvertrages und vermittelt Einblicke in den damaligen Berufsalltag eines Handlungs-Commis und die Interessenkonflikte zwischen den beteiligten Parteien. Hinsichtlich der Arbeitszeit führt die Instruktion in § 3 aus: „Er hat den Laden von Morgens 6 Uhr (von November bis einschließlich Februar von 7 Uhr) bis Mittag 12 Uhr und von Nachmittags 1 Uhr bis Abends 8 Uhr, an Sonntagen jedoch nur Vormittags offen zu halten, mit Ausnahme der beiden Sonntage vor Weihnachten, (an) welchen Tagen das Geschäft wie an Wochentagen offen zu halten ist, während dieser Zeit den Verkauf der vorhandenen Artikel zu besorgen, die nötigen Verkaufsbücher zu führen und das eingenommene Geld sorgsam zu hüten [...]“.²⁴ Das entspricht einer täglichen Arbeitszeit von 13 Stunden bzw. sechs Stunden am Sonntag, mithin einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 84 Stunden im Laden. Zudem mußte der Verkäufer gemäß § 4: „[...] in dem Lokale schlafen, für Bett und sonstige Bequemlichkeiten aber selbst sorgen.“²⁵

Gerade die Durchsetzung dieser Regelung lag dem Vorstand besonders am Herzen, und durch einen Einbruchversuch zur Vorsicht gemahnt, regte der Kassenverwalter an: „zu beiden Localen einen Schlüssel anfertigen zu lassen und den Verkäufern aufzutragen, jeden Abend den Schlüssel ihrer Hausthür abzuziehen, damit dem Vorstand die Möglichkeit gegeben werde, sich davon zu überzeugen, ob der Verkäufer des Nachts im Locale schliefe; der Antrag wurde einstimmig angenommen.“²⁶

Daneben oblag dem Verkäufer laut § 5 u. a. auch noch die Pflicht, dem „Vorstände beim Einkauf der Waren behilflich zu sein, oder auch im Auftrag desselben den Einkauf selbst zu besorgen und den Empfang der ihm gelieferten Waren zu quittieren.“²⁷ Da kaum anzunehmen ist, dass die Mitwirkung bei Beschaffung und Bearbeitung der Waren sämtlich vom Ladenlokal aus erledigt werden konnte, ging die effektive Arbeitszeit der Verkäufer wohl über die Ladenöffnungszeiten hinaus. In der Tat herrschte zu bestimmten Zeiten wohl ein reger Betrieb in den Läden, denn es „[...] kam zur Sprache, daß verschiedene Mitglieder beim Einkauf der Waaren in dem Cuxhavener Laden verschiedentlich lange haben warten müssen und ob es sich nicht empfehle, zur Hülfe der Verkäufer einen Lehrling oder Hausknecht anzunehmen. Nach reiflicher Besprechung der Sache und namentlich in Berück-

²⁴ Ebd. Nr. 6 (Instruktion für den Verkäufer), § 3.

²⁵ Ebd. Nr. 6 (Instruktion für den Verkäufer) § 4.

²⁶ Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 5. Februar 1879.

²⁷ Ebd. Nr. 6 (Instruktion für den Verkäufer) § 5.

sichtigung des Kostenpunktes, wurde beschlossen, den Gegenstand bis dahin ruhen zu lassen, daß von irgendeiner Seite ein diesbezüglicher Antrag gestellt werde.⁴²⁸

Kontakte zur Konsumgenossenschaftsbewegung

Welche Verbindungen des Ritzebüttler Vereins zu der sich entwickelnden Gesamtbewegung der deutschen Konsumgenossenschaften lassen sich in den Quellen finden? Zunächst sei ein Beispiel aus dem Vorstandsprotokoll vom 20. August 1879 angeführt: „Der Vorsitzende berichtet über ein Schreiben des Consum-Vereins Bremen, worin der selbe zur Bildung eines Consum-Vereins-Verbandes für Norddeutschland auffordert. Nach Besprechung dieses Gegenstandes wurde beschlossen, dem genannten Vereine zu erwidern, daß der Vorstand geneigt sei einem solchen Verbandsbeitritt, wenn die Sache nicht mit zu großen Opfern für den hiesigen Verein verbunden sei und deshalb um eine nähere Auskunft in diese Richtung, notf. um einen Statutenentwurf erbitten müsse.“⁴²⁹

In der Tat lässt sich eine derartige Initiative des Bremer Consumvereins in der Chronik von Ferdinand Vieth nachweisen, allerdings wird das Schreiben dort auf den 30. August 1885, also immerhin sechs Jahre später, datiert.³⁰ Obgleich sich der Ritzebüttler Verein durchaus interessiert zeigte, wurde diese Angelegenheit zu dem damaligen Zeitpunkt von keinem der Beteiligten weiterverfolgt. Ratsuchend wandte sich der Vorstand aus Ritzebüttel Anfang Mai 1892 an die benachbarten Konsumvereine in Bremen, Harburg, Hemmoor und Osterholz-Scharmbeck, um deren Erfahrungen mit dem Verkauf von Spirituosen kennenzulernen.³¹

28 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 15. Januar 1879.

29 Ebd. Nr. 5, Vorstandssitzung vom 20. August 1879.

30 Vgl. Vieth (wie Anm. 1), S. 12 ff. Dieser Widerspruch ließe sich so erklären, dass Vieth, der der Konsumgenossenschaftsbewegung ab etwa 1885 angehörte, sich bei seiner Darstellung der Frühzeit, die ein halbes Jahrhundert später entstand, nicht auf eigenen Anschauungen stützen konnte, sondern seinerseits auch Aufzeichnungen seiner Vorgänger herangezogen hat. Wahrscheinlich war der Versuch von 1885 nicht der allererste, sondern die entscheidende und erfolgreiche Aktion, die schließlich zur Verbandsgründung führte.

31 Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Bestand 621-1 (Consum-Verein im Amte Ritzebüttel) Nr. 7 (Äußerungen der Konsumvereine in Bremen, Harburg, Hemmoor und Osterholz-Scharmbeck über ihre Handhabung des Spirituosenhandels). Die verschiedenen Positionen lassen sich dahin zusammenfassen, dass der Vorstand des „Consum-Geschäftes für Beamte und Arbeiter der Portland Cementfabrik in Hemmoor“ mitteilte, keine Spirituosen zu führen, ihm im Übrigen auch kein derartiger Fall bekannt sei. Auch der Bremer Consumverein führte keine Spirituosen, der Vorsitzende J. Heins, zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls Direktor des Verbandes Nordwestdeutscher Konsumvereine, teilte jedoch mit, dass bei anderen Vereinen der Vertrieb von Spirituosen einen wesentlichen Geschäftszweig darstelle. Der Consum-Vereine in Harburg und Osterholz-Scharmbeck verfügten über gute Erfahrungen in diesem Bereich.

Wirtschaftliche Verbindungen zu einer Produktivgenossenschaft, der Genossenschaftsmeierei Cuxhaven, lassen sich für die Jahre 1888 und 1889 nachweisen. Auf diesem Wege wurden insgesamt 200 Kilogramm Butter bezogen, der Umfang dieser Geschäftsverbindung war somit eher gering.

Allgemein propagandiertes Ziel war seit den 1860er Jahren die Etablierung einer konsumgenossenschaftlichen Großhandlung; zwar gab es 1869 in Mannheim einen ersten derartigen Versuch, der jedoch bald scheiterte. Erst die 1894 nach langwierigen Diskussionen in Hamburg geschaffenen GEG konnte dieser Aufgabe gerecht werden. Vor Entstehung der GEG wetteiferten zwei norddeutsche Betriebe darum, sich den Konsumgenossenschaften als leistungsfähige Großhändler zu empfehlen. Zunächst trat hier die „Einkaufsagentur deutscher Konsumvereine von Hugo Pabst & Co. in Hamburg“ in Erscheinung. „Die Tätigkeit dieser Firma bestand in der Herausgabe der ‚Handels- und Kursblätter‘, die Warenangebote enthielten. Die in diesen Blättern angebotenen Waren wurden den Konsumvereinen seitens der Agentur gegen eine Provision vermittelt.“³²

Im Kreditorenhauptbuch³³ findet sich ein Eintrag vom 29. November 1893 über den Kauf eines Sackes Marakeibo-Kaffees bei Pabst & Co, Hamburg im Wert von 102,87 Mark. Bereits im März und Juni 1893 hat der Ritzebütteler Verein bei der gerade gegründeten „Genossenschaftlichen Großhandlung in Bremen“ je zwei Sack Santos-Kaffee erworben, die zweite Partie zu einem wesentliche geringeren Preis (dazu mit erweitertem Zahlungsziel), was auf einen regen Preiswettbewerb hinweisen könnte. Diese beiden mehrheitlich von Privatpersonen betriebenen Großhandlungen waren auf die Konsumgenossenschaften als Abnehmer fixiert und strebten jede zunächst auch eine Monopolstellung an. Schließlich stellten beide Firmen nach wenigen Jahren wegen mangelnden Zuspruchs durch die Konsumgenossenschaften ihren Geschäftsbetrieb wieder ein.³⁴ Vermutlich wird es sich in beiden nachgewiesenen Fällen um zaghafte Versuche beider Großhandlungen gehandelt haben, auch kleinere Vereine zu umwerben. In jedem Fall zeigt sich durch diese Verbindung, dass der Consum-Verein im Amte Ritzebüttel an der wichtigen Auseinandersetzung in der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser Jahre immerhin, wenn auch nur in Form von Testkäufen, beteiligt war.

³² Vieth (wie Anm. 1), S. 29.

³³ Staatsarchiv Hamburg, Bestand 621-1 (Consum-Verein im Amte Ritzebüttel) Nr. 12. (Kreditorenhauptbuch), S. 154 (Pabst & Co), S. 148 (Genossenschaftliche Großhandlung Bremen) und S. 2, 17 und 89 (Genossenschaftsmeierei Cuxhaven) i. V. m. Nr. 11 (Warenbuch, Bd. 2) S. 380.

³⁴ Vgl. Erwin Hasselmann: *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften*, Hamburg 1971, S. 256 ff. sowie Heinrich Kaufmann: *Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine mit beschränkter Haftung in Hamburg. Zum 25jährigen Bestehen 1894-1919*, Hamburg 1919, S. 9 ff.

Nach den vorgefunden und ausgewerteten Quellen ist es unwahrscheinlich, dass der Consum-Verein im Amte Ritzebüttel der Gesamtbewegung irgendwelche Impulse gegeben hat. Immerhin lassen die drei angeführten Beispiele aber doch erkennen, daß der Verein mit anderen Genossenschaften in lockerer Verbindung stand und die Entwicklung durchaus interessiert verfolgte.

Heinrich Grosz und die Schiffszimmerer

Einleitung

Die Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft eG ist in Hamburg die älteste noch bestehende Genossenschaft. Ihre Gründung am 18. November 1875 hatte noch nichts mit dem heutigen Zweck der Wohnungsbereitstellung zu tun, sondern erfolgte aus der Not heraus, einen Bauplatz für die Schiffszimmerer in Memel zu erwerben. Heinrich Grosz (1848–1914)¹ war hierbei treibende Kraft. Der Aufsatz möchte einen kleinen Einblick in die Gründung der Genossenschaft geben und die Rolle, die Heinrich Grosz hierbei spielte.

Schiffszimmerer

Schiffszimmerer gibt es heutzutage nicht mehr.² Schiffszimmerer bauten Fischerboote, Schuten, Frachter und Küstensegler sowie auch größere Holzschiffe. Sie trugen in ihrem Handwerk eine hohe Verantwortung, von der Qualität ihrer Arbeit hing das Leben der Seeleute ab. Im Zuge der Gewerbefreiheit wurde in Schleswig-Holstein 1837 und in Hamburg 1838 die Zunft der Schiffszimmerer aufgehoben. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war der Schiffbau an der deutschen Küste überwiegend Handwerksarbeit in kleinen Werften. Mit der Freigabe als freies Gewerbe und der Übernahme von Schiffbautechnologie aus England entstanden in Deutschland größere Werften, auf denen der Anteil von Tagelöhnern und Arbeitern größer wurde.⁴ Damit ver-

¹ Heinrich Grosz war Vorstand des Schiffszimmerervereins, später auch Vorstand der Schiffszimmerergenossenschaft. Nach ihm benannt wurde die Heinrich-Grosz-Straße in Wilhelmsburg und der Heinrich-Grosz-Block der Schiffszimmerer in Barmbek (142 Wohnungen, 1929 und 1949 gebaut).

² Zum 31. Januar 2009 wurde die Anerkennung des Ausbildungsberufs Schiffszimmerer/Schiffszimmerin aufgehoben. Holzteile auf Schiffen werden schon seit Langem auch von anderen Zimmerleuten eingebaut und repariert. Vergleiche auch Berufsinformationen der Bundesagentur für Arbeit, ehemalige Berufe.

³ Damit auch in Allona.

⁴ Vgl. zu diesem Thema auch Fritz Ernst Giese: *Kleine Geschichte des deutschen Schiffbaus*. Berlin 1969.

bunden war ein Verfall der Löhne, ein weiteres Problem war der beginnende Eisenschiffbau. Die Schiffszimmerer spürten, dass das Auskommen in ihrem Gewerbe immer schwieriger werden würde.⁵

1830 wurden auf dem großen Grasbrook die ersten Seeschiffe aus Eisen in Deutschland hergestellt. Die Reiherstieg-Werft in Wilhelmsburg nahm 1855 den Eisenschiffbau auf. Bis in die 1870er Jahre wurden zwar noch sehr viele Schiffe aus Holz gebaut, ihr Anteil am gesamten Schiffbau wurde aber immer kleiner.⁶ Die in Hamburg ansässigen Schiffszimmerer gründeten deshalb am 8. Juli 1849 einen Gewerkverein, um ihr Auskommen und ihre Arbeitsplätze zu sichern. Sie stellten Verhaltensregeln auf und versuchten die Zahl der Lehrlinge und damit der nachrückenden Schiffszimmerer zu begrenzen. Der Gewerkverein war eine Mischung aus Zunft und Gewerkschaft.⁷ Eine der Verhaltensregeln sah vor, dass, so lange ein Hamburger Schiffszimmerer arbeitslos war, nicht mit Fremden zusammengearbeitet werden sollte, hierzu zählten bereits beispielsweise Altonaer oder Reiherstieger. Wurde ein Hamburger Schiffszimmerer arbeitslos, musste derjenige Meister, der Fremde in Arbeit hatte, die Hamburger in Arbeit nehmen, oder auch die fremden Schiffszimmerer entlassen.⁸

Die Werftbesitzer begannen diese Regelung des Gewerkvereins zu ignorieren, wie folgendes Beispiel zeigt: Ein Meister Peters stellte einen Schiffszimmerer vom Reiherstieg ein, welches damals noch nicht zu Hamburg gehörte. Die Schiffszimmerer weigerten sich, mit diesem zusammen zu arbeiten, aber der Meister nahm einfach weitere Schiffszimmerer vom Reiherstieg. Letztlich konnte sich Meister Peters durchsetzen und auch andere Werften stellten Schiffszimmerer aus der Umgegend Hamburgs ein. Das am 1. November 1867 erlassene Gesetz über Freizügigkeit erleichterte den Werftbesitzern dieses Handeln.

Deshalb begann der Gewerkverein ab April 1871 seine Aktivitäten auf die Umgebung Hamburgs auszudehnen. 1873 erfolgte die Ausdehnung auf ganz Deutschland.⁹

In Folge vereinigten sich die Schiffszimmerer über die Grenzen hinweg zu einem Verein für alle Hafenstädte. Die Hamburger und Kieler riefen zu einem Kongress auf, der vom 8. bis 12. Januar 1873 stattfand und auf dem der Allge-

⁵ Werner Sillescu: *Die Schiffszimmerergenossenschaft : Chronik zum 125-Jährigen Bestehen der Schiffszimmerer-Genossenschaft in Hamburg, Hamburg [2000], S. 10.*

⁶ *Ebd.*, S. 15.

⁷ Heinrich Grosz: *Die Geschichte der Deutschen Schiffszimmerer und der Entstehung der Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft (E.G.m.u.H.) mit besonderer Berücksichtigung der hamburgischen Verhältnisse, 2. Aufl. Hamburg, 1907, S. 37–39.*

⁸ *Ebd.*, S. 8–9.

⁹ *Ebd.*, S. 39–41.

meine Deutsche Schiffszimmererverein gegründet wurde. Heinrich Grosz war hierbei treibende Kraft und wurde Vorsitzender des Vereins. 1875 waren bereits über 3 300 Schiffszimmerer Mitglied. Da es insgesamt nur mehr als 6 000 gelernte Schiffszimmerer gab, war nun über die Hälfte Mitglied.¹⁰

Genossenschaftliche Aktivitäten als Reaktion auf Lohndumping in Memel. Erwerb einer Werft

Die Arbeitgeber versuchten die Mitgliedschaft im Schiffszimmererverein zu verbieten und die Löhne zu drücken wie ein Beispiel aus Memel zeigt, wo ein Streit entbrannte mit einem Meister Eggert, der im November 1874 den Lohn für seine Schiffszimmerer reduzierte.¹¹ Heinrich Grosz als Vorstand des Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerervereins verhandelte mit dem Werftbesitzer. Dieser wollte die Lohnkürzung nicht zurücknehmen. Die Schiffszimmerer beschlossen daher, ab April 1875 auf eigene Rechnung zu arbeiten. Heinrich Grosz versuchte dem Meister Eggert deutlich zu machen, dass es ihm mehr schade, wenn die Schiffszimmerer auf eigene Rechnung arbeiteten und die Reeder sähen, dass die ausgeführten Arbeiten billiger wären. Eigentümer des Grundstücks in Memel, auf dem Meister Eggert seine Werft betrieb, war ein alter Hauszimmermeister namens Deggim. Die Schiffszimmerer verhandelten deshalb mit dem Eigentümer Deggim über eine Anmietung des Platzes. Erst nachdem der Allgemeinen Deutschen Schiffszimmererverein in Hamburg die Mietgarantie übernommen hatte, entschloss sich Deggim, den Schiffszimmerern den Werftplatz ab 1. Oktober 1875 zu vermieten. Ihnen kam zugute, dass sich der bisherige Mieter Eggert nicht immer gut gegenüber seinem Vermieter verhalten hatte. Im Vertrag wurde ein Vorkaufsrecht für 60 000 Mark vereinbart.¹² Als Meister Eggert nun den Schiffsbauplatz in Memel vom Eigentümer Deggim kaufen wollte, musste er feststellen, dass den Schiffszimmerern ein Vorkaufsrecht eingeräumt worden war. Die Schiffszimmerer entschieden sich, die Werft nun zu kaufen und zahlten 6.000 Mark am 21. Oktober 1875 an. Die Vereinbarung sah vor, am 15. Mai 1876 die zweite Rate in Höhe von 24.000 Mark zu zahlen, andernfalls wären die ersten 6.000 Mark verfallen.¹³ Die restlichen 30.000 Mark sollten dann als Kredit erst einmal stehen bleiben.¹⁴

¹⁰ *Ebd.*, S. 47.

¹¹ *Ebd.*, S. 71. – Den Sozialistengesetzen vorausgegangen waren Verbote von Gewerkvereinen und sozialistischen Organisationen. Der Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerervereins in Memel wurde im April 1875 angeklagt, der örtliche Verein verboten. Aufgrund der Zeitknappheit übernahm Grosz hier die Verteidigung vor Gericht, obwohl er nur einfacher Schiffszimmerer und kein Anwalt war.

¹² *Ebd.*, S. 80–81.

¹³ *Ebd.*, S. 82.

¹⁴ *Ohne Verfasser: Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft eG. 1875–1975, Hamburg 1975, o. S.*

Gründung der Schiffszimmerer-Genossenschaft

Um die fälligen 24 000 Mark aufbringen zu können, wurde in Hamburg zur Gründung einer deutschen Genossenschaft aufgerufen, damit dieser Platz gemeinsam gekauft werden konnte. In dem Aufruf heißt es: „Wir schlagen deshalb vor, dass freiwillig 2000 Mann, welche imstande sind, pro Mann 5 Taler^[15] einzuzahlen, aus dem Gesamtverein sich als Genossenschaft bilden mögen.

Dieser Genossenschaft würde dann der Platz als Eigentum übertragen, und würde aus den Mieterträgen das eingeschossene Geld verzinst werden.“ Sollte die Zahl von 2 000 Mitgliedern nicht erreicht werden, sollte die Möglichkeit eingeräumt werden eine „zweite Aktie“ zu erwerben und so weiter, bis das erforderliche Geld zusammen gekommen sei.¹⁶ Am 18. November 1875 traten der neugegründeten Genossenschaft 384 Genossen bei. Grosz hatte auf der Versammlung die Protokollführung übernommen und wurde zum „Ersten Disponenten“ gewählt, also quasi Vorsitzender.¹⁷ Am folgenden Tag wurde das Statut beim Handelsgericht eingereicht und die „Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft“ unter der Nummer 6 im Hamburger Genossenschaftsregister erfasst¹⁸ als „eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, eGmuH“.¹⁹ Rückblickend schreibt Grosz über den Grund für die Genossenschaftsgründung: „Die Gründung dieser Genossenschaft ist lediglich aus Begeisterung erfolgt, um den Schiffszimmerleuten in Deutschland in dem ihnen aufgedrungenen wirtschaftlichen Kampfe mit dem „Verein Norddeutscher Schiffbaumeister“, den die Herren im Januar 1875 in „Deutscher Schiffbau-Verein“ umtaufeten, in der Not mit außerordentlichen Mitteln zu Hülfe eilen.“²⁰ Aufgrund der Lohndiktate war dies ein Versuch der Schiffszimmerer durch Zusammenschluss ein eigenes Unternehmen zu gründen. Gegenstand des Unternehmens war also am Anfang, „Ankauf und Betrieb oder Vermietung von Schiffswerften.“²¹

Am 15.5.1876 wurde das Grundstück von der Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft gekauft. Ausgetreten aus der Genossenschaft war bis dahin noch keiner, wie die erste Bilanz vermerkt. Heinrich Rohlf's aus Bremerhaven, der als Goldgräber in Neuseeland zu Reichtum gekommen war, steuerte allein 7 000 Mark bei.²² 1877 wurde ein weiteres Grundstück in

¹⁵ 5 Taler waren 15 Mark und war die Summe, die für den Eintritt in die Genossenschaft aufzubringen war, dies wiederum entsprach in etwa dem Lohn von vier bis fünf Tagen eines Schiffszimmerers. (drei bis fünf Mark am Tag).

¹⁶ „An unsere Männer“ Aufruf an die Schiffszimmerer vom 3.9.1875, zitiert in: Grosz (wie Anm. 7), S. 84.

¹⁷ O. Verf. (wie Anm. 14), o. S.

¹⁸ Sillescu (wie Anm. 5), S. 18.

¹⁹ Eine Beschränkung der Haftpflicht war im damaligen Genossenschaftsgesetz noch nicht vorgesehen.

²⁰ Grosz, (wie Anm. 7), S. 83.

²¹ Sillescu, (wie Anm. 5), S. 18.

²² O. Verf. (wie Anm. 14), o. S.

Kiel erworben, das die Genossenschaft 1891 allerdings wieder verkaufte. Der Platz in Memel wurde an die inzwischen dort gegründete Memeler Schiffszimmerer-Genossenschaft vermietet. Bis Oktober 1906 konnten in Memel 164 Dampfer und Schiffe gebaut und 121 Hochprähme²³ aufs Land gezogen und repariert werden.²⁴

Änderung der Zweckbestimmung

1890 wurde das Grundstück schließlich an die Memeler Schiffszimmerer-Genossenschaft verkauft. Mit dem Erlös aus dem Grundstücksverkauf konnte sich die Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft neuen Aufgaben zuwenden. Sie erwarb bis zur Jahrhundertwende vier bebaute Grundstücke, um den Mitgliedern der Genossenschaft preisgünstige Wohnungen in Hafennähe zur Verfügung stellen zu können.²⁵ Heinrich Grosz erkannte bald: „Für unsere Genossen eigene Wohnungen zu beschaffen ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil, namentlich, wenn sie preiswürdig und für billigere Mieten anderswo nicht mehr zu beschaffen sind [...]. Die Wohnungsfrage in der Stadt wie in den Vorstädten wird für den Arbeiter, der seine Beschäftigung auf den Werften, im Hafen oder in der Hafengegend hat, eine immer schwierigere, denn der Grund und Boden in dieser Gegend wird von Jahr zu Jahr teurer [...]“²⁶

Auf der 14. Ordentlichen Generalversammlung am 21. Juni 1889, die in Struves Club- und Ballhaus am Zeughausmarkt stattfand, wurde das Statut geändert. Das neue Genossenschaftsgesetz wurde genutzt und die Haftpflicht beschränkt, was zuvor nicht möglich war. In § 2 wurde das Ziel der Genossenschaft neu definiert: „Ankauf und Betrieb oder Vermietung von Schiffswerften und anderen Grundstücken für gemeinschaftliche Rechnung.“ Damit war es nun auch möglich, Grundstücke für den Wohnungsbau zu erwerben.²⁷ Mit dem Verkauf der Grundstücke in Kiel und Memel war das nötige Grundkapital vorhanden um 1890 in Hamburg die Häuser in der Thalstr. 77, 79 und 81 mit 38 Wohnungen, in der Erichstraße 23-27 mit 28 Wohnungen und 1892 in der Jägerstraße 13-17 (heute Wohlwillstraße) mit 54 Wohnungen zu kaufen.²⁸

Der miserable Zustand der Wohnungen erforderte, dass zu dem Kaufpreis noch über 17 000 Mark für die Instandsetzung und Modernisierung ausgege-

²³ Ein Prahm (von niederdeutsch *pram*) bezeichnet ein schwimmendes Fahrzeug mit wenig Tiefgang und ohne eigenen Antrieb, ein Hochprahm ist daher eine Art Schute mit höherer Bordwand.

²⁴ Ebd., o. S.

²⁵ Ebd., o. S.

²⁶ Zitiert nach Sillescu (wie Anm. 5), S. 20.

²⁷ Ebd., S. 20.

²⁸ Ebd., S. 20.

ben werden musste. Dabei leisteten Mitglieder in Selbsthilfe wertvolle Arbeitsstunden für normalen Tagelohn, was erhebliche Kosten einsparte. Problematisch war nicht nur, dass die Vermieter ihre Wohnanlagen leichtfertig verkommen ließen, sondern dass es auch „unsaubere Einwohner“ gab, „die durch ihre Unreinlichkeiten ganze Hofplätze förmlich unbewohnbar“ werden ließen. Dadurch verteuerten sich die Mieten der Wohnungen, wenn die Vermieter für Renovierungen wieder viel Geld ausgaben.²⁹ Weitere Ankäufe von älteren Wohnungen durch die Genossenschaft waren daher nicht geplant, da die Renovierung zu kostspielig wurde. Stattdessen entschloss man sich, neue Wohnungen zu bauen und dabei auch Einfluss auf den Grundriss und die Ausstattung zu nehmen. Doch hierzu fehlte die Erfahrung. Heinrich Grosz und seine Kollegen fürchteten sich davor, „denn es ist ja allgemein bekannt, dass im Bauwesen der allgrößte Schwindel vorherrschend ist“. Also holte man sich Rat bei den Kollegen vom Bau- und Sparverein zu Hamburg e.G.m.b.H. Diese rieten zum Selbstbau von Wohnungen, sie hatten gute Erfahrungen damit gemacht.³⁰

Ein „Arbeiterschloss“

1900 wurde das erste Grundstück erworben, um es selbst mit Arbeiterwohnungen zu bebauen. Der fünfstöckige Wohnblock entstand an der damaligen Zeughaus-, Seewarten-, Dove- und Nikolaistraße in unmittelbarer Hafennähe und wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Für damalige Verhältnisse waren die Wohnungen, die für Arbeiter gebaut wurden, sehr komfortabel. Sie hatten Abstellräume und Spülklosett, und jede Wohnung erhielt einen Balkon. Im Volksmund hieß das Gebäude deshalb bald „das Arbeiterschloss“.³¹ Bei der Planung des Wohnblocks wurde von der in Hamburg um diese Zeit üblichen „Schlitzbauweise“ abgegangen, die eine Ausnutzung der Grundstücke bis ins Kleinste ermöglichte. Diese Bauweise war Ergebnis der Grund- und Wohnungsspekulation der Gründerjahre.³² Auf eine Hinterhofbebauung wurde bei Neubauten der Baugenossenschaften verzichtet, so dass alle Wohnungen Fenster zur Straße oder zu einem als Grünanlage gestalteten Hof hatten. Dazu wurde von einer strengen geraden Straßenfront abgewichen und stattdessen eine dreiseitige, einen Hofraum umschließende Straßenrandbebauung gewählt, die mit dem Namen „Hamburger Burg“ bezeichnet wurde.

²⁹ O. Verf. (wie Anm. 14), o. S.

³⁰ Sillescu, (wie Anm. 5), S. 20.

³¹ O. Verf. (wie Anm. 14), o. S.

³² Sillescu (wie Anm. 5), S. 26.

Die Hypothek zur Finanzierung des Neubaus wurde von der damaligen Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen mit einem Zinssatz von dreieinhalb Prozent pro Jahr gegeben, also recht günstig. Die Versicherungsanstalt erkannte den Wert solcher gesunder Wohnungen und förderte deshalb solche Vorhaben.³³ Heinrich Grosz³⁴ verteidigte sich gegen die Proteste der Grundeigentümer und Hausbesitzer. „Sie opponieren natürlich nicht mit Unrecht gegen die Entstehung von Baugenossenschaften, die ihre Bauten zum Wohle versicherungspflichtiger Arbeiter mit Hilfe der billigen drei- und dreieinhalbprozentigen Gelder der Landesversicherungsanstalten ausführen. Die Privathausbesitzer müssen durchschnittlich für die in ihren Häusern aufgenommenen Felder ein und eineinhalb Prozent mehr zahlen, demnach befinden sich die Baugenossenschaften durchgehend in der Lage, ihre sowieso für die Zuführung von Luft und Licht besser veranlagten kleinen Arbeiterwohnungen auch noch billiger vermieten zu können [...]. Die Baugenossenschaften sind somit auch die beste Schutzwehr gegen übermäßig hohe Mietforderungen der Hausbesitzer.“ Grosz wies auch darauf hin, dass die Gelder der Landesversicherungsanstalten zu zwei Dritteln von den versicherungspflichtigen Arbeitern aufgebracht würden. Es sei darum gerechtfertigt, diese Gelder für Wohnungszwecke zugunsten der Arbeiter zu verwenden.³⁵

Im September 1914 wurde dann endgültig der Gegenstand der Genossenschaft geändert. Während bisher der Gegenstand immer noch „Ankauf und Betrieb oder Vermietung von Schiffswerften und anderen Grundstücken für gemeinschaftliche Rechnung“ war, war der Gegenstand des Unternehmens „Erwerbung und Vermietung kleiner gesunder Wohnungen zu billigen Mietpreisen für gemeinschaftliche Rechnung in gemeinnütziger Weise.“³⁶

Der Schiffszimmerer-Genossenschaft gelang es, trotz Niedergang des Berufstandes einen neuen Zweck zu finden und mit Leben zu füllen. Dabei begrenzte man sich auf Hamburg bzw. auf das Umland Hamburgs. Es gelang ihr auch die Probleme der geschichtlichen Entwicklung wie Inflation, Weltkriege und Währungsreformen zu meistern. Heute hat die Hamburger Schiffszimmerergenossenschaft nahezu 9 000 Wohnungen und fast 15 000 Mitglieder.³⁷

³³ O. Verf. (wie Anm. 14), o. S.

³⁴ „Erster Disponent“ = Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft.

³⁵ Sillescu, (wie Anm. 5), S. 22.

³⁶ Staatsarchiv Hamburg, Genossenschaftsregister, 231-7 Amtsgericht Hamburg A4 Band1 Nr. 6, Vermerk vom 23. September 1914 über die Beschlüsse der Generalversammlung vom 26. Juli 1914. Änderung des Statuts, § 2 (Gegenstand des Unternehmens).

³⁷ Internet: http://www.schiffszimmerer.de/wir_ueber_uns/geschichte_und_ziele/index.html (06.09.2010).

Bürgerlich-intellektuelle Netzwerkstrukturen innerhalb von Baugenossenschaften: Berliner Gründer Franz Oppenheimer, Julius Post und Heinrich Albrecht

Die Ausgangslage: Modelle nichtstaatlicher Sozialreform

Der Ballungsraum Berlin ist nicht aus sich selbst heraus entstanden, sondern durch Migration. Die neuen Bewohner fanden vor allem leicht Arbeit, aber kaum eine bezahlbare Wohnung. Wie die Gesellschaft auf diese Problemlage aufmerksam wurde und auf verschiedene Weise Abhilfe zu schaffen versuchte, soll im Folgenden dargestellt werden.

Ein Instrument zur Regulierung des Wohnungsmarktes waren Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Es ist kein Zufall, dass die modernen Genossenschaften zeitgleich mit der Industrialisierung entstanden sind: Bau- und Wohnungsgenossenschaften sind vor allem ein Produkt der industrialisierten Großstadt. Zeitgleich entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in allen bedeutenden deutschen Städten Baugenossenschaften, und fast alle heute noch tätigen Baugenossenschaften haben meist eine inzwischen hundertjährige Tradition. Berlin als Ort der politischen Entscheidung, als „Moloch des Manchesterkapitalismus“, als Ziel- und Hoffnungspunkt der Massenzuwanderung war für Genossenschaftsgründungen ein besonders fruchtbares Feld. Hier konnten über Nacht betrügerische Baugenossenschaften entstehen und genauso gut wieder verschwinden, hier trafen verantwortliche Sozialreformer zu neuen Experimenten zusammen, hier entstanden traditionsreiche Baugenossenschaften für den Massenwohnbedarf. Von den hoffnungsvollen Utopisten bis zu den kaisertreuen Vaterlandsverehren gab es alle Schattierungen, die eines auszeichnete: Ohne Netzwerkarbeit, ohne Lobbyarbeit, ohne Propaganda für die eigene Sache ging gar nichts. Das Kennen oder Nichtkennen von Entscheidungsträgern war oft für Projekte das A und O.

Frühe Reformbestrebungen

Im 19. Jahrhundert gingen reformerische Impulse nicht vom Staat, sondern zunächst von einzelnen Personen aus: Pastoren oblag die Kinder- und Jugendziehung und Mediziner waren in der städtischen wie ländlichen Armenfürsorge tätig. Besonders in der staatlichen Verwaltung war der Glaube vorherrschend, dass soziale Not eine vererbte Krankheit sei. Für Vertreter dieser Ansicht war es nur konsequent, wenn für die Linderung oder Abhilfe der sozialen Not der praktische Arzt zuständig sein sollte, der zunächst eine Diagnose von „Desintegrationserscheinungen“ erstellte. So waren es auch Mediziner, von denen wichtige Impulse zur Sozialreform ausgingen. In Berlin war es beispielsweise ein Gutachten des Armenarztes Dr. Tümmel, welches zur Linderung der Wohnungsnot Veränderungsvorschläge vor allem im gesetzlichen Bereich anmahnte.¹ Ebenfalls sind die hygiene-reformerischen Bestrebungen des Berliner Dermatologen Oscar Lassar (1849–1907) oder die umfangreichen Feldforschungen des Sanitätsrates Dr. S. Neumann, der 1859 auch als Berliner Stadtverordneter tätig war, Beispiele für privat motivierten Einsatz mit dem Ziel, auf die Gesellschaft reformerisch einzuwirken.² Die Ergebnisse dieser medizinischen Arbeiten flossen schließlich in die Anfänge einer übergeordneten langfristigen Stadtplanung ein, so dass 1876 das erste wissenschaftliche Kompendium von Richard Baumeister unter dem Titel „Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirthschaftlicher Beziehung“ entstehen konnte. Kurz darauf veröffentlichte der Berliner Armenarzt Dr. Bensch mit seiner „Denkschrift zur Begründung eines tathkräftigeren Vorgehens auf dem Gebiete der Berliner Arbeiter-Wohnungsfrage“ (Berlin 1890).³

Hier knüpfte die Tätigkeit des Berliner Mediziners, Sozialreformers und Ökonomen Franz Ranzow an, besser bekannt als Franz Oppenheimer (1864–1943). Heute ist er vergessen, nicht einmal eine Straße erinnert in Berlin an ihn, der zu Lebzeiten zu den prominentesten und engagierten Sozialreformern auf dem Gebiet der Wohnungsfrage zählte. Oppenheimer hatte in Freiburg und Berlin Medizin studiert und ließ sich dort 1887 als Arzt nieder. Zeitgleich war er Privatdozent der Nationalökonomie. Während Oppenheimer in seiner ersten Lebenshälfte vorwiegend als Novellist, Lyriker und Belletrist hervortrat, widmete er sich in seiner zweiten Lebenshälfte dem Genossenschaftsgedanken. Und das auch praktisch: Oppenheimer beteiligte sich 1893 an der Gründung der „Vegetarischen Obstbau-Kolonie Eden“ bei Oranienburg und war von 1920 bis 1928 förderndes Mitglied dieses utopischen Sozial experi-

¹ Johann Friedrich Geist, Klaus Kürvers: *Das Berliner Mietshaus, 1: 1740–1862*, München 1980, S. 199 ff.

² Erich Bodien: *100 Jahre gemeinnütziger Wohnungsbau*. In: *Wohnungswesen* 5, 6 (1952), S. 293–296, hier S. 293.

³ *Geheimes Preussisches Staatsarchiv, Berlin Dablem (zukünftig: GStA PK), I. HA Rep.120, BB VII, 1, 11, Bd. 4, S. 268–295.*

ments vor den Toren Berlins. Ordentliches Mitglied konnte er nicht werden, da Oppenheimer, der Mediziner, nicht auf Fleisch, Zigarren und Alkohol verzichten konnte und wollte.⁴ Anders war es bei der Genossenschaft „Freie Scholle“, die mit Oppenheimers und Gustav Lilienthals (1849–1933) Unterstützung 1895 in Tegel entstand.⁵ Auch an anderen Siedlungsexperimenten, wie der Genossenschaft „Bärenklau“ in der Mark, Lüdersdorf bei Wriezen und Döben bei Gnadau war Oppenheimer maßgeblich beteiligt.⁶

In Berlin wurde Oppenheimer zum führenden Intellektuellen der Siedlungs- und Baugenossenschaftsbewegung. Im Austausch mit Post und Albrecht (s. u.) lernte er deren genossenschaftliche Projekte kennen, die vor allem in seine „Stilwandlungsthese“ einfließen (auch Gesetz der Transformation). In dem 1896 formulierten „Gesetz“ – das natürlich keines war, sondern nur die Bestrebung der Sozialwissenschaften zeigt, sich genauso „exakt“ wie die Naturwissenschaften zu geben – geht es um die Aufnahmekapazität von Genossenschaftsprojekten. Während die meisten Genossenschaftstheoretiker sich einem ungezügelter Optimismus hingaben und von einer „Weltgenossenschaft“ oder doch zumindest vom vollständigen Sieg der Genossenschaften über Kapitalismus und Kommunismus träumten, war Oppenheimer zurückhaltender. Produzierende Genossenschaften seien in ihrer Aufnahmekapazität begrenzt, oder sie würden ihren genossenschaftlichen Charakter verlieren. Verkürzt gebe es nur zwei Alternativen: Entweder die Genossenschaft gehe gleich zu Gründungsbeginn ein oder, bei Erfolg, müsse sie sich in ein kapitalistisch geführtes Unternehmen umwandeln.⁷ Für Wohnungs- und Baugenossenschaften gelte das gleiche, ihr Aufnahmepotential sei jedoch höher einzuschätzen.⁸ Selbstverständlich waren diese schachbrettartigen Verkürzungen genauso falsch wie Oppenheimers Behauptung, die soziale Frage könne nur vom Lande her gelöst werden. Zu seiner Zeit trafen aber seine Parolen einen Nerv der Zeit und wurden häufig unkritisch übernommen. Bemerkenswerterweise bemühte sich Oppenheimer in seinen Genossenschaftsversuchen, seine eigene Theorie vom Nichtfunktionieren von Genossenschaften im kapitalistischen System zu widerlegen, was ihm im Falle der völlig gescheiterten Agrargenossenschaft Wenigenlupnitz bei Eisenach misslang, im Falle der erfolgreichen „Freien Scholle“ jedoch gelang.

4 Franz Oppenheimer: *Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf 1964, S. 156, S. 160.

5 *Ebd.*, S. 156.

6 Christian Böttger: *Wege zur Gemeinschaft. Der Sozialreformer Franz Oppenheimer (1864–1943)*. In: *Berlinische Monatsschrift* 9 (1907), S. 64–69. – Oppenheimer (wie Anm. 4), S. 169 ff.

7 Oppenheimer (wie Anm. 4), S. 157.

8 Werner Kruck: „Transformationsgesetz“ und Wirklichkeit der Oppenheimerschen Genossenschaftstheorie. In: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen* 15 (1992), S. 1–16. – Werner Kruck: *Franz Oppenheimer – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Selbsthilfegesellschaft*, Berlin 1997, S. 300–306.

1896 erschien „Die Siedlungsgenossenschaft“⁹, ein Werk, das im Untertitel lautete „Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage“, 1899 folgte „Die soziale Bedeutung der Genossenschaft“. In beiden Arbeiten versuchte Oppenheimer, seiner festen Überzeugung, dass die soziale Frage nur und alleine vom Lande her zu lösen sei, eine wissenschaftliche Fundierung zu geben. Um 1900 schloss Oppenheimer sich dem Zionismus an, dachte zunächst an den Aufbau einer jüdischen Kolonie in Südastralien, bevor er Palästina als Siedlungsstätte entdeckte.¹⁰ Einige seiner Theorien erprobte er in der Genossenschaftssiedlung Merhavia, worüber seine drei Arbeiten „Genossenschaftliche Ansiedlung von Juden in Palästina“ (1907), „Genossenschaftliche Siedlung in Palästina“ (1910) und „Genossenschaftliche Kolonisation in Palästina“ (1914) informieren und vor allem motivieren sollten, an diesen Versuchen teilzunehmen.

Die Arbeiten des frühen Oppenheimer wie diejenigen anderer Mediziner schärften das Bewusstsein, dass die Folgen unhygienischer, beengter und überteuerter Behausungen nicht nur die davon unmittelbar Betroffenen, sondern alle Stadtbewohner angingen. Durch erste praktische staatliche Maßnahmen, die die Wohnungs- und Bodenreform zunächst als eine Art „Seuchenprophylaxe“ verstand,¹¹ konnte Anfang des 20. Jahrhunderts nach der letzten Choleraepidemie in Hamburg 1902 immerhin die hygienische Problematik als gelöst gelten. Die Wohnungsfrage blieb jedoch weiterhin ein ungelöstes Problem mit erheblichem sozialem Konfliktpotential.¹²

Eine aktive staatliche Wohnungspolitik gab es in Preußen während des ganzen 19. Jahrhunderts nicht. Städte und Gemeinden bekämpften nur gelegentlich die Folgen staatlicher Tatenlosigkeit und wurden erst langsam im Bereich der kommunalen Sozialreform aktiv. Von daher blieb das Wohnungswesen zunächst gesetzlich vollkommen unregelt. Tatbestände, die das spätere Mietrecht betreffen sollten, wurden nach dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 verhandelt. Grundsätzlich war darin eine allgemeine Baufreiheit kodifiziert, die Einschränkungen nur bezüglich Gefahrenabwehr und Schutz vor grober Verunstaltung erfuhr. Noch 1913 scheiterte auf Reichsebene der reformerische Entwurf eines Reichswohnungsgesetzes, der die ungenügenden Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900 ergänzt hätte. Selbst diese Gesetzesinitiative ging in ihren Anfängen auf einen privaten Verein zurück, nämlich den 1898 gegründeten „Verein Reichswohnungsgesetz“.

9 In dritter Auflage 1920.

10 Haim Barkai: *Oppenheimer and the Zionist resettlement of Palestine: The Genossenschaft versus the Collective Settlement*. In: Franz Oppenheimer und Adolph Lowe. *Zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität*. Hrsg. von Volker Caspari, Marburg 1996, S. 17–63.

11 Wolfgang Krabbe: *Die Anfänge des „sozialen Wohnungsbaus“ vor dem Ersten Weltkrieg*. In: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 121, 1 (1984), S. 30–58, hier S. 34.

12 Enid Gaudie: *Cruel Habitations. A History of Working-class Housing 1780–1918*, London 1974, S. 85.

Die privaten Initiativen zur Linderung der Wohnungsnot hatten ihre Arbeit ein halbes Jahrhundert vor jeder staatlichen Intervention aufgenommen. Bereits um 1850 sah man in der Gründung von privatrechtlichen Vereinen, worunter die Genossenschaften fielen, ein probates Mittel, um Missstände im Gewerbe zu beseitigen, humanitäre Bestrebungen zu fördern und durch Erziehung einen besseren Menschen zu formen. Nach der Vorstellung des einflussreichen Republikaners Gottfried Kinkel (1815–1882) sollten solche Genossenschaften unter Staatsschutz gestellt werden und durch gesetzliche Begünstigungen und finanzielle Unterstützung privilegiert werden.¹³ Schon 1848 wurde die Genossenschaftsgründung ausdrücklich als das zeitgemäße Mittel auch zur Bekämpfung der Wohnungsnot thematisiert.¹⁴

Die moderne kooperative Idee führt in ihrem Ursprung nach England. Dort lassen sich schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts genossenschaftliche Ansätze finden, etwa in Birmingham, wo Baugenossenschaften Geschäftsanteile ausgaben, um bauliche Projekte in die Wege zu leiten.¹⁵ In Rochdale (bei Manchester) hatte der Genossenschaftsgründer Robert Owen (1771–1858) eine Konsumgenossenschaft in Form eines privaten Vereins gegründet. Ziel war es, durch Selbstversorgungsgemeinschaften Kapital zu erwirtschaften, das für den Bau oder Kauf von Wohnhäusern eingesetzt werden sollte. In Rochdale beschäftigte man sich auch theoretisch mit dem Problem der Wohnungsnot und wollte soziale und hygienische Verbesserungen durchsetzen. Erstmals finden sich hier die drei Grundprinzipien des gemeinschaftlichen Wirtschaftens: Selbsthilfe, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Zusätzlich wurde das Prinzip der Selbstorganschaft eingeführt; so mussten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder zugleich Mitglieder der Baugenossenschaft sein, eine Drittorganschaft war ausgeschlossen. Die Finanzierung der Genossenschaft war einerseits durch ein Eintrittsgeld, andererseits durch den Geschäftsanteil gesichert. Der Geschäftsanteil war dem Einkommen des jeweiligen Genossen angepasst und wurde gewöhnlich in Raten abgeglichen.¹⁶ Diesem damals modernen Lösungsversuch wurde dank der Persönlichkeit Owens und dem ungewöhnlichen Umfang des Unternehmens bald europaweit Beachtung geschenkt, nicht zuletzt auch in Berlin.

¹³ Karl Rossel: *Über Gewerbliche Genossenschaften*, Wiesbaden 1856, S. 19.

¹⁴ Ernst Wilhelm Gaebler: *Idee und Bedeutung der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft*, Berlin 1848, S. 5.

¹⁵ Henry Davis: *Building Societies*, London 1887, S. 8 ff. – Max Kromrey: *Baugenossenschaften und der Berliner Spar- und Bauverein*, Berlin 1903, S. 7.

¹⁶ Michael Arndt, Holger Rogall: *Berliner Wohnungsbaugenossenschaften*, Berlin 1987 (= *Berlin-Forschungen. Themenbereich Wohnungswirtschaft*, Bd. XVI), S. 50–59.

Genossenschaftsgründer in Berlin: Huber, Hoffmann und Schrader

In den 1850er Jahren bildeten sich in Deutschland die ersten Zusammenkünfte nach den eben geschilderten Grundprinzipien, ohne dass von staatlicher Seite bereits eine einheitliche rechtliche Regelung vorhanden gewesen wäre. Nach einer Orientierungsphase der Erörterung und Positionsfindung entstanden auch in Berlin erste Vereine, deren wichtigste waren der „Centralverein in Preußen für das Wohl der arbeitenden Classen“ aus dem Jahre 1844, die „Berliner Gemeinnützige Baugesellschaft“, die „Berliner Baugenossenschaft“ und schließlich der „Berliner Spar- und Bauverein“ (zukünftig BSBV) aus dem Jahre 1892. Waren diese Vereine im Einzelnen in ihren Ausprägungen höchst unterschiedlich, so hatten sie doch alle zumindest anfangs ein gemeinsames Ziel: die Minderung der Wohnungsnot durch vereinseigene Bautätigkeit sowie die wissenschaftlich-theoretische Reflexion der eigenen Tätigkeit.

Für den Centralverein wurde der Universitätsprofessor für Literatur und Sozialreformer Victor Aimé Huber (1800–1869) durch ausgeprägte Publikations- und Vereinstätigkeit zum Protagonisten der genossenschaftlich-reformerischen Richtung. Gemeinsam mit Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Eduard Pfeiffer gehört Huber zu der „Vätergeneration“ oder zur „Gründergeneration“ des modernen Genossenschaftsgedankens in Deutschland. Huber war der erste, der die Idee von Baugenossenschaften, wie sie eben skizziert wurde, aus England übernahm und sie in der deutschsprachigen Öffentlichkeit popularisierte.¹⁷ Er verband damit die Hoffnung, über Genossenschaften erzieherisch auf Erwachsene und Kinder einwirken zu können, und die soziale Not durch moralische „Verbesserung“ („innere Kolonisation“) des Menschen zu bekämpfen. Im hauseigenen Organ des Centralvereins, dem „Arbeiterfreund“, schrieb Huber 1865 zu den gesellschaftsstabilisierenden Wirkungen dieser sogenannten „inneren Kolonisation“: „Derjenige Vorzug aber [...] ist die Möglichkeit der vollen Entwicklung genossenschaftlicher Anstalten und der darin liegenden Hebung der sittlichen geistigen leiblichen und wirthschaftlichen Lebenserhaltung“.¹⁸ Der Ansatz Hubers zur Lösung der sozialen Frage war aus berechtigter Sorge vor revolutionären Bestrebungen entstanden. Die europaweite Choleraepidemie 1831/32, die Weberunruhen der 1840er Jahre und die viertägigen Berliner „Kartoffelunruhen“ 1847 – soziale Unruhen nach der Missernte von 1845 und der darauf fol-

¹⁷ Dazu diente vor allem ab 1849 die Zeitschrift „Concordia“ und Hubers viel diskutierte Schrift „Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“, welche ein Jahr zuvor anonym erschienen war.

¹⁸ Victor Aimé Huber: Ueber die geeigneten Maßregeln zur Abhülfe der Wohnungsnoth. In: Der Arbeiterfreund 3 (1865), S. 143–172, S. 156.

genden Wirtschaftskrise – zeigten, dass in den minderbemittelten Schichten ein politisches Potential entstanden war, dem nun durch materielle Unterstützung im Verbund mit professioneller pädagogischer Einwirkung die gesellschaftliche Sprengkraft entzogen werden sollte. Religiös-christliches bis hin zu humanistischem Gedankengut konservativ-reaktionärer Prägung bildete die Basis, auf der der Centralverein diesbezüglich eine hohe publizistische Tätigkeit entwickelte.

Neben dem Centralverein entstanden vor allem Baugenossenschaften, deren kapitalträchtigste die „Berliner Gemeinnützige Baugesellschaft“ gewesen ist, gegründet 1847 von dem Philanthropen Carl Wilhelm Hoffmann (1806–1898).¹⁹ Diese Genossenschaft entsprang einem Flügel des Centralvereins, in dem sich diejenigen Mitglieder sammelten, die einer praktischen Bautätigkeit den Vorzug gaben. Die engen Bindungen zum Centralverein blieben bestehen, Doppelmitgliedschaften waren üblich. Im Wesentlichen fungierte Hoffmann als Bindeglied zwischen den beiden Vereinen. Er ermöglichte es, dass die Baugesellschaft durch den Centralverein finanziell getragen wurde.²⁰ Seit 1856 war die Gesellschaft mit der „Aktienbaugesellschaft Alexandra-Stiftung“ assoziiert, die in der Berliner Oranienstraße, in der Ritterstraße und im südlichen Gebiet des heutigen Prenzlauer Bergs tätig wurde. Diese Bauten waren in Berlin das erste genossenschaftliche Ergebnis der Sozialreform.

Die konservative Ausrichtung der Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft ermöglichte ihr die Unterstützung durch das preußische Herrscherhaus. Bis zum Ende der Monarchie stand die Genossenschaft unter dem ausdrücklichen Protektorat des Kaiserhauses. Andere Genossenschaften, die das Ziel hatten, die Wohnungsnot zu lindern, wurden dagegen behindert, mit dem Argument, die Kräfte nicht durch zu viele verschiedene Unternehmungen zersplittern zu wollen.²¹ Die staatliche Instrumentalisierung zog auch eine andere Klientel als Arbeiter an, Mitglieder in der Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft wurden überwiegend „Kaufleute und Fabrikanten, Bankiers und hohe Beamte, Geistliche und Gewerbetreibende, Liberale und Konservative“.²² Vertreter der Arbeiterschaft, für die die Genossenschaft ursprünglich gedacht war, sollten auch als Mitglieder den Verein nicht mitgestalten. Sie waren faktisch ausgeschlossen, denn in den Statuten war festge-

19 Angabe nach Klaus Novy: *Die veralltäglichte Utopie – Richtungen genossenschaftlicher Wohnreform in Berlin vor 1914*. In: *Die Zukunft der Metropolen: Paris, London, New York, Berlin. Ausstellungskatalog, Bd. 1, Berlin 1984, S. 385–394, hier S. 387.*

20 Heinrich Albrecht: *Handbuch der sozialen Wohlfahrtspflege in Deutschland, Berlin 1902, S. 230.*

21 Arminius (Pseudonym der Gräfin Adelheid Dobna-Poninska): *Die Großstädte in ihrer Wohnungsnoth und die Grundlagen einer durchgreifenden Abhilfe, Leipzig 1874, S. 124.*

22 Bodien (wie Anm. 2), S. 293.

setzt, nur diejenigen aufzunehmen, die „eine längere ordentliche Führung“²³ aufwiesen. Zu einer ordentlichen Führung gehörte zu dieser Zeit jedoch ein fester Wohnsitz, den die wenigsten Arbeiter nachweisen konnten, ein solcher sollte ihnen ja erst durch die Genossenschaftstätigkeit ermöglicht werden! Somit hatte diese Gesellschaft noch den Charakter einer reinen Wohltätigkeitsorganisation ohne Selbsthilfekarakter.²⁴ Nach dem Ausscheiden Hoffmanns und des kapitalträchtigsten Aktionärs der Gesellschaft, Huber, verlor die Berliner Gemeinnützige Baugesellschaft ihre anfängliche Attraktivität. Auch die finanzielle Unterstützung des Staates konnte die Bautätigkeit nicht recht in Schwung bringen. Bis 1885 hatte man gerade einmal 24 Häuser mit 242 Wohnungen und bis zum Jahre 1900 39 Häuser für 369 Berliner Familien bauen können.²⁵

Die heute älteste und zeitweise größte Baugenossenschaft, die „Berliner Baugenossenschaft“ von 1886, ist eine Gründung des Eisenbahndirektors und Berliner Reichstagsabgeordneten für die „Freisinnige Vereinigung“ Karl Schrader (1834–1913).²⁶ Dieser war ein überzeugter Anhänger von Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827), der ab Frühjahr 1771 seinen „Schweizer Hof“ auf dem Birrfeld bei Brugg zu der Armenanstalt „Neuhof“ ausgebaut hatte (bis 1779) und später in Burgdorf Erziehungsanstalten aus Schule, Pensionat, Schulmeisterseminar und Waisenhaus zu einer siedlungsähnlichen Einheit verband. Schrader wollte Teile von Pestalozzis Versuch, der sich in ländlicher Umgebung bewährt hatte, in ein städtisches Umfeld übertragen. Neben diesen Versuchen aus der Schweiz orientierte er sich bei Statut und Organisation seiner Genossenschaft eng an weiteren ausländischen Vorbildern wie den Kopenhagener und Flensburger Arbeiterbauvereinen.²⁷ In Adlershof, Hermsdorf und am Baumschulenweg in Treptow entstanden für Arbeiter und Beamte bis 1888 177 Mehrfamilienhäuser. Nach Zahlung eines Drittels des Wertes fand eine Eigentumsübergabe der Wohnung an den Genossen statt, so dass bis 1899 105 Mehrfamilienhäuser aus dem Verein entlassen werden konnten. 1891 hatte die Berliner Baugenossenschaft ca. 800 Mitglieder und noch 60 Häuser zu je zwei Wohnungen.²⁸ Es gelang, einen Vertrag mit der Firma Borsig zu schließen, der es ermöglichte, Betriebswohnungen in Tegel

23 Gaebler (wie Anm. 13), S. 10. Weitere Kriterien waren ein guter Ruf, der Besitz eigener Möbel, ein Arbeitsnachweis und ein mindestens fünfjähriger Aufenthalt in Berlin. Unter den Bewerbern, die dies erfüllten, wurden dann Familienväter bevorzugt.

24 Arndt/Rogall (wie Anm. 16), S. 81.

25 Arbeiter-Wohnungen in Berlin. In: *Deutsche Bauzeitung* 25, 24, 8 April (1891), S. 170–172, hier S. 171. Hinzu kommen noch 21 Häuser der Alexandra-Stiftung, die von 238 Familien bewohnt wurden; Albrecht, *Handbuch* (wie Anm. 20), S. 273.

26 *GStA PK, I. HA Rep.120, BB VII, 1, 11, Bd. 5, S. 89–106; GStA PK, I. HA Rep.120, BB VII, 1, 11, Bd. 6, S. 64–73.*

27 *GStA PK, I. HA Rep.120, BB VII, 1, Nr. 11, Bd. 1, S. 350ff.*

28 [Heinrich Albrecht]: *Die Verbesserung der Wohnungen. Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 25. und 26. April 1892, Berlin 1892 (= Schriften der Centralstelle für Arbeiter- Wohlfahrtsvereinigungen, Bd. 1), S. 39.*

zu errichten. Am 1. Mai 1900 wurden die ersten 35 Häuser übergeben.²⁹ Das Konzept freistehender preiswerter Einfamilienhäuser ließ sich nach der Jahrhundertwende allerdings nicht mehr finanzieren, und die Berliner Baugenossenschaft begann ab 1905, Wohnungen in Geschossbauweise zu errichten. Deren bekanntestes Bauwerk war das „Karl-Schrader-Haus“ im Wedding mit 200 Wohnungen und vielfältigen sozialen Einrichtungen.

Bis in die 1870er Jahre wirtschaftete somit die Berliner Gemeinnützige Baugesellschaft in der preußischen Hauptstadt ohne wirkliche genossenschaftliche Konkurrenz, bis sich zwischen 1871 und 1880 auf einmal zahlreiche Bauvereine konstituierten und ebenfalls den Kapitalmarkt beanspruchten.³⁰ Allein im Jahre 1871 entstanden der „Land-Bauverein“, der „Aktienverein der Vereinigten Bauunternehmer“, der Bauverein „Vereinigte Berliner Bürger“ und der Bauverein „Vereinigte Beamte und Handwerker“. Das folgende Jahr brachte in ganz Deutschland eine Welle von Vereinsgründungen, die von der wirtschaftlichen Situation nach dem gewonnenen Krieg profitieren wollten. Unter den mehr als 35 Vereinen waren die wichtigsten: der „Deutsche Central-Bauverein“, die Baugesellschaft „Cottage“, der Bauverein „Eintracht“ und der Bauverein „Selbst-Hilfe“.³¹ Von diesen Baugenossenschaften konnten sich nur sehr wenige über die Rezession von 1874 hinaus halten, in Berlin keine einzige.³²

Julius Post und die „Centralstelle“ als Netzwerkkoordinate

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts agierten somit unterschiedliche Reformunternehmen neben dem privaten Wohnungsbau und den kommerziellen Terraingesellschaften. Trotz organisatorischer und ideologischer Vielfalt blieben die Mitgliederzahl und der Einfluss der sozial ausgerichteten Projekte gering, eine namhafte Steigerung setzte eigentlich erst in der Weimarer Republik ein. Die relativ geringe Zahl verwirklichter Projekte ist in den meisten Städten jedoch weniger ein Versäumnis der Baugenossenschaften als vielmehr ein Ergebnis mangelnder staatlicher Unterstützung bis hin zu Behinderung. Dass es, bei staatlicher Förderung und durch Einsatz renommierter Gründerpersönlichkeiten, auch anders gehen konnte, beweist die Gründung des Berliner Spar- und Bauvereins.

Die Wohnungsnot der Arbeiterschaft und Unterschichten war den staatlichen Stellen selbstverständlich nicht unbemerkt geblieben. Doch erst aus

²⁹ Albrecht, *Handbuch* (wie Anm. 20), S. 272.

³⁰ Edmund Krokisius: *Die unter dem Protectorat Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II. stehenden Berliner gemeinnützige Bau-Gesellschaft und Alexandra-Stiftung*, Berlin 1896, S. 21.

³¹ Eine annähernd vollständige Liste findet sich bei Krokisius (wie Anm. 30), S. 22–23.

³² Arndt/Rogall (wie Anm. 16), S. 82.

Furcht vor der immer stärker werdenden Sozialdemokratie wurde der Staat aktiv und beabsichtigte zunächst, die Ursachen zu erforschen. Dazu wurde unter anderem die „Centralstelle für Arbeiter- und Wohlfahrtseinrichtungen“, die spätere Zentralstelle für Volkswohlfahrt, gegründet.³³ Mit einem programmatischen Brief an das Preußische Handelsministerium, welcher bereits das Aufgabenfeld der späteren Centralstelle skizzierte, war von dem Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Julius Karl August Julius Post (1846–1910), ihrem ersten Direktor, am 15. Mai 1890 die Idee zu einer Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung geboren worden.³⁴

Post, ein Chemieprofessor aus Hannover, hatte dort 1871 die „Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung“ mitbegründet, die sich besonders die Professionalisierung der Arbeiterweiterbildung zum Ziel gesetzt hatte.³⁵ 1893 wurde er als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe nach Berlin berufen, wo er an der Technischen Hochschule und an der Bergakademie Gesundheitslehre unterrichtete. Von bleibender Aktualität ist Posts Schrift „Arbeit statt Almosen“,³⁶ in der er seine Erkenntnisse der psychosozialen Folgen von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit auf die Gesamtverfassung des Menschen und seine Sozialbeziehungen darlegte und Abhilfe durch Bildung und Weiterbildung versprach. Die Gründung der Centralstelle für Arbeiter- und Wohlfahrtseinrichtungen ist eine Fortsetzung dieser Bemühungen. Offizielle Aufgabe war die Einrichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle des Sozialwesens sowie die Förderung der Forschung und Publikationstätigkeit auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrt. Entgegen anfänglicher Bestrebungen wurde die Centralstelle als privatrechtlicher Verein und nicht als staatliche Behörde organisiert.³⁷ Mit der Freistellung von Beamten und der Überlassung von Räumlichkeiten des Preußischen Handelsministeriums zur Geschäftsführung besaß die Centralstelle jedoch faktisch einen halbstaatlichen Charakter. Das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe war, neben dem „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ und weiteren regionalen Wohlfahrtsvereinen, maßgeblich an der Gründung der Centralstelle beteiligt.

Im Preußischen Handelsministerium war im Januar 1890 der Düsseldorfer Oberpräsident Hans Hermann Freiherr von Berlepsch (1843–1926) zum neu-

³³ Hierzu Marcus Paul: *Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz*. In: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000), S. 93–137, hier S. 96 ff.

³⁴ *GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1,38, Bd. 1, 5–12v.*

³⁵ Siehe Horst Dräger: *Volksbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Bd. 2, Göttingen 1984, S. 62–68.

³⁶ Julius Post: *Arbeit statt Almosen. Beitrag zur Social-Technik*, Bremen 1881.

³⁷ Kromrey (wie Anm. 15), S. 25.

en Minister berufen worden.³⁸ Damit gelangte erstmals ein Vertreter des „Neuen Kurses“, eine gegen Bismarck gerichtete gemäßigte Reformbewegung, an eine leitende Regierungsposition in Berlin. Von Berlepsch schloss eine direkte staatliche Förderung des Arbeiterwohnungsbaus zwar aus, bot jedoch genossenschaftlichen Hilfsprojekten ausdrücklich die ideelle und personelle Unterstützung seines Ministeriums an und war in seiner Behörde später als Förderer des BSBVs bekannt.³⁹ Durch Post wurde er über die Gründung und Tätigkeit des BSBVs gründlich informiert: Im März 1893 legte Post für den Handelsminister ein „Geheimes Journal“ über den BSBV an, ein in Bezug auf Baugenossenschaften in den überlieferten Aktenbeständen des Handelsministeriums einmaliger Vorgang.⁴⁰ Es war das erklärte Ziel der Centralstelle, auch einen praktischen Versuch auf sozialem Gebiet zu unternehmen, nämlich in Form einer sozial ausgerichteten Baugenossenschaftsgründung einschließlich Wohlfahrtseinrichtungen.

Post konnte auf diesem Gebiet bereits praktische Erfahrungen einbringen, da er an der Gründung des „Hannoveraner Spar- und Bauvereins“ beteiligt gewesen war.⁴¹ Diese Baugenossenschaft erlaubte es, durch erweiterte Leitungsorgane Arbeiter direkt an der Organisation zu beteiligen.⁴² Posts persönliches Engagement in dem Hannoveraner Spar- und Bauverein ließ ihm diese Organisationsform als das zeitgemäße Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot auch in Berlin erscheinen.⁴³

Zu Beginn des Jahres 1891 besuchte eine Delegation der Centralstelle diesen Musterbauverein, der die Anregung und Vorlage zu der Berliner Gründung geben sollte. Unmittelbar vor der Gründung einer Berliner Baugenossenschaft nach Hannoverschem Vorbild sprach Post, gemeinsam mit Dr. Richard Freund (1859–1941), dem Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, Arbeiter an, die für den Gedanken der Selbsthilfe geeignet schienen und die zumeist durch ihre Mitarbeit in der Centralstelle oder in anderen öffentlichen Anstalten schon ein gewisses Organisationstalent bewiesen hatten. Über Vertrauensleute und „Räte für den Betrieb“ warb man auch in Fabriken Mitglieder, bis man um die 650 Personen gewonnen hatte. Viele der ersten Mitglieder stammten aus Heinrich Freeses Berliner Jalousie-Unternehmen, welches 1885 von Hamburg nach Berlin verlegt worden war.

³⁸ Zu von Berlepsch siehe: Karl Erich Born: *Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, Wiesbaden 1957* und Hans-Jörg von Berlepsch: „Neuer Kurs“ im Kaiserreich? *Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896*, Bonn 1987.

³⁹ *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1.11, abb.8, Bd. 1, S. 1ff*; *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1.11, Bd. 9, S. 89f.*

⁴⁰ *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 10, S. 68.*

⁴¹ *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 6, S. 245–249.* – *Der Grundsatzartikel von Julius Post: Wohnverhältnisse der kleinen Leute in Hannover. In: Hannoverscher Courier 16149 (01.12.1889), S. 3.*

⁴² P. Schmidt: *Der Spar- und Bau-Verein zu Hannover als Muster für die Lösung der „Kleinen-Wohnungs-Frage“ in den Großstädten. In: Der Arbeiterfreund 30 (1892), S. 34–50.*

⁴³ *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1,38, Bd. 1, S. 6f.*

Heinrich Freese (1853–1944), ebenfalls ein Mitglied des Centralvereins, war dafür bekannt, neben vielen sozialen Einrichtungen, im Jahre der Vereinsgründung 1892 den Acht-Stunden-Tag reichsweit als erster Unternehmer eingeführt zu haben.⁴⁴ In den Jahren um die Gründungszeit des Vereins beschäftigte er sich auch wissenschaftlich mit der Wohnungsnot.⁴⁵

Adolf Damaschke (1865–1935)⁴⁶, ein weiterer bedeutender Sozialreformer und Pädagoge, der sich an der Vereinsgründung beteiligte, war damals voller Begeisterung für eine neue Berliner Baugenossenschaft mit sozialem Impetus. Nach seiner 1928 veröffentlichten Lebenserinnerung will Damaschke die notwendige Mitgliederwerbung unter Arbeitern fast im Alleingang durchgeführt haben.⁴⁷ Damaschke war seit 1886 Volksschullehrer in Berlin, trat aber vor allem als Bodenreformer, Journalist und Nationalökonom hervor, der in der Bodenreformbewegung mit der Forderung nach Verstaatlichung des Bodens Aufmerksamkeit erregt hatte. Er gründete später den „Bund der deutschen Bodenreformer“ und wurde dessen erster Vorsitzender. Auch war er als Redakteur der Zeitschrift „FreiLand“, als Generalsekretär der „Deutschen Naturheilvereine“ und als Vorstandsmitglied der „Deutschen Gartenstadtgesellschaft“ aktiv. Er zählt unter den Berliner Genossenschaftsgründern zu den Vertretern der Lebensreform, die eine Veränderung der Lebensführung als Lösung gesellschaftlicher Probleme ansahen.

Heinrich Albrecht: pragmatische Genossenschaftspolitik

Vorangetrieben wurde das erste Projekt vor allem von dem bereits erwähnten Heinrich Albrecht.⁴⁸ Er war lange Zeit die wichtigste Person innerhalb des BSBVs, dem er mit der Genossenschaftsnummer 184 beitrug. Damit schloss sich ein noch junger vielversprechender Aktivist dem Verein an, der im Netzwerk der reichsweiten Reformbewegung eine nicht unwesentliche Koordinate ausmachte. Wer war dieser Mann? Schon sein Großvater, Johann Ludwig Schmidt, war nicht nur ein erfolgreicher Altonaer Kaufmann und Weinessigfabrikant, sondern ein um das Gemeinwohl bemühter Praktiker, der unter

44 Martin Küster: *Ein konstitutioneller Fabrikmonarch: Heinrich Freese*. In: *Anmerkungen zur Geschichte Berlin-Brandenburgs. Ein Kolloquium. Ingo Materna zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von H.-J. Mende, Berlin 1999, S. 83–106, hier S. 93.

45 Siehe dazu Heinrich Freese: *Wohnungsnot und Absatzkrise*. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 3. Folge, 6 (1894), S. 641–669.

46 *Zu seinem Leben und Wirken innerhalb der Baureform siehe jetzt vor allem: Adolf Damaschke und Henry George. Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform*. Hrsg. von K. Hugler, H. Diefenbacher, Marburg 2005.

47 *Adolf Damaschke: Aus mein Leben*, Berlin 1928, S. 279.

48 *Arndt/Rogall* (wie Anm. 16), S. 88. *Zu seiner Biographie: Zu Professor Albrechts 60. Geburtstag*. In: *Concordia, Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt* 23, 6 (1916), S. 89–91. – *Albrecht, Carl Heinrich Wilhelm*. In: *Deutsche Wirtschaftsführer*. Bearb. von Georg Wenzel, Hamburg 1929, S. 19–20. – *Albrecht, Heinrich*. In: *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft*, Bd. 1, 1930, S. 15.

anderem die optische Telegraphie erfand. Sein Sohn wurde Apotheker in Oldenburg, wo Heinrich Albrecht zur Welt kam. Er machte zunächst als Langzeitstudent seiner Familie Sorgen: von 1875 bis 1879 war er in Ingenieurskunde an der Technischen Hochschule Hannover eingeschrieben, bis er von 1884 bis 1888 an der Berliner Universität verschiedene Fächer belegte, um schließlich in den Staatswissenschaften 1889 mit einem kleinen Bändchen „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinkraftmaschinen“ zu promovieren. Dank seiner bedeutenden Lehrer und Förderer Adolf Wagner (1835–1917) und Gustav Schmoller (1838–1917) gelang es ihm schnell, beruflich Fuß zu fassen, zunächst als Fachjournalist. Als Redakteur der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hatte er in den 1880er Jahren Erfahrung in der Hygienebewegung gesammelt und wirkte in Berlin über viele Jahre als Vorsitzender des Ortsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege. Seit 1893 war er Redakteur der Zeitschrift „Für's Deutsche Haus“, ein illustriertes Familienunterhaltungsblatt für Arbeiterinnen, das allerdings nach eineinhalb Jahren wegen Erfolglosigkeit eingestellt werden musste. Später war Albrecht Initiator der erfolgreicheren Fachzeitschrift „Wohnungswesen“ (ab 1902), und, gemeinsam mit Julius Post, Herausgeber der „Zeitschrift der Centralstelle für Volkswohlfahrt“ („Concordia“) sowie des „Technische[n] Gemeindeblatt[s]“ (von 1899 bis 1928). Daneben versuchte er, durch eine Vielzahl von Einzelschriften sozialreformerisch zu wirken. Eingebunden war er in ein Netzwerk zahlreicher nationaler wie internationaler Institutionen und Vereine, beispielsweise als Mitglied des Instituts für Ökonomie an der Frankfurter Universität, des Deutschen Vereins für Wohnungswesen, des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen, des Westfälischen Wohnungsvereins, der Société française des habitations à bon marché, des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften, und er saß im Aufsichtsrat der Preußischen Landespfandbriefanstalt. Da es noch immer keine fundierte Biographie dieses bedeutenden Sozialpraktikers gibt, wissen wir über die tatsächliche Tätigkeit Albrechts in diesen Organisationen wenig.

In der Centralstelle leitete Albrecht 1892 das Referat für „Hautpflege, Ernährung, Arbeitsräume und Verwandtes“,⁴⁹ später das Referat für gemeinnütziges Wohnungswesen. Für die Centralstelle organisierte er 1900 die Arbeiterwohlfahrtpräsentation auf der Weltausstellung in Paris und die „Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt des Reichsamts des Inneren“ in Berlin. Zusätzlich lehrte er als Professor an der Berliner Handelshochschule Sozialwissenschaften. 1906 trat Albrecht die Nachfolge Posts in der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ an, der Nachfolgeorganisation der Centralstelle. Bei all seinen praktischen Tätigkeiten bemühte sich Albrecht um intellektuelle Reflexion seines

49 *GSAPK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1,38, Bd. 2, S. 59.*

Tuns. Sein Bestreben war, weniger auf der Basis einer säkularisierten postchristlichen Moralität sozialreformerische Modelle zu entwickeln, als vielmehr auf den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen seiner Zeit aufbauend, möglichst breite soziale Bewegungen, verschiedene Sozialschichten und auch die Legislative in die Sozialreform zu integrieren. Die Intervention des Staates in sozialen Problembereichen, wie es der Wohnungsmarkt war, wurde von dieser Seite weitgehend bejaht, da der liberale Glaube an die gesellschaftliche Selbstregulation mittels sozialreformerischer Modelle schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts seine Überzeugungskraft zunehmend eingebüßt hatte.

Des Weiteren spielte in den ersten Jahren des BSBVs das Mitglied Valentin Weisbach (1843–1899) eine gewichtige Rolle. Als vermöglicher Rentier und Bankier finanzierte er maßgeblich das erste Projekt in der Sickingenstraße. Daneben engagierte er sich auch im „Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin“, in dem er ebenfalls als Gründer fungierte.⁵⁰ Weisbach war es vor allem, der den Kontakt zu dem Architekten und Regierungsbaumeister Alfred Messel (1853–1909) herstellte, der ebenfalls frühzeitig dem BSBV beitrug, was weitreichende Folgen haben sollte.⁵¹ Gemeinsam mit Messel betrieb er ein Reformprojekt in der heutigen Weisbachstraße in Friedrichshain.⁵² Messels Unterstützung für den BSBV lag vor allem darin, dass er auf sein Architektenhonorar verzichtete und als Bindeglied zur Vereinigung Berliner Architekten fungierte.⁵³ Von dem sozialen Sinn genossenschaftlicher Projekte überzeugt, leistete er die Bauleitung für den Verein bis 1902, als er wegen einer Erkrankung, andauernder Konflikte mit den Arbeitern und neuer architektonischer Interessen von der Vereinsführung zurücktrat.⁵⁴ Die Entscheidung für den mit der Familie Rathenau befreundeten Architekten war kein Zufall, denn gerade im Jahr 1892 hatte sich Messel mit dem Bau des Volkskaffeehauses in der Chausseestraße 105 für ein soziales Vorhaben engagiert. Mit dem Förderer des Vereins, Heinrich Albrecht, gab er dann 1896 die Schrift „Das Arbeiterwohnhaus“ heraus, einen Leitfaden zum hygienischen und unfallfreien Bauen. Durch dieses Engagement wurde Messel in Deutschland das, was Henry Roberts für England war: der berühmteste Reformarchitekt für Arbeiterhäuser des 19. Jahrhunderts.⁵⁵

⁵⁰ *GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 5, S. 236–244; GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 6, S. 100–105; GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 8, S. 29–90.*

⁵¹ *Brigitte Jacob: Alfred Messel. In: Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins. Hrsg. von Wolfgang Ribbe, Wolfgang Schäche, Berlin 1987, S. 301–320, hier S. 309.*

⁵² *An diesem Projekt arbeitete Messel bereits seit 1890; GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, Bd. 7, 114, S. 163–165, 193–196, 208–209 und Bd. 8, 2, 29–36, S. 191 f.*

⁵³ *GStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1, 11, adbib. 2, Bd. 1, S. 363.*

⁵⁴ *Heinrich Albrecht: Der Berliner Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. In: Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen 1, 13 (1894), S. 161–165, hier S. 162; Amtsgericht Charlottenburg (zukünftig: AGC), Abt. 94, GnR 206 NZ, Bd. 6, „Genossenschaftsregister“ (ohne Seiten); AGC, GnR 185 alt, 296.*

⁵⁵ *Gauldie (wie Anm. 12), S. 226.*

Die weitere Finanzierung wurde möglich durch Rückgriff auf ein weitgespanntes Beziehungsnetzwerk, das über die eigentliche Genossenschaft hinausging. Geldgeber waren der preußische Handelsminister Freiherr von Berlepsch und der Schultheiß-Brauereidirektor Richard Roesicke (1845–1903). Dass der Weg für das Pilotprojekt von allen Hindernissen frei geräumt werden konnte, war nicht zuletzt ein Verdienst von Heinrich Freese, der zu den professionellen bürgerlichen Reformern im Vorstand des BSBVs zählte. Er war aufgrund seiner beruflichen Kompetenz ein geeigneter Kassenführer und hatte dieses Amt als Vorstandsmitglied für den BSBV bis 1909 inne.⁵⁶ Freese gelang es, von Berlepsch und Roesicke dafür zu gewinnen, je 10 000 Mark zu vier Prozent anzulegen.⁵⁷ Mehr war nicht möglich, da, um den Einfluss einzelner Personen in Grenzen zu halten, die Höchstzahl von Geschäftsanteilen in einer Hand auf zehn Stück festgelegt war. Daher mussten weitere Kapitalgeber gefunden werden. Am 4. Juli 1893 bat von Berlepsch den damaligen Bürgermeister von Berlin, Robert Zelle (1829–1901), um Unterstützung bezüglich einer Darlehensbewilligung der Berliner Versicherungsanstalt für den BSBV, die dieser besonders verdiene, „weil er aus der Initiative der Arbeiter hervorgegangen ist“ und diese zur „Mitarbeit an einer praktischen Aufgabe“ erziehen würde.⁵⁸ Des Weiteren waren vor allem die Eisenbahner-Pensionskasse, die Invaliditäts- und Alters-Versicherung und die Krankenkassen wichtige Darlehensgeber, die einen Teil des ersten Bauprojekts gemeinsam finanzierten.⁵⁹ Dass die Rücklagen dieser Anstalten dem Wohnungsbau zinsgünstig zur Verfügung gestellt werden konnten, war 1889 auf Initiative von Karl Schrader hin möglich geworden.⁶⁰ Es gelang dem BSBV, Mitglieder in führenden Positionen aus diesen Körperschaften anzuwerben. Deren Einsatz in Form von Baudarlehen wurde zu Recht als die Ursache des raschen Aufstieges der Genossenschaft und seiner schnell fertig gestellten Bauprojekte betrachtet.⁶¹ Rechtlich ermöglichte die Baudarlehen ein Ministerialerlass vom 2. August 1892,⁶² der ganz auf die Bedürfnisse des BSBV zugeschnitten war.

56 *AGC, Abt. 94, GnR 206 NZ, Bd. 6, „Genossenschaftsregister“ (ohne Seiten).*

57 *Detaillierte Aufschlüsselung der Finanzierung bei Kromrey (wie Anm. 15), S. 57.*

58 *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1.11, adbib.6, Bd. 1, S. 136v.*

59 *GSStA PK, I. HA Rep. 120, BB VII, 1.11, adbib.6, Bd. 1, S. 136–146.*

60 *Klaus Novy, Barbara von Neumann-Cosel (Hrsg.): Zwischen Tradition und Innovation. 100 Jahre Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892, Berlin 1992 Wohnreform in Berlin, Bd. I), S. 9–10.*

61 *Albrecht, Handbuch (wie Anm. 20), S. 263.*

62 *Heinrich Albrecht: Fünf Jahre praktisch-sozialer Tätigkeit, Berlin 1898 (= Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Bd. XIV), S. 22.*

Gründung des Berliner Spar- und Bauvereins als Genossenschaft

Zu Jahresbeginn 1892 wurde es konkret: Am 8. Januar 1892 fand in Berlin die konstituierende Gründungssitzung der neuen Baugenossenschaft statt, und bereits am 26. Februar 1892 unterzeichneten 38 Personen die Gründungsurkunde.⁶³ Da jedoch das Königliche Amtsgericht Berlin I präzise Angaben über den Wahlmodus von Vorstand und Aufsichtsrat verlangte, mussten die Statuten geändert werden, die dann am 1. März 1892 vom Amtsgericht genehmigt wurden.⁶⁴ Wenige Tage darauf, am 12. März 1892, wurde der „Berliner Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts eingetragen.⁶⁵ Damit beginnt rechtlich die Tätigkeit des BSBVs.

Die Rechte und Pflichten der Genossenschaftsorgane, also Vorstand, Aufsichtsrat und die Generalversammlung, leiteten sich aus den „Bestimmungen für die Geschäftsführung“, aus der Satzung (auch Statut) und aus einer Geschäftsanweisung der Generalversammlung ab. Sie orientierten sich maßgeblich an denen des Hannoveraner Spar- und Bauvereins von 1885.⁶⁶ Das wirkte sich besonders in einem Detail aus: Als erster Bauverein überhaupt hatte vermutlich die Hannoveraner Genossenschaft weibliche Mitglieder zugelassen.⁶⁷ Frauen wurde also auch im BSBV von Anfang an die Mitgliedschaft ermöglicht, ebenso hatten sie zu allen Versammlungen Zutritt. Bis 1902 stieg ihr Anteil stetig auf fast zehn Prozent der Mitglieder (228 Personen).⁶⁸ 1914 waren sogar 19,9 Prozent, also fast ein Fünftel der Mitglieder, Frauen.⁶⁹ Die Leitungsgremien waren dagegen alle bis lange nach 1945 durchgängig mit Männern besetzt.⁷⁰

Zu seiner Anfangszeit, als noch wenig Kapital angespart war, wurde der Verein und sein erstes Bauprojekt in der Tat größtenteils von sozialreformerisch engagierten Unternehmern und einigen wissenschaftlich arbeitenden Privatpersonen getragen und auch vorfinanziert. Eine Anlaufperiode, in der man das Konzept, nach dem gebaut werden sollte, diskutiert hätte, hat es nicht

63 AGC, GnR 185 alt, 1–3.

64 AGC, GnR 185 alt, 28–37.

65 AGC, GnR 185 alt, 39.

66 Die Satzung ist abgedruckt in: (Albrecht, Heinrich): *Die Verbesserung der Wohnungen. Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 25. und 26. April 1892, Berlin 1892 (= Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Bd. 1)*, S. 361–365.

67 *Wohlfahrts-Correspondenz 1 (1892)*, S. 33.

68 Kromrey (wie Anm. 15), S. 39.

69 Bei der ungewöhnlich hohen Zunahme weiblicher Mitglieder mag es sich um „taktische“ Mitgliedschaften gehandelt haben: Getrennte Einzahlungen eines jeden Ehepartners boten die doppelte Chance bei der Wohnungsverlosung als bei der Zeichnung eines zweiten Geschäftsanteils durch den Mann oder die Frau.

70 Nach §2 der Wahlordnung für Vorstand und Aufsichtsrat war die Ernennung auch von Frauen bei Wahlvorschlägen möglich; Wahlordnung, Hrsg. vom Berliner Spar- und Bauverein, um 1910.

gegeben; sofort nach Gründung trat der Verein mit seinem ersten Bauprojekt hervor. Zwar gab es von Anbeginn an „zwei Parteien, von denen die eine das Endziel und die andere die sofort zu verwirklichenden Reformen in den Vordergrund stellen wollte“ – doch konnte sich die letztere Gruppierung schnell durchsetzen.⁷¹

Der Berliner Spar- und Bauverein ist dann überall dort aktiv geworden, wo der Staat und Privatinitiativen versagten: bei der Wohnreform, beim Bibliothekswesen, bei den Kindergärten oder bei der Arbeiterbildung. Völlig neue Bildungskonzepte wurden von den Gründern aber nicht erprobt, sondern man bediente sich verschiedener vorhandener Konzepte, setzte sie aber erstmals in die Praxis um. Bei diesem Praxisversuch unterschied sich die Genossenschaft wesentlich von rein kommerziell ausgerichteten Baugenossenschaften, konnte sich aber, im Gegensatz zu den utopisch ausgerichteten Unternehmungen („Eden“ oder die „Freie Scholle“) am Markt behaupten und in Berlin bis zum Ende des Kaiserreichs große Wohnanlagen errichten, wie die Siedlung Sickingenstraße (1894/95), „Westend“ in Charlottenburg (1895–1897), Siedlung Proskauer Straße (1897/98) in Friedrichshain, Siedlung Stargarder Straße im Prenzlauer Berg (1899/1900), Nordufer im Wedding (1905), Alt-Tempelhof (1905) und Charlottenburg I (1906–1913).

Doch auch darüber hinaus war diese Genossenschaft ein Impulsgeber: Durch das Netzwerk von Reformeinrichtungen und persönlicher Kontakte der Vereinsführung entstanden bald im ganzen Deutschen Reich gemeinnützige Baugenossenschaften nach dem Berliner Vorbild. Durch seine Größe (1929: 8 000 Bewohner in 16 Wohnanlagen bei knapp 30 000 Mitgliedern) und vor allem durch seine Multiplikatoren wurde die Konzeption des Berliner Spar- und Bauvereins vielfach kopiert und schließlich sogar von staatlichen Stellen übernommen.

Schluss

Wenngleich es „Väter“ der Produktions- und Konsumgenossenschaftsbewegung, wie Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Eduard Pfeiffer gab, so gilt Gleiches nicht für Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Hier waren unterschiedliche Reformer an verschiedenen Orten tätig. In Berlin waren dies vor allem Franz Oppenheimer, Julius Post und Heinrich Albrecht. Bislang war nicht bekannt, wie eng diese Personen miteinander kooperierten und ihre Ideen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Genossenschaftsgründung austauschten.

⁷¹ Heinrich Freese: *Die Bodenreform, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft*, Berlin 1918, S. 213.

Der Kreis Berliner Genossenschaftsgründer zeichnete sich vor allem durch Professionalisierung aus. Es handelte sich nicht um Projekte der Selbsthilfe, auch nicht um in erster Linie christlich oder humanistisch motivierte Unternehmungen, sondern um Gründungen seitens akademisch ausgebildeter Theoretiker, die das zukunftsweisende Potential ihrer Ideen mit Praxisversuchen belegen wollten. Dazu waren Genossenschaften prädestiniert, da sich der liberale Staat des 19. Jahrhunderts für die Wohnungsfrage nicht zuständig sah und diese Aufgabe anderen gesellschaftlichen Kräften überließ. Neben dem „Centralverein“, der „Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft“ und anderen Unternehmungen war die Gründung des „Berliner Spar- und Bauvereins“ für die Berliner Genossenschaftsgeschichte ein besonderes Ereignis mit langfristigen Folgen für die lokale Genossenschaftsgeschichte im engeren, aber auch für die Wohlfahrtsgeschichte im weiteren Sinne, auf die an dieser Stelle jedoch nicht näher eingegangen werden konnte. Der Berliner Spar- und Bauvereins, die größte sozialreformerische Baugenossenschaft Berlins, stellte vor allem eine Plattform bereit, auf der sich Reforme wie Freese, Damaschke u.a. betätigen konnten und endlich konkrete Antworten auf das drängende Problem der Wohnungsnot und der schlechten Wohnverhältnisse geben konnten. Diese Antworten entstanden in enger Verbindung mit Posts „Centralstelle“, einer der wichtigsten Einrichtungen im Netzwerk Berliner Genossenschaftsbestrebungen. Das erste Resultat, der Bau eines Wohnhauses in der Sickingenstraße, muss als konkretes Ergebnis verschiedener genossenschaftlicher Bestrebungen gesehen werden, die schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkamen und sich erst langsam von der Theorie in die Praxis transformierten. War der Damm gebrochen und das Funktionieren des genossenschaftlichen Konzepts bewiesen, wurden die schnell expandierenden Siedlungen des BSBV in Berlin bald zum unverzichtbaren Lösungsbeitrag der sozialen Frage, im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik.

Rudolf Schmidt und die Baugenossenschaft der Buchdrucker

Rudolf Schmidt gehört zu den unzähligen Genossenschaftsgründern, über die kaum etwas bekannt ist. Wer waren diese Menschen, was trieb sie an? In dem vorliegenden Beitrag wird versucht, über die Gründung der Baugenossenschaft der Buchdrucker mehr über Rudolf Schmidt zu erfahren.

Am 27. September 1927 kamen sieben Männer zusammen, um den „Gemeinnützigen Bauverein für Kleinwohnungen von Groß-Hamburg“ zu gründen. Bei den Gründungsmitgliedern handelte es sich um zwei Kaufleute, einen kaufmännischen Angestellten, zwei Schriftsetzer, einen Straßenbahner und einen Prokuristen. Vermutlich kannten sich die sieben Männer seit längerer Zeit. Aus dem Kreis der Gründer waren einige selbst oder deren Angehörige im Druckgewerbe tätig, so dass erste Kontakte möglicherweise über berufliche Zusammenhänge entstanden waren. Die Gründungsversammlung fand in der Wohnung des Schriftsetzers Rudolf Schmidt in der Hohensteiner Straße 3 auf dem Dulsberg statt. Schmidt gehörte mit dem kaufmännischen Angestellten Hans Timm zu den Initiatoren. Dem Gründungsprotokoll zufolge führte Schmidt in seinem einleitenden Vortrag aus, „daß alle Anwesenden als Wohnungssuchende sich vor zu hohen Mieten zu schützen hätten“.¹ Somit darf als Motiv der Genossenschaftsgründung die eigene Betroffenheit angenommen werden, auch wenn keiner der sieben Männer später eine Genossenschaftswohnung bezog. Schmidt selbst bewohnte eine erst wenige Jahre zuvor auf dem Dulsberg errichtete Kleinwohnung. Fest steht dagegen, dass die Gründung von Anbeginn dem Gemeinwohl dienen sollte. Die Baugenossenschaft sollte auf gemeinnütziger Grundlage errichtet werden „im Interesse und zur Hebung einer gesunden und sozialen Wohnungswirtschaft“. Weiter führt Schmidt aus: „Nur durch Errichtung von Klein- und Kleinstwohnungen

¹ Protokoll der Gründungsversammlung vom 27.9.1927, Archiv der Baugenossenschaft der Buchdrucker (künftig ABB), Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.

und eine raumsparende Ausnutzung der Wohnflächen, selbstverständlich unter Beachtung aller neuzeitlichen hygienischen und sanitären Anlagen, sei ein billiges und gesundes Wohnen möglich.“²

Die Gründung der Baugenossenschaft war offensichtlich seit geraumer Zeit bis ins Detail vorbereitet worden. Weder gab es über die soziale Ausrichtung des Bauvereins noch über die Organisationsform eine Diskussion. Auch die Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates verlief ohne Zwischenfall. In den Vorstand wurden Rudolf Schmidt als Geschäftsführer, der Kaufmann Henry Paaby als Rechnungsprüfer und Hans Timm als Beisitzer gewählt. Die übrigen vier Männer bildeten den Aufsichtsrat. Die treibende Kraft bei der Gründung der Baugenossenschaft war ohne Zweifel Rudolf Schmidt. „Um von vornherein alle Streitigkeiten für die zukünftige Verwaltung auszuschalten“, brachte Hans Timm den Antrag ein, Schmidt „als zukünftigen Verwaltungsbeamten mit unkündbarem Vertrag und einem den Zeitverhältnissen [...] entsprechenden Gehalt einzusetzen“. Der Antrag wurde zwar einstimmig angenommen, vorerst musste jedoch ehrenamtlich gearbeitet werden.

Im Oktober 1927 erfolgte die Eintragung ins Genossenschaftsregister unter dem Namen „Gemeinnütziger Bauverein für Kleinwohnungen von Groß-Hamburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“. In der beim Amtsgericht eingereichten Satzung wurde die von Schmidt auf der Gründungsversammlung bereits umrissene Absicht, Klein- und Kleinstwohnungen zu bauen, weiter präzisiert. So sollte der Hauptzweck der Genossenschaft darin bestehen, „Minderbemittelten ein ihrem Einkommen entsprechendes Heim – eine 2 Zimmerwohnung von etwa 50 Quadratmetern Wohnfläche [...] zu beschaffen.“ Auch war an kinderreiche Familien gedacht, die 3-Zimmerwohnungen in der Größe von etwa 65 bis 80 Quadratmetern Wohnfläche erhalten sollten. Das Eintrittsgeld betrug fünf Reichsmark (RM). Das Mitglied verpflichtete sich, mindestens ein Geschäftsanteil in Höhe von 50 RM zu erwerben.

Bereits auf der Genossenschaftsversammlung am 13. November 1927 berichtete Rudolf Schmidt über erfolgversprechende Verhandlungen bezüglich eines Bauvorhabens am Braußpark in Hamm mit knapp 200 Wohnungen. Offensichtlich bereitete die Realisierung des Bauvorhabens weiterhin Schwierigkeiten, denn es wurde nach Förderern und Unterstützern gesucht. Schon wenige Wochen später kam eine Verbindung zum Verband Deutscher Buchdrucker, Gau Hamburg, zustande. Rudolf Schmidt wollte damit seinen „Lieblingsgedanken“ verwirklichen und alle wohnungssuchenden Buchdrucker in der Genossenschaft zusammenschließen. Der Vorstand nahm den

² Ebd. – Insgesamt: Holger Martens: 1927–2002 Baugenossenschaft der Buchdrucker e.G., 75 Jahre genossenschaftlicher Wohnungsbau, hrsg. von der Baugenossenschaft der Buchdrucker eG, Hamburg 2002.

Vorschlag an, weil die sieben Genossenschaftsmitglieder „fast alle Buchdrucker oder Angehörige“ waren und „dadurch die Grundlage hierfür geschaffen“ war.³

Die ersten acht Monate beschrieb Rudolf Schmidt im Mai 1928 als „dornenvollen Anfang“. Schwierigkeiten hatten nicht nur die Bemühungen um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Suche nach einem „Förderer“ bereitet, auch personelle Veränderungen mussten in der arbeitsintensiven Planungsphase bewältigt werden.⁴ Adolf Berendt verließ die Genossenschaft und übertrug im April 1928 seinen Geschäftsanteil auf den Schriftsetzer Willi Glass, der auch Berendts Aufsichtsratsmandat übernahm. Darüber hinaus musste das zwischenzeitlich favorisierte Bauvorhaben Meisenstraße/Lämmersiehd, das dem Vorstand der Buchdrucker vorgestellt worden war, zurückgestellt werden, weil die hamburgische Baubehörde wegen der auf dem Nachbargrundstück geplanten Kirche nur eine dreigeschossige Bebauung zulassen wollte. Für die Genossenschaft stellte sich damit vermutlich die Frage der Wirtschaftlichkeit für dieses Vorhaben. Um eine weitere Verzögerung zu vermeiden, wurde deshalb am 24. März 1928 der bereits im Vorjahr anvisierte Bauplatz am Braußpark für 300.000 RM erworben.

Damit war es Rudolf Schmidt, der sich nach eigenen Angaben mit der „Materie“ der Baugenossenschaften auskannte, gelungen, einen ersten wichtigen Schritt zu vollziehen. Sein Konzept muss für die Kreditgeber überzeugend gewesen sein, denn das Eigenkapital beschränkte sich auf die Geschäftsanteile der Genossenschaftsmitglieder – am 31. Dezember 1927 bei sieben Mitgliedern waren das 350,- RM. Von den Geschäftsanteilen mussten noch die laufenden Kosten beglichen werden, die im Jahr 1927 trotz „enorme[r] Einschränkung“ 46,81 RM betragen hatten. Die Arbeitsbelastung, die die Genossenschaftsgründer auf sich genommen hatten, brachte Henry Paaby auf der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung am 15. April 1928 zum Ausdruck. Er berichtete, dass die Vorstandsmitglieder jeden Tag ein bis vier Stunden ehrenamtlich für die Genossenschaft tätig gewesen seien. Paaby machte deutlich, dass die „reine Genossenschaftsarbeit“ zwar weiterhin ehrenamtlich zu leisten sei, aber mit Beginn der Bautätigkeit gemäß dem Beschluss der Gründungsversammlung vom 27. September 1927 Rudolf Schmidt als Geschäftsführer eingestellt werden müsse, um den zu erwartenden Arbeitsanfall bewältigen zu können.⁵

³ *Protokoll der Ausserordentlichen Generalversammlung vom 13. November 1928, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.*

⁴ *Protokoll der allgemeinen Versammlung am Sonntag, den 6. Mai 1928, morgens 10 Uhr, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.*

⁵ *Protokoll der ersten ordentlichen Generalversammlung vom 15.4.1928 in der Hohensteinerstr. 3 b. Schmidt, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.*

Im Frühjahr 1928 war das Bauvorhaben soweit vorangeschritten, dass die Baugenossenschaft zu einer Vorstellung des Projekts „Brausspark“ am 6. Mai einlud. Etwa 400 Personen folgten der Einladung, die sich vor allem an wohnungssuchende Drucker gewandt hatte. Auf der Tagesordnung stand: „Bekanntgabe der Bedingungen über die Erlangung einer Wohnung“ und „Beschlussfassung über die Verteilung der Wohnungen nach dem Bebauungsplan“. Hans Timm erläuterte die Finanzierung und erklärte, dass zehn Prozent der Kosten von der Genossenschaft als Eigenkapital aufzubringen seien. Dies entsprach einem Eigenkapital von 1.000 bis 1.300 RM pro Wohnung. Dem Vorstand war es gelungen, über ein Baukostenzuschussdarlehen auch einen Großteil dieses Geldes aufzubringen. Zur Finanzierung des Restbetrags entschied der Vorstand, dass der von den Interessenten aufzubringende Betrag sich nach der Wohnungsgröße richten sollte, für 2 ½ Zimmer 375 RM. Die Wohnungen sollten nach den eingehenden Anmeldungen und nach dem gewünschten Einzugsjahr der Anwärter vergeben werden. Eine Verlosung lehnte der Geschäftsführer ab.⁶

Im August 1928 hatte die Genossenschaft 98 Mitglieder. Die Geschäftsstelle befand sich jetzt in der Wohnung von Rudolf Schmidt, Hohensteiner Straße 3.

Nachdem die Anfangsschwierigkeiten weitgehend überwunden waren, zeigte sich allerdings auch, dass sich die Baugenossenschaft von ihrer Gründungsidee, „Minderbemittelten“ und „kinderreichen Genossen“ preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen, bereits deutlich entfernt hatte. Zwar wurde an diesem Ziel auch in der geänderten Satzung festgehalten, doch mit der Ausrichtung auf die Buchdrucker, hatte sich die Baugenossenschaft einer Klientel von gut verdienenden Facharbeitern zugewandt. Auch hatten sich die finanziellen Anforderungen gegenüber den ersten Plänen vervielfacht. Für eine 2 ½ Zimmerwohnung waren jetzt 750 RM aufzubringen – 700 RM für ein Baudarlehn und 50 RM Anzahlung auf einen Genossenschaftsanteil über 300 RM. Die Einzahlung entsprach etwa dreieinhalb Monatslöhnen eines gut verdienenden Druckers. Ende 1929 erfolgte die Umbenennung der Genossenschaft in „Baugenossenschaft der Buchdrucker“.⁷

Der Grundstückskaufvertrag für die geplante Wohnanlage Braußpark wurde bereits im März 1928 geschlossen, doch die Finanzierung des Projekts war noch keineswegs gesichert. Die Beschaffung der finanziellen Mittel in Höhe von 1,25 Millionen Reichsmark auf dem Kapitalmarkt bereitete große Schwie-

⁶ Protokoll (wie Anm. 3).

⁷ Protokoll der Aufsichtsrat- und Vorstandssitzung im Anschluss an die außerordentliche Generalversammlung vom 9. August 1928, Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 22.12.1929, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.

rigkeiten. So berichtete Geschäftsführer Schmidt im Juni 1928: „Wo wir uns jetzt um Geld bemühen, ist uns gesagt worden: ‚Machen Sie doch eine G.m.b.H. .‘⁸ Auch der Direktor der Hamburger Sparkasse hatte sich dahingehend geäußert, dass eine Gesellschaft schneller Geld bekomme als eine Genossenschaft. An der genossenschaftlichen Organisation wurde allerdings festgehalten. Auf der außerordentlichen Generalversammlung am 23. Dezember 1928 wurde erklärt, dass nun „in absehbarer Zeit“ mit der Bautätigkeit begonnen werden könne. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Geldmittel waren vermutlich die wesentlichen Gründe für die Aufteilung des Bauprojekts in fünf Abschnitte. Immerhin gelang es Anfang 1929, die Finanzierung der beiden ersten Bauabschnitte sicherzustellen. Bei dem Konsum-, Bau- und Spar-Verein Produktion fand die Baugenossenschaft der Buchdrucker finanzielle Unterstützung. 520.000 RM stellte die Konsumgenossenschaft zu einem Zinssatz von 5,5 Prozent zur Verfügung. Das waren 52 Prozent der durch Hypotheken gesicherten Kreditsumme für die ersten beiden Bauabschnitte. Die Hamburgische Beleihungskasse war mit 425.000 RM beteiligt. Weitere 42.000 RM wurden von zwei Privatpersonen eingebracht.⁹

Im April 1930 konnten nach einjähriger Bauzeit die Wohnungen des ersten Bauabschnitts bezogen werden. Im Mai folgte der zweite Bauabschnitt. Als Geschäftsführer Schmidt am 1. Juni 1930 den Mitgliedern erneut über die Wohnungsbaufinanzierung berichtete, hatten sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig verschlechtert. Der Börsenkrach vom Oktober 1929 hatte die Weltwirtschaft in eine Krise gestürzt. In Deutschland stärkten Massenarbeitslosigkeit und leere Staatskassen die Nationalsozialisten. Die Baugenossenschaft war durch die Ereignisse in zweifacher Weise betroffen. Zum einen konnten die arbeitslos gewordenen Mieter ihre Miete nicht mehr aufbringen, zum anderen versiegte die staatliche Unterstützung für die Finanzierung der weiteren Bauabschnitte. Ein Finanzierungslücke konnte nur durch eine Auslandshypothek über 262.000 RM zu einem Zinssatz von 8 $\frac{3}{4}$ Prozent geschlossen werden.¹⁰

In gut zweieinhalb Jahren – von September 1927 bis zum April 1930 – war es den Genossenschaftsgründern gelungen, ein Wohnprojekt mit über 200 Wohnungen zu initiieren und die ersten Wohnungen zu beziehen. Die Weltwirtschaftskrise stürzte die Genossenschaft in die Krise, auf die hier nur am Rande eingegangen werden kann. Beabsichtigt waren weitere Bauprojekte.

8 *Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 22.6.1928, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.*

9 *Übersicht der Hypotheken nach Bauvorhaben. In: Bericht über die Revision der Baugenossenschaft der Buchdrucker e.G.m.b.H., Hamburg am 29. Und 30. Januar 1934, Dewog-Prüfungsverband, Genossenschaftsregister GnR-Nr. 538, Amtsgericht Hamburg.*

10 *Die Ablösung der Auslandshypothek bereitete noch bis in die 1950er Jahre Probleme und verbanderte zunächst die Wiederbebauung des Trümmgrundstücks, Geschäftsbericht des Vorstands über das Jahr 1953, Genossenschaftsregister GnR-Nr. 538, Amtsgericht Hamburg.*

Ein bereits erworbenes Grundstück in Barmbek musste unbedingt bebaut werden, weil die laufenden Kreditkosten oder auch ein Notverkauf die junge Baugenossenschaft ruiniert hätten. So konnte mitten in der Wirtschaftskrise durch Unterstützung der Beleihungskasse und der freigewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge das Bauvorhaben mit 70 Wohnungen realisiert werden. Die Kündigung privater Darlehen führte zu Prozessen beim Landgericht und beim Oberlandesgericht. Die Geschäftsanteile der Mitglieder wurden zum Verlustausgleich herangezogen. Den Ausblick für 1932 bezeichnete Schmidt als katastrophal. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation wurden nun Stimmen laut, das Gehalt von Geschäftsführer Schmidt auf monatlich 300 RM zu senken. Trotz aller Schwierigkeiten und einer Kündigungswelle durch Genossenschaftsmitglieder behauptete sich Schmidt.¹¹

Nach Hitlers Machtübernahme wurden nun im ganzen Land Nationalsozialisten in Führungspositionen eingesetzt und das Führerprinzip durchgesetzt. In Hamburg übernahmen die Nationalsozialisten am 8. März 1933 die Macht. Obwohl die Gleichschaltung der Baugenossenschaft der Buchdrucker nach außen hin reibungslos verlief, lassen sich doch Hinweise erkennen, die auf eine Rettungsaktion vor dem Zugriff der Nationalsozialisten schließen lassen. Das Protokoll der Generalversammlung vom 29. Mai 1933 vermerkt: „Geschäftsführer Schmidt verliert die vom Revisionsverband eingegangenen Richtlinien zur Durchführung der Gleichschaltung der Genossenschaft auf dem Boden der nationalen Regierung. Der Vorstand empfahl, den Richtlinien zu folgen und die Zahl der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder auf jeweils drei zu senken. Die entsprechende Satzungsänderung sowie die Forderung, mindestens 51 Prozent der Sitze in den Leitungsgremien mit Nationalsozialisten zu besetzen, wurden von 116 Anwesenden einstimmig angenommen.“¹²

Der bisherige Vorstand trat ebenso zurück wie der Aufsichtsrat. Nicht wieder kandidierten der turnusmäßig ausgeschiedene Max Cohn, dem als Juden rassistische Verfolgung drohte, und Willi Zieher, der als Sozialdemokrat und Gewerkschaftsangestellter politische Verfolgung fürchten musste. Geschäftsführer Schmidt empfahl die Wiederwahl von Sauer und des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden Loduchowski. Als dritten Kandidaten präsentierte er den Schriftsetzer Karl Pettschow, der ebenso wie Sauer der NSDAP angehörte.

¹¹ Protokoll der ordentlichen Genossenschaftsversammlung vom 28. Juni 1932, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.

¹² Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 29. Mai 1933, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.

Dem neu gewählten Aufsichtsrat fiel die Aufgabe zu, einen ebenfalls mehrheitlich aus NSDAP-Mitgliedern bestehenden Vorstand zu berufen. Dies scheint keine Probleme bereitet zu haben, denn schon am 30. Mai 1933, am Tag nach der Generalversammlung, wurde dem Amtsgericht mitgeteilt, dass Gustav Timm im Zuge der Vorstandsverkleinerung ausgeschieden sei. Die übrigen, Rudolf Schmidt und Hans Timm, beide inzwischen Mitglied der NSDAP, sowie Henry Paaby wurden in ihren Ämtern bestätigt. Das vierte Vorstandsmitglied war aufgrund der Verkleinerung ausgeschieden.¹³

Es spricht einiges dafür, dass die vormalig sehr stark zur freigewerkschaftlich-sozialdemokratischen Richtung tendierende Baugenossenschaft der Buchdrucker unter den Mitgliedern abgesprochene Vorkehrungen getroffen hatte, um eine Übernahme durch die NSDAP zu verhindern. Zu den Absprachen dürfte gehört haben, dass führende Genossenschaftsvertreter zum Schutze der Genossenschaft in die Hitler-Partei eintraten. Anders ist der Verlauf der „Gleichschaltung“, die in ähnlich gelagerten Fällen zu heftigen Auseinandersetzungen führte, in solch geordneten Bahnen kaum zu erklären. Am Ende zeichneten sich Aufsichtsrat und Vorstand durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus. Nur ein Aufsichtsratsmitglied war neu und der verkleinerte Vorstand konnte mit bewährten Kräften unter der Geschäftsführung von Rudolf Schmidt seine Arbeit fortsetzen.

Tatsächlich gelangt es den Genossenschaftsgründern zunächst, die Baugenossenschaft weiterzuführen. Auch eine Überprüfung sämtlicher Bauvereine durch die Hamburger Finanzdeputation blieb ohne Beanstandungen. Allerdings war das nicht die letzte Maßnahme der Nationalsozialisten, um die Genossenschaften zu überprüfen. Offensichtlich waren die Revisionsverbände angewiesen, ausführliche Berichte auch hinsichtlich der Durchführung der Gleichschaltung vorzulegen. Die Revision der Baugenossenschaft der Buchdrucker fand Ende Januar 1934 statt. Der Bericht beinhaltete bezüglich der „Gleichschaltung“ und der Geschäftsführung keine Beanstandungen. Gleichwohl wurde auf die schwierige finanzielle Situation hingewiesen. In der Schlussbemerkung heißt es: „Die völlige Gesundung der Genossenschaft ist zu erwarten, wenn es gelingt, die noch un bebauten Grundstücke zu bebauen.“¹⁴

Schon wenige Wochen nach Fertigstellung des Revisionsberichts wurde Geschäftsführer Schmidt durch einen Senatsbeschluss vom 27. März 1934 gemeinsam mit den anderen Vorstandsmitgliedern seines Amtes enthoben. Als Treuhänder setzte das NS-Regime den Nationalsozialisten Arthur A. Hoff-

¹³ *Baugenossenschaft der Buchdrucker an das Amtsgericht Hamburg, 30.5.1933, Genossenschaftsregister GnR-Nr. 538, Amtsgericht Hamburg.*

¹⁴ *Protokoll (wie Anm. 8).*

mann, Kaufmann und Holzgroßhändler, ein.¹⁵ Über die Hintergründe dieser Maßnahme liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Einiges spricht dafür, dass politische Gründe ausschlaggebend waren und möglicherweise verdiente Parteigenossen versorgt werden sollten, denn mit Schmidt wurden alle Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder abgelöst. Bei den eingesetzten Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern handelte es sich überwiegend um Personen aus dem Baugewerbe. Bis zum Juni 1934 musste die Baugenossenschaft nicht nur den neuen Geschäftsführer, sondern auch den bisherigen bezahlen. Geschäftsführer und Vorstandsmitglied Schmidt, die Vorstandsmitglieder Paaby und Timm sowie Aufsichtsratsmitglied Pettschow wurden aus der Genossenschaft ausgeschlossen.

Der hier dargestellte Zeitraum umspannt sieben Jahre im Leben von Rudolf Schmidt, in denen dieser intensiv die Gründung und den Aufbau einer Wohnungsbaugenossenschaft betrieb. Am Ende waren unter seiner Leitung 278 Wohnungen gebaut worden. Schmidt brachte die Genossenschaft trotz aller Probleme durch die Weltwirtschaftskrise und konnte – so darf vermutet werden – zunächst den Zugriff der Nationalsozialisten abwehren.

Die Informationen, die über die Person von Rudolf Schmidt ermittelt werden konnten, sind spärlich. Und doch sind seine Erfahrungen typisch für die Gründung von Genossenschaften: Die Gründung findet in der Privatwohnung statt, dort befindet sich die Geschäftsstelle, die Geschäftsführung nimmt täglich mehrere Stunden in Anspruch und wird über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich geführt und der Gründer wird schließlich hauptamtlich beschäftigt und schafft sich damit den eigenen Arbeitsplatz. Auch den Hinweis, doch lieber eine GmbH zu gründen, hat wohl jeder kreditsuchende Genossenschaftsgründer schon einmal gehört. Typisch ist auch, dass eine Genossenschaftsgründung aus ihr nahestehenden Kreisen Unterstützung erhält, so fanden die Sprechstunden und Mitgliederversammlungen der Baugenossenschaft im Gewerkschaftshaus statt, aus der engen Verbindung mit den Buchdruckern rekrutierten sich die Mitglieder und die Produktion und die Volksfürsorge, beide sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientiert, gaben Kredite.

Über das weitere Schicksal von Rudolf Schmidt liegen keine Informationen vor. Seine Spur verliert sich während der NS-Zeit. Auch nach 1945 tauchte er bei der Baugenossenschaft der Buchdrucker nicht wieder auf.

¹⁵ *Hamburgische Finanzverwaltung an die Baugenossenschaft der Buchdrucker e.G.m.H., 27.3.1934, ABB, Ordner: Gründungsstatuten, Genossenschaftsregister; Eröffnung der ordentlichen Generalversammlung der Baugenossenschaft der Buchdrucker e.G.m.b.H, Hamburg, den 7.6.1934, ABB, Protokollbuch Generalversammlungen 1927–1934.*

Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren

DR. PHIL. ULRICH BAUCHE, geb. 1928, , Kulturhistoriker und Volkskundler, ehemals Hauptkustos am Museum für Hamburgische Geschichte, Honorarprofessor der Universität Hamburg, Lehrbeauftragter am Institut für Volkskunde / Kulturanthropologie. Veröffentlichungen zur Sozial- und Kulturgeschichte vornehmlich Hamburgs und seines Umlandes, zu Handwerkskultur, zur Arbeiterbewegung und zu jüdischen Lebenswelten.

CLAUS BERNET, Studium der Geschichtswissenschaften, Kunstgeschichte und Stadtplanung in Berlin, Wien und Birmingham (UK), Dissertation 2005 in Halle im Bereich Frühe Neuzeit (magna cum laude). Parallel dazu Studium der Erziehungswissenschaften an der FU-Berlin, Promotionsarbeit zu Baugenossenschaften (summa cum laude). Lehrveranstaltungen an der FU-Berlin zur Gewaltprävention (PAG) und zur neosokratischen Gesprächsführung; tätig als Berater für die Lebenshilfe e.V. in Berlin und am Konfessionskundlichen Institut Bensheim.

Kontakt: Taurogener Str.2, 10589 Berlin.

DR. BURCHARD BÖSCHE, geb. 1946, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. sowie der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Rechtsanwalt, zuvor Vorstandssekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Geschäftsführer der NGG-Verwaltungsstelle Frankfurt/Main, stv. Leiter des Bildungszentrums Oberjosbach, kfm. Ausbildung, Betriebswirtschafts- und Jura-Studium. Mail: boesche@zdk.coop.

M.A. HELGE BURKHARDT, Geboren 1974 in Lübeck, Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politische Wissenschaften und Geografie, sowie Museumsmanagement. Beschäftigt in Public Relations, Marketing und Unternehmenskommunikation. Interesse in und Forschungen zur Stadt-, Technik-, Marken- und Unternehmensgeschichte, jetzt Schwerpunkt Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften.

DR. PHIL. PETER GLEBER, Historiker, geboren 1965 in Bad Dürkheim, Studium der Neueren Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Politikwissenschaft (Univ. Mannheim), Zentralarchiv der Juden in Deutschland (Heidelberg), Ausbildung zum Höheren Dienst am Landesmuseum für Technik und Arbeit (Mannheim), Leiter der KZ-Gedenkstätte Sandhofen (Mannheim), seit 2005 Wissenschaftlicher Leiter des Genossenschaftshistorischen Informationszentrums in Berlin. Seit 2009 Mitglied im Wiss. Beirat des Instituts für Bankhistorische Forschung (Frankfurt am Main), zahlr. Veröffentlichungen zur modernen Wirtschafts-, Kultur- und Sozialgeschichte.
E-Mail: p.gleber@bvr.de

DETLEF GRUMBACH, geboren 1955 in Detmold, Studium der Germanistik und Philosophie, Ausbildung zum Buchhändler. Seit 1990 freiberuflicher Journalist, seit 1992 auch Verleger des Männerschwarm Verlags in Hamburg. Veröffentlichungen u.a.: „Engagierte Gemeinschaften für Unabhängigkeit, Qualität und gesellschaftliche Innovation“, hrsg. von ZdK, taz, Greenpeace energy, taz Verlags- und Vertriebs-GmbH 2006, Wirtschaftliche Vereine (gem. mit Burchard Bösche), hrsg. von ZdK, Books on Demand 2010. Website: www.detlef-grumbach.de

DR. PHIL. HOLGER MARTENS, geb. 1962, Historiker, Vorstand von Historiker-Genossenschaft eG, Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Hamburg (Arbeitsstelle für Genossenschaftsgeschichte), Veröffentlichungen zur Neueren Geschichte und Zeitgeschichte.

ARMIN PETER, geboren 1939 in Hannover, Diplom-Volkswirt, seit 1964 Referent Wirtschaftspolitik des Zentralverbandes, seit 1968 Referent des Präsidenten des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg, seit 1975 Direktor Öffentlichkeitsarbeit/ Gemeinwirtschaft der co op AG und im Aufsichtsrat diverser Tochtergesellschaften in Frankfurt/M. , ab 1991 Pressereferent und Aufsichtsratsmitglied der ASKO Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken; Publizist.

PROFESSOR EM. DR. GÜNTHER RINGLE, Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Saarbrücken und Hamburg (1961-1965), Promotion zum Dr. rer. pol. in Hamburg (1968), Habilitation an der Universität Freiburg/Schweiz (1980), Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, dort Leiter des Arbeitsbereichs Genossenschaftswesen (1993-2005). Seit 2001 Mitherausgeber der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen.

MATTHIAS SCHIRRMACHER, geboren 1962, Diplom-Kaufmann, arbeitet als Controller bei einer großen internationalen Unternehmung in Hamburg. Seit rd. 20 Jahren ist er in Hamburger Geschichtswerkstätten tätig mit den Schwerpunkten Wirtschaftsgeschichte, Baugeschichte und Biografiefor- schung.

DR. INGRID SCHMALE studierte 1973 bis 1979 Volkswirtschaft und Soziologie an der Universität zu Köln und promovierte 1991. Zurzeit ist sie als Lehrkraft für besondere Aufgaben im Seminar für Genossenschaftswesen der Universi- tät zu Köln sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Vereins zur Förde- rung der genossenschaftswissenschaftlichen Forschung an der Universität zu Köln tätig.

MAG. DR. ROSWITHA STROMMER, geb. 1951, Germanistin, Anglistin, unter- richtet an einer Höheren Technischen Lehranstalt in Wien. Veröffentlichungen zur österreichischen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts, zur Kul- tur der österreichischen Arbeiter- Konsumvereine und zur Biographie Emmy Freundlichs.

Von folgenden weiteren Tagungen sind Tagungsbände erschienen:

„Miteinander geht es besser“

Beiträge zur 1. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 3. und 4. November 2006 im Warburg-Haus in Hamburg

Hermann Schulze-Delitzsch und die Konsum-, Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften

Beiträge zur 3. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 25. und 26. April 2008 in Eden (Oranienburg)

Ländliche Genossenschaften

Beiträge zur 5. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 5. und 6. November 2010 im Warburg-Haus in Hamburg



Warburg-Archiv

Genossenschaftsgründer und Genossenschaftsgründerinnen und ihre Ideen



Andre Beyer

In diesem Tagungsband sind die Beiträge zur 2. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte zusammengefasst. Die Tagung fand am 2. und 3. November 2007 im Warburg-Haus in Hamburg statt.



ISBN 978-3-3842-2579-1